

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD

18. Legislaturperiode

3. Entwurf

(Stand 26.11. 00:20)

1 Präambel

21. **Wachstum, Innovation und Wohlstand**

3

41.1. **Deutschlands Wirtschaft stärken**

5

6Die Koalition aus CDU, CSU und SPD sieht Deutschlands Chancen in einer mittel-
7ständisch geprägten und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern
8auch weiterhin eine moderne, dynamische Industrie ist. Die Fundamente der Sozia-
9len Marktwirtschaft wollen wir mit Blick auf neues Wachstum und mehr Beschäfti-
10gung stärken. Wir werden unternehmerische Verantwortung und gute Sozialpartner-
11schaft gleichermaßen stärken. Auf den Finanzmärkten wollen wir uns weiterhin für
12eine wirksame Regulierung einsetzen und das Prinzip von Risiko und Haftung sicher-
13stellen. Wir wollen stärkere Anreize für nachhaltiges Handeln innerhalb von Unter-
14nehmen setzen. Dazu werden wir im Dialog mit der Wirtschaft wirksame Maßnahmen
15zur Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme prüfen.

16

17Wir bekennen uns zum Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland, in dem große
18und kleine Unternehmen ihre Chancen nutzen können. Wir setzen auf eine Doppel-
19strategie aus Haushaltskonsolidierung und Wachstumsimpulsen – in Deutschland
20und Europa.

21

22Unser Land braucht eine „Neue Gründerzeit“. Wir wollen Unternehmertum und Grün-
23dungsgeist stärken und zu mehr gesellschaftlicher Anerkennung verhelfen. Wir wer-
24den die Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen insbesondere für
25kleine und mittlere Unternehmen verbessern. Wir erhalten die bewährte Flexibilität
26auf den Arbeitsmärkten und passen die soziale Sicherung den demografischen Not-
27wendigkeiten an – es geht um sichere und gute Arbeitsplätze, wirtschaftliche Dyna-
28mik, gerechte Teilhabe und eine hohe Lebensqualität.

29

30**Unsere Strategie für nachhaltigen Fortschritt**

31

32Verschärfte internationale Konkurrenz, auch aus den schnell wachsenden Schwel-
33lenländer, ein rasanter wissenschaftlicher und technischer Fortschritt, insbesondere
34die Digitalisierung, der demografische Wandel u.a. mit dem Fachkräftemangel und
35die Knappheit natürlicher Ressourcen stellen uns vor neue Herausforderungen. Des-
36halb stellen wir in den kommenden Jahren Innovation, Investitionen, Integration in
37gute und produktive Arbeit und Internationalisierung in den Mittelpunkt unserer Stra-
38tegie. Auf diesen vier Handlungsfeldern wollen wir eine vorausschauende und
39wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik gestalten:

40

41*Innovation:* Für neue Produkte, Verfahren und Beschäftigung braucht unsere Wirt-
42schaft Innovationen. Wir wollen mit unseren privaten und öffentlichen Ausgaben für
43Forschung und Entwicklung zu den globalen Spitzenreitern gehören. Deshalb wollen
44wir mindestens 3% des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung inves-
45tieren. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung zur Modernisierung unserer Volks-
46wirtschaft nutzen. Nur so bleibt Deutschland ein wettbewerbsfähiger Industrie- und
47Produktionsstandort und erschließt gleichzeitig die Potenziale für neue Arbeitsplätze
48in industriebezogenen und stärker wissensbasierten Dienstleistungen – vor allem im
49Mittelstand.

50

51*Investitionen:* Innovationen brauchen Investitionen. Nur mit einem Investitionsschub
52in Deutschland sichern wir Wachstum und Beschäftigung. Das schafft auch die

53 Grundlage für eine robuste Einkommensentwicklung. Die deutsche Wirtschaft
54 braucht eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Wachstum in
55 Deutschland erfordert eine nachhaltige Modernisierung der Infrastruktur. Wir setzen
56 sowohl auf mehr Investitionen der öffentlichen Hand als auch auf bessere Rahmen-
57 bedingungen für private Investitionen. Unser Ziel ist eine Gesamtinvestitionsquote,
58 die oberhalb des Durchschnitts der OECD liegt.

59

60 *Integration in gute und produktive Arbeit:* Die Sicherung einer qualifizierten Fachkräf-
61 tebasis wird angesichts des demografischen Wandels zur zentralen Aufgabe. Die be-
62 rufliche und die akademische Bildung spielen dabei eine entscheidende Rolle. Alle
63 Qualifizierungsreserven in Deutschland müssen genutzt werden. Mit einer Allianz für
64 Fachkräfte wollen wir das Thema noch stärker bündeln und in den Mittelpunkt der
65 Diskussion von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften stellen. Wir wollen Tarifein-
66 heit, Tarifbindung und Tariftreue stärken. Unser Ziel ist Vollbeschäftigung mit guten
67 und produktiven Arbeitsplätzen.

68

69 *Internationalisierung:* Ein zentraler Pfeiler unseres Erfolgs ist die Stärke der deut-
70 schen Unternehmen auf den internationalen Märkten. Ihre internationale Wettbe-
71 werbsfähigkeit entscheidet maßgeblich über unseren Erfolg und Wohlstand. Deshalb
72 setzen wir uns für globale Märkte und stabile Finanzsysteme ein, weil sie Vorausset-
73 zung für ein wachstumsfreundliches Investitionsklima sind. Dafür müssen wir interna-
74 tionale Regeln konsequent umsetzen und weiterentwickeln. Die Wachstumschancen,
75 die sich aus dem Freihandel ergeben, wollen wir durch eine intensivere internationale
76 Koordination nutzen. Im Kreis der größten Industriestaaten (G8 und G20) – insbe-
77 sondere im Zuge der deutschen G8-Präsidentschaft 2015 – wollen wir eine bessere
78 Abstimmung in der internationalen Wirtschaftspolitik erreichen. Bei allen neuen
79 Chancen der deutschen Wirtschaft auf den wachsenden Märkten außerhalb unseres
80 Kontinents bleiben die europäischen Absatzmärkte von zentraler Bedeutung für die
81 deutschen Exporte. Unser Land braucht Exportstärke, eine starke Binnenwirtschaft
82 und eine von Investitionen und Kaufkraft getragene Inlandsnachfrage.

83

84 Mit dieser Strategie geben wir die richtigen Antworten auf die wirtschaftlichen Her-
85 ausforderungen unserer Zeit. Die erste Große Koalition vor fast 50 Jahren hat als
86 Antwort auf die damalige wirtschaftspolitische Herausforderung das Stabilitäts- und
87 Wachstumsgesetz verabschiedet. Wir wollen im Lichte der heutigen Herausforderun-
88 gen – des demografischen Wandels, der Internationalisierung, der Digitalisierung und
89 der Ressourcenknappheit – eine neue wirtschafts- und wachstumspolitische Strate-
90 gie entwickeln. Wir werden deshalb gemeinsam mit dem Sachverständigenrat das
91 bestehende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz überprüfen.

92

93 Für die Bewältigung der großen ökonomischen Herausforderungen setzen wir dabei
94 auf ein intelligentes Zusammenspiel von Markt und Staat in Kooperation mit Unter-
95 nehmern und Arbeitnehmern, Unternehmen und Gewerkschaften. Wir setzen auf
96 nachhaltigen Fortschritt.

97

98 Fortschritt, Lebensqualität und Wohlstand haben viele Facetten: Gute Arbeit, ein gu-
99 tes Einkommen, Gesundheit aber auch immaterielle Werte wie Familie, Freunde und
100 Freiheit. Wir wollen unser Regierungshandeln stärker an den Werten und Zielen der
101 Bürgerinnen und Bürger ausrichten und führen daher einen Dialog mit ihnen über ihr
102 Verständnis von Lebensqualität durch. Die vorliegenden Gutachten und Indikatoren-
103 systeme, z.B. der entsprechenden Enquete-Kommission des Deutschen Bundesta-

104ges und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen
105Entwicklung, beziehen wir mit ein.

106

107Auf dieser Basis werden wir ein Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität
108in Deutschland entwickeln. Es soll im regelmäßigen Abstand in verständlicher Form
109über Stand und Fortschritt bei der Verbesserung von Lebensqualität in Deutschland
110Auskunft geben. Wir wollen damit die Information über die sozialen, ökologischen
111und ökonomischen Dimensionen von Lebensqualität und Fortschritt verbessern.

112

113Wir wollen die Erkenntnisse in einen ressortübergreifenden Aktionsplan „gut leben“
114zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland einmünden lassen.

115

116**Europäische Wirtschaftspolitik**

117

118Wir treten für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein. Für den gemein-
119samen Markt ist der Ausbau grenzüberschreitender Infrastrukturen unabdingbar.

120Noch bestehende Hindernisse müssen beseitigt werden, insbesondere für kleine und
121mittlere Unternehmen. Innerhalb der Europäischen Union wollen wir Steuerdumping
122verhindern, Steueroasen austrocknen und die Steuerharmonisierung voranbringen.

123Bürokratieabbau muss auch auf europäischer Ebene stattfinden. Wir wollen EU-Vor-
124gaben „eins zu eins“ umsetzen – das sichert auch Chancengleichheit im europäi-
125schen Binnenmarkt. Europäische Gesetzgebung darf sich in den verschiedenen Poli-
126tikfeldern nicht widersprechen. Sie muss kohärent sein, um Europas Rolle im globa-
127len Wettbewerb langfristig zu stärken.

128

129**Außenwirtschaft**

130

131Die überragende Bedeutung der Außenwirtschaft für die deutsche Volkswirtschaft,
132die zunehmende Verflechtung mit Auslandsmärkten, aber auch der zunehmende
133Staatseinfluss auf die Wirtschaft in vielen Ländern verlangen einen stärkeren Einsatz
134der Politik für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Der kluge Einsatz vertrau-
135ensbildender Maßnahmen, vertraglicher Vereinbarungen, wirtschafts- und entwick-
136lungspolitischer Instrumente sowie menschenrechtlicher Prinzipien kann auch dazu
137beitragen, außenpolitische Spannungen abzubauen.

138

139*Stärkung des Freihandels und Handelsabkommen*

140Wir sehen mit Sorge die zunehmende Zahl von Maßnahmen, mit denen der freie
141Handel begrenzt oder sogar verhindert wird. Auch die wachsenden Verstöße gegen
142die Regeln der Welthandelsorganisation WTO erfüllen uns mit Sorge. Ein freier und
143fairer Welthandel muss im multilateralen Rahmen der Welthandelsorganisation WTO
144verlässlich geregelt werden. Das erleichtert auch die weitere Einbeziehung der Ent-
145wicklungsländer in das globale Handelssystem nach Grundsätzen, die für alle Betei-
146ligten gleichermaßen gelten. Wir streben deshalb eine Stärkung der WTO an und
147setzen uns weiterhin für einen vollständigen Abschluss der laufenden Doha-Runde
148ein.

149Genauso wie den Erfolg der Verhandlungen der Europäischen Union über ein Frei-
150handelsabkommen mit den USA (TTIP) streben wir auch den zügigen Abschluss wei-
151terer Handelsabkommen mit dynamisch wachsenden Schwellenländern an. Unser
152Ziel ist eine Vertiefung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Dabei setzen wir
153auf multilaterale Handelsregeln. Bei EU-Handelsabkommen soll die Einhaltung der

154 Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO)-berücksichtigt wer-
155 den, damit der Freihandel nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping wird.

156

157 *Außenwirtschaftsförderung*

158 Mittelständische Unternehmen wollen wir bei ihren Schritten ins Ausland gezielt un-
159 terstützen. Die bewährten Instrumente der Außenwirtschaftsförderung (Germany Tra-
160 de and Invest, deutsche Auslandsvertretungen, Auslandshandelskammern, Messe-
161 förderung, Beratung und andere) werden wir fortentwickeln und vorrangig an den
162 Zielen Wohlstand und Beschäftigung ausrichten. Antrags- und Prüfverfahren für Ex-
163 portgenehmigungen wollen wir verbessern. Wir werden die internationalen Regeln für
164 Exportkredite sachgerecht weiterentwickeln und uns dafür einsetzen, dass alle inter-
165 nationalen Wettbewerber diese anwenden. Künftige europäische Investitionsschutz-
166 abkommen müssen den bewährten hohen Schutzstandards entsprechen. Insgesamt
167 setzen wir in der Außenwirtschaftspolitik auf ein „level playing field“ und internationa-
168 le Standards.

169

170 *Rüstungsexporte*

171 Bei Rüstungsexportentscheidungen in sogenannte Drittstaaten sind die im Jahr 2000
172 beschlossenen strengen „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen
173 und sonstigen Rüstungsgütern“ für unser Regierungshandeln verbindlich. Über ihre
174 abschließenden Genehmigungsentscheidungen im Bundessicherheitsrat wird die
175 Bundesregierung den Deutschen Bundestag unverzüglich unterrichten. Die Entschei-
176 dung darüber, wem gegenüber die Unterrichtung erfolgt, liegt beim Deutschen Bun-
177 destag. Darüber hinaus werden wir die Transparenz gegenüber Parlament und Öff-
178 fentlichkeit durch Vorlage des jährlichen Rüstungsexportberichtes noch vor der Som-
179 merpause des Folgejahres und eines zusätzlichen Zwischenberichts verbessern.

180

181 Wir setzen uns für eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU
182 ein. Europäische Harmonisierungen müssen so umgesetzt werden, dass sie die Min-
183 destanforderungen des Gemeinsamen Standpunkts der EU aus dem Jahr 2008 nicht
184 unterschreiten.

185

186 *Verantwortungsvolle Unternehmensführung auf internationalen Märkten*

187 Zu unserem Leitbild des verantwortlichen Unternehmertums gehört es auch, freiwillig
188 und aus eigenem Interesse gesellschaftliche Verantwortung für soziale, kulturelle
189 und ökologische Belange zu übernehmen. Um das verantwortliche unternehmerische
190 Handeln der deutschen Wirtschaft im Ausland weiter zu stärken, werden wir uns für
191 eine möglichst breite Wahrnehmung und Anwendung der OECD-Leitsätze für multi-
192 nationale Unternehmen einsetzen.

193

194 **Wettbewerbsrecht**

195

196 Fairer Wettbewerb und der Schutz vor wettbewerbsverzerrenden Absprachen sind
197 für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft unabdingbar. Die Weiterentwick-
198 lung des Europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts ist maßgeblich für die inter-
199 nationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas. Das Wettbewerbsrecht
200 ist so zu optimieren, dass Wettbewerbsverstöße weitgehend ausgeschlossen sind.

201

202 Wir werden die Wirkungen der Regelungen der achten GWB-Novelle auswerten und
203 weitere Schritte zur Straffung des behördlichen und gerichtlichen Verfahrens bei Kar-

204 tellverstößen prüfen. Außerdem werden wir uns sowohl auf europäischer als auch
205 auf nationaler Ebene für eine Stärkung der Kartellrechtsdurchsetzung einsetzen.
206 Durch eine Reform des Kartellrechts werden wir die Möglichkeiten der betriebswirt-
207 schaftlichen Zusammenarbeit von Verlagen unterhalb der redaktionellen Ebene er-
208 leichtern. Damit wollen wir den Gefahren für die Pressevielfalt im Umbruch der digita-
209 len Medienlandschaft begegnen.

210

211 *Post*: Wir werden eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und bezahlbare Ver-
212 sorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Am Postuniversaldienst werden
213 wir festhalten.

214

215 **Transparenz bei Managergehältern**

216

217 Um Transparenz bei der Feststellung von Managergehältern herzustellen, wird
218 über die Vorstandsvergütung künftig die Hauptversammlung auf Vorschlag des
219 Aufsichtsrats entscheiden.

220

221 **Rohstoffsicherung**

222

223 Deutschland ist bei vielen wichtigen Rohstoffen wie Seltenen Erden und Metallen auf
224 Importe angewiesen. Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage sowie der wach-
225 senden Zahl staatlicher Eingriffe in Rohstoffmärkte und damit verbundener Wettbe-
226 werbsverzerrungen ist gezieltes Handeln geboten, um mögliche negative Auswirkun-
227 gen auf die Wertschöpfung in Deutschland zu vermeiden. Es ist zuallererst Aufgabe
228 der Unternehmen selbst, ihren Bedarf an Rohstoffen am Markt zu decken und sich
229 vorausschauend auf künftige Entwicklungen einzustellen. Wir werden diese Anstren-
230 gungen mit politischen Initiativen flankieren, um verlässliche rechtliche und institutio-
231 nelle Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb auf den internationalen Roh-
232 stoffmärkten zu gewährleisten. Wir werden eine integrierte Rohstoffstrategie verfol-
233 gen, die die gesamte Rohstoffkaskade umfasst, von der Steigerung der Rohstoffeffi-
234 zienz, der Substitution und dem Recycling wertvoller Stoffe, der Nutzung heimischer
235 Rohstoffvorkommen bis hin zur Sicherung der Rohstoffversorgung auf den Weltmärk-
236 ten.

237

238 *Ressourceneffizienz steigern- Recycling ausbauen*

239 In den Bereichen Ressourceneffizienz und Recycling kommt es darauf an, die Über-
240 tragung von Forschungserkenntnissen auf kleine und mittlere Unternehmen sicherzu-
241 stellen. Wir werden die Ressourceneffizienz durch Beratungsangebote für Unterneh-
242 men und Haushalte weiter steigern. Wir werden Modelle des Rohstoffmonitorings er-
243 proben, die auch die Analyse von Stoffströmen aus Sekundärrohstoffen (Schrotte
244 und Produktionsabfälle) einbeziehen.

245

246 Wir werden in der Sekundärrohstoff-Wirtschaft unsere Politik sowohl an Zielen des
247 Klima- und Ressourcenschutzes als auch an den Bedürfnissen der Wirtschaft aus-
248 richten. Ein fairer Wettbewerb um die effizienteste und kostengünstigste Lösung der
249 Rohstoff-Rückgewinnung und -Aufbereitung ist hierfür ein zentrales Element. Die be-
250 stehende Recyclingverantwortung für Verpackungen werden wir auch für Produkte
251 weiterentwickeln und uns dabei an den Aspekten der CO₂-Vermeidung, Verbraucher-
252 freundlichkeit und Kosteneffizienz orientieren.

253

254 *Rohstoffförderung im Inland*

255Wir werden den wirtschaftlichen und umweltverträglichen Abbau heimischer Rohstof-
256fe sowie deren Verarbeitung in Deutschland unterstützen. Wir werden für mehr Bür-
257gerakzeptanz gegenüber der heimischen Rohstoffgewinnung werben und uns ent-
258schieden für die Sicherheit und Umweltverträglichkeit der heimischen Rohstoffförde-
259rung einsetzen. Es gilt, die Raumordnung stärker auf die Berücksichtigung verschie-
260dener Nutzungskonkurrenzen auszurichten und dabei der Rohstoffgewinnung einen
261angemessenen Stellenwert im Rahmen der Abwägung beizumessen. Zudem wollen
262wir die Datengrundlagen für die Rohstoffgewinnung weiter verbessern.

263

264*Kooperationen und strategische Partnerschaften ausbauen*

265Wir werden uns dafür einsetzen, dass keine Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten
266deutscher oder europäischer Unternehmen in der Rohstofflieferkette entstehen. Wir
267werden die deutsche Wirtschaft dabei unterstützen, wieder international in der ge-
268samten Rohstoffwertschöpfungskette präsent zu sein und begleiten daher neue In-
269itiativen der deutschen Wirtschaft zur Rohstoffsicherung. Rohstoffpartnerschaften
270zwischen Staaten und Rohstoffallianzen zwischen Unternehmen sind eine sinnvolle
271Ergänzung eines gemeinsamen europäischen Ansatzes zur internationalen Rohstoff-
272sicherung. Im Rahmen einer Internationalen Rohstoffkonferenz in Deutschland wer-
273den wir den globalen Dialog von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft organisieren.
274Dabei werden wir unter Einbeziehung aller Beteiligten verbesserte freiwillige Zertifi-
275zierungssysteme erarbeiten.

276

277*Abbau von Handelshemmnissen*

278Wir werden auf eine starke Rohstoffstrategie auf europäischer Ebene und die aktive
279Vertretung deutscher und europäischer Rohstoffinteressen in der WTO und G20-
280Runde hinwirken. Es gilt, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnissen bei Rohstof-
281fen abzubauen und im Rahmen der Entwicklungspolitik Umwelt- und Sozialstandards
282im ausländischen Rohstoffabbau zu verbessern.

283

284*Monitoring ausbauen*

285Wir werden die Deutsche Rohstoffagentur beauftragen, ein Monitoring kritischer Roh-
286stoffe durchzuführen und regelmäßig über die Verfügbarkeit der für die deutsche
287Wirtschaft kritischen Rohstoffe zu berichten. Die Außenwirtschaftsinstrumente zur
288Unterstützung der Rohstoffbezugsicherung wie ungebundene Finanzkredite wollen
289wir weiterentwickeln, um den Unternehmen langfristige Lieferverträge für Rohstoffe
290zu erleichtern. Weiterhin werden wir prüfen, wie das Antragsverfahren verbessert
291werden kann, um das Instrument für mehr Unternehmen nutzbar zu machen.

292

293**Industrie**

294

295Deutschland verdankt seine starke wirtschaftliche Rolle einer besonders leistungsfä-
296higen Industrie, die weltweit einen hervorragenden Ruf genießt. Während in anderen
297Ländern der Anteil der Industrie in den letzten Jahrzehnten weiter zurückging, hat
298Deutschland seine Industrie nicht aufgegeben, sondern weiterentwickelt. Dank einer
299vorausschauenden Politik und eines guten Zusammenspiels der Sozialpartner bildet
300der industrielle Sektor mit einem starken Mittelstand das Fundament für Wachstum,
301Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Güterproduktion ist der Anker für die industrielle
302Wertschöpfungskette, die Zulieferer und zahlreiche Dienstleister miteinander verbind-
303det. Gleichzeitig aber nimmt das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der In-
304dustrie ab. Wir werden deshalb einen Dialog über die Rolle und das Selbstverständ-

305nis sowie die gesellschaftliche Akzeptanz einer zukunftsorientierten Industrie ansto-
306ßen.

307

308*Strategische Innovationspolitik*

309Wir treten für eine strategische Innovationspolitik ein, die von Deutschlands traditio-
310nellen industriellen Kernkompetenzen ausgeht. Wir werden neue branchenübergrei-
311fende Netzwerke und die Bildung von Innovationsclustern stärker als bisher unter-
312stützen. Wir wollen Verfahrensinnovationen fördern, die das Zusammenspiel von In-
313dustrie und industrienahen Dienstleistungen (etwa IT und Logistik) weiter verbessern.
314Wir wollen, dass sich Partner aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Wissenschaft und Bil-
315dung in Innovationsbündnissen zusammenschließen. Die Initiierung von Innovations-
316prozessen zum Beispiel durch Spitzenclusterwettbewerbe oder durch Netzwerke wie
317die Nationale Plattform Elektromobilität wollen wir auf alle Leitmärkte – auch in Euro-
318pa – ausweiten.

319

320Zu diesen Leitmärkten gehören vor allem:

321

- 322 • der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Produktionstechnik als wesentliche
323 Innovationstreiber für systemische, energie- und ressourcensparende Produk-
324 tionsprozesse;
- 325 • die Neuen Werkstoffe, mit besonderem Potenzial für die Vernetzung klassi-
326 scher Branchen mit den Schlüsseltechnologien Nanotechnologie, Mikrosys-
327 temtechnik, Photonik und Biotechnologie;
- 328 • Mobilität und Logistik mit ihren breiten Wertschöpfungsketten;
- 329 • die Informations- und Kommunikationswirtschaft als Querschnittstechnologie;
- 330 • die Energie- und Umweltwirtschaft mit ihren zahlreichen Schnittmengen zu an-
331 deren Clustern und der hohen weltweiten Nachfrage nach nachhaltigen Sys-
332 temlösungen;
- 333 • die Medien- und Kreativwirtschaft mit ihrem wichtigen Beitrag für die zukunfts-
334 weisende Gestaltung materieller und immaterieller Produkte und Dienstleis-
335 tungen;
- 336 • die Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik, denen durch den demografi-
337 schen Wandel eine besondere Bedeutung zukommt.

338

339Die Querschnittsbereiche „Industrie 4.0“, „Leichtbautechnologien“ und „Elektro-mobil-
340tät“ sind von besonderer Bedeutung:

341

- 342 • Das Internet der Dinge hält Einzug in die Fabriken. Durch die intelligente Ver-
343 netzung innerhalb von Wertschöpfungsketten kann auch der Ressourcenver-
344 brauch reduziert werden. Um die Technologieführerschaft im Maschinenbau
345 zu erhalten, wollen wir das Feld "Industrie 4.0" aktiv besetzen.
- 346 • Die Förderung von Leichtbautechnologien ist ein wichtiger Beitrag zur Res-
347 sourceeffizienz. Wir wollen Deutschland zum Leitanbieter in diesem Sektor
348 entwickeln. Wir werden deshalb branchenübergreifend die material- und tech-
349 nologieoffene Industrialisierung von Leichtbaukonzepten weiter fördern und
350 ausbauen.
- 351 • Wir halten an dem Ziel fest, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für E-
352 Mobilität zu machen. Dabei verfolgen wir einen technologieoffenen Ansatz in-
353 inklusive der Wasserstoff-, Hybrid-, Batterie- und Brennstoffzellentechnologie.
354 Wir werden aus vorhandenen Eigenmitteln der KfW ein Programm mit zins-

355 günstigen Krediten zur Anschaffung besonders umweltfreundlicher Fahrzeuge
356 auflegen und damit insbesondere auch Elektrofahrzeuge fördern.

357

358*Schlüsselindustrien weiter unterstützen*

359Unser Ziel ist, bei Schlüsseltechnologien und IT-Kernkompetenzen (IT-Sicherheit,
360Netzwerktechnik, Embedded Systems, Prozess- und Unternehmenssoftware, Kryp-
361tographie, Machine-to-Machine-Kommunikation, etc.) eigene Technologieplattformen
362und Produktionslinien in Deutschland bzw. im europäischen Verbund zu halten. Als
363Alternative zu den geschlossenen digitalen Ökosystemen unterstützt und fördert der
364Bund im Software-Bereich gerade auch die Entwicklung von offenen Plattformen und
365Open-Source-Lösungen und setzt sich dafür auch auf europäischer Ebene ein. Wir
366wollen im globalen Wettbewerb „Software made in Germany“ als Qualitätsverspre-
367chen bzgl. Sicherheit, Datenschutz, Design und Nutzerfreundlichkeit stärken. Wir un-
368terstützen Prozesse der Standardisierung, Interoperabilität und Zertifizierung als
369wichtige Parameter für den Markterfolg deutscher Produkte.

370

371Auch die Mikroelektronik wollen wir mit Blick auf die Digitalisierung unserer Industrie
372und der Sicherung eigener Fähigkeiten in diesem Sektor als eine der Schlüsselindus-
373trien für die Zukunft sichern und die Rahmenbedingungen am Standort Deutschland
374weiter verbessern.

375

376Die Luft- und Raumfahrt spielt eine wichtige strategische Rolle für unseren Wirt-
377schaftsstandort und ist ein Eckpfeiler der europäischen Kooperation. Sie ist Vorreiter
378für die Entwicklung und Erprobung neuer Technologien und wirkt über den Technolo-
379gietransfer als Innovationstreiber in andere Wirtschaftsbereiche. Wir werden daher
380die Förderung entsprechend der Hightech-Strategie fortsetzen und die nationalen
381Förder- und Begleitstrukturen konsequent weiterentwickeln. Das Luftfahrtforschungs-
382programm des Bundes werden wir weiterentwickeln und ausbauen.

383

384Der Bereich Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist nicht nur aus wirtschaftlicher
385Sicht, sondern auch aus technologie- und sicherheitspolitischer Sicht von nationalem
386Interesse. Daher werden wir sicherstellen, dass Kernkompetenzen und Arbeitsplätze
387in Deutschland erhalten bleiben sowie Technologien und Fähigkeiten weiterentwi-
388ckelt werden.

389

390Wir werden die maritime Wirtschaft stärken, Deutschland weiter zu einem maritimen
391Hightech-Standort ausbauen und die Nationalen Maritimen Konferenzen fortführen.
392Die Zukunftsstrategie „LeaderSHIP Deutschland“ wird weiterentwickelt. An den be-
393stehenden Finanzierungsinstrumenten, insbesondere den CIRR-Zinsausgleichsga-
394rantien und Exportgarantien (Hermesdeckungen), für den Schiffbau halten wir fest.
395Die Schiffbau- und Meerestechnik wird in die Hightech-Strategie einbezogen, die
396Vernetzung der maritimen Wirtschaft mit der Offshore-Windenergie-Branche voran-
397gebracht.

398

399**Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe**

400

401*Mittelstand*

402Der Mittelstand ist der innovationsstarke Beschäftigungsmotor für Deutschland. Er
403verbindet regionale Verbundenheit und Internationalisierung. Er leistet einen wesent-
404lichen Beitrag zum Erhalt der Wertschöpfungskette am Wirtschaftsstandort Deutsch-

405land. Mittelständische Unternehmen, insbesondere das Handwerk, haben auch als
406„Ausbilder der Nation“ eine zentrale Rolle. Wir wollen die Rahmenbedingungen zur
407Entfaltung von Mittelstand, Selbständigkeit und Existenzgründungen verbessern.

408

409*Mittelstandsförderung:* Wir werden die Mittelstandsförderung zielgerichtet fortsetzen.
410Wir wollen die Thesaurierungsregelungen für Einzelunternehmen prüfen. Das Pro-
411gramm „Unternehmen Region“ führen wir fort. Wir werden Förderprogramme bündeln
412und Antragsverfahren vereinfachen, damit noch mehr kleine und mittlere Unterneh-
413men daran teilhaben können.

414Das Zentrale Innovationsförderprogramm Mittelstand (ZIM) stößt als Instrument zur
415Förderung innovationsstarker kleiner und mittlerer Unternehmen auf eine gute Ak-
416zeptanz. Es soll auch nach 2014 fortgeschrieben werden, um noch mehr Innovatio-
417nen aus dem Mittelstand zu ermöglichen.

418

419*Mittelstandsfinanzierung:* Hemmnisse bei der Mittelstandsfinanzierung werden wir
420abbauen und dafür sorgen, dass keine neuen entstehen. Wir werden uns für die Si-
421cherstellung der „klassischen“ Mittelstandsfinanzierung über Sparkassen, Volks- und
422Genossenschaftsbanken, Privatbanken und Förderbanken sowie Bürgschaftsbanken
423stark machen. Exportorientierte deutsche Unternehmen brauchen auch in Zukunft die
424Unterstützung bei der Absicherung des Außenhandels durch sogenannte „Hermes-
425deckungen“. Die Export- und Projektfinanzierung der staatseigenen KfW-Bank für
426mittelständische Unternehmen muss fortgeführt werden. Wir werden die Einführung
427von Basel III kritisch begleiten und uns gegebenenfalls für Nachbesserungen einset-
428zen. Die aktuell guten Finanzierungsbedingungen müssen von den Banken an den
429Mittelstand weitergegeben werden.

430

431*Handwerk*

432Wir wollen ein starkes Handwerk. Deutschland wird die europäische Diskussion über
433eine verstärkte Öffnung des Dienstleistungsbinnenmarktes konstruktiv begleiten. Wir
434werden allerdings unverändert darauf hinwirken, dass der Meisterbrief nicht durch
435Maßnahmen des europäischen Binnenmarktes beeinträchtigt wird und erhalten
436bleibt.

437

438Wir bekennen uns zu den Kammern. Wir bestärken sie darin, ihre Dienstleistungs-
439funktion für die Mitgliedsunternehmen weiterzuentwickeln. Die Kammern müssen
440einen spürbaren Beitrag für ihre Akzeptanz bei den Mitgliedsunternehmen leisten, in-
441dem sie sich noch stärker am Gedanken der Selbstverwaltung und der Interessen-
442wahrnehmung, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen orientieren. Transpa-
443renz von Entscheidungen ist dabei ein wichtiger Bestandteil des demokratischen
444Prinzips.

445Die Tarifautonomie macht einen großen Teil der Erfolgsgeschichte des Handwerks
446aus. Damit das Handwerk zukunftsfähig bleibt, wollen wir die Sozialpartnerschaft und
447die Tarifbindung stärken. Wir appellieren an die Innungen als Körperschaften des öf-
448fentlichen Rechts, die wichtige gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung zu über-
449nehmen, als Tarifpartner zur Verfügung zu stehen.

450

451*Einzelhandel*

452Der Einzelhandel befindet sich derzeit in einem Strukturwandel. Wir werden gemein-
453sam mit den Unternehmen und Verbänden, den Kommunen und den Gewerkschaft-
454ten eine Plattform ins Leben rufen, um neue Perspektiven für den Einzelhandel auf-

455zuzeigen – sowohl um die Verödung unserer Innenstädte zu verhindern, als auch um
456die Versorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten.

457

458*Freie Berufe*

459Selbständige und Freiberufler stehen als wesentlicher Teil des Mittelstands im Fokus
460unserer Wirtschaftspolitik. Wir werden uns für den Erhalt der Selbstverwaltung von
461Kammern und Verbänden in den Freien Berufen auf europäischer Ebene einsetzen.

462

463**Existenzgründer und Wachstumsfinanzierung**

464

465Die Existenzgründer von heute sind der Mittelstand von morgen. Deshalb wollen wir
466Existenzgründungen fördern. Wir wollen eine zielgerichtete Förderung des bewähr-
467ten Gründercoachings, insbesondere für Gründungen aus Arbeitslosigkeit.

468

469Wir wollen die Attraktivität von Beteiligungsinvestitionen insbesondere bei neu ge-
470gründeten Unternehmen steigern. Dazu werden wir entsprechend der vorhandenen
471Mittel die Rahmenbedingungen für Investoren verbessern, die mit ihrem Geld junge,
472wachstumsstarke Unternehmen vor allem im High-Tech-Bereich unterstützen. Mit
473dem High-Tech Gründerfonds steht ein gutes Instrument für die Frühphasenfinanzie-
474rung zur Verfügung. Wir wollen die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingun-
475gen für Wagniskapital international wettbewerbsfähig gestalten und Deutschland als
476Fondsstandort attraktiv machen. Hierfür ist ein eigenständiges Regelwerk erforder-
477lich. Auch neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding („Schwarmfinanzierung“)
478brauchen einen verlässlichen Rechtsrahmen.

479

480Wir werden die Gründung von Genossenschaften wie andere Existenzgründungen
481fördern. Dazu werden wir geeignete Förderinstrumente entwickeln und bestehende
482anpassen. Wir werden Genossenschaften die Möglichkeit der Finanzierung von
483Investitionen durch Mitgliederdarlehen wieder eröffnen.

484

485**Kultur- und Kreativwirtschaft**

486

487Die Kultur- und Kreativwirtschaft eröffnet große wirtschaftliche und kulturelle
488Chancen für unser Land. Um sie entsprechend ihrer Bedeutung und ihres Potenzials
489zu fördern und weiterzuentwickeln bedarf es eines umfassenden Konzeptes. So wird
490die Koalition die Unterstützung im Rahmen der „Initiative Kultur- und
491Kreativwirtschaft“ der Bundesregierung fortsetzen und intensivieren. Programme der
492Wirtschaftsförderung sind stärker auch für Kulturbetriebe zu öffnen. Gleichzeitig
493sollte der in den Förderprogrammen des Bundes zugrunde gelegte Innovationsbegriff
494für die Kultur- und Kreativwirtschaft geöffnet und erweitert werden. Neben besserer
495Beratung bedarf es neuer Modellprojekte und Förderung von Forschung, Entwicklung
496und Technologie. Fördermöglichkeiten für die Kultur- und Kreativwirtschaft sollten in
497einer Datenbank dargestellt werden. Die Beteiligung Deutschlands an EU-
498Förderprogrammen muss durch bessere Beratung erhöht werden.

499

500**Tourismus**

501

502Der Tourismus in Deutschland ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der vielen Men-
503schen Beschäftigung gibt, gerade auch in ländlichen Regionen. Dazu benötigt der
504Tourismus ein gutes Preis-Leistungsverhältnis, Qualität und Freundlichkeit im Ser-
505vice und weitere Anstrengungen mit Blick auf die Barrierefreiheit. Um qualifizierte

506Fachkräfte muss sich das Gastgewerbe, etwa durch verbesserte Ausbildungsan-
507strebungen, verstärkt bemühen. Der Ausbau der touristischen Infrastruktur muss mit
508den vorhandenen und bewährten Förderinstrumentarien weiter unterstützt werden.
509Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) soll die internationale Vermarktung des
510Reiselandes Deutschlands auf dem bisherigen Niveau weiter unterstützen und auch
511dazu beitragen, die Bekanntheit von bislang weniger frequentierten Tourismusgebiete-
512ten zu erhöhen. Wir wollen eine „Initiative Kulturtourismus“ ins Leben rufen und in
513Zusammenarbeit mit den Ressorts Kultur und Wirtschaft gestalten. Wesentliche Ziele
514sind Akteure aus den Feldern Kultur und Tourismus in ihrem Zusammenwirken zu
515qualifizieren sowie Modellprojekte und innovative Kooperationsformen zu fördern.

516

517**Unternehmensnachfolge**

518

519Um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern, werden wir Vermittlungsplattformen,
520wie die von den Kammern betriebene „nexas change“, unterstützen und weiter aus-
521bauen. Unternehmensnachfolge soll auch künftig durch die Erbschaftsbesteuerung
522nicht gefährdet werden. Notwendig ist daher eine verfassungsfeste und mittelstands-
523freundlich ausgestaltete Erbschafts- und Schenkungsteuer, die einen steuerlichen
524Ausnahmetatbestand bei Erhalt von Arbeitsplätzen vorsieht.

525

526**Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung**

527

528Der Abbau von unnötiger Bürokratie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unter-
529nehmen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen. Eine leistungsfähige öf-
530fentliche Verwaltung und geringer Erfüllungsaufwand sind ein wesentlicher Standort-
531vorteil. Wir wollen Wirtschaft und Bürger spürbar von unnötiger Bürokratie entlasten.
532Dazu wollen wir Projekte fördern, in denen Unternehmen und Verbände, Normenkon-
533trollrat und Bundesministerien, Landesbehörden und Kommunen gemeinsam Verein-
534fachungsmöglichkeiten identifizieren und für eine entsprechend bessere Rechtset-
535zung sorgen. In geeigneten Fällen werden wir Regelungen praktisch erproben, bevor
536sie beschlossen werden. Gesetze müssen einfach, verständlich und zielgenau aus-
537gestaltet werden, damit Bürokratielasten vermieden oder so gering wie möglich ge-
538halten werden.

539

540Notwendig sind auch Initiativen für eine unternehmensfreundliche Verwaltung etwa
541durch eine konsequente Umsetzung von E-Government zur elektronischen Kommu-
542nikation zwischen Unternehmen und Behörden. Wir wollen bei den Informations- und
543Nachweispflichten zu einer Entlastung kommen und den Erfüllungsaufwand verrin-
544gern.

545

546Wir setzen uns für einen wirksameren Normenkontrollmechanismus auf europäischer
547Ebene ein. Die Europäische Union muss sich bei der Normsetzung selbst zurückneh-
548men. Dies betrifft sowohl bereits bestehende als auch die Verabschiedung neuer Re-
549gelungen. Weiterhin werden wir darauf hinwirken, dass in allen künftigen EU-Gesetz-
550gebungen geprüft wird, ob kleine und mittlere Unternehmen von bestimmten Rege-
551lungen ausgenommen werden können.

5521.2. In Deutschlands Zukunft investieren: Bildung und Forschung

553

554Hochschulen

555

556Bildung, Wissenschaft und Forschung sind von überragender Bedeutung für die ge-
557sellschaftliche Entwicklung, gleiche Lebenschancen der Menschen und die interna-
558tionale Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Die klare Prioritätensetzung
559zugunsten von Bildung, Wissenschaft und Forschung, die im 10-Prozent-Ziel zum
560Ausdruck kommt, haben. Bund, Länder und Gemeinden in den letzten Jahren erfolg-
561reich umgesetzt. Sie muss in den nächsten Jahren fortgeführt und verstärkt werden.
562Wir wollen die Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung im Zusammen-
563wirken von Bund, Ländern und Gemeinden verstärken, damit in unserer Gesellschaft
564Teilhabe, Integration und Bildungsgerechtigkeit verwirklicht werden und unser Wohl-
565stand auch künftigen Generationen erhalten bleibt.

566

567Zukunft des Wissenschaftssystems

568Das deutsche Wissenschaftssystem leistet einen entscheidenden Beitrag zur Zu-
569kunftsfähigkeit unseres Landes und unserer Gesellschaft. Im Zentrum dieses Wis-
570senschaftssystems stehen die Hochschulen, die in einzigartiger Form Forschung und
571Lehre vereinbaren. Sie sind von besonderer Bedeutung und erbringen herausragen-
572de Leistungen in der Bildung, Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses so-
573wie der Wissenschaft und Forschung.

574

575Wir wollen die Dynamik der Exzellenzinitiative, des Hochschulpaktes und des Pakts
576für Forschung und Innovation erhalten, deren Leistungen für das Wissenschaftssys-
577tem weiterentwickeln und die Wissenschaftsförderung insgesamt ausbauen. Unsere
578Kernanliegen sind die Stärkung der Hochschulen, die Stärkung der Wissenschaftsor-
579ganisationen und die Förderung strategischer Profile und Kooperationen im Wissen-
580schaftssystem. Wir gewährleisten Planungssicherheit und schaffen eine nachhaltige
581Perspektive für das deutsche Wissenschaftssystem.

582

583Fortsetzung des Hochschulpakts

584Wir wollen den Hochschulpakt fortsetzen und zügig die Verhandlungen über die dritte
585Phase aufnehmen. Dabei sollen Hochschulen für gute Lehre und Angebote, die mehr
586Studierende qualitätsgesichert zu einem erfolgreichen Abschluss führen, stärker ho-
587noriert werden. Das Ziel, mehr beruflich Qualifizierten den Zugang zur Hochschule zu
588eröffnen, werden wir ebenfalls im Hochschulpakt verankern.

589

590Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative

591Die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern hat in sehr erfolgreicher Art und Weise
592eine neue Dynamik in das deutsche Wissenschaftssystem gebracht, die wir erhalten
593und ausbauen wollen. Wir werden dabei auch die Förderlinien, die sich besonders
594bewährt haben, in wissenschaftsgeleiteten Verfahren weiterentwickeln und in neue
595Förderformate überführen. Dabei wollen wir die besondere Situation erfolgreicher
596Projekte aus der zweiten Runde der Exzellenzinitiative berücksichtigen. Darüber hin-
597aus werden wir regionale Verbünde stärker fördern.

598

599Fortsetzung des Pakts für Forschung und Innovation

600Mit dem Pakt für Forschung und Innovation (PFI) konnten die internationale Wettbe-
601werbs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Forschungslandschaft deutlich gestei-

602gert werden. Wir werden die Förderung der fünf Wissenschaftsorganisation Deutsche
603Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gemeinschaft, Helmholtz-Gemeinschaft,
604Fraunhofer-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft durch verlässliche Aufwüchse
605über das Jahr 2015 hinaus fortführen. Wir werden mit den Wissenschaftsorganisatio-
606nen konkrete Ziele beispielsweise zur Gleichstellung, Nachwuchsförderung und zu
607mehr Kooperation insbesondere im Wissenschaftssystem vereinbaren.

608

609*Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen*

610Die Hochschulen stehen im Zentrum des Wissenschaftssystems. Ihnen verlässliche
611Perspektiven und Planungssicherheit zu geben, muss im Zentrum der Wissen-
612schaftspolitik der nächsten Jahre stehen. Die jährlichen Aufwüchse der Grundfinan-
613zierung sollen sich an den Vorschlägen des Wissenschaftsrats orientieren.
614Offen; Vorschlag SPD: In Einklang mit den Empfehlungen zahlreicher wichtiger Ak-
615teure der Wissenschaftspolitik stellen wir die verlässliche Verbesserung der Grundfi-
616nanzierung der Hochschulen ins Zentrum. [Hierzu wird der Bund durch die vollständi-
617ge Übernahme des BAföG einen Beitrag leisten.] Im Gegenzug sollen sich die Län-
618der verpflichten, die frei werdenden Mittel in die Grundfinanzierung ihrer Hochschu-
619len zu investieren. Das ist ein gutes Beispiel für die Wahrnehmung einer gemeinsa-
620men Verantwortung von Bund und Ländern für die Zukunftsfähigkeit der Hochschu-
621len und des Wissenschaftssystems als Ganzes.

622

623*Planbare und verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft*

624Befristete Beschäftigungsverhältnisse aufgrund von Qualifizierungsphasen, zeitlich
625befristeten Forschungsprojekten und anderen Sachgründen liegen in der Natur des
626Wissenschaftsbetriebs; ihr Anteil – insbesondere über sehr kurze Zeiträume – hat in
627den letzten Jahren ein Maß erreicht, das Handlungsbedarf entstehen lässt. An erster
628Stelle ist ein aktives Gegensteuern Aufgabe der Hochschulen und Forschungsein-
629richtungen in ihrer Rolle als Arbeitgeber. Wir begrüßen entsprechende Aktivitäten der
630Wissenschaftsorganisationen und werden deren Bemühungen durch eine Novellie-
631rung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes flankieren. Wir wollen für den wissen-
632schaftlichen Nachwuchs planbare und verlässliche Karrierewege schaffen. Der Bund
633wird im Rahmen seiner Förderung und bei Vereinbarungen zu neuen Instrumenten
634auf angemessene Laufzeiten der Anstellungsverträge achten.

635

636*Chancengleichheit im Wissenschaftssystem*

637Frauen sind trotz wichtiger Fortschritte in den letzten Jahren auch im deutschen Wis-
638senschaftssystem noch immer strukturell benachteiligt. Vom Studium über die Pro-
639motion, die Post-Doc-Phase und weitere Qualifizierung bis hin zur Professur nimmt
640ihr Anteil kontinuierlich ab. Zukunftsorientierte Politik muss die Voraussetzungen da-
641für schaffen, dass Frauen auf allen Ebenen des Wissenschaftssystems, vor allem
642auch in Führungspositionen, angemessen vertreten sind. Deshalb werden wir bei
643Vereinbarungen über neue Förderinstrumente für die Wissenschaft künftig verstärkt
644die Einhaltung von Gleichstellungsstandards und die Festlegung konkreter Ziele für
645mehr Frauen in Führungspositionen verankern. Die Festsetzung von Zielquoten über
646das Kaskadenmodell ist unerlässlich, ihre konsequente Umsetzung bei den For-
647schungsorganisationen werden wir nachdrücklich einfordern.

648

649Das erfolgreiche Professorinnen-Programm führen wir fort. Zur Förderung der Ver-
650einbarkeit von Familie und Beruf wollen wir Hochschulen und Wissenschaftsorgani-
651sationen bei der Etablierung familienfreundlicher Strukturen weiter unterstützen.

652

653*Durchlässigkeit des Bildungssystems stärken – akademische und berufliche Bildung*
654*besser verzahnen*

655Wir nehmen besonders die Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bil-
656dung in den Blick, bei denen es in Deutschland trotz mancher Fortschritte nach wie
657vor Nachholbedarf gibt. Wir werden die Akteure beider Bereiche bei der Entwicklung
658und Verbreitung von Brückenangeboten unterstützen, die beruflich Qualifizierten den
659Zugang zu einem Hochschulstudium und zu akademischen Weiterbildungsangebo-
660ten eröffnen. Durch die Ausweitung des Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung – offe-
661ne Hochschule“ werden wir die Hochschulen bei der Entwicklung passgenauer Ange-
662bote für die Zielgruppe der beruflich Qualifizierten unterstützen. Ebenso werden wir
663die Akteure unterstützen, ihre Angebote für Menschen, die aus einem Studium in
664eine berufliche Bildung wechseln, weiterzuentwickeln und zu systematisieren.

665

666*Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften stärken*

667Wir werden die Förderung der Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften in
668Deutschland insbesondere mit interdisziplinären und sektorübergreifenden Initiativen
669ausbauen. Bei der Förderung der Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften
670in Deutschland werden wir europäische und internationale Aspekte in den Vorder-
671grund rücken, Nachwuchs gezielt fördern, Informationsinfrastrukturen ausbauen und
672im außereuropäischen Ausland internationale Kollegs für Geistes- und Sozialwissen-
673schaften etablieren. Die erfolgreiche Förderung der „Kleinen Fächer“ wird durch
674[neue Initiativen zur Vernetzung erweitert.

675

676*Digitalisierung und Infrastruktur in der Wissenschaft*

677Wir werden eine Strategie für den digitalen Wandel in der Wissenschaft initiieren,
678zum Beispiel um Zugang und Nutzbarkeit von komplexen Forschungsdaten zu ver-
679bessern. Gemeinsam mit den Ländern werden wir einen Rat für Informationsinfra-
680strukturen gründen, in dem sich die Akteure des Wissenschaftssystems über die Er-
681arbeitung disziplinen- und institutionenübergreifender Strategien und Standards ver-
682ständigen. Zudem wollen wir virtuelle Forschungsumgebungen stärken, die es For-
683scherinnen und Forschern erlauben, mithilfe digitaler Medien über disziplinäre, insti-
684tutionelle und geografische Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten und daraus auch
685neue Forschungsmethoden und -gegenstände zu entwickeln.

686

687Den Nationalen Roadmap-Prozess für große Forschungsinfrastrukturen wollen wir
688unter Berücksichtigung neuer Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Län-
689dern weiter entwickeln. Dabei sollen – auch vor dem Hintergrund der Bedeutung der
690Nutzung solcher Infrastrukturen insbesondere für Hochschulen – alle Wissenschaft-
691seinrichtungen und Forschungsorganisationen einbezogen werden.

692

693Wir werden weiterhin auf europäischer und internationaler Ebene aktiv an der Gestal-
694tung von Forschungsinfrastrukturen von europäischer und globaler Bedeutung mit-
695wirken.

696

697*Internationalisierung der Wissenschaft*

698Wir wollen eine neue Qualität der internationalen Wissenschaftszusammenarbeit er-
699reichen und die Internationalisierungsstrategie weiterentwickeln. Dabei werden wir
700mit den deutschen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen eine verstärkte

701 Vernetzung ihrer Aktivitäten der Internationalisierung vereinbaren und sie hierbei un-
702 terstützen.

703

704 Zudem werden wir die Forschungszusammenarbeit mit den Schwellen-, Entwick-
705 lungs- und Transformationsländern strategisch weiter entwickeln.

706

707 Deutschland ist bereits heute nach den USA und Großbritannien das drittichtigste
708 Gastland für Studierende aus dem Ausland. Bis zum Ende des Jahrzehnts wollen wir
709 dafür sorgen, dass die Zahl ausländischer Studierender um rund ein Drittel auf etwa
710 350.000 gesteigert wird. Die Mobilität deutscher Studierender wollen wir gezielt er-
711 weitern. Wir wollen, dass jeder zweite Studienabsolvent und jede zweite Studienab-
712 solventin studienbezogene Auslandserfahrung gesammelt hat.

713

714 Zentrale Impulsgeber für das Thema Mobilität an Hochschulen und Forschungsein-
715 richtungen sind der Deutsche Akademische Austauschdienst und die Alexander von
716 Humboldt Stiftung mit ihren zahlreichen Außenstellen, die im Rahmen des Internatio-
717 nalen Hochschulmarketings für den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Deutsch-
718 land werben. Ihre Schlagkraft wollen wir erhöhen und Synergien nutzen.

719

720 BAföG **[substanziell erhöhen und]** strukturell weiterentwickeln

721 Das BAföG ist seit mehr als 40 Jahren ein bewährtes und erfolgreiches Instrument
722 für mehr Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem und für die soziale Öff-
723 nung der Hochschulen. Das Ziel, jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen
724 Herkunft und finanziellen Situation die Aufnahme eines Hochschulstudiums zu er-
725 möglichen, ist heute nach wie vor aktuell. **Wir werden zügig eine BAföG-Reform auf**
726 **den Weg bringen, die [eine substanzielle Erhöhung der Bedarfsätze und Freibeträ-**
727 **ge ebenso umfassen wird wie strukturelle Verbesserungen]. Ziel ist es, mit dem**
728 **BAföG als dem zentralen Instrument der staatlichen Studienfinanzierung passgenau**
729 **auf die Bedürfnisse und die heutige Lebensrealität der Studierenden reagieren zu**
730 **können. An erster Stelle stehen dabei eine verbesserte Anpassung des BAföG an die**
731 **gestufte Studienstruktur aus Bachelor- und Master-Studiengängen. Auch die Förde-**
732 **rung von Auszubildenden mit betreuungsbedürftigen Kindern während einer Teilzeit-**
733 **ausbildung ist uns ein wichtiges Anliegen.**

734

735 *Begabtenförderung*

736 Mit Erfolg fördert der Bund seit Jahrzehnten begabte junge Leute, indem er die Be-
737 gabtenförderwerke und die Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung unter-
738 stützt. Um den hochqualifizierten Nachwuchs zu sichern, werden wir dieses Engage-
739 ment fortführen. Das Deutschlandstipendium werden wir mit der Zielmarke von 2 %
740 der Studierenden in dieser Legislaturperiode fortführen.

741

742 **Allgemeine Bildung**

743

744 *Kulturelle Bildung in die Breite tragen*

745 Kulturelle Bildung erschließt neue Welten und trägt maßgeblich zur Persönlichkeits-
746 bildung bei. Alle Kinder und Jugendlichen müssen deshalb Zugang zu kultureller Bil-
747 dung haben. Mit dem Programm „Kultur macht stark“ leisten wir einen Beitrag dazu,
748 dass kulturelle Bildung in der Breite ankommt.

749

750 *Politische Bildung*

751Die Politische Bildung ist ein zentrales Element zur Stärkung unserer Demokratie.
752Auch die außerschulische politische Bildung, nicht zuletzt durch die politischen Stif-
753tungen, wollen wir stärken.

754

755*Für die Fachkräfte von morgen: MINT-Bildung ausbauen*

756Wir werden die MINT-Bildung stärken, Innovationsfähigkeit fördern und dem Fach-
757kräftemangel im MINT-Bereich früh entgegenwirken. Wir unterstützen gemeinsam
758mit Wissenschaft und Wirtschaft die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“. Wir wollen
75980 Prozent aller Kindertagesstätten bis 2015 erreichen.

760

761*Digitale Bildung*

762Wir werden mit den Ländern und Akteuren aus allen Bildungsbereichen eine gemein-
763same Strategie „Digitales Lernen“, die die Chancen der neuen Medien für gute Bil-
764dung entschlossen nutzt, entwickeln und umsetzen.

765

766Die digitale Lehrmittelfreiheit muss gemeinsam mit den Ländern gestärkt werden.
767Grundlage hierfür ist ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht und eine
768umfassende Open-Access-Politik. Schulbücher und Lehrmaterial auch an Hochschu-
769len sollen, soweit möglich, frei zugänglich sein, die Verwendung freier Lizenzen und
770Formate ausgebaut werden.

771

772Nicht nur in Schulen und Kitas möchten wir die IT-Fertigkeiten und den Umgang mit
773den Medien vermitteln. Eine starke digitale Wirtschaft braucht starke Fachkräfte, des-
774halb werden wir in einem kooperativen Miteinander von Bund und Ländern die Bil-
775dung und Ausbildung in den Bereichen IT und Technologie praxisorientiert stärken.

776

777Wir unterstützen die Förderung von Wissenschaftskompetenz von der Grundschule
778bis zur Hochschule. Dabei fördern wir Programme und Wettbewerbe in den MINT-
779Fächern und einen zeitgemäßen Informatikunterricht ab der Grundschule. Damit das
780Wissen entsprechend vermittelt werden kann, sind Fortbildungsmöglichkeiten für
781Lehrerinnen und Lehrer zur Medienkompetenz dringend notwendig. Wir streben au-
782ßerdem die Verfügbarkeit ausreichender Master-Studienplätze im Bereich IT an. Ziel-
783gerichtet sollen vor allem Mädchen und junge Frauen für diese Berufsfelder begeis-
784tert werden. Der Aufbau eines Mentorinnennetzwerks in der digitalen Wirtschaft ist
785dabei eine geeignete Maßnahme. Der Anteil von Studentinnen zum Beispiel bei In-
786formatik und Elektrotechnik soll erhöht werden. Auch in den MINT-Fächern legen wir
787den Fokus verstärkt auf die jungen Schülerinnen und Studentinnen.

788

789Nach dem Vorbild der Eliteschulen des Sports werden wir mit den Ländern Gesprä-
790che aufnehmen, um die Einführung von Profilschulen IT/Digital mit dem Schwer-
791punktprofil Informatik anzuregen. Dabei ist die Kooperation mit Hochschulen oder
792Forschungseinrichtungen sowie ggf. privaten Partnern obligatorisch.

793

794*[Offen: Ganztagschulprogramm; Vorschlag SPD:*

795*Ganztagschulprogramm für mehr Chancengleichheit*

796*Wir sind von den großen pädagogischen, sozialen und gesellschaftlichen Potenzia-*

797*len guter Ganztagschulen überzeugt. Unser langfristiges Ziel ist es daher, jedem*

798*Kind und Jugendlichen unabhängig vom Wohnort, der besuchten Schulform oder be-*

799*sonderen Förderbedarfen einen Ganztagschulplatz anbieten zu können. Um dieses*

800*Ziel zu erreichen, werden wir den Ländern ein neues Ganztagschulprogramm vor-*

801*schlagen, das aus zwei gleichwertigen Förderlinien besteht: einer Investitionslinie,*

802 **um das Angebot an Ganztagschulplätzen zu erhöhen und die baulichen Vorausset-**
803 **zungen für eine gute Schulbildung zu schaffen, sowie einer Qualitätslinie, um die**
804 **Ganztagsschulangebote pädagogisch zu verbessern, die lokalen Bildungsnetzwerke**
805 **zu stärken und das dafür erforderliche Lehr- und Fachpersonal zu fördern.**

806

807 **[Die Mittel für Investitionen sollen sich am ersten Ganztagschulprogramm (IZBB)**
808 **orientieren. Für die Qualitätslinie sind Anstrengungen in derselben Größenordnung**
809 **notwendig.]**

810

811 **Das neue Ganztagschulprogramm wollen wir nutzen, um in beiden Förderlinien die**
812 **Potenziale guter Ganztagschulen für eine bessere individuelle Förderung, die Um-**
813 **setzung einer inklusiven Schulbildung, die Stärkung der Integration durch Bildung**
814 **und für den Ausbau der Schulsozialarbeit besser zur Geltung zu bringen.]**

815

816 **Bildungsforschung**

817 Die empirische Bildungsforschung liefert wichtige Erkenntnisse über Bildungsverläufe
818 und die Wirksamkeit von Maßnahmen. Neue Schwerpunkte wollen wir in den nächs-
819 ten Jahren in den Bereichen der Inklusion im Bildungssystem sowie der beruflichen
820 Bildung und der Frage von Übergängen setzen. Die Bildungsstatistik wird die Bun-
821 desregierung durch eine Novellierung der entsprechenden Gesetze sichern.

822

823 **Berufliche Bildung**

824

825 Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell und bietet vielen Men-
826 schen eine hervorragende Qualifizierung und damit einhergehende positive Karriere-
827 und Lebenschancen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unseres künf-
828 tigen Fachkräftebedarfs und Wohlstands. Die Koalition wird einen Schwerpunkt auf
829 die Stärkung der beruflichen Bildung legen.

830

831 **Chance Beruf**

832 Angesichts des demografischen Wandels können wir es uns heute weniger denn je
833 leisten, dass junge Menschen hinter ihren Möglichkeiten zurück bleiben. Wir wollen
834 alle jungen Menschen erreichen. Die Beratung setzt präventiv an, orientiert sich an
835 der individuellen Bildungsbiographie und bricht auch geschlechtsspezifische Muster
836 auf. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende sowie Weiterbildungsin-
837 teressierte sollen systematisch beraten werden, damit ihnen verschiedene Bildungs-
838 pfade eröffnet werden. Wir werden dafür ein lokal verankertes Netzwerk von Bera-
839 tungs- und Informationsangeboten auf den Weg bringen.

840

841 In Kooperation mit den Ländern werden wir die erfolgreiche Initiative „Bildungsketten“
842 ausbauen, damit möglichst viele Jugendliche früh ihre Potenziale wahrnehmen, be-
843 rufliche Optionen kennen lernen und so einen Schul- und Berufsabschluss erreichen.
844 Am Übergang zur Ausbildung werden wir die Berufseinstiegsbegleitung ausbauen,
845 die Chancen der assistierten Ausbildung nutzen und mehr Anschlussmöglichkeiten
846 zwischen den verschiedenen Bildungswegen schaffen.

847

848 **Allianz für Aus- und Weiterbildung**

849 Wir werden den Ausbildungspakt gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Län-
850 dern zur „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ weiterentwickeln. Ziel der Allianz ist die
851 Umsetzung der Ausbildungsgarantie in Deutschland. Kein junger Mensch darf zu-
852 rückbleiben oder wertvolle Lebenszeit in Warteschleifen verlieren. Zusammen mit

853den Partnern in der Allianz unterstützen wir Jugendliche mit schlechteren Startchan-
854cen insbesondere durch ausbildungsbegleitende Hilfen und die assistierte Ausbil-
855dung. Die Ausbildungsqualität wollen wir in den Blick nehmen und Ausbildungsabbrü-
856chen vorbeugen. Die Eingliederung junger Menschen mit Behinderungen in eine Be-
857rufsausbildung (Inklusion) ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Die Maßnahmen
858des Übergangssystems und zur Förderung beruflicher Ausbildung werden wir ge-
859meinsam mit den Ländern überprüfen und auf eine vollqualifizierende betriebliche
860Berufsausbildung hin ausrichten.

861

862*Duale Ausbildung stärken*

863Wir wollen die duale Ausbildung stärken und modernisieren. Wir werden das Berufs-
864bildungsgesetz evaluieren und Anpassungen prüfen, insbesondere in Hinblick auf die
865Erhöhung der Durchlässigkeit, die Stärkung der Ausbildungsqualität und gestufter
866Ausbildungen, die Bildung von Berufsfamilien und die Sicherung des Ehrenamtes in
867den Prüfungsgremien. Wir bekräftigen zudem den hohen Wert des Konsensprinzips
868in der Berufsordnungsarbeit von öffentlicher Hand und Sozialpartnern.

869

870Die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren leisten wichtige
871Beiträge zur Berufsorientierung und zur Unterstützung des ausbildenden Mittel-
872stands. Wir werden sie daher auf dem bisherigen Niveau weiter fördern.

873

874*Kompetenzen anerkennen*

875Wir werden das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im
876Ausland erworbener Berufsqualifikationen („Anerkennungsgesetz“) wo notwendig an-
877passen. Migrantinnen und Migranten, die noch Qualifizierungsmaßnahmen absolvie-
878ren müssen, damit ihr Abschluss als gleichwertig anerkannt wird, [wollen wir finansi-
879ell unterstützen. Wir werden die Beratungsstrukturen im In- und Ausland verstärken
880und die Betreuung verbessern.

881

882Für Menschen, die sogenannte informelle Kompetenzen erworben haben, die sie
883nicht durch Zertifikate belegen können, wollen wir neue Verfahren entwickeln und er-
884proben, die zu Transparenz und Anerkennung führen.

885

886*Internationale Bildungskooperationen in der beruflichen Bildung*

887Auf europäischer und internationaler Ebene gehen wir mit unserem Beitrag voran,
888um die Berufsperspektiven der Jugendlichen zu verbessern und die hohe Jugendar-
889beitslosigkeit in der EU zu senken. Wir unterstützen die Europäische Ausbildungsalli-
890anz der EU-Mitgliedsstaaten durch Beratung und Leuchtturmprojekte. Wir kooperie-
891ren weltweit mit Partnerländern, die an dualer Ausbildung interessiert sind, bei Auf-
892bau und Modernisierung von erfolgreichen Berufsbildungssystemen. Unsere Auszu-
893bildenden und ausgebildeten Fachkräfte sollen sich auf internationalen Märkten er-
894folgreich bewegen und interkulturelle Kompetenzen entwickeln. Deswegen wollen wir
895den Anteil der Jugendlichen, die während ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt
896absolvieren, verdoppeln.

897

898*Weiterbildung ausbauen*

899Angesichts des demographischen Wandels ist das lebenslange Lernen so wichtig
900wie nie. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe wollen wir im Rahmen der „Allianz
901für Aus- und Weiterbildung“ bewältigen.

902Wir sind von der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung über-
903zeugt. Das haben wir mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen dokumentiert. Wir

904werden dafür sorgen, dass neue Abschlusszeugnisse das jeweilige Qualifikationsni-
905veau ausweisen. Wir werden die Durchlässigkeit stärken und Berufstätige, die ihren
906beruflichen Aufstieg durch Bildung in die Hand nehmen wollen, unterstützen.

907

908Die Koalition wird dazu das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) mit dem
909Ziel novellieren, die Förderleistungen zu verbessern und die Fördermöglichkeiten zu
910erweitern. Im Sinne der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung wol-
911len wir Bachelor-Absolventen und -Absolventinnen den Zugang zur geförderten Auf-
912stiegsfortbildung eröffnen, wenn sie entsprechende berufliche Erfahrungen vorwei-
913sen können. Das Aufstiegsstipendium werden wir fortführen.

914

915Ein demokratisches Gemeinwesen ist auf mündige Bürgerinnen und Bürger angewie-
916sen. Es ist uns deshalb ein wichtiges Anliegen, die allgemeine Weiterbildung zu stär-
917ken. Die Koalition will den Kampf gegen Bildungsarmut fortsetzen und intensivieren.
918Wir werden die Alphabetisierungsstrategie von Bund und Ländern zu einer Dekade
919der Alphabetisierung weiterentwickeln und die Förderung ausbauen. Die erfolgreiche
920Bildungsprämie wollen wir fortführen.

921

922**Forschung**

923

924Deutschland hat in den vergangenen Jahren in einer gemeinsamen Kraftanstrengung
925von Bund, Ländern und Wirtschaft einen deutlichen Zuwachs bei den Investitionen
926für Forschung und Entwicklung verzeichnen können. Diese gute Entwicklung werden
927wir durch eine konsequente Unterstützung der Hochschulforschung, den Ausbau der
928Programmförderung und die Förderung der außeruniversitären
929Forschungsorganisationen vorantreiben. Wir streben an, die Forschungsinvestitionen
930bei der Marke von drei Prozent des BIP konstant zu halten.

931

932*Hightech- und Innovationsstrategie für Deutschland*

933Die Hightech-Strategie werden wir zu einer umfassenden ressortübergreifenden
934Innovationsstrategie für Deutschland weiterentwickeln. Zu den großen
935gesellschaftlichen Herausforderungen, die wir mit dieser Innovationsstrategie
936bewältigen wollen, gehören vor allem Veränderungen wie die demographische
937Entwicklung, die Digitalisierung und die Entwicklung einer nachhaltigen
938Wirtschaftsweise. Wir wollen diese Zukunftsaufgaben im Verbund von Wissenschaft,
939Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gestalten und dabei technologische wie
940gesellschaftliche Innovationen in den Blick nehmen. Wir werden geistes- und
941sozialwissenschaftliche Begleitforschung sowie die interdisziplinäre Zusammenarbeit
942unterstützen, um den verantwortungsbewussten Umgang mit der Forschung und
943ihren Ergebnissen zu stärken. Den Ausbau der europäischen und internationalen
944Forschungskooperationen werden wir vertiefen.

945

946*Forschung für die Gesundheit der Menschen*

947Die Gesundheitsforschung wird weiter eine herausgehobene Stellung in unseren
948Förderanstrengungen einnehmen. Das Konzept der Deutschen Zentren der
949Gesundheitsforschung werden wir in einem wissenschaftsgeleiteten Verfahren
950fortentwickeln.

951

952Wir werden unter der Überschrift „Gesundheit im Lebensverlauf“ den Patienten in
953den Mittelpunkt stellen und neue Initiativen für eine moderne Kinder- und
954Jugendmedizin, Arbeitsmedizin sowie die Geschlechter- und Altersmedizin auch

955unter dem Gesichtspunkt der Prävention und Gesunderhaltung starten. Die
956individualisierte Medizin wollen wir mit innovativen Strukturen und breit angelegter
957Forschung weiter stärken.

958

959Die Versorgungsforschung werden wir stärken, um vor allem die Alltagsversorgung
960von Patienten zu verbessern. Dazu gehören vor allem die Pflegewissenschaft, aber
961auch die Biometrie, Epidemiologie und Medizininformatik sowie der Aufbau von
962klinischen Registern, sofern eine dauerhafte Finanzierung im Versorgungssystem
963garantiert wird.

964

965Wir werden die Wirkstoffforschung stärken, um beispielsweise im Bereich der
966Antibiotika zur Bekämpfung von Multiresistenz und Sepsis die Entwicklung neuer
967Medikamente zu fördern. Ebenso werden wir die Medizintechnik fördern.

968

969Mit der Stärkung von Forschung zu vernachlässigten, armutsassoziierten
970Erkrankungen und durch Forschungsk Kooperationen mit betroffenen Regionen,
971besonders in Afrika, tragen wir dazu bei, den Teufelskreis von Armut und Krankheit
972in Entwicklungsländern zu durchbrechen.

973

974*Forschung für die Energieversorgung, Klima und Ressourcen*

975Die Energieforschung wird konsequent auf die Energiewende ausgerichtet. Voraus-
976setzung hierzu sind Forschung und Entwicklung für intelligente Lösungen insbeson-
977dere in den Bereichen Energieeffizienz, Energieeinsparung, Erneuerbare Energien
978und Versorgungssysteme (u. a. Speicher, Netze und Systemdienstleistungen durch
979erneuerbare Energien). Die Koalition wird im Energieforschungsprogramm neue, the-
980matisch übergreifende und systemorientierte Forschungsansätze aufgreifen, um zu-
981sätzliche Potenziale für den Innovationsprozess entlang der gesamten Wertschöp-
982fungskette zu erschließen. Die Projektförderung ist dabei das geeignete Steuerungs-
983instrument, um ein zielgerichtetes politisches Handeln zu ermöglichen. Wir werden
984daher die Mittel im Energieforschungsprogramm verstetigen.

985

986Wir werden auch die europäische Dimension des Themas durch eine geeignete Ver-
987netzung der Forschungsmaßnahmen berücksichtigen und dabei auch die Entwicklun-
988gen der Digitalisierung und des Internets einbeziehen. Die Klimaforschung wollen wir
989mit den Schwerpunkten Klimamodellierung und regionale Klimafolgenabschätzung
990stärken. Gleiches gilt für Forschung zu Chancen und Risiken sowie zu Handlungsop-
991tionen.

992

993Mit der Förderung der Bioökonomie wollen wir den Wandel von einer überwiegend
994auf fossilen Rohstoffen basierenden Wirtschaft zu einer auf erneuerbaren Ressour-
995cen beruhenden, rohstoffeffizienten Wirtschaft vorantreiben und damit die Energie-
996wende unterstützen. Die Meeres- und Polarforschung leistet ebenfalls wichtige Bei-
997träge zur Erforschung des Klimawandels. Deshalb werden wir die Forschung auf die-
998sen Gebieten stärken und dazu auch die Erneuerung der deutschen Forschungsflotte
999konsequent fortführen

1000

1001Forschungsergebnisse müssen zügig in Form von innovativen und marktfähigen Pro-
1002dukten verwertet werden. Auch mit Blick auf eine weltweit steigende Nachfrage nach
1003innovativen Energietechnologien und der Stärkung des exportorientierten Technolo-
1004giestandortes Deutschland soll der Innovationsprozess bis hin zur Markteinführung
1005erheblich beschleunigt werden.

1006

1007Die Förderung der Fusionsforschung werden wir auf dem festgelegten, begrenzten
1008Niveau fortführen.

1009

1010*Nukleare Sicherheits- und Entsorgungsforschung*

1011Die Koalition wird die Nuklearforschung auf wichtige Zukunftsthemen fokussieren.

1012Durch die institutionell und projektgeförderte nukleare Sicherheits- und Entsorgungs-
1013forschung werden wir einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit im
1014In- und Ausland zur Lösung der nuklearen Entsorgungsfragen und zum Kompeten-
1015zerhalt in Deutschland leisten, der besonders auch für die internationale Zusammen-
1016arbeit erforderlich ist. Wir werden nach dem Neubeginn der Endlagersuche die End-
1017lagerforschung verstärken.

1018

1019*Forschungsprogramm IT-Sicherheit*

1020Es wird ein Förderprogramm „Innovation in IT-Forschung und Sicherheit“ zur Stär-
1021kung der nationalen F&E-Aktivitäten in diesen Bereichen weiterentwickelt, wobei Si-
1022cherheit und Nutzerfreundlichkeit für unterschiedliche Anwendergruppen in Einklang
1023gebracht werden. Bei der Ausschreibung werden Open-Source-Ansätze priorisiert,
1024die ihre Ergebnisse und die entwickelten Systeme offen zur Verfügung stellen. Die
1025Einführung einheitlicher Standards zur Verfügbarmachung von Daten und Ergebnis-
1026sen wird geprüft. Wir starten ein neues Forschungsprogramm zur IT-Sicherheit
1027„Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt“. Zudem gilt es, IT-Sicherheitkompe-
1028tenzen in der Ausbildung des Fachkräftenachwuchses auszubauen.

1029

1030*Rohstoff-Forschung*

1031Rohstoffe und ihre effiziente Nutzung sind für die deutsche Hightech-Industrie von
1032strategischer Bedeutung. Wir werden durch eine gezielte Forschungsförderung die
1033Verfügbarkeit von Rohstoffen für die deutsche Hightech-Industrie weiter verbessern
1034helfen.

1035

1036*Forschung für die Mobilität der Zukunft*

1037Die von uns geförderte Mobilitätsforschung wird zukünftig verstärkt die gesamte
1038Breite von Mobilitätsangeboten auch unter gesellschafts- und
1039sozialwissenschaftlichen Aspekten in den Blick nehmen. Bei der Automobilforschung
1040sehen wir die Herausforderungen für die Forschung – im Kontext der Plattform
1041Elektromobilität – weiterhin vor allem bei der Energiespeicherung und dem
1042Energieverbrauch unter Praxisbedingungen. Wir setzen zudem auf die Nutzung
1043moderner. Informations- und Kommunikationstechnik für eine vernetzte, sichere und
1044effiziente Mobilität.

1045

1046*Innovative Lösungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger entwickeln*

1047Durch die Förderung der kooperativen Forschung von Wissenschaft, Wirtschaft und
1048Anwendern wollen wir Lösungen entwickeln, die beispielsweise Krisensituationen
1049aufgrund von Naturkatastrophen und Unfällen besser beherrschbar machen und die
1050Folgen all dieser Ereignisse für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich
1051halten. Wir werden daher die zivile Sicherheitsforschung mit dem Ansatz der
1052Anwenderorientierung weiterentwickeln.

1053

1054*Forschung für die Arbeit von morgen*

1055Wir wollen, dass Deutschland seine führende Rolle als Industrie-, Produktions-, und
1056Dienstleistungsstandort und Exportnation behält. Dies gelingt nur durch

1057Innovationen, durch fortwährende organisatorische und technische Veränderung von
1058Produktions- und Dienstleistungsprozessen. In enger Abstimmung mit den
1059Sozialpartnern wollen wir die Arbeits-, Produktions- und Dienstleistungsforschung
1060stärken und hierzu ein neues Förderprogramm auflegen. Dies trägt zur Sicherung
1061einer hohen Beschäftigungsquote und zur Humanisierung der Arbeitswelt bei.

1062

1063 *Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Validierungsförderung*

1064Deutschland verstärkt und beschleunigt den Transfer neuer Erkenntnisse aus der
1065Forschung in Gesellschaft und Wirtschaft. Wir wollen regionale und thematische
1066Clusterstrukturen ausbauen und ihre wirtschaftliche Schlagkraft durch eine verstärkte
1067europäische und internationale Vernetzung erhöhen. Zudem werden wir neue Instru-
1068mente schaffen, um einen besseren Transfer von Innovationen aus der Grundlagen-
1069forschung an den Hochschulen in nutzbare Dienstleistungen und Produkte zu reali-
1070sieren. Eine Weiterentwicklung der Validierungsförderung soll diesen Transfer ent-
1071scheidend voranbringen.

1072

1073Wir wollen das große Potenzial für wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderun-
1074gen, ob in Form neuer Geschäftsmodelle, Dienstleistungen oder Kooperationen,
1075durch den Auf- und Ausbau geeigneter Open-Innovation-Plattformen für neue kreati-
1076ve Lösungsansätze erschließen. Wir richten uns dabei insbesondere an kleine und
1077mittlere Unternehmen, damit sie gemeinsam mit Anwendern, internationalen Part-
1078nern, großen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen neue Ent-
1079wicklungen vorantreiben können.

1080

1081 *Neue Länder*

1082Wir werden den Auf- und Ausbau einer breit aufgestellten Wissenschaftslandschaft
1083und einer leistungsfähigen Spitzenforschung in den neuen Bundesländern stärken.
1084Die Programme, die insbesondere regionale Cluster von Wissenschaft und Wirt-
1085schaft unterstützen – wie „Unternehmen Region“ und „Zwanzig20 – Partnerschaft für
1086Innovation“ – setzen wir fort.

1087

1088 *Europäischer Forschungsraum*

1089Wir werden unsere Verantwortung bei der Vollendung des Europäischen For-
1090schungsraumes (EFR) wahrnehmen und unsere EFR-Strategie auf nationaler und
1091europäischer Ebene konsequent umsetzen. Hierzu wollen wir die Mobilitätsbedingun-
1092gen der Forscherinnen und Forscher verbessern, die gemeinsame Programmpla-
1093nung fortentwickeln, gemeinsame Forschungsinfrastrukturen aufbauen, den Wissen-
1094stransfer erleichtern, die Gleichstellung der Geschlechter im europäischen Wissen-
1095schaftssystem unterstützen und die Kooperation mit Drittstaaten außerhalb Europas
1096ausbauen.

1097

1098Wir halten daran fest, dass für die Gestaltung des EFR für jeden Mitgliedstaat eine
1099auf die unterschiedlichen Gegebenheiten der nationalen Systeme angepasste Strate-
1100gie erforderlich ist; harmonisierende Gesetzgebungsinitiativen der Europäischen
1101Kommission sind der Vielfalt der Forschungssysteme in Europa, die den Wettbewerb
1102und damit Wissenschaft und Innovation fördern, abträglich.

1103

1104Wir wollen die Beteiligung der deutschen Wissenschaft und Wirtschaft am neuen
1105Forschungsrahmenprogramms „Horizont 2020“ unterstützen und ausbauen.

1106

1107Zugleich soll die deutsche Wissenschaft eine aktive Rolle übernehmen, um das euro-
1108päische Wissenschafts- und Innovationssystem insgesamt zu stärken. Dabei setzen
1109wir auch auf bilaterale Innovationsberatung sowie gemeinsame Forschungs- und
1110Entwicklungsprojekten mit den neuen Mitgliedstaaten Ost- und Südosteuropas und
1111besonders von der Wirtschaftskrise betroffenen EU-Mitgliedstaaten.

1112

1113*Forschungsförderung für den Mittelstand*

1114Kleinen und mittleren Unternehmen werden wir verstärkt den Zugang zur Förderung
1115von Forschung und Entwicklung auch durch Kooperationen mit Hochschulen und
1116außeruniversitären Forschungseinrichtungen eröffnen, um das technologieorientierte
1117Innovationsgeschehen in Deutschland zu unterstützen.

1118

1119*Ressortforschung*

1120Die Ressortforschung leistet wichtige Beiträge im Gefüge der bundesdeutschen
1121Wissenschaftslandschaft. Wir streben eine Stärkung der Ressortforschung an und
1122werden dafür sorgen, dass alle Ressortforschungseinrichtungen von den Vorteilen
1123des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes profitieren können.

1124

1125*Forschung an Fachhochschulen ausbauen*

1126Die Förderung der Forschung an Fachhochschulen bietet insbesondere für kleine und
1127mittlere Unternehmen in regionalen Kooperationen große Chancen zur Innovationsför-
1128derung. Wir werden die Förderung des Bundes für die angewandte Forschung an Fach-
1129hochschulen ausbauen und die Fördermöglichkeiten ausweiten sowie die Möglichkeiten
1130gemeinsamer Promotionen mit Universitäten im Sinne einer Profilschärfung im Wissen-
1131schaftssystem stärken. Von der DFG erwarten wir, die Beteiligung von Fachhochschu-
1132len an ihren Programmen zu stärken.

1133

1134**Fachkräftesicherung**

1135

1136Der demografische Wandel berührt unmittelbar das Arbeitskräfteangebot und damit
1137die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ebenso wie unsere Sozialsysteme.
1138Wir werden alles daran setzen, den Wohlstand zu erhalten sowie Wachstum und
1139Chancengerechtigkeit zu fördern, indem wir den Fachkräftebedarf decken und zu-
1140gleich den Menschen bessere Erwerbchancen eröffnen. Dies begreifen wir als
1141große gesamtgesellschaftliche Aufgabe dieser Legislaturperiode.

1142

1143Dazu nehmen wir an erster Stelle die Menschen im Inland in den Blick. Aber auch die
1144Chancen, auf dem globalen, insbesondere dem europäischen Arbeitsmarkt qualifi-
1145zierte Fachkräfte für unser Land zu gewinnen, sind uns wichtig. Wir setzen im Fach-
1146kräftekonzept folgende Schwerpunkte:

1147

1148Die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen sollen verstärkt auf junge Menschen aus-
1149gerichtet sein, die wir so früh wie möglich auf einen erfolgreichen Einstieg in das Be-
1150rufsleben vorbereiten wollen. Wir werden die nachhaltige Integration von Migrantin-
1151nen und Migranten in den Arbeitsmarkt fördern. Instrumente hierfür sind eine ver-
1152stärkte Bildungsbeteiligung, Netzwerke, Programme zur Integration und Nachqualifi-
1153zierung, eine bessere Anerkennung von Bildungsabschlüssen sowie eine fachge-
1154rechte Beratung.

1155

1156Um Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten, wollen wir das Prinzip des lebenslangen
1157Lernens stärken und die Weiterbildungsbeteiligung Älterer steigern.

1158

1159Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Unterstützungsan-
1160gebote für Berufsrückkehrende weiterentwickelt. Vor allem in der Grundsicherung für
1161Arbeitsuchende wird ein besonderer Fokus auf Alleinerziehenden und Langzeitar-
1162beitslosen gelegt. Personen in der „Stillen Reserve“ sollen durch gezielte Ansprache
1163aktiviert werden. Für viele junge Eltern sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und
1164Berufsausbildung in Teilzeit der richtige Weg.

1165

1166All das wollen wir zusammen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern zum Gegen-
1167stand einer neuen Qualifizierungsoffensive machen, die ein zentraler Baustein des
1168Paktes für Ausbildung und Fachkräftesicherung werden soll, der mit dem bestehen-
1169den und fortzusetzenden Ausbildungspakt verbunden werden kann. Dabei wollen wir
1170auch die duale Ausbildung und den Erhalt des Meisterbriefs sicherstellen.

1171

1172Insbesondere die Betriebe sind in der Pflicht, ihre Anstrengungen für eine alters- und
1173alternsgerechte Arbeitswelt und demografiesensible Personalpolitik zu verstärken.
1174Wir werden sie dabei mit der Initiative „Neue Qualität der Arbeit“ (INQA) und mit der
1175Fortführung von Initiativen zur Beschäftigung von Über-50-Jährigen unterstützen. Wir
1176setzen uns für bedarfsgerechte qualifizierte Zuwanderung ein und wollen insbeson-
1177dere eine größere Mobilität im europäischen Arbeitsmarkt erreichen. Flankierend
1178wollen wir die Willkommens- und Bleibekultur für ausländische Fachkräfte in
1179Deutschland verbessern. Deswegen werden wir die Dachkampagne „Fachkräfte-Of-
1180fensive“ fortführen und die regionalen Netzwerke zur Fachkräftesicherung stärker
1181professionalisieren.

1182

1183Wir werden die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und Inte-
1184gration in den Arbeitsmarkt (insbesondere die Blaue Karte EU einschließlich der Än-
1185derungen im Aufenthaltsgesetz, die Beschäftigungsverordnung und das Gesetz zur
1186verbesserten Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen) inner-
1187halb der Wahlperiode auf ihre Wirksamkeit überprüfen und daraus gegebenenfalls
1188Konsequenzen ziehen. (Zuständigkeit BMBF/BMAS/BMI)

1189

1190**Teilhabe von Zuwanderern stärken**

1191

1192Wir setzen uns dafür ein, die beruflichen Befähigungen von Migranten nachträglich zu
1193verbessern. Damit wollen wir ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen und dem
1194Fachkräftebedarf Rechnung tragen.

1195

1196Zuwanderer verfügen vielfach über im Ausland abgeschlossene Berufs- und Hochschul-
1197ausbildungen. Dieses Potenzial liegt aber noch zu oft brach, während unserem Arbeits-
1198markt zunehmend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Ein wichtiger Schritt, um hier gegen-
1199zusteuern, sind die Anerkennungsgesetze des Bundes und der Länder für im Ausland
1200erworbene berufliche Qualifikationen. Dabei ist die Qualität der Beratung zu verbessern.
1201

1202Wir setzen uns für sozialverträgliche Verfahrenskosten ein. Die Umsetzung der Ge-
1203setze weist auf steigende Bedarfe individueller Anpassungs- und Ergänzungsqualifi-
1204zierungen hin. Wir werden daher vorhandene Fördermöglichkeiten im Rahmen der
1205Ausbildungsförderung (BAföG, AFBG, SGB III) und der aktiven Arbeitsmarktpolitik
1206noch besser ausschöpfen und wo notwendig ausweiten - unter anderem im Rahmen
1207eines ESF-Programms „Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten im Kontext
1208des Anerkennungsgesetzes“. Wir werden darüber hinaus prüfen, ob ergänzend mit-

1209 telfristig ein bundesweites Stipendienprogramm zur finanziellen Förderung von Aus-
1210 gleichsmaßnahmen für Antragsteller mit Wohnsitz in Deutschland aufgelegt werden
1211 kann, die keine Ansprüche nach SGB II oder III haben.

12121.3. Infrastruktur

1213

1214Verkehr

1215

1216Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Freiheit, gesellschaftli-
1217che Teilhabe sowie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Grundlage hierfür ist
1218eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Sie sichert unsere europäische und globa-
1219le Wettbewerbsfähigkeit. Die Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat hier
1220große Erfolge aufzuweisen, insbesondere bei der weitgehenden Vollendung der Ver-
1221kehrsprojekte Deutsche Einheit. Angesichts der seit vielen Jahren bestehenden
1222strukturellen Unterfinanzierung werden wir die Planung und Finanzierung unserer
1223Verkehrswege durch eine grundlegende Reform auf eine neue, dauerhaft verlässli-
1224che und effiziente Grundlage stellen.

1225

1226Netzorientierte Bundesverkehrswegeplanung

1227Die Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans 2015 – 2030 (BVWP) als ver-
1228kehrsträgerübergreifende Netzplanung werden wir zügig, transparent und unter Be-
1229teiligung der Öffentlichkeit vorantreiben. Dabei werden wir auf eine bedarfsgerechte
1230Dimensionierung von Neu- und Ausbauprojekten achten. Nicht jeder Wunsch ist er-
1231füllbar. Für besonders dringende und schnell umzusetzende überregional bedeutsa-
1232me Vorhaben wird im neuen BVWP und in den Ausbaugesetzen für die Verkehrssträ-
1233ger Schiene, Straße und Wasserstraße ein „nationales Prioritätenkonzept“ definiert.
1234In diese Projekte sollen künftig als Zielgröße 80 Prozent der Mittel für den Neu- und
1235Ausbau fließen. Dazu gehören der Ausbau hoch belasteter Knoten, Seehafenhinter-
1236landanbindungen und Hauptachsen, die Schließung wichtiger überregional bedeutsa-
1237mer Netzlücken sowie die Einbindung transeuropäischer und in völkerrechtlichen
1238Verträgen vereinbarter Verkehrsachsen.

1239

1240[Aufstockung der Investitionsmittel

1241Für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes schaffen wir eine verlässliche Finanzie-
1242rungsgrundlage. Nach belastbaren Bestandsaufnahmen brauchen wir für die bundes-
1243eigene Infrastruktur jährlich rund 4 Mrd. Euro zusätzlich. Deshalb werden wir in die-
1244ser Wahlperiode deutlich mehr Haushaltsmittel [strittige SPD-Position: in Höhe von 2
1245Mrd. Euro] bereitstellen und jährlich verstetigen, sie durch einmalige Sondermittel
1246des Bundes ergänzen sowie zusätzliche Mittel aus der Nutzerfinanzierung {die Aus-
1247formulierung der Nutzerfinanzierung (Maut für nicht in Deutschland zugelassene Pkw
1248und Lkw-Maut) ist den Schlussverhandlungen zum Koalitionsvertrag vorbehalten} ge-
1249nerieren. Wir stellen sicher, dass die Netto-Einnahmen aus der Nutzerfinanzierung
1250ohne Abstriche in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden. Um einen effizienten
1251Miteinsatz zu gewährleisten, müssen die erforderlichen [personellen Planungska-
1252pazitäten] geschaffen werden – auch bei den Ländern und der Deutschen Bahn AG
1253(DB AG).

1254

1255Zur zusätzlichen Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus unseres Autobahnnet-
1256zes werden wir einen angemessenen Beitrag der Halter von nicht in Deutschland zu-
1257gelassenen PKW erheben (Vignette) mit der Maßgabe, dass kein Fahrzeughalter in
1258Deutschland stärker belastet wird. Dabei wird die Ausgestaltung EU-rechtskonform
1259erfolgen. Ein entsprechendes Gesetz soll im Verlauf des Jahres 2014 verabschiedet
1260werden.

1261

1262Zur Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sowie
1263zur Gewährleistung überjähriger Planungs- und Finanzierungssicherheit werden im
1264Bundeshaushalt die notwendigen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen.
1265Nicht verbrauchte Investitionsmittel im Verkehrsbereich werden überjährig und unge-
1266kürzt zur Verfügung gestellt. Zwischen den Verkehrsträgern wird eine wechselseitige
1267Deckungsfähigkeit mit Ausgleichspflicht ermöglicht. Die Nettoeinnahmen aus der
1268Nutzerfinanzierung werden ohne Abstriche der Verkehrsinfrastruktur zugeführt.
1269

1270*Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)*

1271Die Fortentwicklung von ÖPP braucht einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Wir
1272wollen die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Geldge-
1273bern in sogenannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) oder Infrastrukturge-
1274sellschaften als zusätzliche Beschaffungsvariante nutzen, wenn dadurch Kosten ge-
1275spart und Projekte wirtschaftlicher umgesetzt werden können. Dies muss ebenso wie
1276bei Betriebsvergaben in jedem Einzelfall transparent und unabhängig nachgewiesen
1277werden. Wir gestalten ÖPP mittelstandsfreundlicher aus. Die Methodik der Wirt-
1278schaftlichkeitsuntersuchungen werden wir evaluieren und standardisieren.
1279

1280*Verhältnis von Erhalt und Ausbau*

1281Nach Jahrzehnten des Netzausbaus steht nun die Substanzsicherung an erster Stel-
1282le. Unsere oberste Priorität lautet deshalb: Erhalt und Sanierung vor Aus- und Neu-
1283bau. Die Strategie zur Ertüchtigung von Brücken, Tunneln und Schleusen werden wir
1284fortschreiben und verstärken.
1285

1286*Zukunft der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung Schiene (LuFV)*

1287Vor Auslaufen der geltenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung Schiene
1288werden wir mit der DB AG eine neue Vereinbarung schließen. Sie muss durch Fest-
1289legung zusätzlicher Qualitätsmerkmale sicherstellen, dass Umfang und Kapazität des
1290Schienennetzes erhalten bleiben.
1291

1292*Verkehrsinfrastrukturbericht*

1293Als Grundlage für die künftige Priorisierung von Investitionen in Erhalt und Sanierung
1294werden wir alle zwei Jahre einen Verkehrsinfrastrukturbericht vorlegen, der den Zu-
1295stand der Bundesverkehrswege transparent macht, Nachholbedarf dokumentiert und
1296Aufschluss über die erforderlichen Investitionen gibt.
1297

1298*Gemeindeverkehrsfinanzierung*

1299Der Bund bleibt ein verlässlicher Partner der Kommunen bei der Finanzierung des
1300kommunalen Verkehrs. Von den Ländern erwarten wir im Gegenzug, dass sie die
1301Mittel zweckgebunden für Verkehrswegeinvestitionen einsetzen (ÖPNV-Infrastruktur
1302und kommunaler Straßenbau). Wir streben eine verlässliche Anschlussfinanzierung
1303für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Bundesprogramm für die Zeit nach
13042019 an. Wir werden diese Frage im Rahmen der Reform der Bund-Länder-Finanz-
1305beziehungen beraten.
1306

1307*Lärmschutz (Schiene, Straße und Luftverkehr)*

1308Die Akzeptanz für Mobilität und die weitere Modernisierung der Infrastruktur hängt
1309entscheidend davon ab, dass die Lärmbelastung reduziert wird. Wir werden deshalb
1310den Schutz vor Verkehrslärm deutlich verbessern und Regelungen für verkehrsträ-
1311gerübergreifenden Lärmschutz an Bundesfernstraßen und Bundesschienenwegen
1312treffen. Der Gesamtlärm von Straße und Schiene muss als Grundlage für Lärm-

1313schutzmaßnahmen herangezogen werden. Das freiwillige Lärmsanierungsprogramm
1314für Bestandsstrecken wird ausgebaut und rechtlich abgesichert. Der Stand der Tech-
1315nik zur Geräuschkürzung muss konsequenter in die Praxis eingeführt werden.

1316

1317Den Schienenlärm wollen wir bis 2020 deutschlandweit halbieren. Ab diesem Zeit-
1318punkt sollen laute Güterwagen das deutsche Schienennetz nicht mehr befahren dür-
1319fen. Die Bezuschussung für die Umrüstung auf lärmreduzierende Bremsen setzen wir
1320fort. Den Stand der Umrüstung werden wir 2016 evaluieren. Sollte bis zu diesem
1321Zeitpunkt nicht mindestens die Hälfte der in Deutschland verkehrenden Güterwagen
1322umgerüstet sein, werden wir noch in dieser Wahlperiode ordnungsrechtliche Maß-
1323nahmen auf stark befahrenen Güterstrecken umsetzen – z. B. Nachtfahrverbote für
1324nicht umgerüstete Güterwagen.

1325

1326Wir ergreifen zudem auf europäischer Ebene die Initiative für ein ab dem Jahr 2020
1327zu erlassendes EU-weites Einsatzverbot für laute Güterwagen sowie für ein EU-Pro-
1328gramm zur Förderung der Umrüstung lauter Güterwagen. Das lärmabhängige Tras-
1329senpreissystem werden wir durch eine stärkere Spreizung der Trassenpreise wirksa-
1330mer gestalten. Wir werden rechtlich klarstellen, dass die in der vergangenen Legisla-
1331turperiode für Schienenneubaustrecken um 5 dB(A) verschärften Lärmgrenzwerte
1332auch für umfassende Streckenerneuerungen im Bestandsnetz, die neue Planfest-
1333stellungsverfahren erforderlich machen, gelten.

1334

1335Die Mittel für die Lärmschutzprogramme im Bereich Straße werden erhöht.

1336

1337Beim Luftverkehr setzen wir vorrangig auf eine Reduzierung des Fluglärms an der
1338Quelle, eine bestmögliche Flächennutzung im Umfeld sowie auf lärmreduzierende
1339flugbetriebliche Verfahren. Bei Festlegung von Flugverfahren und Flugverkehrskon-
1340trollfreigaben wird der Lärmschutz insbesondere in den Nachtstunden verbessert.
1341Die berechtigten Anliegen der an Flughäfen lebenden Menschen nehmen wir ebenso
1342ernst wie die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft des Luftverkehrsstandorts und die
1343damit verbundenen Arbeitsplätze. Die Grenzwerte des Fluglärmschutzgesetzes wer-
1344den wir in dieser Legislaturperiode überprüfen.

1345

1346Bei der Festlegung von Flugrouten werden wir rechtlich sicherstellen, dass die An-
1347wohnerinnen und Anwohner in einem transparenten Verfahren frühzeitig informiert
1348und beteiligt werden. Wir schaffen verbesserte Transparenz und Beteiligung der
1349Kommunen und Öffentlichkeit bei der Festlegung von Flugrouten. Eine Schlüsselrolle
1350kommt dabei den Fluglärmkommissionen zu, die wir stärken wollen.

1351

1352Lärm- und Schadstoffminderungsziele sollen insbesondere auch durch technische In-
1353novationen im Luftverkehr erreicht werden. Von den Fluggesellschaften erwarten wir,
1354dass sie die Modernisierung der Flotten mit emissionsarmen Flugzeugen intensi-
1355vieren. Im Luftverkehrsgesetz verankern wir eine stärkere Differenzierung nach Flug-
1356zeugtypen und eine deutlichere Spreizung der Tag- und Nachttarife bei lärmabhäangi-
1357gen Flughafentgelten. Generelle Betriebsbeschränkungen mit einem Nachtflugver-
1358bot lehnen wir ab. Die Verschärfung der Lärmzulassungsgrenzwerte für neue Flug-
1359zeuge auf internationaler Ebene (ICAO) befürworten wir.

1360

1361*Schiene, Straße, Wasserstraße stärken*

1362Für die künftige Verkehrsbewältigung müssen die einzelnen Verkehrsträger ihre je-
1363weiligen Systemvorteile bestmöglich nutzen können. Dazu wollen wir sie besser ver-

1364zahren und mehr Verkehr auf die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße verla-
1365gern.

1366

1367System Schiene

1368Den Verkehrsträger Schiene wollen wir weiter stärken und ausbauen. Wir wollen eine
1369leistungsfähige Schieneninfrastruktur und moderne sowie barrierefreie Bahnhöfe.

1370Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen Markenzeichen der Bahn sein. Wir werden
1371die Geschäftspolitik der DB AG noch stärker an diesen Zielen ausrichten, ohne die
1372Wirtschaftlichkeit in Frage zu stellen. Dazu werden wir das Steuerungskonzept für
1373die DB AG unter Berücksichtigung des Aktienrechts überarbeiten. Vorstandsboni sol-
1374len an das Erreichen der genannten Ziele gebunden sein. Die Steuerung der DB AG
1375im Aufsichtsrat wird von dem im für Verkehr zuständigen Bundesministerium ange-
1376siedelten Staatssekretär koordiniert. Die Planung der Schienenwege werden wir am
1377Ziel eines Deutschland-Takts mit bundesweit aufeinander abgestimmten Anschlüs-
1378sen sowie leistungsfähigen Güterverkehrstrassen ausrichten. Wir bringen zeitnah
1379Planungen auf den Weg, um durch gezielte Engpassbeseitigung die Kapazität des
1380Schiengüterverkehrs deutlich zu erhöhen.

1381

1382Wir stehen zum integrierten Konzern DB AG. Die Eisenbahninfrastruktur ist Teil der
1383öffentlichen Daseinsvorsorge und bleibt in der Hand des Bundes. Wir werden sicher-
1384stellen, dass alle Gewinne der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes in die
1385Infrastruktur zurückfließen. Die Chancen privater Bahnen im Wettbewerb wollen wir
1386weiter stärken, z. B. durch Fortsetzung der Förderung der für das Schiengüterver-
1387kehrsnetz relevanten Infrastruktur nichtbundeseigener Bahnen. Neben einem erhöh-
1388ten Investitionsniveau werden wir für einen sachgerechten Planungsvorrat sorgen,
1389der einen Aus- und Neubau wichtiger Schienenverkehrsverbindungen sichert. Mit Ef-
1390fizienzsteigerungen wollen wir die Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für
1391Schieneninfrastrukturprojekte beschleunigen.

1392

1393Bei der anstehenden Revision der Regionalisierungsmittel im Jahr 2014 streben wir
1394eine zügige Einigung mit den Ländern an. Um die Finanzierung des Schienenperso-
1395nennverkehrs langfristig zu sichern, werden wir die Regionalisierungsmittel für den
1396Zeitraum ab 2019 in der Bund-Länder-Finanzkommission auf eine neue Grundlage
1397stellen. Von den Ländern erwarten wir, dass sie einen effizienten Mitteleinsatz nach-
1398weisen und Anreize für gute Qualität und für einen Zuwachs an Fahrgästen schaffen.
1399

1400Durch eine Eisenbahnregulierung mit Augenmaß sichern wir Transparenz und den
1401diskriminierungsfreien Marktzugang zur Eisenbahninfrastruktur. Zudem muss sie
1402eine sachgerechte Entgeltregulierung und die nachhaltige Finanzierung der Infra-
1403struktur gewährleisten. Die eingeleiteten Schritte zur Beschleunigung und effiziente-
1404ren Gestaltung der Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge werden wir fortset-
1405zen und die hierzu erforderlichen gesetzlichen Grundlagen schaffen. Zudem drängen
1406wir auf eine EU-weit einheitliche Zugzulassung. Der Schienenverkehr ist besonders
1407umweltfreundlich und energieeffizient. Unternehmen des schienengebundenen Nah-
1408und Fernverkehr unterfallen deshalb weiterhin der Ausnahmeregelung bei der EEG-
1409Umlage.

1410

1411Straße – Innovationen für mehr Effizienz nutzen

1412Wir wollen den Verkehrsträger Straße leistungsfähiger und effizienter machen und so
1413den Verkehrsfluss erhöhen. Mit dem Konzept „Straße des 21. Jahrhunderts“ setzen
1414wir auf eine intelligente Verkehrsinfrastruktur sowie den verstärkten Einsatz von Ver-

1415kehrstelematik und modernsten Informations- und Kommunikationssystemen. Den
1416Ausbau von Verkehrssteuerungsanlagen werden wir bei der Infrastrukturplanung be-
1417rücksichtigen.

1418Zur Vermeidung baustellenbedingter Staus werden wir die Bauzeiten durch Fort-
1419schreibung eines mit den Ländern verbindlich festgelegten effizienten Baustellenma-
1420nagements weiter verkürzen. Zudem werden wir gemeinsam mit den Ländern Vor-
1421schläge für eine Reform der Auftragsverwaltung Straße erarbeiten und umsetzen.
1422Der verstärkte Einsatz von Anreizsystemen bei der Ausschreibung von Infrastruktur-
1423vorhaben erhöht die Kosten- und Termintreue („Bonus-Malus-System“).

1424

1425*Bundeswasserstraßen*

1426Die Binnenschifffahrt verfügt über erhebliche Kapazitätspotenziale. Um diese best-
1427möglich nutzen zu können, sind wir auf leistungsfähige Bundeswasserstraßen ange-
1428wiesen, für die wir klar definierte Investitionsprioritäten setzen. Auf Grundlage des
1429neuen BVWP und der Verkehrsinfrastrukturberichte werden wir in regelmäßigen Ab-
1430ständen einen nach Dringlichkeitsstufen geordneten Maßnahmenplan für den Erhalt
1431der Bundeswasserstraßen erarbeiten. Neben der Tonnage werden weitere Kriterien
1432für die Prioritäteneinstufungen berücksichtigt.

1433Den angestoßenen Reformprozess der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bun-
1434des werden wir unter Einbindung der Beschäftigten so entwickeln, dass die notwen-
1435digen regionalen Kompetenzen gesichert werden. Wir werden ein Wassertourismus-
1436konzept vorlegen.

1437Das Gebührensystem für die Nutzung der (technischen) Anlagen der Bundeswasser-
1438straßen werden wir wettbewerbsneutral vereinheitlichen. Die Gebühren für den Nord-
1439Ostsee-Kanal werden wir anpassen. Die Förderrichtlinie für abgasärmere Motoren in
1440der Binnenschifffahrt wird attraktiver gestaltet, um die Modernisierung der Flotte zu
1441beschleunigen.

1442

1443*Konventionelle und alternative Antriebe und Kraftstoffe*

1444Wir unterstützen die technologieoffene Entwicklung neuer Antriebe und Kraftstoffe
1445bzw. Energieträger und setzen damit Anreize für die Marktabklärung innovativer Lö-
1446sungen. Die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie entwickeln wir weiter. Die Produktion
1447und Verwendung von Biokraftstoffen müssen sich an den Grundsätzen der Nachhal-
1448tigkeit ausrichten. Hierfür wollen wir eine an realistischen Mengenpotenzialen orien-
1449tierte Biokraftstoffstrategie entwickeln. Wir werden zudem die Forschung an neuen
1450Kraftstoffen sowie die Einführung verflüssigten Erdgases (LNG, „liquefied natural
1451gas“) in der Schifffahrt vorantreiben. Die bis Ende 2018 befristete Energiesteuerer-
1452mäßigung für klimaschonendes Autogas und Erdgas wollen wir verlängern.

1453

1454*Elektromobilität*

1455Am Ziel, eine Million Elektroautos in allen unterschiedlichen Varianten für Deutsch-
1456lands Straßen bis zum Jahr 2020, wollen wir festhalten. Den Aufbau der entspre-
1457chenden Lade- und Tankstelleninfrastruktur treiben wir voran. Die Nationale Organi-
1458sation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NOW) wird ab 2016 ihre Arbeit
1459auf die Implementierung und den Markthochlauf der Brennstoffzellentechnologie im
1460stationären und mobilen Bereich konzentrieren.

1461Bei der Unterstützung des Markthochlaufs der Elektromobilität setzen wir auf nutzer-
1462orientierte Anreize statt auf Kaufprämien. Wir schaffen die Rahmenbedingungen für
1463eine schnelle Kennzeichnung und Markteinführung elektrisch betriebener Fahrzeuge.
1464Der Bund wird seinen Fuhrpark sukzessive umrüsten. Die Zuständigkeit für die Ver-
1465kehrsforschung werden wir bei dem für Verkehr zuständigen Ministerium bündeln.

1466

1467 *Neue Mobilitätskultur und Vernetzung*

1468 Unser Ziel ist eine nachhaltige Mobilitätskultur und eine nutzerfreundliche Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel. Dazu fördern wir verkehrsträgerübergreifende Datenplattformen auf open-data-Basis, die über Mobilitätsangebote, Staus, Verspätungen und Fahrplandaten informieren. Mit der Vernetzung von Verkehrsinformationen und Ticketsystemen können den Menschen innovative digitale Mobilitätsdienste zur Verfügung gestellt werden.

1474

1475 *ÖPNV in Stadt und Land*

1476 Wir werden Innovationen vorantreiben, um den Umweltvorteil des ÖPNV auszubauen. Wir unterstützen die bundesweite Einführung des Elektronischen Tickets und ein verbessertes bundesweites Fahrgastinformationssystem. Mit Blick auf den ländlichen Raum wollen wir die Rahmenbedingungen für alternative Bedienformen wie Ruf- und Bürgerbusse verbessern und die Entwicklung innovativer Mobilitätsansätze vor Ort unterstützen. Im Straßenverkehrsrecht schaffen wir die Möglichkeit, dass Kommunen Parkplätze rechtssicher für Carsharing-Autos und Elektroautos ausweisen können.

1483

1484 *Fernlinienbusse*

1485 Die Entwicklung auf dem Fernbusmarkt beobachten wir aufmerksam auch mit Blick auf die Auswirkungen auf den Schienenverkehr, die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards und die Sicherheit. Mit Hilfe des Bundesamtes für Güterverkehr gewährleisten wir eine ausreichende Kontrolldichte. Wir werden uns gemeinsam mit den Ländern für eine einheitliche Genehmigungspraxis für Fernbuslinien einsetzen. Die Umsetzung der gesetzlich geforderten Barrierefreiheit unterstützen wir mit einem Handbuch, das wir gemeinsam mit den Akteuren erstellen werden.

1492

1493 *Radverkehr*

1494 Wir wollen den Anteil des Fahrradverkehrs als umweltfreundliche Mobilitäsalternative weiter steigern. Ausgerichtet an den Zielen des Nationalen Radverkehrsplans 2020 werden wir den breiten gesellschaftlichen Dialog über neue Wege und Umsetzungsstrategien zur Radverkehrsförderung intensivieren. Das Radwegenetz an Bundesverkehrswege werden wir weiter ausbauen und die gesetzliche Grundlage für den Radwegebau an Betriebswegen unserer Bundeswasserstraßen schaffen. Um die Verkehrssicherheit im Radverkehr zu stärken, wollen wir an Bundesfernstraßen durch eine optimierte Infrastrukturplanung der Bildung von Unfallschwerpunkten vorbeugen und bestehende beseitigen. Zukunftsweisende Projekte an der Schnittstelle ÖPNV/Carsharing/Fahrrad werden wir weiter fördern. Wir wollen darauf hinwirken, dass deutlich mehr Fahrradfahrer Helm tragen.

1505

1506 *Barrierefreiheit*

1507 Die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention im Verkehrsbereich werden wir vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass alle Menschen in der gesamten Reisekette und in allen Verkehrsträgern ohne Barrieren mobil sein können. Neben dem weiteren Ausbau barrierefreier Fahrgast- und Tarifinformationen werden wir ein Bahnhofsmodernisierungsprogramm mit einem verbindlichen Fahrplan zum barrierefreien Aus- und Umbau aller größeren Bahnhöfe vorlegen. Für kleinere Bahnhöfe und Haltepunkte wollen wir zusammen mit den Betroffenen geeignete, kostengünstige Lösungen entwickeln.

1515

1516 *Verkehrssicherheit - Mobilität für alle*

1517Die Verkehrssicherheit werden wir verbessern, um die Zahl der Verkehrsoffer weiter
1518deutlich zu senken. Das ehrenamtliche Engagement sowie die Verbände im Bereich
1519der Verkehrssicherheitsarbeit unterstützen wir weiter, u. a. mit Sicherheitskampa-
1520gnen. Wir wollen im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe die straßenverkehrs-
1521rechtlichen Regelungen überprüfen, um die Belastungen der Bevölkerung im Sinne
1522eines Miteinanders von Mensch und Verkehr zu vermindern. Die Winterreifenpflicht
1523werden wir weiter präzisieren.

1524Die Ausbildung der Fahranfänger wollen wir verbessern und die Qualität der pädago-
1525gischen Ausbildung der Fahrlehrer erhöhen. Das begleitete Fahren wollen wir opti-
1526mieren und in der Fahranfängerausbildung ein Mehr-Phasen-Modell auch unter Ein-
1527beziehung von Fahrsicherheitstrainings entwickeln. Die Medizinisch-Psychologische
1528Untersuchung wird überarbeitet. Mit Blick auf die ansteigende Anzahl der älteren
1529Verkehrsteilnehmer setzen wir uns dafür ein, dass die Anzahl der freiwilligen Ge-
1530sundheitschecks erhöht wird.

1531Der verstärkte Einsatz modernster Telematik leistet einen wichtigen Beitrag zu mehr
1532Verkehrssicherheit. In diesem Zusammenhang messen wir auch dem erfolgreichen
1533Start des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo eine große Bedeutung
1534bei.

1535

1536*Luftverkehr*

1537Wir werden den Luftverkehrsstandort Deutschland stärken und setzen uns für den
1538Erhalt seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein. Bei der Einführung von fiskal-
1539oder ordnungspolitischen Maßnahmen im Luftverkehr werden wir auf ein positives
1540Nutzen-Kosten-Verhältnis achten. Die Folgen für die Mobilität in Deutschland und
1541ihre Wirksamkeit für einen effektiven Lärm- und Umweltschutz müssen in einem an-
1542gemessenen Verhältnis zueinander stehen. Dazu setzen wir auf Transparenz und
1543den frühzeitige Dialog mit allen Betroffenen.

1544Wir streben ergänzend zum neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 eine stärkere
1545Rolle des Bundes bei der Planung eines deutschlandweiten Flughafennetzes an.
1546Dazu erarbeiten wir im Dialog mit den Ländern und der interessierten Öffentlichkeit
1547ein Luftverkehrskonzept. Der Bund bekennt sich zum Bau des Flughafens Berlin-
1548Brandenburg BER.

1549Wir wollen eine zügige wettbewerbsneutrale Umsetzung des europäischen Emissi-
1550onshandels im Luftverkehr und unterstützen seine Überführung in ein internationales
1551Emissionshandelssystem auf ICAO-Basis. Auf europäischer Ebene setzen wir uns
1552für die Umsetzung des Einheitlichen Europäischen Luftraumes (Single European
1553Sky) ein. Vorgaben für Leistungsanforderungen an die europäischen Flugsicherungs-
1554organisationen müssen anspruchsvoll, zugleich aber auch realistisch sein. Bei der
1555weiteren Liberalisierung der Bodenabfertigungsdienste an Flughäfen müssen die
1556Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Flughäfen und die Interessen der Beschäftigten
1557in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. [Die Luftverkehrssteuer werden wir in
1558dieser Legislaturperiode abschaffen, ohne die Erhöhung der Investitionsmittel für die
1559Verkehrsinfrastruktur zu gefährden.]

1560

1561*Güterverkehr, Logistik*

1562Das Netzwerk Güterverkehr und Logistik werden wir weiter festigen und die Vermark-
1563tungsoffensive „Logistics made in Germany“ fortsetzen. Den Aktionsplan „Güterver-
1564kehr und Logistik“ entwickeln wir weiter, u.a. mit einer Strategie zum sauberen, ener-
1565gieeffizienten Gütertransport. Wir unterstützen die Branche bei der Aufwertung der
1566Güterverkehrs- und Logistikberufe und setzen uns gegen Lohndumping und für bes-
1567sere Arbeitsbedingungen in der Transport- und Logistikbranche ein. Bestehende Re-

1568gelungen zum Marktzugang im grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr und im
1569Binnenverkehr werden wir überprüfen und einer weiteren Lockerung der Kabotagere-
1570gelungen nur zustimmen, solange das Gefälle bei Arbeits- und Sozialbedingungen
1571nicht zu Marktverwerfungen führt. Der verkehrssichere Zustand der Lkw und die Ein-
1572haltung der Lenk- und Ruhezeiten müssen strikt kontrolliert werden. Wir werden die
1573Parkleitsysteme für LKW an Autobahnen ausbauen und zusätzlich 6.000 LKW-Stell-
1574plätze in dieser Legislaturperiode einrichten und dabei den Einsatz von Telematik-
1575systemen und die Einbindung privater Investoren forcieren. Für umweltfreundliche
1576Euro VI-Fahrzeuge schaffen wir eine eigene günstigste Mautklasse. Mit der Siche-
1577rung eines hohen Förderniveaus von Anlagen für den kombinierten Verkehr stärken
1578wir das intermodulare Transportwesen.

1579

1580*Leistungsfähige Schifffahrt, Häfen und maritime Wirtschaft*

1581Wir wollen einen starken maritimen Standort. Unser Ziel ist eine leistungsfähige
1582Schifffahrt, die ihre Vorteile in der Transportkette nutzt und den Klima- und Umwelt-
1583schutzanforderungen entspricht. Wir wollen den Schadstoffausstoß der Schifffahrt in
1584Nord- und Ostsee wirksam begrenzen, ohne dabei Verkehr von ökologisch vorteilhaft-
1585ten Wasserwegen auf Landwege zu verdrängen. Dabei spielt ein funktionsfähiger
1586Nord-Ostsee-Kanal eine zentrale Rolle. Die Schifffahrt unterstützen wir dabei, die
1587neuen Anforderungen zu Schiffsemissionen in Nord- und Ostsee (SECA) zu errei-
1588chen. Den „Entwicklungsplan Meer“ werden wir umsetzen und weiterentwickeln.
1589Das Maritime Bündnis für Beschäftigung und Ausbildung entwickeln wir weiter. Die
1590Schifffahrtförderung für Ausbildung und Beschäftigungssicherung führen wir be-
1591darfsgerecht fort. Gemeinsam mit der Maritimen Wirtschaft und den Sozialpartnern
1592entwickeln wir konkrete Maßnahmen zur Sicherung des beruflichen Nachwuchses.
1593Für den Erhalt der Traditionsschifffahrt werden wir dauerhafte Regelungen erarbei-
1594ten.

1595

1596Die Flaggenstaatsverwaltung wollen wir grundlegend modernisieren und vereinheitli-
1597chen. Das Schifffahrtsrecht werden wir modernisieren. Auf einseitige nationale oder
1598europäische Sonderregelungen verzichten wir. Die Tonnagesteuer bleibt erhalten.
1599Hierzu erwarten wir von den Reedern, dass sie die EU-rechtlich zwingenden Voraus-
1600setzungen dafür einhalten. Wir wollen daran festhalten, dass die Schiffserlöspools
1601bis Ende 2015 von der Versicherungssteuerpflicht befreit sind, und pragmatische Lö-
1602sungen für die Zukunft prüfen.

1603

1604Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Häfen zu stärken, entwickeln wir das
1605Nationale Hafenkonzept unter Berücksichtigung des Bundesverkehrswegeplans
16062015 weiter und beseitigen Engpässe bei der land- und seeseitigen Anbindung deut-
1607scher See- und Binnenhäfen mit internationaler Bedeutung.

1608

1609Das Sonderprogramm „Offshore-Windenergie“ der KfW Bankengruppe öffnen wir für
1610den Bereich der Hafen- und Schiffskapazitäten. Darüber hinaus werden wir ein ge-
1611sondertes Kreditprogramm der KfW Bankengruppe zur Finanzierung von Spezial-
1612schiffen und Offshore-Strukturen prüfen, um den Ausbau der Offshore-Windenergie
1613zu flankieren.

1614

1615**Digitale Infrastruktur**

1616

1617*Breitbandausbau*

1618Für ein modernes Industrieland ist der flächendeckende Breitbandausbau eine
1619Schlüsselaufgabe. Deshalb werden wir die Breitbandstrategie weiterentwickeln. Es
1620gilt, die digitale Spaltung zwischen den urbanen Ballungszentren und ländlichen Räu-
1621men zu überwinden. Dazu wollen wir die Kommunen im Sinne einer kommunikativen
1622Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen beim Breitbandausbau unterstützen.

1623

1624Wir werden Investitionshemmnisse und Wirtschaftlichkeitslücken in den infrastruktur-
1625schwächeren Regionen abbauen und setzen dabei verstärkt auf Synergieeffekte und
1626zusätzliche Investitionsanreize für Telekommunikationsunternehmen. Beim Ausbau
1627des schnellen Internets werden wir Technologieoffenheit sicherstellen. Dazu gehört
1628auch eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Funkfrequenzen für drahtlose Kommu-
1629nikationsnetzwerke in allen Teilen Deutschlands. Die durch den Einsatz DVB-T2
1630künftig frei werdenden Frequenzen wollen wir im Einvernehmen mit den Bundeslän-
1631dern vorrangig für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum bereitstellen.

1632

1633Um hochleistungsfähige Breitbandnetze auszubauen, bedarf es vor allem wettbe-
1634werbs- und investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen im Telekommunikationsge-
1635setz, der verstärkter Kooperation von Unternehmen, besserer Fördermöglichkeiten
1636sowie einer guten Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

1637

1638Wir wollen Regionen, die nicht mindestens eine Daten-Geschwindigkeit von 2 Mbit/s
1639haben, so schnell wie möglich erschließen. Bis zum Jahr 2018 soll es in Deutschland
1640eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s geben. Um mehr
1641Investitionssicherheit für Netzbetreiber im ländlichen Raum zu schaffen werden wir
1642die rechtlichen Rahmenbedingungen für längerfristige Verträge der Netzbetreiber mit
1643den Netznutzern zu Ausbau und Finanzierung der Breitbandinfrastruktur prüfen.

1644

1645Schnelle und sichere Datennetze sind die Grundlage für Innovation, Wachstum und
1646Beschäftigung in einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Um den
1647globalen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begeg-
1648nen, brauchen wir eine starke deutsche und europäische Telekommunikations- und
1649IT-Industrie. Wir werden darauf hinwirken, dass die Regulierung der Telekommunika-
1650tionsmärkte sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene so gestaltet wird,
1651dass sich Investitionen im ländlichen Raum lohnen.

1652

1653Der Breitbandausbau muss auch zukünftig in der EU förderfähig bleiben. Zudem
1654muss es zu einer Vereinfachung der Förderung wie im Rahmen der Daseinsvorsorge
1655im EU-Recht kommen. Ein neues Sonderfinanzierungsprogramm „Premiumförderung
1656Netzausbau“ bei der KfW-Bankengruppe soll bestehende Programme ergänzen. Wir
1657wollen außerdem einen Breitband-Bürgerfonds einrichten. In diesen Fonds sollen Pri-
1658vatpersonen zu soliden Renditen investieren können.

1659

1660W-LAN

1661Die Potenziale von lokalen Funknetzen (WLAN) als Zugang zum Internet im öffentli-
1662chen Raum müssen ausgeschöpft werden. Wir wollen, dass in deutschen Städten
1663mobiles Internet über WLAN für jeden verfügbar ist. Wir werden die gesetzlichen
1664Grundlagen für die Nutzung dieser offenen Netze und deren Anbieter schaffen.
1665Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber ist dringend geboten, etwa durch Klarstellung
1666der Haftungsregelungen (Analog zu Access Providern). Dadurch haften WLAN-An-
1667bieter nicht mehr für Rechtsvergehen von Usern, die den öffentlichen Zugang nutzen.
1668Gleichzeitig werden wir die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Gefahren

1669 solcher Netze für sensible Daten aufklären. Gleichzeitig werden wir die Verbrauche-
1670 rinnen und Verbraucher über die Gefahren solcher Netze für sensible Daten aufklä-
1671 ren.

1672

1673 Neben der Klärung der rechtlichen Fragen möchten wir die Etablierung heterogener,
1674 frei vernetzter und lokaler Communities und ihrer Infrastrukturen forcieren. Durch die
1675 Förderung dieser sowie von Ad-hoc-Netzwerken im Rahmen der F&E-Strategie sol-
1676 len lokale, dezentrale Netzwerke unterstützt werden, die eine komplementäre Infra-
1677 struktur für einen fest definierten Nutzerkreis umfassen. Damit verbessern wir die in-
1678 frastrukturellen Rahmenbedingungen für den Zugang zu leistungsfähigem Internet für
1679 alle.

1680

1681 Wir wollen eine gesetzliche Klarstellung für den Netzzugang von Telekommunikati-
1682 onsanbietern. Nutzerinnen und Nutzer müssen die freie Auswahl an Routern behal-
1683 ten. Daher lehnen wir den Routerzwang ab. Die zur Anmeldung der Router (TK-End-
1684 einrichtungen) am Netz erforderlichen Zugangsdaten sind den Kundinnen und Kun-
1685 den unaufgefordert mitzuteilen.

1686

1687 *Netzneutralität*

1688 Der Erhalt des offenen und freien Internets, die Sicherung von Teilhabe, Meinungs-
1689 vielfalt, Innovation und fairer Wettbewerb sind zentrale Ziele der Digitalen Agenda.
1690 Der diskriminierungsfreie Transport aller Datenpakete im Internet ist die Grundlage
1691 dafür. Dabei ist insbesondere auch sicherzustellen, dass Provider ihre eigenen in-
1692 haltlichen Angebote und Partnerangebote nicht durch höhere Datenvolumina oder
1693 schnellere Übertragungsgeschwindigkeit im Wettbewerb bevorzugen. Neutralität ist
1694 auch von Suchmaschinen zu verlangen, die sicherstellen müssen, dass alle Angebo-
1695 te diskriminierungsfrei aufzufinden sind.

1696

1697 Die Gewährleistung von Netzneutralität wird daher als eines der Regulierungsziele
1698 im Telekommunikationsgesetz verbindlich verankert und die Koalition wird sich auch
1699 auf europäischer Ebene für die gesetzliche Verankerung von Netzneutralität einset-
1700 zen. Die Bundesnetzagentur wird ermächtigt und technisch sowie personell in die
1701 Lage versetzt, die Einhaltung dieses Ziels zu überwachen. Zudem müssen Mobil-
1702 funkanbieter Internettelefonie ggf. gegen separates Entgelt ermöglichen.

1703

1704 Das so genannte Best-Effort-Internet, das für die Gleichberechtigung der Datenpake-
1705 te steht, wird in seiner Qualität weiterentwickelt und darf nicht von einer Vielzahl von
1706 „Managed Services“ verdrängt werden. Netzwerkmanagement muss allerdings dort
1707 möglich sein, wo es technisch geboten ist, damit bandbreitensensible Daten und An-
1708 wendungen verlässlich und ohne Verzögerung übertragen werden bzw. zum Einsatz
1709 kommen können. Deep Packet Inspection (DPI) zur Diskriminierung von Diensten
1710 oder Überwachung der Nutzerinnen und Nutzer werden wir dagegen gesetzlich un-
1711 tersagen.

1712

1713 Bei der Anschaffung von IT-Technologie durch die öffentliche Hand müssen im Rah-
1714 men des Wirtschaftlichkeitsprinzips Innovationspotenziale und Nachhaltigkeit als mit-
1715 entscheidende Kriterien bedacht werden. Bei Ausschreibungen sollen Sicherheits-
1716 standards vorgegeben und wenn möglich Open-Source-Lösungen erwogen werden.
1717 **Ebenso werden wir die Abschreibungsmöglichkeiten von Software verbessern.**

1718**1.4 Die Energiewende zum Erfolg führen**

1719

1720*Energiewende und Klimaschutz erfolgreich gestalten*

1721Die Energiewende ist ein richtiger und notwendiger Schritt auf dem Weg in eine In-
1722dustriengesellschaft, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bewahrung der
1723Schöpfung verpflichtet ist. Sie schützt Umwelt und Klima, macht uns unabhängiger
1724von Importen, sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland. Eine der
1725Hauptaufgaben der Großen Koalition ist es deshalb, engagierten Klimaschutz zum
1726Fortschrittmotor zu entwickeln und dabei Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu
1727stärken. Wir wollen die Entwicklung zu einer Energieversorgung ohne Atomenergie
1728und mit stetig wachsendem Anteil Erneuerbarer Energien konsequent und planvoll
1729fortführen. Wir bekräftigen unseren Willen, die internationalen und nationalen Ziele
1730zum Schutz des Klimas einzuhalten, uns in der Europäischen Union für 2030 für am-
1731bitionierte Ziele auf der Grundlage der weltweiten langfristigen Ziele für 2050 einzu-
1732setzen und wir werden uns auch international für ambitionierte Klimaschutzziele und
1733verbindliche Vereinbarungen engagieren. Die Erreichung ambitionierter europäischer
1734Klimaschutzziele darf nicht zu Nachteilen für energieintensive und im internationalen
1735Wettbewerb stehende Industrien führen und ist so zu gestalten, dass carbon leakage
1736vermieden wird.

1737

1738*Energiepolitisches Dreieck*

1739Die Ziele des energiepolitischen Dreiecks - Klima- und Umweltverträglichkeit, Versor-
1740gungssicherheit, Bezahlbarkeit - sind für uns gleichrangig. Die Energiewende wird
1741nur dann bei Bürgern und Wirtschaft Akzeptanz finden, wenn Versorgungssicherheit
1742und Bezahlbarkeit gewährleistet sowie industrielle Wertschöpfungsketten und Ar-
1743beitsplätze erhalten bleiben.

1744

1745Beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien ist der Kosteneffizienz und Wirt-
1746schaftlichkeit des Gesamtsystems einschließlich des Netzausbaus und der notwendi-
1747gen Reservekapazitäten eine höhere Bedeutung zuzumessen. Dabei muss auch der
1748europäische Strommarkt verstärkt in den Blick genommen werden. In diesem Rah-
1749men muss zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Deutschland der wirt-
1750schaftliche Betrieb notwendiger Kapazitäten konventioneller und flexibel einsetzbarer
1751Kraftwerke in bezahlbarer Weise möglich bleiben.

1752

1753*Reform des EEG*

1754Die Koalition strebt eine schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare-Ener-
1755gien-Gesetzes (EEG) an und legt sie bis Ostern 2014 vor mit dem Ziel einer Verab-
1756scheidung im Sommer 2014, um verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepo-
1757litik zu schaffen. Altanlagen genießen Bestandsschutz. Der Vertrauensschutz im
1758Hinblick auf getätigte und in der Realisierung befindliche Investitionen ist entspre-
1759chend zu gewähren.

1760

1761*Klimaschutz*

1762Wir halten daran fest, dem Klimaschutz einen zentralen Stellenwert in der Energiepo-
1763litik zuzumessen. National wollen wir die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um min-
1764destens 40 Prozent gegenüber dem Stand 1990 reduzieren. Innerhalb der Europäi-
1765schen Union setzen wir uns für eine Reduktion um mindestens 40 Prozent bis 2030
1766als Teil einer Zieltrias aus Treibhausgasreduktion, Ausbau der Erneuerbare Energien
1767und Energieeffizienz ein. In Deutschland wollen wir die weiteren Reduktionsschritte
1768im Lichte der europäischen Ziele und der Ergebnisse der Pariser Klimaschutzkonfe-

1769renz 2015 bis zum Zielwert von 80 bis 95 Prozent im Jahr 2050 festschreiben und in
1770einem breiten Dialogprozess mit Maßnahmen unterlegen (Klimaschutzplan).

1771

1772Die Koalition will einen wirksamen Emissionshandel auf europäischer Ebene. Dabei
1773muss die Reduzierung der emittierten Treibhausgasmengen zentrales Ziel des Emis-
1774sionshandels bleiben. Korrekturen sollten grundsätzlich nur erfolgen, wenn die Ziele
1775zur Minderung der Treibhausgase nicht erreicht werden. Bei der von der EU-Kom-
1776mission geplanten Herausnahme von 900 Millionen Zertifikaten aus dem Handel
1777(backloading) muss sichergestellt werden, dass es sich um einen einmaligen Eingriff
1778in das System handelt, die Zertifikate nicht dauerhaft dem Markt entzogen werden
1779und nachteilige Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Bran-
1780chen und industrielle Arbeitsplätze ausgeschlossen werden.

1781

1782Wir setzen uns für ein ambitioniertes, weltweites Klimaschutzabkommen ein. Der Kli-
1783maschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien wird weltweit durch Kooperationen
1784und Programme mit anderen Staaten, insbesondere Schwellen- und Entwicklungs-
1785ländern, vorangebracht.

1786

1787*Erneuerbare Energien*

1788Hier einfügen: Aktuelle Einigung über EE-Ausbaukorridore! Zurzeit noch 2 Formulie-
1789rungen [~~Über die Ausbaukorridore werden noch Kostenabschätzungen vorgenom-~~
1790~~men. Anschließend erfolgt eine Konkretisierung vor Abschluss der Koalitionsver-~~
1791~~handlungen.~~]

1792

1793Auf der Basis dieser Korridore wird sich die Koalition mit den Ländern auf eine syn-
1794chronisierte Planung für den Ausbau der einzelnen Erneuerbaren Energien verständ-
1795igen.

1796

1797Wir werden die Erneuerbaren Energien so ausbauen, dass die Ausbauziele unter Be-
1798rücksichtigung einer breiten Bürgerbeteiligung erreicht und die Kosten begrenzt wer-
1799den. Wir werden auch unverzüglich den Dialog mit der Europäischen Kommission
1800und den Mitgliedstaaten darüber beginnen, wie diesen Zielen dienende Förderbedin-
1801gungen europarechtskonform weiterentwickelt werden können. Zusätzliche Einnah-
1802men aus dem Emissionshandel sollen in dem Bereich der Erneuerbaren Energien
1803eingesetzt werden.

1804

1805*Effizienz als zweite Säule einer nachhaltigen Energiewende*

1806Die Senkung des Energieverbrauchs durch mehr Energieeffizienz muss als zentraler
1807Bestandteil der Energiewende mehr Gewicht erhalten. Fortschritte bei der Energieef-
1808fizienz erfordern einen sektorübergreifenden Ansatz, der Gebäude, Industrie, Gewer-
1809be und Haushalte umfasst und dabei Strom, Wärme und Kälte gleichermaßen in den
1810Blick nimmt. Ausgehend von einer technisch-wirtschaftlichen Potenzialanalyse wollen
1811wir Märkte für Energieeffizienz entwickeln und dabei alle Akteure einbinden.

1812

1813*Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz*

1814In einem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz will die Koalition die Ziele für die
1815verschiedenen Bereiche, die Instrumente, die Finanzierung und die Verantwortung
1816der einzelnen Akteure zusammenfassen. Er wird mit einem jährlichen Monitoring von
1817einer unabhängigen Expertenkommission überprüft. Der erste Aktionsplan soll im
1818Jahre 2014 erarbeitet und von der Bundesregierung beschlossen werden. **Die dafür**

1819 vorzusehenden Mittel sind zu erhöhen (Haushaltsumschichtung, Verwendung Ener-
1820 gie- und Klimafonds, zusätzliche Aufwendungen neben der Gebäudesanierung).

1821 Aus dem Energie- und Klimafonds werden wir die Umsetzung anspruchsvoller Effizi-
1822 enzmaßnahmen in der Wirtschaft, durch Handwerk und Mittelstand, Kommunen und
1823 Haushalten fördern. In den Sektoren Gebäude und Verkehr erfolgt die Finanzierung
1824 ergänzend mit eigenen Instrumenten aus den zuständigen Ressorts.

1825 Ergänzungen aus Kleiner Runde einfügen: „Ein zentraler Schwerpunkt wird die Bera-
1826 tung...[Bezügl. Energieeffizienz].“

1827

1828 In einem ersten Schritt wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- 1829 • Das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wollen wir aufsto-
1830 cken, verstetigen und deutlich vereinfachen. Wir beabsichtigen, die energeti-
1831 sche Gebäudesanierung auch steuerlich zu fördern.
- 1832 • Die Höhe der Modernisierungumlage wird im Mietrecht abgesenkt und dann
1833 in voller Höhe nur noch für energetische und altengerechte Modernisierungen
1834 gewährt.
- 1835 • Die Programme sollen so gestaltet sein, dass durch Beratung Fehlinvestitio-
1836 nen verhindert werden.
- 1837 • Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie werden wir sachgerecht umsetzen.
- 1838 • Zur Förderung sinnvoller und kosteneffizienter Maßnahmen werden wir einen
1839 Schwerpunkt auf eine fachlich fundierte und unabhängige Energieberatung le-
1840 gen und diese entsprechend fördern. In diesem Zusammenhang werden wir die
1841 Beratungsprogramme weiter ausbauen, damit Eigentümer insbesondere über
1842 die Effizienz ihrer Heizungsanlage und mögliche Maßnahmen zur
1843 Effizienzverbesserung gezielt informiert werden.
- 1844 • Wir werden die kostenlose Energieberatung für Haushalte mit niedrigen Ein-
1845 kommen ausbauen. Investitionen in energiesparende Haushaltgeräte werden
1846 erleichtert.
- 1847 • Auf europäischer Ebene werden wir uns mit Nachdruck für dynamische und
1848 anspruchsvollere Standards für energierelevante Produkte im Rahmen der Öko-
1849 Design-Richtlinie (Verankerung des Top-Runner-Prinzips) einsetzen. Soweit
1850 möglich, wollen wir nationale Standards vorab setzen. Auf nationaler Ebene
1851 werden wir die Markteinführung hocheffizienter Produkte im Rahmen des Ener-
1852 gieeffizienzfonds durch Förderprogramme unterstützen.
- 1853 • Die Kennzeichnung von Produkten (z. B. Haushaltsgewerten) entsprechend ih-
1854 rer Energieeffizienz werden wir für die Kunden aussagekräftig gestalten.

1855

1856 **[Finanzierung Effizienzmaßnahmen**

1857

- 1858 • Die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung soll ein 5-
1859 Jahresprogramm von jährlich 1 Mrd. Euro umfassen. Dies hätte bei einem Ab-
1860 setzungszeitraum von 10 Jahren im ersten Haushaltsjahr Steuerminderein-
1861 nahmen von je 42,5 Mio. Euro (ansteigend auf 215 Mio. Euro p. a.) für Bund
1862 und Länder sowie 15 Mio. Euro (ansteigend auf 75 Mio. Euro p. a.) für die
1863 Kommunen zur Folge. Eventuelle Teilkompensationen sollten für ein Zu-
1864 schussprogramm für die energetische Sanierung von Gebäuden der Länder
1865 und Kommunen genutzt werden.
- 1866 • Für den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz werden über die bisherigen
1867 Mittelansätze hinaus jährlich 300 Mio. Euro für folgende Schwerpunktbereiche
1868 bereitgestellt:

- 1869 ○ Investitionen in energiesparende Produkte im Bereich Haushalt und Ge-
 1870 werbe: 150 Mio. Euro.
 1871 ○ Energieberatung und Förderprogramm zur Markteinführung hocheffizi-
 1872 enter Produkte und von Prozesstechnologie: 150 Mio. Euro.]

1873

1874 *Klimafreundlicher Wärmemarkt*

1875 Der Wärmemarkt ist mitentscheidend für eine erfolgreiche Energiewende. Seine Um-
 1876 gestaltung ist ein langfristiger Prozess. Ziel der Koalition bleibt es, bis zum Jahr 2050
 1877 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Dazu müssen der Energie-
 1878 verbrauch der Gebäude adäquat gesenkt und gleichzeitig der Ausbau erneuerbarer
 1879 Energien zur Wärmenutzung vorangetrieben werden.

1880

1881 Auf der Grundlage eines Sanierungsfahrplans werden wir im Gebäudebereich und im
 1882 Wärmemarkt als erste Schritte folgende Maßnahmen ergreifen:

- 1883 • Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz wird auf der Grundlage des Erfahrungs-
 1884 berichtes und in Umsetzung von europäischem Recht fortentwickelt sowie mit den
 1885 Bestimmungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) abgeglichen.
 1886 • Der Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebestand sollte weiterhin auf
 1887 Freiwilligkeit beruhen.
 1888 • Wir werden die Informationen von Käufern und Mietern über die energetische
 1889 Qualität eines Gebäudes weiter verbessern und transparenter gestalten.
 1890 • Das bewährte Marktanzreizprogramm werden wir verstetigen.
 1891 • In einem Strommarkt mit einem weiter zunehmenden Anteil von Strom aus erneu-
 1892 erbaren Energien werden wir Strom, der sonst abgeregelt werden müsste, für wei-
 1893 tere Anwendungen, etwa im Wärmebereich, nutzen.

1894

1895

1896 **Ausbau der erneuerbaren Energien**

1897

1898 *Ausbaukorridor Erneuerbare Energien*

1899 Wir setzen uns für einen nachhaltigen, stetigen und bezahlbaren Ausbau der Erneu-
 1900 erbaren ein. Dafür werden wir im EEG einen im Gesetz geregelten Ausbaukorridor
 1901 festlegen und den Ausbau steuern. Damit stellen wir sicher, dass die Ausbauziele er-
 1902 reicht werden und die Kosten im Rahmen bleiben.

1903

1904 Dieser Ausbaukorridor

- 1905 • schafft Planungssicherheit für alle Beteiligten,
- 1906 • gibt der EE-Branche einen verlässlichen Wachstumspfad,
- 1907 • begrenzt die Kostendynamik beim Ausbau der erneuerbaren Energien,
- 1908 • gibt der Entwicklung der konventionellen Energiewirtschaft einen stabilen Rah-
 1909 men,
- 1910 • erlaubt eine bessere Verknüpfung mit dem Netzausbau,
- 1911 • ermöglicht eine schrittweise Anpassung des Strom- und Energieversorgungs-
 1912 systems an die Herausforderungen volatiler Stromerzeugung und dadurch eine
 1913 kostengünstigere Systemintegration.

1914

1915 *Kosten der Energiewende*

1916 Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Gesamtkosten sind in den
 1917 letzten Jahren aber schnell und stark gestiegen. Private und gewerbliche Stromkun-
 1918 den müssen erhebliche Lasten tragen. Die EEG-Umlage hat mittlerweile eine Höhe

1919erreicht, die für private Haushalte und weite Teile der Wirtschaft, insbesondere auch
 1920mittelständische Unternehmen, zum Problem wird, wenn es nicht gelingt, die Kosten-
 1921dynamik zu entschärfen. Mit der grundlegenden Reform, auf die wir uns verständigt
 1922haben, wollen wir Ausmaß und Geschwindigkeit des Kostenanstiegs spürbar brem-
 1923sen, indem wir die Vergütungssysteme vereinfachen und die Kosten auf einem ver-
 1924tretbaren Niveau stabilisieren. Dazu brauchen wir neben einem berechenbaren
 1925[CDU/CSU und verbindlichen] Ausbaukorridor insbesondere mehr Kosteneffizienz
 1926durch Abbau von Überförderungen und Degression von Einspeisevergütungen, eine
 1927stärker marktwirtschaftlich orientierte Förderung, eine Konzentration der Besonderen
 1928Ausgleichsregelung auf stromintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb
 1929und eine ausgewogene Regelung für die Eigenproduktion von Strom.

1930

1931[SPD: Um die Kosten der Energiewende gerecht zu verteilen, senken wir die Strom-
 1932steuer in einem ersten Schritt um 25 % und dann jährlich entsprechend dem Anteil
 1933Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch. (Finanzierungsvorbehalt)]

1934

1935Reform des Fördersystems

1936Die Förderung der Erneuerbaren will die Koalition mit Blick auf bezahlbare Stromprei-
 1937se kosteneffizienter gestalten. Überförderungen werden wir schnell und konsequent
 1938bei Neuanlagen abbauen; Altanlagen genießen Bestandsschutz. Für alle Technolog-
 1939en werden wir eine kontinuierliche Degression der Fördersätze im EEG verankern.
 1940Wir werden die Bonusregelungen überprüfen und weitgehend streichen. Darüber hin-
 1941aus werden wir das vergleichsweise teure Grünstromprivileg streichen. Damit sichern
 1942wir auch für die Zukunft eine europarechtskonforme Ausgestaltung.

1943

1944Für die einzelnen Technologien gilt:

- 1945 • Photovoltaik: Die jetzt geltende Regelung (u. a. atmender Deckel, Obergren-
 1946 ze) hat sich bewährt und wird beibehalten. Der Zubau in diesem Jahr liegt
 1947 nahe an dem im EEG festgelegten Ausbaukorridor.
- 1948 • Biomasse: Der Zubau von Biomasse wird [alternativ: „grundsätzlich“] [CSU:
 1949 überwiegend] auf Abfall- und Reststoffe begrenzt. Dies dient dem Schutz der
 1950 Natur, vermeidet die „Vermaisung“ der Landschaft und entschärft Nutzungs-
 1951 konkurrenzen. Bestehende Anlagen sollen möglichst bedarfsorientiert betrie-
 1952 ben werden, um Vorteile für Systemstabilität zu nutzen. Wir entwickeln ein Ge-
 1953 samtkonzept für Anbau, Verarbeitung und Nutzung von Biomasse unter bio-
 1954 ökonomischen Gesichtspunkten. Dabei soll deren Einsatz einen sinnvollen
 1955 Beitrag zum CO₂-Minderungsziel leisten und Nutzungskonkurrenzen mit dem
 1956 Arten- und Naturschutz entschärft werden.
- 1957 • Wind an Land: Wir werden die Fördersätze senken (insbesondere bei wind-
 1958 starken Standorten), um Überförderungen abzubauen und gleichzeitig durch
 1959 eine Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells dafür sorgen, dass bun-
 1960 desweit die guten Standorte auch zukünftig wirtschaftlich genutzt werden kön-
 1961 nen.
 1962 Wir werden eine Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch (BauGB) einfü-
 1963 gen, die es ermöglicht, länderspezifische Regeln über Mindestabstände zur
 1964 Wohnbebauung festzulegen.
- 1965 • Wind auf See: Orientiert an den realistischen Ausbaumöglichkeiten legen wir
 1966 den Ausbaupfad 2020 auf 6,5 GW fest. Um anstehende Investitionen mit lan-
 1967 gen Vorlaufzeiten bei Offshore-Wind nicht zu gefährden, werden die dafür
 1968 kurzfristig notwendigen Maßnahmen getroffen. [Verlängerung Stauchungsmo-
 1969 dell) wird konkretisiert] Für den weiteren Ausbaupfad bis 2030 gehen wir von

1970 durchschnittlich 2 Windparks pro Jahr mit einer Leistung von je ca. 400 MW
 1971 aus, um einen Ausbau von 15 GW bis 2030 zu erreichen.

1972 • Wasserkraft: Die bestehenden gesetzlichen Regeln haben sich bewährt und
 1973 werden fortgeführt.

1974

1975Darüber hinaus soll ab 2018 die Förderhöhe über Ausschreibungen ermittelt werden,
 1976sofern bis dahin in einem Pilotprojekt nachgewiesen werden kann, dass die Ziele der
 1977Energiewende auf diesem Wege kostengünstiger erreicht werden können. Um Erfah-
 1978rungen mit Ausschreibungsmodellen zu sammeln und ein optimales Ausschreibungs-
 1979design zu entwickeln, wird spätestens 2016 ein Ausschreibungspilotmodell in einer
 1980Größenordnung von insgesamt 400 MW für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab einer
 1981noch festzulegenden Mindestgröße eingeführt. Wir werden darauf achten, dass bei
 1982der Realisierung von Ausschreibungen eine breite Bürgerbeteiligung möglich bleibt.

1983

1984*Markt- und Systemintegration*

1985Unser Grundsatz lautet: Das EEG ist ein Instrument zur Markteinführung von Erneuerbaren
 1986Energien. Sie sollen perspektivisch ohne Förderung am Markt bestehen. Daher wird die
 1987Koalition die Erneuerbaren Energien in den Strommarkt integrieren.

1988Durch die Degression im EEG steigt der Anreiz zur Direktvermarktung. Für Erneuerbare
 1989Energien wird bei Neuanlagen ab 5 MW eine verpflichtende Direktvermarktung
 1990auf Basis der gleitenden Marktprämie eingeführt. Spätestens 2017 soll dies für alle
 1991Anlagengrößen gelten. Die Einführung werden wir so gestalten, dass die mit dem
 1992EEG bestehende Vielfalt der Akteure erhalten bleibt.

1993

1994Um die Stabilität des Systems zu gewährleisten, werden wir zudem festlegen, dass
 1995Neuanlagen vom Netzbetreiber und von den Direktvermarktern ansteuerbar sein
 1996müssen. Spitzenlast kann bei neuen Anlagen im begrenzten Umfang (weniger als
 19975 % der Jahresarbeit) unentgeltlich abgeregelt werden, soweit dies die Kosten für
 1998den Netzausbau senkt und dazu beiträgt, negative Börsenstrompreise zu vermeiden.
 1999Zudem werden wir die Entschädigungsregelung im Einspeisemanagement so verändern,
 2000dass sie verstärkt Anreize dafür setzt, die Netzsituation bei der Standortwahl
 2001von Neuanlagen besser zu berücksichtigen (Härtefallregelung). In der bestehenden
 2002Härtefallregelung wird die Höhe der Entschädigung abgesenkt, wenn wegen eines
 2003Netzengpasses nicht eingespeist werden kann. Der Einspeisevorrang für die Erneuerbaren
 2004wird beibehalten.

2005

2006Wir werden prüfen, ob große Erzeuger von Strom aus Erneuerbaren Energien einen
 2007Grundlastanteil ihrer Maximaleinspeisung garantieren müssen, um so einen Beitrag
 2008zur Versorgungssicherheit zu leisten. Diese können sie in eigener Verantwortung
 2009vertraglich mit Betreibern von Speichern, von nachfrageabhängig regelbaren Erneuerbaren
 2010Energien, abschaltbaren Lasten oder von fossilen Kraftwerken absichern.
 2011Die virtuelle „Grundlastfähigkeit“ der einzelnen Erneuerbaren Energien soll schrittweise
 2012geschaffen werden. Hierzu werden wir ein Pilotvorhaben durchführen.

2013

2014Wir setzen uns dafür ein, die Förderung der erneuerbaren Energien in Deutschland
 2015in den europäischen Binnenmarkt zu integrieren. Dafür werden wir das EEG europarechtskonform
 2016weiterentwickeln und uns dafür einsetzen, dass die EU-Rahmenbedingungen und die Beihilfe-
 2017regelungen den Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland auch weiterhin unterstützen. Ungeachtet dessen gehen wir weiterhin davon aus,
 2018dass das EEG keine Beihilfe darstellt.

2020

2021 *Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und faire Lastenteilung*

2022 Die Besondere Ausgleichsregelung dient dazu, stromintensive Unternehmen in ihrer
2023 internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden, geschlossene Wertschöpf-
2024 fungsketten und industrielle Arbeitsplätze dauerhaft zu erhalten. Die Koalition will
2025 deshalb die Besondere Ausgleichsregelung erhalten und zukunftsfähig weiterentwi-
2026 ckeln, wohlwissend, dass sie Auswirkungen auf die Finanzierungsgrundlage für das
2027 EEG hat. Die Zahl der antragstellenden Unternehmen und die privilegierte Strom-
2028 menge haben sich seit der letzten Novelle weiter erhöht. Auch die als Eigenstromer-
2029 zeugung privilegierten Strommengen steigen seit Jahren kontinuierlich an.

2030

2031 Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass die internationale Wettbe-
2032 werbsfähigkeit der deutschen Industrie erhalten, die Besondere Ausgleichsregelung
2033 dafür europarechtlich abgesichert und die Finanzierung des EEG dauerhaft auf eine
2034 stabile Grundlage gestellt wird. Ggfs. Ergänzungen MdEP Reul: „Dabei ist auch der
2035 innereuropäische Wettbewerb zu berücksichtigen, solange es keine vollständige Har-
2036 monisierung der Förderung der erneuerbaren Energien gibt.“ Die Vorschläge zur
2037 Steuerung des Ausbaus und zur Kosteneffizienz sind auch mit Blick auf die Siche-
2038 rung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie von zentraler
2039 Bedeutung.

2040

2041 Bei der Besonderen Ausgleichsregelung überprüfen wir die Privilegierung in den ein-
2042 zelnen Branchen vorrangig anhand objektiver, europarechtskonformer Kriterien. Dar-
2043 über hinaus werden wir den Kostenbeitrag der privilegierten Unternehmen überprü-
2044 fen. Zugleich ist vorgesehen, dass die begünstigten Unternehmen nicht nur ein Ener-
2045 giemanagementsystem einführen, sondern auch wirtschaftlich sinnvolle und techno-
2046 logisch machbare Fortschritte bei der Energieeffizienz erzielt werden. Dabei werden
2047 bereits erreichte Erfolge (early actions) berücksichtigt. Diese Maßnahmen kommen
2048 auch dem Anliegen der Europäischen Kommission entgegen.

2049

2050 Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass im Grundsatz die gesamte Eigenstromer-
2051 zeugung an der EEG-Umlage beteiligt wird. So sollen alle neuen Eigenstromerzeu-
2052 ger mit einer Mindestumlage zur Grundfinanzierung des EEG beitragen, wobei wir
2053 die Wirtschaftlichkeit insbesondere von KWK-Anlagen und Kuppelgasnutzung wah-
2054 ren werden. Für kleine Anlagen soll eine Bagatellgrenze eingezogen werden. Ver-
2055 trauensschutz für bestehende Eigenerzeugung wird gewährleistet.

2056

2057 **Strommarktdesign – Neue Rolle für konventionelle Kraftwerke**

2058

2059 Auch in Zukunft muss die Versorgungssicherheit gewährleistet sein, also jederzeit
2060 der nachgefragten Last eine entsprechend gesicherte Erzeugungsleistung in
2061 Deutschland gegenüber stehen.

2062

2063 Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen
2064 Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar. Durch den kontinuierlichen Auf-
2065 wuchs der Erneuerbaren Energien benötigen wir in Zukunft hocheffiziente und flexi-
2066 ble konventionelle Kraftwerke. Solange keine anderen Möglichkeiten (wie z. B. Spei-
2067 cher oder Nachfragemanagement) ausreichend und kostengünstig zur Verfügung
2068 stehen, kann Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie nicht entscheidend zur
2069 Versorgungssicherheit beitragen. Daraus ergibt sich das Erfordernis einer ausrei-
2070 chenden Deckung der Residuallast. Ein Entwicklungspfad für den konventionellen

2071Kraftwerkspark lässt sich nicht ohne eine klare Kenntnis des Ausbaus der Erneuer-
2072baren Energien beschreiben.

2073

2074Wir brauchen verschiedene Mechanismen, mit denen die jeweils erforderlichen Ka-
2075pazitäten langfristig am Markt gehalten werden können.

2076

2077Für eine ökologisch vernünftige, ökonomisch tragfähige und Arbeitsplätze sichernde
2078Vorgehensweise sind folgende Eckpunkte umzusetzen:

- 2079 1. Damit die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien und die Stromnachfra-
2080 ge besser aufeinander abgestimmt werden, sind Flexibilitätsoptionen sowohl
2081 auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite auszubauen (insbesondere
2082 bei Kraftwerken und Erneuerbaren Energien, durch Lastmanagement, intelli-
2083 gente Zähler, lastvariable Tarife und Speicher).
- 2084 2. Für die nächsten Jahre wollen wir die Netzreserve weiterentwickeln (Aus-
2085 schreibungsmodelle auf Ebene der Übertragungsnetzbetreiber). Damit die
2086 Kosten für die Absicherung der wenigen Jahresstunden mit den höchsten Las-
2087 ten begrenzt bleiben, können, soweit verfügbar, bestehende fossile Kraftwerke
2088 die Netzreserve bilden.
- 2089 3. Um kurzfristige Risiken für die Versorgungssicherheit zu vermeiden, werden
2090 wir darüber hinaus dafür sorgen, dass die Bundesnetzagentur im Rahmen der
2091 anstehenden Untersuchungen auf Grundlage der Reservekraftwerksverord-
2092 nung die Errichtung neuer regional erforderlicher Reservekapazitäten zügig
2093 prüft und gegebenenfalls sicherstellt.
- 2094 4. Derzeit verfügen wir deutschlandweit über ausreichend Kraftwerke. Allerdings
2095 könnte sich diese Situation bis zum Ende des Jahrzehntes ändern.
2096 *[CDU/CSU: Wir prüfen daher die Einführung von Kapazitätsmechanismen, um*
2097 *gegebenenfalls bis spätestens Ende 2015 eine gesetzgeberische Entschei-*
2098 *dung für eine kosteneffiziente Lösung zu treffen.] [SPD: Es ist mittelfristig ein*
2099 *Kapazitätsmechanismus zu entwickeln, der nicht in erster Linie neue Kraft-*
2100 *werkskapazitäten anreizt, sondern den wirtschaftlichen Betrieb der notwendi-*
2101 *gen bestehenden konventionellen Kraftwerke ermöglicht.]*
2102 *Alternativ noch Formulierung „BK-Amt“: „Es ist mittelfristig ein Kapazitätsme-*
2103 *chanismus zu entwickeln. Auf Grundlage einer Folgenabschätzung wird im*
2104 *Einklang mit europäischen Regelungen und dem Grundsatz der Kosteneffizi-*
2105 *enz eine wettbewerbliche und technologieoffene Lösung gewährleistet, die*
2106 *einen wirtschaftlichen Betrieb notwendiger konventioneller Kraftwerke um-*
2107 *fasst.“]*
- 2108
- 2109 5. Die rechtlichen und finanziellen Bedingungen für die umweltfreundliche Kraft-
2110 Wärme-Kopplung wollen wir so gestalten, dass der KWK-Anteil auf 25 % bis
2111 2020 ausgebaut wird. Auf Grundlage einer umgehend zu erstellenden Poten-
2112 zialanalyse werden wir in 2014 auch die Rahmenbedingungen für KWK wie
2113 insbesondere das KWKG überprüfen und anpassen. Die EU-Energieeffizienz-
2114 Richtlinie setzen wir so in deutsches Recht um, dass die dort vorgesehenen
2115 Möglichkeiten zur Anerkennung der Vorteile von KWK- und Fernwärme bei
2116 Primärenergie und CO₂-Einsparung gegenüber anderen Heizsystemen bes-
2117 ser zur Geltung kommen.

2118

2119**Speicher**

2120

2121Die stark schwankende Einspeisung Erneuerbarer Energien erfordert einen Aus-
2122gleich durch verschiedene Flexibilitätsoptionen, wie z. B. Lastmanagement, po-
2123wer-to-heat und Speicher. Um die erforderliche konventionelle Reservekapazität zu-
2124verlässig abschätzen zu können, wird die Koalition in den kommenden Jahren tech-
2125nisch und wirtschaftlich verfügbare Speicherpotenziale prüfen.

2126

2127Künftig wird ein Mix verschiedener Stromspeicher erforderlich sein. Die dafür nötigen
2128Rahmenbedingungen sind technologieneutral zu gestalten. Wir wollen, dass
2129Pumpspeicherwerke auch künftig ihren Beitrag zur Netzstabilität wirtschaftlich leisten
2130können.

2131

2132Aufgrund der zukünftigen Systemfunktionen sollen die Letztverbraucher-Pflichten der
2133Speicher überprüft werden.

2134

2135Mittel- bis langfristig steigt der Bedarf nach neuen Speichern. Bei einem hohen Anteil
2136an Erneuerbaren Energien brauchen wir auch Langzeitspeicher, die saisonale
2137Schwankungen ausgleichen können, wie z. B. power-to-gas. Mit den aktuellen und
2138weiteren Demonstrationsprojekten werden wir die Technologie Schritt für Schritt wei-
2139terentwickeln, optimieren und zur Marktreife bringen. Das bereits angelegte For-
2140schungsprogramm werden wir verstetigen.

2141

2142**Netze**

2143

2144*Verlässliche und langfristige Netzausbauplanung*

2145Netzausbau und Ausbau der Erneuerbaren bedingen einander. Damit beides syn-
2146chron läuft, sollte der Netzausbau zukünftig auf Basis des [verbindlichen Aus-
2147baupfads] für Erneuerbare Energien erfolgen.

2148

2149Für den Ausbau des Übertragungsnetzes stellt der Bundesbedarfsplan auch in Zu-
2150kunft das zentrale Instrument dar. Mit Blick auf den erforderlichen Netzausbau gilt es,
2151Offshore-Windenergie schrittweise in einem geordneten Verfahren auszubauen
2152(Offshore Netzentwicklungsplan). Entstehende Anbindungskapazitäten sollen effektiv
2153genutzt werden können.

2154

2155Die Optimierungspotenziale bei Bestandsnetzen sollen ausgeschöpft werden. Damit
2156werden die Aufnahmekapazität des Netzes für die Erneuerbaren gesteigert, die Effi-
2157zienz erhöht und die Kosten gesenkt.

2158

2159Aufgrund der hohen Dringlichkeit des Netzausbaus für das Gelingen der Energie-
2160wende ist eine breite Akzeptanz der Bevölkerung notwendig, die heute noch in vielen
2161Fällen nicht gegeben ist.

2162

2163In ausgewählten Pilotlinien sollen neu zur Verfügung stehende Gleichstrom-Techno-
2164logien (Mehrpunktfähigkeit), wie z. B. der DC-Leistungsschalter bzw. Regelungstech-
2165niken und Kabelverlegetechniken, erprobt und ggfs. aus Mitteln der Technologieför-
2166derung auch gefördert werden. Als Ausgangspunkt ist hierfür ein zentraler Verteiler-
2167punkt im Drehstromnetz sinnvoll.

2168

2169Wir wollen die Integration der europäischen Stromversorgung durch den Ausbau der
2170grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen und der Grenzkuppelstellen auf

2171 der Grundlage der EU-Verordnung über die transeuropäische Energieinfrastruktur
2172 (TEN-E) vorantreiben.

2173

2174 *Modernisierung der Verteilernetze*

2175 Die Verteilernetze sind das Rückgrat der Energiewende vor Ort, da der Zubau Erneuerbarer
2176 Energien eine zunehmende Dezentralisierung des Energieversorgungssystems bewirkt. Die
2177 Koalition wird die Rahmenbedingungen für die Verteilernetze investitionsfreundlich
2178 ausgestalten, damit Investitionen zeitnah refinanziert werden können. Investitionsbudgets
2179 in den Verteilernetzen werden wir prüfen. Die Versorgungssicherheit hat weiterhin
2180 Priorität.

2181 Investitionen durch Netzbetreiber sollen getätigt werden können, wenn sie erforderlich
2182 sind. Mit dem Evaluierungsbericht der Bundesnetzagentur zur Anreizregulierung und der
2183 Netzplattform-Studie „Moderne Verteilernetze für Deutschland“ werden wir 2014 über eine
2184 ausreichende Datenbasis für Entscheidungen zu notwendigen Weiterentwicklungen der
2185 Anreizregulierung verfügen.

2186

2187 *Rahmenbedingungen für intelligente Netze schaffen*

2188 Wir wollen bereits in 2014 verlässliche Rahmenbedingungen für den sicheren Einsatz von
2189 intelligenten Messsystemen für Verbraucher, Erzeuger und Kleinspeicher auf den Weg
2190 bringen. Gegenstand des Paketes werden die Festlegung hoher technischer Standards zur
2191 Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit, bereichsspezifischer Datenschutzregeln
2192 für die Marktkommunikation sowie Regelungen im Zusammenhang mit dem Einbau von
2193 intelligenten Zählern zur Ermöglichung von intelligentem Last- und Erzeugungsmanagement
2194 sein.

2195

2196 *Netzentgelte*

2197 Wir werden das System der Netzentgelte daraufhin überprüfen, ob es den Anforderungen
2198 der Energiewende gerecht wird. Die Koalition wird das System der Netzentgelte auf eine
2199 faire Lastenverteilung bei der Finanzierung der Netzinfrastruktur überprüfen. Durch die
2200 steigende Eigenstromversorgung im privaten und gewerblichen Bereich ist die faire
2201 Kostenverteilung zunehmend in Frage gestellt. Deshalb müssen die Kosten für die
2202 Bereitstellung der Netzinfrastruktur künftig stärker abgebildet werden, zum Beispiel
2203 durch die Einführung einer generellen Leistungskomponente im Netzentgelt (Grund- oder
2204 Leistungspreis) und die Beteiligung der Einspeiser an den Kosten der Netzinfrastruktur
2205 und des Netzbetriebs.

2206

2207 *Bürger am Netzausbau beteiligen*

2208 Für den Ausbau der Stromnetze muss bei den betroffenen Anliegern um Akzeptanz
2209 geworben werden. Neben frühzeitiger und intensiver Konsultation der Vorhaben kann
2210 dazu auch eine finanziell attraktive Beteiligung von betroffenen Bürgerinnen und
2211 Bürgern an der Wertschöpfung sowie eine Überprüfung der derzeitigen Entschädigungs-
2212 praxis beitragen.

2213

2214 Wir werden das Bewertungsverfahren bei Neuvergabe (z. B. bei der Rekommunalisierung)
2215 der Verteilernetze eindeutig und rechtssicher regeln sowie die Rechtssicherheit im
2216 Netzübergang verbessern.

2217

2218 **Ausstieg aus der Kernenergie**

2219

2220Wir halten am Ausstieg aus der Kernenergie fest. Spätestens 2022 wird das letzte
2221Kernkraftwerk in Deutschland abgeschaltet. Auch auf europäischer Ebene wird
2222Deutschland weiter für die Energiewende werben.

2223

2224*Sicherheit von Kernkraftwerken*

2225Die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland ist bis zum letzten Betriebstag zu
2226gewährleisten. Deshalb sind weiterhin Investitionen in die Anlagen und fachkundiges
2227Personal bei Betreibern, Behörden und Sachverständigen erforderlich. Der Schutz
2228der Kraftwerke und Abfalllager vor Sabotage- und Terrorakten ist auf rechtssicherer
2229Grundlage sicherzustellen. Bund und Länder arbeiten bei der Atomaufsicht so eng
2230wie möglich zusammen.

2231

2232In Europa wird Deutschland aktiv daran mitwirken, die Sicherheit der Kernkraftwerke
2233zu erhöhen. Dazu werden wir für verbindliche Sicherheitsziele in der EU und ein Sys-
2234tem wechselseitiger Kontrolle bei fortbestehender nationaler Verantwortung für die
2235Sicherheit eintreten.

2236

2237 **Neuer Text...**

2238Die Bundesregierung trägt die finanzielle und rechtliche Verantwortung für Rückbau,
2239Entsorgung und sichere Aufbewahrung von Materialien aus kerntechnischen Anla-
2240gen, die nicht der gewerblichen Erzeugung von Elektrizität dienen oder gedient ha-
2241ben. Die Kosten für den Rückbau teilen sich der Bund und die jeweiligen Länder auf
2242der Basis entsprechender Verwaltungsvereinbarungen in einem Verhältnis 90 zu 10.

2243

2244Wir erwarten von den Kernkraftwerksbetreibern ihre Mitwirkung an der Energiewende
2245und die Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die geordnete Beendigung der Kern-
2246energienutzung. Ziel ist es damit, in Deutschland die Sicherheit des Restbetriebs der
2247Kernkraftwerke und ihrer Entsorgung auch finanziell zu sichern und sozialverträgliche
2248Lösungen für die Beschäftigten zu finden. Wir erwarten, dass die Kosten für den
2249Atom Müll und den Rückbau der kerntechnischen Anlagen von den Verursachern ge-
2250tragen werden. Über die Realisierung der rechtlichen Verpflichtungen der Energie-
2251versorgungsunternehmen wird die Bundesregierung mit diesen Gespräche füh-
2252ren.

2253

2254Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für umfassende Transparenz in allen
2255sicherheitsrelevanten Fragen ein.

2256

2257Die Unabhängigkeit der Atomaufsicht ist in Deutschland gewährleistet und bedarf
2258keiner Änderung der geltenden Regelungen.

2259

2260Deutschland will auf die internationale Sicherheitsdiskussion Einfluss nehmen. Daher
2261werden auch nach dem Ausstieg geeignete institutionell geförderte Forschungsein-
2262richtungen, unabhängige Sachverständigeninstitutionen und ausreichende behördli-
2263che Fachkompetenz zur Beurteilung der Sicherheit von Kernkraftwerken und ihres
2264Rückbaus, des Strahlenschutzes und der nuklearen Entsorgung gebraucht.

2265

2266*Endlager*

2267Wir wollen die Endlagerfrage aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen
2268lösen. Deswegen werden die Errichtung des Endlagers Konrad und die Schließung
2269des Endlagers Morsleben vorgetrieben und die Voraussetzungen für die Rückholung
2270der Abfälle aus der Schachtanlage Asse II geschaffen.

2271

2272Die Entsorgungs-Richtlinie (Euratom) und das Standortauswahlgesetz setzen wir zü-
2273gig und vollständig um. und verwirklicht dadurch den Trennungsgrundsatz.

2274

2275Das Auswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wird nach Ab-
2276schluss der Kommissionsberatungen unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit ein-
2277geleitet.

2278

2279*Strahlenschutzrecht*

2280Das Strahlenschutzrecht soll modernisiert werden. Der radiologische Notfallschutz
2281zur Bewältigung von Katastrophen in kerntechnischen Anlagen wird auf Grundlage
2282der Erfahrungen von Fukushima konzeptionell anpasst.

2283

2284**Fracking**

2285

2286Nach den vorliegenden Untersuchungen zur Umweltrelevanz ist der Einsatz der
2287Fracking-Technologie bei der unkonventionellen Erdgasgewinnung – insbesondere
2288bei der Schiefergasförderung – eine Technologie mit erheblichem Risikopotential.
2289Die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt sind wissenschaftlich noch nicht
2290hinreichend geklärt. Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang.
2291

2292Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Techno-
2293logie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten lehnen
2294wir ab. Über Anträge auf Genehmigung kann erst dann entschieden werden, wenn
2295die nötige Datengrundlage zur Bewertung vorhanden ist und zweifelsfrei geklärt ist,
2296dass eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu befürchten ist
2297(Besorgnisgrundsatz des Wasserhaushaltsgesetzes).

2298Auch die Entsorgung des Flowback aus Frack-Vorgängen mit Einsatz umwelttoxi-
2299scher Chemikalien in Versenkbohrungen ist wegen fehlender Erkenntnisse über die
2300damit verbundenen Risiken derzeit nicht verantwortbar.

2301

2302Die Koalition wird unter Einbeziehung der Länder und der Wissenschaft in einem ge-
2303meinsamen Prozess mit den Unternehmen erarbeiten, welche konkreten Erkenntnis-
2304se die Erkundungen liefern müssen, um Wissensdefizite zu beseitigen und eine aus-
2305reichende Grundlage für mögliche nachfolgende Schritte zu schaffen. Dies soll in ei-
2306nem transparenten Prozess erfolgen. Im Dialog mit allen Beteiligten sollen unter Fe-
2307derführung der Wissenschaft Forschungsergebnisse bewertet werden. Die Koalition
2308wird kurzfristig Änderungen für einen besseren Schutz des Trinkwassers im Wasser-
2309haushaltsgesetz sowie eine Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung
2310(UVP) bergbaulicher Vorhaben vorlegen, die vor Zulassung von Maßnahmen zur
2311Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels
2312Fracking eine obligatorische UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht.

2313

2314**Management und Governance**

2315

2316Zur Beratung von Bundesregierung und Parlament bei der Umsetzung der Energie-
2317wende strebt die Bundesregierung die Bildung eines „Forums Energiewende (Ener-
2318gierat)“ für einen ständigen Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und
2319gesellschaftlich relevanten Gruppen an. Beim Vollzug der Projekte der Energiewende
2320wird auf eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geachtet.

2321Die Koalition wird mit allen Akteuren der Energiewirtschaft einen engen Dialog pflie-
2322gen. Wegen ihrer Bedeutung für die Daseinsvorsorge wird u. a. die Handlungsfähig-
2323keit der deutschen Stadtwerke thematisiert.

2324

2325Wir wollen die Energiewende naturverträglich gestalten und zugleich die hierfür not-
2326wendigen Verfahren und dafür geeigneten Strukturen schaffen. Deswegen wird ein
2327Kompetenzzentrum „Naturschutz und Energiewende“ eingerichtet, um zu einer Ver-
2328sachlichung der Debatten und zur Vermeidung von Konflikten vor Ort beizutragen.

23291.5 Regeln für die Finanzmärkte

2330

2331Die Finanzmärkte erfüllen eine wichtige Funktion für die Volkswirtschaft. Unsere Fi-
2332nanzmarktpolitik gibt der realwirtschaftlichen Dienstleistungsfunktion des Finanzsek-
2333tors Vorrang vor spekulativen Geschäften. Indem wir der Spekulation klare Schran-
2334ken setzen, Transparenz schaffen, nachhaltige Wachstumsstrategien fördern und die
2335Krisenfestigkeit der Finanzmarktakteure stärken, verbessern wir die Funktionsfähig-
2336keit und Stabilität der Finanzmärkte. Risiko und Haftung müssen wieder zusammen-
2337geführt werden. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nicht mehr für die Ri-
2338siken des Finanzsektors einstehen müssen. Für uns gilt deshalb der Grundsatz: Kein
2339Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt darf in Zukunft ohne ange-
2340messene Regulierung bleiben. Dies trägt auch zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit
2341der Finanzmärkte bei. Wir halten am bewährten Dreisäulensystem der deutschen
2342Kreditinstitute fest und werden seine Besonderheiten angemessen berücksichtigen.

2343

2344Die im Rahmen der europäischen Umsetzung von Basel III vereinbarten strengeren
2345Eigenkapital- und Liquiditätsstandards für Banken müssen in den vorgegebenen Zeit-
2346plänen konsequent umgesetzt werden. Dazu gehören auch eine verbindliche Schul-
2347denobergrenze (Leverage Ratio), die den Risikogehalt der Geschäftsmodelle ange-
2348messen berücksichtigt, und eine verbindliche, mittelfristige Liquiditätskennziffer. Bei
2349der Erfüllung der zusätzlichen Kapitalanforderungen müssen öffentliche Eigentümer
2350beihilferechtlich anderen Eigentümern gleichgestellt werden. Entsprechende Maß-
2351nahmen zur Erfüllung der von der Aufsicht festgelegten Eigenkapitalanforderungen
2352für öffentliche Banken dürfen nicht als Beihilfen gewertet werden.

2353

2354Unter die Europäische Bankenaufsicht fallen angesichts der Grenze von 30 Mrd.
2355Euro auch Banken, die nur auf regional begrenzten oder sehr speziellen Sektoren tä-
2356tig sind. Dies gilt z. B. für die Förderbanken, eine Sparkasse und kleinere Privatban-
2357ken. Die Bundesregierung wird die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
2358(BaFin) beauftragen, im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Europäische Banken-
2359aufsicht in der Praxis dafür Sorge zu tragen, dass die Besonderheiten von einzelnen
2360Banken, bspw. der Förderbanken, berücksichtigt werden.

2361

2362Mit Blick auf einen in den nächsten Jahren möglichen Anpassungsbedarf der CRD-I-
2363V-Richtlinie wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Förderbanken
2364des Bundes und der Länder im europäischen Kontext bankenaufsichtsrechtlich zu-
2365künftig inhaltlich so weit wie möglich gleich behandelt werden.

2366

2367Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Vorschläge der europäi-
2368schen Expertengruppe um Erkki Liikanen zur Einschränkung riskanter Geschäfte, zur
2369Einführung von Beleihungsobergrenzen bei Immobilienkrediten und einer strikteren
2370Trennung von Investment- und Geschäftsbanking auf europäischer Ebene umgesetzt
2371werden. Die Finanzierung der Realwirtschaft durch das bewährte Universalbanken-
2372system darf durch das Reformvorhaben nicht gefährdet werden.

2373

2374Schattenbanken müssen so reguliert werden, dass für sie bei gleichem Geschäft und
2375gleichem Risiko für die Stabilität des Finanzsystems die gleiche Regulierung gilt wie
2376im klassischen Bankensektor. Alle Geschäftsbeziehungen zwischen Banken und
2377Schattenbanken müssen transparent gemacht und Ansteckungsrisiken begrenzt wer-
2378den.

2379

2380Die Bundesregierung unterstützt die auf europäischer Ebene vorgesehene strengere
2381Regulierung des Hochfrequenzhandels.

2382

2383Ebenso tritt die Bundesregierung für eine Eindämmung der Rohstoff- und Nahrungs-
2384mittelspekulation ein und befürwortet deshalb insbesondere die Einführung von Posi-
2385tionslimits auf den Rohstoffmärkten.

2386

2387Die europäischen Vorschriften zur Regulierung des Derivatehandels sollen zielge-
2388richtet ergänzt werden, um den transparenten Handel auf geregelten Börsen und
2389Handelsplätzen zu stärken und der Entstehung systemischer Risiken entgegen zu
2390wirken.

2391

2392Rating-Agenturen haben eine zentrale Machtstellung auf den Finanzmärkten und be-
2393dürfen deshalb einer strengen Regulierung. Die Bundesregierung wird sich für eine
2394effektive Anwendung der zivilrechtlichen Haftungsregelungen für Rating-Agenturen
2395einsetzen und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Rating-Agenturen fördern. Wir
2396wollen die Rechtsnormen reduzieren, die eine Einschaltung der drei großen Rating-
2397Agenturen vorschreiben. Wir wollen auch die Bedeutung externer Ratings reduzie-
2398ren.

2399

2400Das bisherige Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht hat noch keine hinreichende
2401Wirkung im Finanzmarktbereich gezeigt. In Zukunft muss noch stärker gelten: Ge-
2402meinschädliches Handeln von Unternehmen und Managern muss angemessen sank-
2403tioniert werden. Wir unterstützen die Aufnahme strenger Vorschriften in den maßgeb-
2404lichen europäischen Rechtsakten, welche insbesondere den Rahmen für Geldsank-
2405tionen auf ein angemessenes Niveau anheben und die Verhängung spürbarer Sank-
2406tionen gegen Unternehmen vorsehen, die gegen regulatorische Vorgaben verstoßen,
2407und werden für deren Umsetzung ins deutsche Recht Sorge tragen.

2408

2409Wir werden den Kampf gegen Finanzbetrug, Geldwäsche und Steuerhinterziehung
2410sowie gegen die Terrorismusfinanzierung ebenso intensivieren wie die Zusammenar-
2411beit mit allen zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden. Maßstab bei den
2412Maßnahmen gegen die Geldwäsche und damit der Bekämpfung der organisierten
2413Kriminalität in Deutschland werden dabei die internationalen Standards der Financial
2414Action Task Force on Money Laundering (FATF) sein. Wir werden auch den Geldwä-
2415schetatbestand (§ 261 StGB) entsprechend anpassen.

2416

2417Wir wollen Lösungsvorschläge zum Umgang mit den Folgen eines lang anhaltenden
2418Niedrigzinsumfeldes erarbeiten und im Interesse der Versichertengemeinschaft ge-
2419eignete Maßnahmen zur Stärkung der Risikotragfähigkeit und Stabilität der Lebens-
2420versicherungen treffen.

2421

2422Die nationale Finanzmarktaufsicht in ihrer bisherigen Struktur aus BaFin und Deut-
2423scher Bundesbank hat sich bewährt und ist ein unverzichtbarer Bestandteil im Kon-
2424zept der neuen europäischen Aufsichtsstruktur. Die BaFin erhält die Möglichkeit, ent-
2425sprechend den europäischen Regeln den Vertrieb komplexer und intransparenter Fi-
2426nanzprodukte zu beschränken oder zu verbieten, sofern diese die Finanzmarktstabi-
2427lät gefährden oder unverhältnismäßige Risiken für Anleger bergen. Sie erhält den
2428kollektiven Schutz der Verbraucher als wichtiges Ziel ihrer Aufsichtstätigkeit.

2429

2430Wir unterstützen die europäischen Initiativen zum Girokonto für jedermann. Wir wer-
2431den bei der nationalen Umsetzung sicherstellen, dass alle Institutgruppen in ange-
2432messener Weise beteiligt sind.

2433

2434Die Inanspruchnahme des Dispositionskredits soll nicht zu einer übermäßigen Belas-
2435tung eines Bankkunden führen. Daher sollen die Banken verpflichtet werden, beim
2436Übertritt in den Dispositionskredit einen Warnhinweis zu geben; bei dauerhafter und
2437erheblicher Inanspruchnahme sollen sie dem Kunden eine Beratung über mögliche
2438kostengünstigere Alternativen zum Dispositionskredit anbieten müssen.

2439

2440Wir werden die Einführung der Honorarberatung als Alternative zu einer Beratung auf
2441Provisionsbasis für alle Finanzprodukte vorantreiben und hohe Anforderungen an die
2442Qualität der Beratung festlegen. Die Berufsbezeichnungen und Ausbildungsstan-
2443dards der Berater auf Honorarbasis werden weiterentwickelt.

2444

2445Das in der finanziellen Anlageberatung verwendete Beratungsprotokoll werden wir im
2446Hinblick auf die praktikable Handhabung überprüfen und mit Verbesserungen für An-
2447leger weiterentwickeln.

2448

2449Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und
2450niedrigem Steuersatz zügig umsetzen und zwar im Rahmen einer verstärkten Zu-
2451sammenarbeit in der EU. Eine solche Besteuerung sollte möglichst alle Finanzinstru-
2452mente umfassen, insbesondere Aktien, Anleihen, Investmentanteile, Devisentransak-
2453tionen sowie Derivatekontrakte. Durch die Ausgestaltung der Steuer wollen wir Aus-
2454weichreaktionen vermeiden. Dabei gilt es, die Auswirkungen der Steuer auf Instru-
2455mente der Altersversorgung, auf die Kleinanleger sowie die Realwirtschaft zu bewer-
2456ten und negative Folgen zu vermeiden sowie zugleich unerwünschte Formen von Fi-
2457nanzgeschäften zurückzudrängen.

2458

2459Dauerhaftes Wachstum braucht langfristig orientierte Investitionen. Deshalb werden
2460wir bei allen Finanzmarktregulierungen auf diese Notwendigkeit achten. Im Übrigen
2461werden wir das Zusammenwirken von Regulierungsmaßnahmen gemeinsam mit der
2462BaFin auf Praktikabilität und Zielgenauigkeit überprüfen.

2463

2464 2. Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit

2465

2466Wir wollen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen, die ihr auf dem globalen

2467Arbeitsmarkt Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Beweglichkeit ermöglichen.

2468Wir wollen Arbeit für alle, sicher und gut bezahlt. Mit einer klugen Arbeitsmarktpolitik

2469wollen wir die Weichen für mehr Beschäftigung und für eine starke Sozialpartner-

2470schaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften stellen.

2471

24722.1. Beschäftigungschancen verbessern

2473

2474Aktive Arbeitsmarktpolitik

2475

2476Eine moderne Wirtschaft im globalen Wettbewerb stellt Beschäftigte, Unternehmen

2477und soziale Sicherungssysteme vor immer neue Herausforderungen. Damit der wirt-

2478schaftliche Erfolg und der soziale Schutz der Menschen fortbestehen, halten wir fol-

2479gende Strukturanpassungen für erforderlich:

2480

2481 Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen neue Chancen erschließen

2482Der Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig wie selten zuvor. Das eröffnet Chancen bei der

2483Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Deswegen wollen wir hier einen Schwer-

2484punkt der Arbeitsmarktpolitik setzen.

2485

2486Personen, die seit vielen Jahren arbeitslos sind, finden bisher selten Zugang zum

2487ersten Arbeitsmarkt. Häufige Gründe sind persönliche Vermittlungshemmnisse Des-

2488wegen wollen wir Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose verstärkt in existenzsi-

2489chernde Arbeit vermitteln, sie passgenau qualifizieren und begleiten sowie bei Bedarf

2490auch nachgehend betreuen und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaf-

2491fen. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Personengruppe langzeitarbeitsloser

2492Menschen, die nur mit massiver Unterstützung Teilhabe und Integration am Arbeits-

2493markt finden können. Dieses Ziel wollen wir u. a. durch ein ESF-Bundesprogramm

2494für Langzeitarbeitslose und die Gewinnung von Arbeitgebern für die Gruppe arbeits-

2495marktferner Personen in den Vordergrund rücken.

2496

2497Die Steuerung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende soll verstärkt auf das Ziel

2498„Vermeidung von Langzeitleistungsbezug“ und die Mittelverteilung stärker auf Wir-

2499kungsorientierung ausgerichtet werden. Dabei ist auch der bisherige Problemdruckin-

2500dikator als Verteilungsmaßstab auf den Prüfstand zu stellen.

2501

2502Zur Verstetigung von Förderleistungen wollen wir die wirksame Übertragbarkeit von

2503Haushaltsmitteln von einem Haushaltsjahr ins Nächste in der Grundsicherung ver-

2504bessern.

2505

2506 Übergang Schule – Ausbildung – Beruf

2507Die beste und effizienteste Vorsorge gegen Ausbildungsabbrüche und lange Zeiten

2508von Arbeitslosigkeit im Lebensverlauf sind passgenaue und tragfähige Übergänge

2509von der Schule in Ausbildung und Beruf. Daher wollen wir den erfolgreichen Ausbil-

2510dungs- und Berufseinstieg für leistungsschwache Jugendliche erleichtern und gezielt

2511begleiten.

2512

2513Flächendeckend einzurichtende Jugendberufsagenturen sollen die Leistungen nach

2514den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII für unter 25-Jährige bündeln. Datenschutz-

2515rechtliche Klarstellungen sollen den notwendigen Informationsaustausch erleichtern.
2516Junge Menschen, deren Eltern seit Jahren von Grundsicherung leben, sollen gezielt
2517Unterstützung bekommen.

2518

2519Weil künftig nur eine ausreichende Qualifizierung nachhaltig vor Arbeitslosigkeit
2520schützt und der Fachkräftebedarf absehbar steigt, wollen wir gezielt in die Nachquali-
2521fizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss investieren. Deswegen werden
2522wir die Initiative „AusBildung wird was - Spätstarter gesucht“ als Programm „2. Chan-
2523ce“ engagiert fortführen. Bessere finanzielle Rahmenbedingungen sollen Bereitschaft
2524und Durchhaltevermögen junger Erwachsener fördern, auch in späteren Jahren
2525noch einen qualifizierten Abschluss zu erreichen.

2526

2527Sonderregelungen in der Kurzarbeit

2528Das Instrument der Kurzarbeit hat in der Krise enorm dazu beigetragen, wertvolle
2529Fachkräfte in den Betrieben zu halten. Wir sind uns einig, in einer mit der Krise in
2530den Jahren 2009/ 2010 vergleichbaren wirtschaftlichen Situation schnell zu handeln
2531und kurzfristig die bewährten Sonderregelungen zur Förderung der Kurzarbeit und
2532damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen durch Gesetz wieder in Kraft zu setzen.

2533

2534Arbeitslosengeld für überwiegend kurzfristig Beschäftigte

2535Die Koalition wird sich in der kommenden Legislaturperiode für die soziale Absiche-
2536rung von Kreativen und Kulturschaffenden einsetzen und für weitere Verbesserungen
2537sorgen. Insbesondere wird die Koalition nach Ablauf der aktuellen Regelung zum Ar-
2538beitslosengeld I-Bezug für überwiegend kurzfristig Beschäftigte, die auch für viele
2539Kulturschaffende von hoher Bedeutung ist, Ende 2014 eine Anschlussregelung ein-
2540führen, die den Besonderheiten von Erwerbsbiographien in der Kultur hinreichend
2541Rechnung trägt. Unter anderem soll es für sie eine von zwei auf drei Jahre verlänger-
2542te Rahmenfrist geben, innerhalb derer die Anwartschaftszeit für den Bezug von Ar-
2543beitslosengeld I erfüllt werden muss.

2544

2545Rechtsvereinfachung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

2546Wer Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung hat, soll schneller und einfacher
2547als bisher zu seinem Recht kommen. Die Verwaltungen vor Ort sollen so effizient
2548und ressourcenschonend wie möglich arbeiten können. Deswegen wollen wir das
2549Leistungs- und Verfahrensrecht der Grundsicherung für Arbeitsuchende vereinfachen
2550und effektiver ausgestalten. Hierzu sollen insbesondere die Ergebnisse der 2013 ge-
2551gründeten Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Rechtsvereinfachung im Zweiten Buch
2552Sozialgesetzbuch (SGB II) intensiv geprüft und ggf. gesetzgeberisch umgesetzt wer-
2553den.

2554

2555Arbeitsförderung verbessern

2556Wir wollen die Arbeitsförderung stärker an den Bedürfnissen der Frauen und ihren
2557häufig unterbrochenen Erwerbsbiografien ausrichten. Deshalb werden wir ein Pro-
2558gramm zum besseren beruflichen Wiedereinstieg in existenzsichernde Arbeit schaf-
2559fen. Darüber hinaus werden wir prüfen, wie auch Langzeitarbeitslose, die wegen der
2560Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf Regelleistungen
2561nach dem SGB II und auf aktivierende Leistungen hatten, in die Maßnahmen des
2562Eingliederungstitels einbezogen werden können.

2563

25642.2. Gute Arbeit

2565

2566 **Modernes Arbeitsrecht**

2567

2568 Wir wollen die Tarifautonomie stärken.

2569

2570 *Arbeitnehmer-Entsendegesetz erweitern*

2571 Die tariflich vereinbarten Branchenmindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsende-
2572 gesetz haben sich bewährt. Deshalb werden wir den Geltungsbereich des Arbeitneh-
2573 mer-Entsendegesetzes über die bereits dort genannten Branchen hinaus für alle
2574 Branchen öffnen.

2575

2576 *Allgemeinverbindlicherklärungen nach dem Tarifvertragsgesetz anpassen und er-
2577 leichtern*

2578 Das wichtige Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) nach dem Tarifver-
2579 tragsgesetz bedarf einer zeitgemäßen Anpassung an die heutigen Gegebenheiten. In
2580 Zukunft soll es für eine AVE nicht mehr erforderlich sein, dass die tarifgebundenen
2581 Arbeitgeber mindestens 50 % der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fal-
2582 lenden Arbeitnehmer beschäftigen. Ausreichend ist das Vorliegen eines besonderen
2583 öffentlichen Interesses. Das ist insbesondere dann gegeben, wenn alternativ:

2584

- 2585 • die Funktionsfähigkeit von Gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragspar-
2586 teien (Sozialkassen) gesichert werden soll,
- 2587 • die AVE die Effektivität der tarifvertraglichen Normsetzung gegen die Folgen
2588 wirtschaftlicher Fehlentwicklungen sichert, oder
- 2589 • die Tarifvertragsparteien eine Tarifbindung von mindestens 50 % glaubhaft
2590 darlegen.

2591

2592 Wir wollen, dass die den Antrag auf AVE stellenden Tarifvertragsparteien an den Be-
2593 ratungen und Entscheidungen des Tarifausschusses beteiligt werden können und
2594 werden prüfen, wie dies umgesetzt werden kann.

2595

2596 Um sich widersprechender Entscheidungen von Gerichten unterschiedlicher Ge-
2597 richtsbarkeiten zu vermeiden, wird die Zuständigkeit für die Überprüfung von AVE
2598 nach dem Tarifvertragsgesetz und von Rechtsverordnungen nach dem AEntG und
2599 AÜG bei der Arbeitsgerichtsbarkeit konzentriert.

2600

2601 *Allgemeine gesetzliche Mindestlohnregelung*

2602 Gute Arbeit muss sich einerseits lohnen und existenzsichernd sein. Andererseits
2603 müssen Produktivität und Lohnhöhe korrespondieren, damit sozialversicherungs-
2604 pflichtige Beschäftigung erhalten bleibt. Diese Balance stellen traditionell die Sozial-
2605 partner über ausgehandelte Tarifverträge her. Sinkende Tarifbindung hat jedoch zu-
2606 nehmend zu weißen Flecken in der Tariflandschaft geführt. Durch die Einführung ei-
2607 nes allgemein verbindlichen Mindestlohns soll ein angemessener Mindestschutz für
2608 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichergestellt werden.

2609

2610 Rahmenregelungen:

2611 *[Strittig: Startpunkt, erstmalige Festsetzung des Mindestlohns und Differenzierungs-
2612 möglichkeiten für die Kommission sowie Auslaufristen für laufende Tarifverträge.]*

2613

2614 Mindestlohnkommission: Die Höhe des allgemein verbindlichen Mindestlohns wird in
2615 regelmäßigen Abständen von einer Kommission der Tarifpartner festgelegt und an-

2616 schließend über eine Rechtsverordnung staatlich erstreckt und damit allgemeinver-
2617 bindlich erklärt.

2618

2619 Die Mitglieder der Kommission werden von den Spitzenorganisationen der Arbeitge-
2620 ber- und Arbeitnehmerschaft benannt (Größe: 3 zu 3 plus Vorsitz). Wissenschaftli-
2621 cher Sachverstand (ohne Stimmrecht) wird auf Vorschlag der Spitzenorganisationen
2622 (1 plus 1) hinzugezogen.

2623

2624 Der Vorsitz ist alternierend, die genaue Regelung wird hierzu im Gesetz getroffen.

2625

2626 Der Mindestlohn gilt nicht für Auszubildende, für Praktikanten, die ihr Praktikum im
2627 Rahmen einer Schul- oder Studienordnung absolvieren, sowie für Schüler bis zum
2628 Ende der Schulpflicht. Für freiwillige Praktika außerhalb von Schul- und Studienord-
2629 nung sollen dagegen als Untergrenze einer angemessenen Vergütung bestehende
2630 und künftige Mindestlohnregelungen Anwendungen finden.

2631

2632 *[Ergänzender Vorschlag CDU/CSU bei Ablehnung SPD: Ausgenommen vom Min-*
2633 *destlohn sind ebenso Bezieher von Renten, soweit es sich um Vollrenten handelt*
2634 *und in den ersten 12 Monaten ihrer Beschäftigung Arbeitnehmerinnen und Arbeit-*
2635 *nehmer, die vor Eintritt in die Beschäftigung langzeitarbeitslos i.S. des § 18 SGB III*
2636 *waren und in ihren Erwerbsmöglichkeiten durch mindestens zwei weitere in ihrer*
2637 *Person liegende Vermittlungshemmnisse besonders schwer beeinträchtigt sind. Wir*
2638 *werden auch prüfen, ob landwirtschaftliche Erntehelferinnen und Erntehelfer sowie*
2639 *als Austräger von Zeitungen/ Anzeigenblättern beschäftigte Personen vom Anwen-*
2640 *dungsbereich des Mindestlohnes ausgenommen werden können bzw. für sie spezifi-*
2641 *sche Regelungen gelten sollen.]*

2642

2643 *Missbrauch von Werkvertragsgestaltungen verhindern*

2644 Rechtswidrige Vertragskonstruktionen bei Werkverträgen zulasten von Arbeitnehme-
2645 rinnen und Arbeitnehmern müssen verhindert werden. Dafür ist es erforderlich, die
2646 Prüftätigkeit der Kontroll- und Prüfinstanzen bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zu
2647 konzentrieren, organisatorisch effektiver zu gestalten, zu erleichtern und im ausrei-
2648 chenden Umfang zu personalisieren, die Informations- und Unterrichtsrechte des
2649 Betriebsrats sicherzustellen, zu konkretisieren und verdeckte Arbeitnehmerüberlas-
2650 sung zu sanktionieren. Der vermeintliche Werkunternehmer und sein Auftraggeber
2651 dürfen auch bei Vorlage einer Verleiherlaubnis nicht besser gestellt sein, als derjeni-
2652 ge, der unerlaubt Arbeitnehmerüberlassung betreibt. Der gesetzliche Arbeitsschutz
2653 für Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer muss sichergestellt werden.

2654

2655 Zur Erleichterung der Prüftätigkeit von Behörden werden die wesentlichen durch die
2656 Rechtssprechung entwickelten Abgrenzungskriterien zwischen ordnungsgemäßen
2657 und missbräuchlichen Fremdpersonaleinsatz gesetzlich niedergelegt.

2658

2659 *Arbeitnehmerüberlassung weiterentwickeln*

2660 *[Vorschlag CDU/CSU: Wir präzisieren im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz die Maß-*
2661 *gabe, dass die Überlassung von Arbeitnehmern an einen Entleiher vorübergehend*
2662 *erfolgt, indem wir eine Überlassungshöchstdauer von 24 Monaten gesetzlich festle-*
2663 *gen. Durch einen Tarifvertrag der Tarifvertragsparteien der Einsatzbranche oder auf*
2664 *Grund eines solchen Tarifvertrags in einer Betriebs- bzw. Dienstvereinbarung kön-*
2665 *nen unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Stammebelegschaften ab-*

2666 *weichende Lösungen vereinbart werden. Wir entwickeln die statistische Berichter-*
 2667 *stattung zur Arbeitnehmerüberlassung bedarfsgerecht fort.*

2668

2669 *Vorschlag SPD: CDU/CSU und SPD wollen die Leiharbeit auf ihre Kernfunktionen*
 2670 *hin orientieren. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wird daher an die aktuelle Ent-*
 2671 *wicklung angepasst und novelliert:*

2672 - *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.*

2673 - *Gesetzliche Höchstüberlassungsdauer von 12 Monaten bezogen auf die indi-*
 2674 *viduelle Überlassungszeit als auch auf die im Einsatzbetrieb zu verrichtende*
 2675 *Tätigkeit. Der Zeitraum vorheriger Überlassungszeiten auch anderer Verleiher*
 2676 *an denselben Entleiher ist anzurechnen. Die Tarifvertragsparteien können*
 2677 *eine kürzere Überlassungsdauer festlegen.*

2678 - *Kein Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern als Streikbre-*
 2679 *cher.*

2680 - *Keine konzerninterne Verleihung durch eigens gegründete Zeitarbeitsgesell-*
 2681 *schaften eines Unternehmens.*

2682 - *Leiharbeiter werden bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die be-*
 2683 *triebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt.*

2684 - *Bei Verstößen gegen Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes*
 2685 *mündet das Leiharbeitsverhältnis automatisch in ein Arbeitsverhältnis beim*
 2686 *Entleiher.]*

2687

2688 *Tariftreue im Vergaberecht*

2689 *[Auf Länderebene bestehen bereits Vergabegesetze, die die Vergabe öffentlicher*
 2690 *Aufträge von der Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarifverträge abhängig machen.*
 2691 *Wir werden eine europarechtskonforme Einführung vergleichbarer Regelungen auch*
 2692 *auf Bundesebene prüfen. Im Ergebnis dürfen damit keine bürokratischen Hürden auf-*
 2693 *gebaut werden.]*

2694

2695 *Tarifeinheit gesetzlich regeln*

2696 *Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir*
 2697 *den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spit-*
 2698 *zenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch*
 2699 *flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen*
 2700 *Rechnung getragen.*

2701

2702 *Beschäftigtendatenschutz gesetzlich regeln*

2703 *Die Verhandlungen zur Europäischen Datenschutzgrundverordnung verfolgen wir mit*
 2704 *dem Ziel, unser nationales Datenschutzniveau - auch bei der grenzüberschreitenden*
 2705 *Datenverarbeitung - zu erhalten und über das Europäische Niveau hinausgehende*
 2706 *Standards zu ermöglichen. Sollte mit einem Abschluss der Verhandlungen über die*
 2707 *Europäische Datenschutzgrundverordnung nicht in angemessener Zeit gerechnet*
 2708 *werden können, wollen wir hiernach eine nationale Regelung zum Beschäftigtenda-*
 2709 *tenschutz schaffen.*

2710

2711 *Informantenschutz im Arbeitsverhältnis*

2712 *Beim Hinweisgeberschutz prüfen wir, ob die internationalen Vorgaben hinreichend*
 2713 *umgesetzt sind.*

2714

2715 *Weiterentwicklung des Teilzeitrechts*

2716Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich z. B. wegen Kindererziehung oder
2717Pflege von Angehörigen zu einer zeitlich befristeten Teilzeitbeschäftigung entschie-
2718den haben, wollen wir sicherstellen, dass sie wieder zur früheren Arbeitszeit zurück-
2719kehren können. Dazu werden wir das Teilzeitrecht weiterentwickeln und einen An-
2720spruch auf befristete Teilzeitarbeit schaffen (Rückkehrrecht).

2721

2722Für bestehende Teilzeitarbeitsverhältnisse werden wir die Darlegungslast im Teilzeit-
2723und Befristungsgesetz auf den Arbeitgeber übertragen. Bestehende Nachteile für
2724Teilzeitbeschäftigte wollen wir beseitigen.

2725

2726*Befristungsrecht*

2727[Vorschlag SPD: Wir werden die Möglichkeiten zur sachgrundlosen Befristung eines
2728Arbeitsvertrages streichen. CDU/CSU: Ablehnung]

2729

2730**Ganzheitlicher Arbeitsschutz**

2731

2732Der Schutz der Beschäftigten vor Gefahren am Arbeitsplatz und die Stärkung der
2733Gesundheit bei der Arbeit ist ein wichtiges Gebot sozialer Verantwortung. Ein deutli-
2734cher Hinweis auf die Herausforderungen, die eine sich wandelnde Arbeitswelt für den
2735deutschen Arbeitsschutz bedeutet, ist die drastische Zunahme psychischer Erkran-
2736kungen. Unser Leitbild ist ein ganzheitlicher, physische und psychische Belastungen
2737umfassender Gesundheitsschutz bei der Arbeit. Die Zusammenarbeit mit der allge-
2738meinen Gesundheitspolitik wird ausgebaut. Betriebliche Gesundheitsförderung und
2739Arbeitsschutz werden enger verknüpft. Das betriebliche Eingliederungsmanagement
2740(BEM) wollen wir stärken und mehr Verbindlichkeit erreichen.

2741

2742Gesundheitszirkel in den Betrieben haben sich in der Praxis als erfolgreicher Ansatz
2743erwiesen. Wir wollen erreichen, dass in Unternehmen in Kooperation mit den gesetz-
2744lichen Krankenkassen solche Zirkel vermehrt eingerichtet werden. Wir werden die
2745Entwicklung neuer Präventionskonzepte und betrieblicher Gestaltungslösungen bei
2746psychischer Belastung in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Gemeinsamen
2747Deutschen Arbeitsschutzstrategie vorantreiben, den Instrumenteneinsatz besser aus-
2748richten, auf eine verbesserte Kontrolle des Arbeitsschutzes hinwirken und in beste-
2749henden Arbeitsschutzverordnungen, die noch keine Klarstellung zum Schutz der psy-
2750chischen Gesundheit enthalten, dieses Ziel aufnehmen. Es erfolgt eine wissenschaft-
2751liche Standortbestimmung, die gleichzeitig eine fundierte Übersicht über psychische
2752Belastungsfaktoren in der Arbeitswelt gibt und Handlungsoptionen für notwendige
2753Regelungen aufzeigt. Im Lichte weiterer wissenschaftlicher Erkenntnisse schließen
2754wir insoweit auch verbindliche Regelungen in der Form einer Verordnung gegen psy-
2755chische Erkrankungen nicht aus.

2756

2757Der Schutz und die Stärkung der physischen Gesundheit in besonders belastenden
2758Tätigkeiten werden weiter verbessert, die entsprechende Forschung unter Begleitung
2759der Tarifpartner intensiviert und Lösungsvorschläge zur Vermeidung arbeitsbedingter
2760Verschleißerkrankungen und Frühverrentungen erarbeitet.

2761

2762**2.3 Soziale Sicherheit**

2763

2764**Für soziale Sicherheit im Alter**

2765

2766Der demografische Wandel stellt unsere Alterssicherungssysteme vor besondere
2767Herausforderungen. Das hohe Maß an sozialer Sicherheit im Alter, das wir heute in
2768Deutschland haben, wollen wir auch in Zukunft erhalten. Dazu müssen wir die Struk-
2769turen und Leistungen kontinuierlich an die Veränderungen in der Arbeitswelt anpas-
2770sen. Insbesondere die Finanzierung muss immer wieder neu und in der Lastenvertei-
2771lung gerecht zwischen den Generationen ausbalanciert werden. Deswegen wollen
2772wir, wie auch im Arbeitsmarkt, in der Rente Anreize setzen, damit möglichst viele
2773Menschen bei guter Gesundheit möglichst lange im Erwerbsleben bleiben und über
2774ihre Steuern und Sozialbeiträge die finanzielle Basis unserer Alterssicherungssyste-
2775me stärken. Gleichzeitig wollen wir genug Raum für zusätzliche Vorsorge und Frei-
2776heiten zum selbstbestimmten Gestalten der späten Lebensabschnitte lassen.

2777

2778Arbeiten bis 67 gestalten

2779Uns ist bewusst, dass Deutschland zu den Ländern gehört, die weltweit am schnellst-
2780ten und am tiefgreifendsten vom demografischen Wandel betroffen sind. Eine rasch
2781alternde Bevölkerung muss ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen
2782anpassen, wenn sie im globalen Wettbewerb bestehen will. Für den vor über einem
2783Jahrzehnt angestoßenen breiten Reformprozess erfährt Deutschland mittlerweile in-
2784ternational hohe Anerkennung. Immer mehr Betriebe unternehmen Anstrengungen,
2785um ihre Belegschaften auch im höheren Alter beschäftigen zu können. Die Wert-
2786schätzung für die Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist
2787in Wirtschaft und Gesellschaft spürbar gestiegen. Die Erwerbstätigen- und die Be-
2788schäftigungsquote der über 50-Jährigen steigt seit einem Jahrzehnt kontinuierlich an.
2789Deutschland ist bei der Beschäftigung Älterer mittlerweile Vizeeuropameister hinter
2790Schweden. Diese Erfolgsgeschichte der steigenden Beteiligung Älterer am Erwerbs-
2791leben wollen wir fortschreiben. Unser Ziel ist eine moderne und wettbewerbsfähige
2792Gesellschaft des langen Lebens und Arbeitens.

2793

2794Seit Beginn des Jahres 2012 können langjährig Beschäftigte nach 45 Beitragsjahren
2795mit Erreichen des 65. Lebensjahres ohne die sonst fälligen Abschläge in Rente ge-
2796hen. Es hat sich in der Arbeitswelt viel zu Gunsten Älterer verbessert, aber wir sind
2797noch nicht am Ziel.

2798

2799[Die gesellschaftliche Akzeptanz für diesen Weg bleibt aber nur dann hoch, wenn es
2800Ausnahmeregelungen gibt, von denen insbesondere Menschen mit hoher Arbeitsbe-
2801lastung profitieren können.]

2802

2803[SPD:

2804Es soll die bereits vorhandene Vertrauensschutzregelung zur Anhebung der Regelal-
2805tersgrenze erweitert werden: Langjährig Versicherte, die durch 45 Versicherungsjah-
2806re ihren Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung erbracht haben, sollen zu-
2807künftig abschlagsfrei mit 63 in Rente gehen können. Wegen strittiger Finanzierung
2808nicht abschließend konsentiert.]

2809

2810Ältere Beschäftigte sind unverzichtbar im Arbeitsleben. Nicht zuletzt aufgrund des zu-
2811nehmenden Fachkräftemangels werden ihre Erfahrung und ihr Potenzial künftig zu-
2812nehmend gefragt sein. Über Steuern, Beiträge und zusätzlich erworbene eigene
2813Rentenansprüche tragen sie wesentlich dazu bei, dass unsere Sozialsysteme im de-
2814mografischen Wandel leistungsfähig bleiben. Deswegen wollen wir lebenslaufbezo-
2815genes Arbeiten unterstützen. Wir werden den rechtlichen Rahmen für flexiblere Über-
2816gänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand verbessern. [Daher werden wir

2817z. B. ein Teilrentensystem entwickeln und die Hinzuverdienstmöglichkeiten bei vorge-
2818zogenen Altersrenten entwickeln.]

2819

2820[Erwerbsgeminderte besser absichern

2821Lösungsoptionen liegen vor. Wegen strittiger Finanzierung nicht abschließend kon-
2822sentierte.]

2823Wer nichts mehr an seiner Erwerbssituation ändern kann, ist in besonderem Maße
2824auf die Solidarität der Versicherungsgemeinschaft angewiesen. Deswegen wollen wir
2825Rentenansprüche von Erwerbsgeminderten spürbar verbessern. Ziel ist es, diejeni-
2826gen, besser abzusichern, die auf diese Leistung angewiesen sind, ohne damit neue
2827Fehlanreize für nicht zwingend notwendige Frühverrentungen zu schaffen. Wir wer-
2828den die Zurechnungszeit bei der Erwerbsminderungsrente in einem Schritt um zwei
2829Jahre anheben (von 60 auf 62). Für die letzten vier Jahren vor der Erwerbsminder-
2830ungsrente erfolgt eine Günstigerprüfung.]

2831

2832Reha-Budget demografiefest ausgestalten

2833Durch ein besseres präventives betriebliches Gesundheitsmanagement wollen wir
2834erreichen, dass ältere Menschen gesund und leistungsfähig ihren Beruf ausüben.
2835Menschen mit akuten Krankheiten müssen eine schnelle, wirkungsvolle Behandlung
2836erhalten, um chronische Beschwerden möglichst zu vermeiden.
2837Das Reha-Budget wird bedarfsgerecht unter Berücksichtigung des demografischen
2838Wandels angepasst, damit die gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft die
2839notwendigen Rehabilitations- und Präventionsleistungen an ihre Versicherten erbrin-
2840gen kann.

2841

2842Private und betriebliche Altersvorsorge stärken

2843Die Alterssicherung steht im demografischen Wandel stabiler, wenn sie sich auf
2844mehrere starke Säulen stützt. Deswegen werden wir die betriebliche Altersvorsorge
2845stärken. Sie muss auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Klein- und Mittelbe-
2846trieben selbstverständlich werden. Daher wollen wir die Voraussetzungen schaffen,
2847damit Betriebsrenten auch in kleinen Unternehmen hohe Verbreitung finden. Hierzu
2848werden wir prüfen, inwieweit mögliche Hemmnisse bei den Kleinen und Mittleren Un-
2849ternehmen abgebaut werden können. Wir werden auch im europäischen Kontext dar-
2850auf achten, dass die guten Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersvorsorge
2851erhalten bleiben.

2852

2853[Lebensleistung in der Rente honorieren

2854Lösungsoptionen liegen vor. Wegen strittiger Finanzierung nicht abschließend kon-
2855sentierte.]

2856Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Sozial-
2857versicherung auszahlen. Wir werden daher eine solidarische Lebensleistungsrente
2858einführen. Grundsatz dabei ist: Wer langjährig in der gesetzlichen Rentenversiche-
2859rung versichert war, Beiträge gezahlt hat (40 Jahre) und dennoch im Alter weniger
2860als 30 Rentenentgeltpunkte Alterseinkommen (Einkommensprüfung) erreicht, soll
2861durch eine Aufwertung der erworbenen Rentenentgeltpunkte bessergestellt werden.
2862Dies kommt vor allem Geringverdienern zugute und Menschen, die Angehörige ge-
2863pflegt oder Kinder erzogen haben. Durch eine Übergangsregelung bis 2023 (in dieser
2864Zeit reichen 35 Beitragsjahre) stellen wir sicher, dass insbesondere die Erwerbsbio-
2865grafien der Menschen in den neuen Ländern berücksichtigt werden. In allen Fällen
2866werden bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit wie Beitragsjahre behandelt. Danach soll
2867zusätzliche Altersvorsorge als Zugangsvoraussetzung erforderlich sein. In einer

2868zweiten Stufe sollen jene Menschen, die trotz dieser Aufwertung nicht auf eine Rente
2869von 30 Entgeltpunkten kommen, jedoch bedürftig sind (Bedürftigkeitsprüfung), einen
2870weiteren Zuschlag bis zu einer Gesamtsumme von 30 Entgeltpunkten erhalten. Die
2871Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln, u. a. dadurch, dass Minderausgaben in der
2872Grundsicherung im Alter als Steuerzuschuss der Rentenversicherung zufließen, und
2873durch die Abschmelzung des Wanderungsausgleichs.]

2874

2875[*Kindererziehung besser anerkennen (Mütterrente)*

2876Lösungsoption liegt vor. Wegen strittiger Finanzierung nicht abschließend konsen-
2877tiert.]

2878Die Erziehung von Kindern ist Grundvoraussetzung für den Generationenvertrag der
2879Rentenversicherung. Während Kindererziehungszeiten ab 1992 rentenrechtlich um-
2880fassend anerkannt sind, ist dies für frühere Jahrgänge nicht in diesem Umfang er-
2881folgt. Diese Gerechtigkeitslücke werden wir schließen. Wir werden daher ab 2014 für
2882alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleis-
2883tung mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen. Die
2884Erziehungsleistung dieser Menschen wird damit in der Rente besser als bisher aner-
2885kannt.]

2886Finanzierung strittig; Vorschlag CDU/CSU: Die bessere Anerkennung ist durch die
2887gute finanzielle Situation der Rentenversicherung und vorhandene Mittel aus dem
2888Zuschuss des Bundes möglich.]

2889

2890*Sozialer Schutz für Minijobs*

2891**ACHTUNG NEUER TEXTVORSCHLAG**

2892Die Sozialversicherungsansprüche von geringfügig Beschäftigten wollen wir verbes-
2893sern. Mit Ausnahme von geringfügig Beschäftigten im Nebenerwerb, Schülerinnen
2894und Schülern, Studierenden und Rentnerinnen und Rentnern besteht eine uneinge-
2895schränkte Versicherungspflicht in der Rentenversicherung. Es ist unser Ziel, dass mit
2896dem vollständigen Versicherungsschutz keine Reduzierung des Nettoverdienstes für
2897die Beschäftigten verbunden ist und Handlungsoptionen für Arbeitgeber eröffnet wer-
2898den. Wir werden dafür sorgen, dass geringfügig Beschäftigte besser über ihre Rech-
2899te informiert und Rechtsverstöße wirkungsvoll geahndet werden. Zudem wollen wir
2900die Übergänge aus geringfügiger in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäfti-
2901gung erleichtern.

2902

2903*Eigenständige Alterssicherungssysteme erhalten*

2904Die Bundesregierung steht auch weiterhin zur Alterssicherung der Landwirte, zur
2905Künstlersozialversicherung sowie zu der berufsständischen Versorgung der verkam-
2906merten freien Berufe; diese bleiben als eigenständige Alterssicherungssysteme er-
2907halten.

2908

2909*Angleichungsprozess Ost-West fortsetzen*

2910Der Fahrplan zur vorständigen Angleichung, gegebenenfalls mit einem Zwischen-
2911schritt, wird in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz festgeschrieben:

2912

2913Zum Ende des Solidarpaktes, also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutsch-
2914lands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird, er-
2915folgt in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte. Zum
29161.7.2016 wird geprüft, wie weit sich der Angleichungsprozess bereits vollzogen hat
2917und auf dieser Grundlage entschieden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung
2918notwendig ist.

2919

2920 [Die Regelungen zur solidarischen Lebensleistungsrente kommen gerade auch den
2921 Menschen mit gebrochener Erwerbsbiografie im Osten zu Gute.]

2922

2923 **Selbstverwaltung und Entschädigung**

2924

2925 *Selbstverwaltung stärken*

2926 Die soziale Selbstverwaltung ist Ausdruck der Verantwortung, die die Sozialpartner in
2927 Deutschland für die Gestaltung der Sozialversicherung übernehmen. Wir wollen die
2928 Selbstverwaltung stärken und die Sozialwahlen modernisieren. Dazu wollen wir künf-
2929 tig Online-Wahlen ermöglichen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Dort, wo es
2930 möglich und sinnvoll ist, insbesondere im Bereich der gesetzlichen Krankenversiche-
2931 rungen, sollen die Auswahlmöglichkeiten durch mehr Direktwahlen verbessert wer-
2932 den. Durch geeignete Maßnahmen wollen wir erreichen, dass das repräsentative
2933 Verhältnis von Frauen und Männern in der Selbstverwaltung optimiert wird.
2934 Schließlich sollen die Arbeit der Selbstverwaltung transparenter gestaltet, die Mög-
2935 lichkeit der Weiterbildung verbessert und die Regelungen für die Freistellung präzi-
2936 siert werden.

2937

2938 *Modernes Entschädigungsrecht*

2939 Wir wollen das Recht der Sozialen Entschädigung und der Opferentschädigung in ei-
2940 nem zeitgemäßen Regelwerk zukunftsfest neu ordnen. Hierbei wollen wir veränder-
2941 ten gesellschaftlichen Entwicklungen und Erkenntnissen auch im Bereich psychi-
2942 scher Gewalt Rechnung tragen. Opfer von Gewalttaten sollen schnellen und unbüro-
2943 kratischen Zugang zu Sofortmaßnahmen (z. B. Traumaambulanzen) erhalten und
2944 professionell begleitet werden. Ein transparenter und spezifischer Leistungskatalog
2945 soll zu einer verbesserten Teilhabe beitragen. Mit der Gesetzesreform gehen keine
2946 Leistungsverschlechterungen einher.

2947

2948 **Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern**

2949 Die Schnittstellen der verschiedenen Sozialgesetzbücher zueinander sowie diejeni-
2950 gen zum Bundesausbildungsförderungsgesetz wollen wir systematisch aufarbeiten
2951 und besser miteinander verzahnen. Sicherungs- und Förderlücken sollen vermieden
2952 werden.

2953

2954 **2.4 Gesundheit und Pflege**

2955

2956 **Ambulante Gesundheitsversorgung**

2957

2958 Im Zentrum unserer Gesundheitspolitik stehen die Patientinnen und Patienten und
2959 die Qualität ihrer medizinischen Versorgung. Die Freiberuflichkeit der niedergelasse-
2960 nen Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte und Psychotherapeutinnen
2961 und Psychotherapeuten ist unverzichtbares Element für die flächendeckende ambu-
2962 lante Versorgung. Sie ist ein Garant für die Diagnose- und Therapiefreiheit und für
2963 die freie Arztwahl.

2964

2965 Zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung wollen wir die Anreize zur Nie-
2966 derlassung in unterversorgten Gebieten weiter verbessern. Darum werden wir unnöti-
2967 ge bürokratische Anforderungen abbauen und die Rahmenbedingungen für Zulas-
2968 sungen für Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten
2969 flexibilisieren. Die Möglichkeit zur Zulassung von Krankenhäusern zur ambulanten

2970Versorgung in unterversorgten Gebieten wird verbessert. Dazu wird bei der Ermäch-
2971tigung in § 116 a SGB V das Wort „kann“ durch „muss“ ersetzt und eine jährliche ver-
2972bindliche Überprüfung eingeführt. Die Förderung von Praxisnetzen wollen wir ver-
2973bindlich machen und ausbauen. Die gesetzlichen Vorgaben zum Abbau von Überver-
2974sorgung durch den Aufkauf von Arztsitzen werden von einer „Kann“ in eine „Soll“-Re-
2975gelung überführt.

2976

2977Wir wollen in der psychotherapeutischen Versorgung Wartezeiten reduzieren. und
2978mehr Betroffenen ein zeitnahes Angebot für eine Kurzzeittherapie eröffnen. Hierzu
2979werden wir das Antrags- und Gutachterverfahren entbürokratisieren, die Gruppenthe-
2980rapie fördern und den Gemeinsamen Bundesausschuss beauftragen, in einer gesetz-
2981lich definierten Frist die Psychotherapierichtlinie zu überarbeiten. Die bestehenden
2982Befugnisbeschränkungen für Psychotherapeuten werden wir überprüfen.

2983

2984Für gesetzlich Versicherte wollen wir die Wartezeit auf einen Arzttermin deutlich re-
2985duzieren. Sie sollen sich zukünftig bei Überweisung an einen Facharzt an eine zen-
2986trale Terminservicestelle bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) wenden können.
2987Diese vermittelt innerhalb einer Woche einen Behandlungstermin. Für den Termin
2988soll im Regelfall eine Wartezeit von vier Wochen nicht überschritten werden. Gelingt
2989dies nicht, wird von der Terminservicestelle ein Termin - außer in medizinisch nicht
2990begründeten Fällen - zur ambulanten Behandlung in einem Krankenhaus angeboten.
2991Die Behandlung erfolgt dann zu Lasten des jeweiligen KV-Budgets. Diese Terminser-
2992vicestellen können in Kooperation mit Krankenkassen betrieben werden.

2993

2994Wir wollen auch in der Zukunft die Rolle des Hausarztes fördern und die hausärztli-
2995che Versorgung weiter stärken. Die von Fachärztinnen und Fachärzten erbrachten
2996hausärztlichen Leistungen sollen zukünftig nicht den hausärztlichen Teil der Gesamt-
2997vergütung mindern. Dies gilt umgekehrt für von Hausärztinnen und Hausärzten er-
2998brachte fachärztliche Leistungen.

2999

3000Die Vertreterversammlungen von Kassenärztlicher Bundesvereinigung und Kassen-
3001ärztlichen Vereinigungen werden zu gleichen Teilen aus Haus- und Fachärztinnen
3002und -ärzten gebildet. Über rein hausärztliche Belange entscheiden die hausärztlichen
3003Mitglieder der Vertreterversammlung, über rein fachärztliche Belange die fachärztli-
3004chen Mitglieder der Vertreterversammlung. Für angestellte Ärztinnen und Ärzte in der
3005ambulanten Versorgung werden wir verpflichtend einen beratenden Fachausschuss
3006vorsehen.

3007

3008Künftig werden auch arztgruppengleiche Medizinische Versorgungszentren zugelas-
3009sen. Außerdem wird es auch Kommunen ermöglicht, Medizinische Versorgungszen-
3010tren zu gründen; davon unberührt gilt der Vorrang eines ärztlichen Bewerbers (§ 103
3011Abs. 4c SGB V). Bei Vergütung und Zulassung dürfen die Medizinischen Versor-
3012gungszentren im Rahmen des bestehenden Rechts nicht benachteiligt werden.

3013

3014Wir werden für Arznei- und Heilmittel gesetzlich vorgeben, dass die heutigen Wirt-
3015schaftlichkeitsprüfungen bis Ende 2014 durch regionale Vereinbarungen von Kran-
3016kenkassen und Kassenärztlicher Selbstverwaltung ersetzt werden. Unberechtigte
3017Regressforderungen bei Retaxationen gegenüber Heilmittelerbringern wollen wir zu-
3018dem unterbinden.

3019

3020Leistungslücken beim Übergang vom stationären in den ambulanten Versorgungsbe-
3021reich wollen wir überwinden, indem das Entlassungsmanagement durch eine gesetz-
3022liche Koordinationsfunktion der Krankenkassen ergänzt wird. Die Möglichkeiten der
3023Krankenhäuser, bei einer Entlassung Leistungen zu verordnen, werden ausgeweitet.
3024Krankenhäuser können eine pflegerische Übergangsversorgung veranlassen. Wirt-
3025schaftlichkeitsvorgaben sind zu beachten, eine vorrangige Berücksichtigung von Ein-
3026richtungen der verordnenden Krankenhäuser ist auszuschließen.

3027

3028Für Erwachsene mit geistiger Behinderung und schweren Mehrfachbehinderungen
3029werden medizinische Behandlungszentren analog zu den sozialpädiatrischen Zen-
3030tren zur (zahn-) medizinischen Behandlung (neuer § 119c SGB V) geschaffen.

3031

3032Der Einsatz von qualifizierten nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen, die delegierte
3033ärztliche Leistungen erbringen, soll flächendeckend ermöglicht und leistungsgerecht
3034vergütet werden. Modellvorhaben zur Erprobung neuer Formen der Substitution ärzt-
3035licher Leistung sollen aufgelegt und evaluiert werden. Je nach Ergebnis werden sie in
3036die Regelversorgung überführt.

3037

3038Die Krankenkassen müssen Freiräume erhalten, um im Wettbewerb gute Verträge
3039gestalten und regionalen Besonderheiten gerecht werden zu können. Für die ver-
3040schiedenen Möglichkeiten zur Vereinbarung von integrierten und selektiven Versor-
3041gungsformen (§§ 63 bis 65, 73a, 73b, 73c, 140a ff. SGB V) werden die rechtlichen
3042Rahmenbedingungen angeglichen und bestehende Hemmnisse bei der Umsetzung
3043beseitigt. Gleichartig geregelt werden insbesondere die Evaluation integrierter und
3044selektiver Versorgungsformen durch eine Vereinbarung der Vertragspartner sowie
3045der Nachweis der Wirtschaftlichkeit gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde
3046nach jeweils vier Jahren. Wir werden Regelungen zur Mindestdauer und zur Substi-
3047tution der Regelversorgung aufheben und die Bereinigungsverfahren vereinfachen.
3048Versorgungsformen, deren Qualität und Wirtschaftlichkeit erwiesen ist, sollten in ge-
3049eigneter Weise in die Regelversorgung überführt werden.

3050

3051Die Krankenkassen bleiben gesetzlich verpflichtet, hausarztzentrierte Versorgung an-
3052zubieten. Die hausarztzentrierte Versorgung wird weiterentwickelt und um geeignete
3053Instrumente zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und zur Qualitätssicherung er-
3054gänzt. Die bestehenden Vergütungsbeschränkungen werden aufgehoben. Die struk-
3055turierten Behandlungsprogramme müssen, soweit sie die Hausärzte betreffen, Be-
3056standteil der Verträge zur hausarztzentrierten Versorgung sein. Darüber hinaus soll
3057die fachärztliche Versorgung gestärkt werden.

3058

3059Wir werden prüfen, ob sich die Unterschiede in der ärztlichen Vergütung durch Be-
3060sonderheiten in der Versorgungs- und Kostenstruktur begründen lassen und wie un-
3061begründete Unterschiede aufgehoben werden können.

3062

3063Die strukturierten Behandlungsprogramme für chronisch Kranke werden weiterentwi-
3064ckelt; neue Programme sollen entwickelt werden für die Behandlung von Rückenlei-
3065den und Depressionen.

3066

3067Die sektorübergreifende Qualitätssicherung mit Routinedaten wird ausgebaut. Wir
3068werden gesetzlich ein Institut begründen, das dauerhaft und unabhängig die Qualität
3069der ambulanten und stationären Versorgung ermittelt und dem Gemeinsamen Bun-
3070desausschuss Entscheidungsgrundlagen liefert. Die gesetzlichen Krankenkassen

3071werden verpflichtet, dem Institut geeignete pseudonymisierte Routinedaten zur Ver-
3072fügung zu stellen.

3073

3074Die Verfügbarkeit der Routinedaten aus der Gesetzlichen Krankenversicherung für
3075die Versorgungsforschung und für das Versorgungsmanagement der Krankenkassen
3076wollen wir erhöhen. Die Morbidität soll künftig zudem nicht nur mit Leistungsdaten
3077bestimmt werden, mittelfristig sollen auch epidemiologische Daten herangezogen
3078werden. Zur Verbesserung der Datenlage für die Versorgungsforschung werden zu-
3079künftig Regionalkennzeichen der patientenbezogenen Ausgaben erhoben.

3080

3081Elektronische Kommunikations- und Informationstechnologien können die Leistungs-
3082fähigkeit in unserem Gesundheitswesen weiter verbessern. Dies gilt insbesondere für
3083die Versichertenstammdaten, die Notfalldaten, die Kommunikation zwischen allen
3084Leistungserbringern, Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit und Daten für
3085ein verbessertes Einweisungs- und Entlassmanagement. Hindernisse beim Daten-
3086austausch und Schnittstellenprobleme werden beseitigt und der Anbieterwettbewerb
3087zwischen IT-Anbietern befördert. Dabei muss ein hoher Datenschutz beachtet wer-
3088den. Telemedizinische Leistungen sollen gefördert und angemessen vergütet wer-
3089den.

3090

3091Wir werden einen neuen Straftatbestand der Bestechlichkeit und Bestechung im Ge-
3092sundheitswesen im Strafgesetzbuch schaffen.

3093

3094Zur Förderung innovativer sektorübergreifender Versorgungsformen und für die Ver-
3095sorgungsforschung wird ein Innovationsfonds geschaffen. Dafür werden 300 Mio.
3096Euro von den Krankenkassen zur Verfügung gestellt; dafür erhalten die Krankenkas-
3097sen 150 Mio. Euro an zusätzlichen Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds. Aus
3098dem Innovationsfonds werden für Versorgungsleistungen, die über die Regelversor-
3099gung hinausgehen, Mittel in Höhe von insgesamt 225 Mio. Euro und für Versor-
3100gungsforschung Mittel in Höhe von insgesamt 75 Mio. Euro verwendet. Für die Ver-
3101gabe der Mittel legt der Gemeinsame Bundesausschuss Kriterien fest. Die Vergabe
3102erfolgt durch ein jährliches Ausschreibungsverfahren, das vom Gemeinsamen Bun-
3103desausschuss durchgeführt wird. Eine Evaluierung erfolgt nach vier Jahren.

3104

3105 **Krankenhausversorgung**

3106

3107Eine flächendeckende Krankenhausversorgung gehört zu den wesentlichen Elemen-
3108ten der Daseinsvorsorge. Das Krankenhaus der Zukunft muss gut, gut erreichbar und
3109sicher sein.

3110

3111Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, nach dem neuesten medizini-
3112schen Stand und in bester Qualität behandelt zu werden. In einer Qualitätsoffensive
3113werden wir die Qualität der stationären Versorgung verbessern. Qualität wird als wei-
3114teres Kriterium für Entscheidungen der Krankenhausplanung gesetzlich eingeführt (§
31151 KHG).

3116

3117In dem neu zu gründenden Qualitätsinstitut werden sektorenübergreifend Routineda-
3118ten gesammelt, ausgewertet und einrichtungsbezogen veröffentlicht. Die Anforderun-
3119gen der Qualitätsrichtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) sind zwin-
3120gend einzuhalten. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen soll zur Überprüfung
3121der Vorgaben des GBA zur internen und externen Qualitätssicherung zukünftig unan-

3122 gemeldet Kontrollen in den Krankenhäusern durchführen. Die Befugnis des GBA zur
3123 Festlegung von Mindestmengen wollen wir rechtssicher gestalten. Die Ausnahmebe-
3124 fugnisse der Länder bleiben davon unberührt.

3125

3126 Die jährlich zu erstellenden Qualitätsberichte der Krankenhäuser müssen verständli-
3127 cher, transparenter und als Grundlage für die Patientenentscheidung präziser wer-
3128 den. Der GBA wird beauftragt, in seinen Vorgaben die Aussagekraft und Verständ-
3129 lichkeit der Qualitätsberichte der Krankenhäuser zu verbessern und Aspekte der Pa-
3130 tientensicherheit sowie Ergebnisse von Patientenbefragungen zu integrieren. Dazu
3131 soll das Qualitätsinstitut eine online einsehbare Vergleichsliste erstellen und führen
3132 und die Vielzahl von Zertifikaten bewerten und einordnen. Die teilweise in Kranken-
3133 häusern bereits genutzten OP-Sicherheits-Checklisten werden allgemeiner Standard
3134 der Qualitätssicherung.

3135

3136 Gute Qualität muss sich für die Krankenhäuser auch finanziell lohnen. Die Menge
3137 soll künftig nur da berücksichtigt werden, wo sie entsteht. Das heute bestehende
3138 System der Mehrleistungsabschläge wollen wir dabei differenzieren: Leistungen mit
3139 nachgewiesener hoher Qualität können von Mehrleistungsabschlägen ausgenommen
3140 werden, für besonders gute Qualität sind Zuschläge möglich. Umgekehrt sollen bei
3141 unterdurchschnittlicher Qualität für einzelne Leistungen auch höhere Abschläge mög-
3142 lich sein. Die Qualität soll dabei risikoadjustiert und anhand wesentlicher Indikatoren
3143 gemessen werden. Die Degression des Landesbasisfallwertes bei landesweiten
3144 Mengensteigerungen wird entsprechend vermindert.

3145

3146 Zur weiteren Stärkung der Qualität in der Versorgung wird für vier vom GBA ausge-
3147 wählte planbare Leistungen den Krankenkassen in den Jahren 2015 bis 2018 die
3148 Möglichkeit gegeben, modellhaft Qualitätsverträge mit einzelnen Krankenhäusern ab-
3149 zuschließen. Die Kriterien für Qualitätsverträge werden von den Krankenkassen auf
3150 Landesebene einheitlich und gemeinsam festgelegt. Die freie Krankenhauswahl
3151 bleibt dabei unberührt. Danach erfolgt eine Evaluierung.

3152

3153 Nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen muss die wohn-
3154 ortnahe Krankenhausversorgung der Bevölkerung gewährleistet sein. Hierzu wollen
3155 wir sicherstellen, dass auch Krankenhäuser in strukturschwachen Regionen ihren
3156 Versorgungsauftrag wahrnehmen können. Die Einführung des Systems diagnosebe-
3157 zogener Fallgruppen (DRG-System) als leistungsorientiertes Entgeltsystem war rich-
3158 tig. Künftig kann das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus Kalkulationskran-
3159 kenhäuser adäquat repräsentativ auswählen. Gesunkene Sachkosten sind zeitnah
3160 bei der Kalkulation abzubilden.

3161

3162 Wir wollen die Länder bei der Weiterentwicklung der Krankenhausplanung von einer
3163 standortbasierten hin zu einer erreichbarkeitsorientierten Versorgungsplanung unter-
3164 stützen. Dazu sollen die Möglichkeiten, Sicherstellungszuschläge zu vereinbaren, ge-
3165 setzlich konkretisiert werden. Die Festlegung von Kriterien erfolgt zukünftig durch
3166 den GBA. Werden diese erfüllt, ist nach Zustimmung des Landes ein Sicherstellungs-
3167 zuschlag zu zahlen. Es ist auch zu überprüfen, ob für Krankenhäuser die Vorhalte-
3168 kosten, insbesondere für die Notfallversorgung, aktuell ausreichend finanziert wer-
3169 den.

3170

3171 Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass nur Operationen durch-
3172 geführt werden, die auch tatsächlich medizinisch notwendig sind. Daher haben Pati-

3173enten zukünftig regelhaft die Möglichkeit, eine Zweitmeinung bei einem weiteren
3174Facharzt oder Krankenhaus einzuholen. Dies betrifft vom GBA zu definierende men-
3175genanfällige planbare Behandlungen. Die Ärzte müssen bei Indikationsstellung die
3176Patienten über deren Recht zur Einholung einer Zweitmeinung verbindlich aufklären.
3177Diese Aufklärung muss mindestens zehn Tage vor der Operation erfolgen. Die Kos-
3178ten übernehmen die Krankenkassen.

3179

3180Eine sichere Behandlung ist letztendlich nur dort möglich, wo das ärztliche und
3181pflegerische Personal nicht über Gebühr belastet wird. Wir wollen gewährleisten,
3182dass auf Ebene der DRG-Kalkulation die Personalkosten, insbesondere die der
3183Pflege, in ausreichender Höhe und Gewichtung berücksichtigt werden. Dass die
3184Krankenhäuser diese Mittel auch tatsächlich für Personalkosten eingesetzt haben,
3185müssen sie in den Budgetverhandlungen in geeigneter Weise unbürokratisch
3186nachweisen.

3187

3188Krankenhäuser, in denen neue Medizinprodukte mit hoher Risikoklasse zum Einsatz
3189kommen, sollen verpflichtet werden, sich in der Phase nach der Markteinführung an
3190Nutzen- und Sicherheitsstudien des GBA zu beteiligen. Entsprechende Methodenbe-
3191wertungsverfahren des GBA sollen regelmäßig nach spätestens zwei Jahren abge-
3192schlossen sein.

3193

3194Register verbessern aufgrund ihrer Langzeitbeobachtungen die Patientensicherheit
3195und Qualität. Wir werden als ersten Schritt ein Transplantationsregister und ein
3196Implantateregister aufbauen, die Datenlieferung ist verpflichtend. Dabei werden
3197bereits bestehende Register einbezogen. Zur Vermeidung von
3198Krankenhausinfektionen werden wir die bereits eingeleiteten Maßnahmen evaluieren
3199und erweitern. Informationen zu Krankenhausinfektionen müssen verpflichtender
3200Bestandteil der Qualitätsberichte werden.

3201

3202Bestimmte Unterschiede in den Landesbasisfallwerten lassen sich nicht durch
3203Besonderheiten in der Versorgungs- und Kostenstruktur oder der unterschiedlichen
3204Umsetzung gesetzlicher Verpflichtungen begründen. Sie sollen aufgehoben werden.
3205Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeitet auf Basis des hierzu vorzulegenden
3206Gutachtens Eckpunkte. Eine gesetzliche Regelung zur Umsetzung der Eckpunkte
3207soll zum 1.1.2016 in Kraft treten.

3208

3209Die Kosten der Krankenhäuser sollen mit der Fortentwicklung der Krankenhausprei-
3210se über den Orientierungswert besser berücksichtigt werden; dieser muss deshalb
3211auch stärker auf die spezifischen Gegebenheiten im Krankenhausbereich abstellen.
3212Gleichzeitig bleibt es Aufgabe der Krankenhäuser, effizient und wirtschaftlich zu ar-
3213beiten.

3214

3215Die ambulante Notfallversorgung konzentriert sich außerhalb der allgemeinen Praxis-
3216sprechzeiten auf die Krankenhäuser. Das macht eine Anpassung der gesetzlichen
3217Rahmenbedingungen und der entsprechenden Vergütung erforderlich. Wir streben
3218dabei eine regelhafte Kooperation der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Kran-
3219kenhäuser zur Sicherstellung der ambulanten Notfallversorgung an. In eine solche
3220Kooperation soll der Notdienst der Apotheken einbezogen werden. Der Sicherstel-
3221lungsauftrag verbleibt bei den Kassenärztlichen Vereinigungen.

3222

3223Wir werden die besonderen Aufgaben der Universitätskliniken und der Krankenhäu-
3224ser der Maximalversorgung besser im DRG-System vergüten. Für Hochkostenfälle,
3225die nicht durch Fallpauschalen sachgerecht abgebildet werden können, hat das Insti-
3226tut für das Entgeltsystem im Krankenhaus bis Ende 2014 eine geeignete gesonderte
3227Vergütungsform vorzulegen. Leistungen der Hochschulambulanzen werden künftig
3228angemessen vergütet.

3229

3230Qualität wird als Kriterium zur Teilnahmeberechtigung an der ambulanten spezial-
3231fachärztlichen Versorgung (§116 b SGB V) gestärkt. Wie die Qualitätsnachweise zu
3232führen sind, legt der GBA fest. Genutzt werden dazu auch die Qualitätsdaten des
3233Qualitätsinstituts.

3234

3235Wir werden zur Vorbereitung der skizzierten Krankenhausreform unter Federführung
3236des Bundesministeriums für Gesundheit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einsetzen,
3237die bis Ende 2014 entsprechende Eckpunkte erarbeiten soll.

3238

3239Ein neues Vergütungssystem in der Psychiatrie und Psychosomatik darf schwerst
3240psychisch Erkrankte nicht benachteiligen, muss die sektorenübergreifende Behand-
3241lung fördern und die Verweildauer verkürzen, ohne Drehtüreffekte zu erzeugen. Dazu
3242sind systematische Veränderungen des Vergütungssystems vorzunehmen. An dem
3243grundsätzlichen Ziel, mehr Transparenz und Leistungsorientierung und eine bessere
3244Verzahnung ambulanter und stationärer Leistungen in diesen Bereich zu bringen,
3245halten wir fest.

3246

3247**Arzneimittel, Gesundheitsberufe und Prävention**

3248

3249Wir stehen für eine flächendeckende, innovative und sichere Arzneimittelversorgung
3250in Deutschland. Der unmittelbare Zugang zu neuen Arzneimitteln für alle Versicher-
3251ten in Deutschland ist ein hohes Gut. Wir wollen einen ressortübergreifenden Dialog
3252unter Beteiligung von Wissenschaft und Arzneimittelherstellern einrichten, um den
3253Standort Deutschland für Forschung und Produktion zu stärken.

3254

3255Wir sehen das Zusammenspiel von Nutzenbewertung und anschließenden Preisver-
3256handlungen grundsätzlich als lernendes System, das wir bei Bedarf weiterentwickeln
3257werden. In Zukunft soll regelhaft mindestens ein Vertreter einer Mitgliedskasse des
3258Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung an den Preisverhandlun-
3259gen teilnehmen, um den Versorgungsaspekt zu stärken. Wir werden den gesamten
3260Bestandsmarktaufruf (§ 35a Abs. 6 SGB V) beenden. Dies gilt auch für laufende Ver-
3261fahren. Um das hier geplante Einsparvolumen zu erreichen, werden wir das Preismo-
3262ratorium auf dem Niveau der Preise vom 1.8. 2009 nahtlos fortführen und den Her-
3263stellerrabatt auf verschreibungspflichtige Arzneimittel (§ 130a Abs. 1 SGB V) ab dem
3264Jahr 2014 von sechs auf sieben Prozent erhöhen. Diese Regelung wird ab 2015 jähr-
3265lich daraufhin überprüft, ob abhängig von der finanziellen Lage der gesetzlichen
3266Krankenversicherung eine Anpassung nötig ist. Der Rabatt darf sechs Prozent nicht
3267unterschreiten.

3268

3269Die gesetzlichen Voraussetzungen für die frühe Nutzenbewertung von Arzneimitteln
3270werden so gefasst: Alle Wirkstoffe, die nach dem 1.1. 2011 in den Markt eingeführt
3271worden sind, werden nach Erstzulassung und bei Indikationsausweitung von dem
3272Verfahren der Nutzenbewertung erfasst. Die Phase freier Preisbildung wird nur ein-
3273malig, nämlich bei Bewertung der Neuheit eines Wirkstoffes, eingeräumt.

3274

3275Wir werden gesetzlich klarstellen, dass der vereinbarte Erstattungsbetrag Grundlage
3276für die Berechnung der Zu- und Abschläge in den Vertriebsstufen ist. Die Auswei-
3277sung eines Listenpreises durch den pharmazeutischen Unternehmer bleibt davon un-
3278berührt.

3279

3280Beim Abschluss von Rabattverträgen müssen die Vertragspartner die Versorgungssi-
3281cherheit gewährleisten, indem sie Maßnahmen gegen Lieferengpässe vereinbaren.
3282Dies gilt insbesondere für Impfstoffe.

3283

3284Der GBA wird mit der Erarbeitung einer sogenannten Substitutionsliste beauftragt,
3285auf der Medikamente aufgeführt sind, die im Rahmen von Rabattverträgen nicht aus-
3286getauscht werden dürfen. Erfolgt die Festlegung nicht in einer gesetzlich vorgegebe-
3287nen Frist, wird die Liste im Rahmen einer Ersatzvornahme festgesetzt.

3288

3289Eine qualitativ hochwertige, sichere und wohnortnahe Arzneimittelversorgung erfor-
3290dert freiberuflich tätige Apothekerinnen und Apotheker in inhabergeführten Apothe-
3291ken. An dem bestehenden Mehr- und Fremdbesitzverbot wird festgehalten.

3292

3293Wir werden klarstellen, dass Voraussetzung für die Erstverschreibung von Arzneimit-
3294teln ein direkter Arzt-Patienten-Kontakt sein muss. Online-Konsultationen reichen da-
3295für nicht aus, sondern bergen das Risiko von Fehldiagnosen und können so den Pati-
3296entenschutz gefährden.

3297

3298*Gesundheitsberufe und Medizinstudium*

3299Für eine zielgerichtetere Auswahl der Studienplatzbewerber, zur Förderung der Pra-
3300xisnähe und zur Stärkung der Allgemeinmedizin im Studium wollen wir in einer Kon-
3301ferenz der Gesundheits- und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern einen
3302„Masterplan Medizinstudium 2020“ entwickeln.

3303

3304Die Förderung der Weiterbildung in Allgemeinmedizin wird um 50% erhöht und bei
3305Bedarf länderübergreifend koordiniert.

3306

3307Zudem stößt die Vermittlung praxisrelevanten Wissens ausschließlich in Kliniken an
3308Grenzen. Daher wollen wir die ärztliche Weiterbildung aller grundversorgenden Fach-
3309gebiete in ambulanten Einrichtungen fördern.

3310

3311Wir werden das Psychotherapeutengesetz samt den Zugangsvoraussetzungen zur
3312Ausbildung überarbeiten.

3313

3314Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe ist uns wich-
3315tig. Wir werden daher die Situation der Geburtshilfe und der Hebammen beobachten
3316und für eine angemessene Vergütung sorgen.

3317

3318*Prävention und Gesundheitsförderung in den Vordergrund stellen*

3319Wir werden noch 2014 ein Präventionsgesetz verabschieden, das insbesondere die
3320Prävention und Gesundheitsförderung in Lebenswelten wie Kita, Schule, Betrieb und
3321Pflegeheim und die betriebliche Gesundheitsförderung stärkt und alle Sozialversiche-
3322rungsträger einbezieht.

3323

3324Die Kooperation und Koordination aller Sozialversicherungsträger sowie der Länder
3325und Kommunen werden über verpflichtende Rahmenvereinbarungen analog der Re-
3326gelungen zur Förderung der Zahngesundheit (§ 21 SGB V) und von Schutzimpfun-
3327gen (§ 20d Abs. 3 SGB V) auf Landesebene verbessert. Dabei sind bundesweit ein-
3328heitliche Gesundheitsziele und Vorgaben zur Qualität und Evaluation zu berücksichti-
3329gen. Länderpräventionsansätze werden einbezogen.

3330

3331Darüber hinaus werden wir die Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern und die
3332ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen bei Erwachsenen stärken. Zudem wollen wir die
3333Impfquoten in Deutschland erhöhen.

3334

3335Wir wollen die jeweiligen Besonderheiten berücksichtigen, die sich aus der Frauen-
3336und Männergesundheitsforschung insbesondere für die gesundheitliche Versorgung
3337und die Erarbeitung von medizinischen Behandlungsleitlinien ergeben.

3338

3339Finanzierung und Risikostrukturausgleich

3340

3341Die derzeitige gute Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht dar-
3342über hinweg täuschen, dass schon ab 2015 die prognostizierten Ausgaben des Ge-
3343sundheitsfonds seine Einnahmen übersteigen werden. Dem wollen wir mit einer um-
3344sichtigen Ausgabenpolitik begegnen.

3345

3346Der allgemeine paritätisch finanzierte Beitragssatz wird bei 14,6 Prozent festgesetzt,
3347der Arbeitgeberanteil damit bei 7,3 Prozent gesetzlich festgeschrieben.

3348

3349Die gesetzlichen Krankenkassen erheben im Wettbewerb den kassenindividuellen
3350Zusatzbeitrag zukünftig als prozentualen Satz vom beitragspflichtigen Einkommen.
3351Der heute vom Arbeitnehmer alleine zu tragende Anteil von 0,9 Beitragssatzpunkten
3352fließt in diesen Zusatzbeitrag ein. Damit die unterschiedliche Einkommensstruktur
3353der Krankenkassen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt, ist ein vollständiger Ein-
3354kommensausgleich notwendig.

3355

3356Die Notwendigkeit eines steuerfinanzierten Sozialausgleichs entfällt damit.

3357

3358Der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) bildet die finanzielle
3359Ausgangslage für einen fairen Wettbewerb zwischen den Kassen. Die im jüngsten
3360Gutachten des wissenschaftlichen Beirats des Bundesversicherungsamtes gemach-
3361ten Vorschläge zur Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs zur Annualisie-
3362rung der Kosten für verstorbene Versicherte sowie zum Krankengeld und den Aus-
3363landsversicherten wollen wir zeitgleich umsetzen.

3364

3365Pflege

3366

3367Pflege muss für alle Menschen, die auf sie angewiesen sind, bezahlbar bleiben.

3368

3369Wir wollen die Pflegebedürftigkeit besser anerkennen, um die Situation der Pflegebe-
3370dürftigen, von Angehörigen und Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern.

3371Dazu wollen wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff auf der Grundlage der Emp-
3372fehlungen des Expertenbeirates in dieser Legislaturperiode so schnell wie möglich

3373einführen. Insbesondere Menschen mit Demenzerkrankungen sollen damit bessere

3374und passgenauere Leistungen erhalten. Diejenigen, die heute Leistungen erhalten,
3375werden durch die Einführung nicht schlechter gestellt.

3376

3377Für die Akzeptanz eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist entscheidend, dass
3378keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen. Außerdem ist zu vermeiden, dass zu Las-
3379ten der Versichertengemeinschaft Kosten anderer Träger auf die Pflegeversicherung
3380verlagert werden.

3381

3382Wir wollen die mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einhergehende Begutach-
3383tungssystematik auf ihre Umsetzbarkeit und Praktikabilität hin erproben und wissen-
3384schaftlich auswerten. Auf dieser Grundlage werden anschließend auch die leistungs-
3385rechtlichen Bestimmungen in dieser Legislaturperiode umgesetzt.

3386

3387Die „Allianz für Menschen mit Demenz“ soll Betroffene unterstützen und das Ver-
3388ständnis und die Sensibilität für Demenzerkrankungen fördern. Dafür sollen bereits
3389vorhandene Initiativen auf lokaler Ebene zusammengeführt, gebündelt und gemein-
3390sam weiterentwickelt werden.

3391

3392Pflege im Sozialraum braucht qualifizierte Dienste und Einrichtungen. Die Pflegear-
3393beit der Angehörigen und Familien, engagierter Bürger und von Ehrenamtlichen soll
3394durch qualifizierte Dienste und Einrichtungen professionell begleitet und ergänzt wer-
3395den. Zur Stärkung der ambulanten Pflege werden wir die Leistungen im ambulanten
3396und stationären Bereich weiter einander angleichen.

3397

3398Bis zur Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs werden wir zügig vor al-
3399lem die schon bestehenden Betreuungsleistungen weiter ausbauen und auf alle Pfl-
3400gebedürftigen ausdehnen. Bei einem Schlüssel von einer Betreuungskraft auf 20
3401Pflegebedürftige werden so zum Beispiel in stationären Einrichtungen insgesamt bis
3402zu 45.000 Betreuungskräfte tätig sein.

3403

3404Weiterhin werden wir die Leistungen der Pflegeversicherung wie die Kurzzeit- und
3405Verhinderungspflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die unterschiedlichen Be-
3406treuungsformen auch durch die Einführung von Budgets besser und flexibler aufein-
3407ander abstimmen.

3408

3409Im Sinne einer sozialräumlichen Pflege, werden wir die Zuschüsse für Wohnumfeld
3410verbessernde Maßnahmen oder die Anschubfinanzierung für ambulant betreute
3411Wohnformen ausbauen.

3412

3413Wir wollen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen ihren Alltag in der eigenen
3414Wohnung weitgehend selbstbestimmt bewältigen können. Die Entwicklung von Ange-
3415boten altersgerechter Begleitung und technischer Unterstützungssysteme wollen wir
3416daher weiter fördern und sie in den Leistungskatalog der Pflegeversicherung aufneh-
3417men.

3418

3419Wer einen anderen Menschen pflegt, braucht dafür Zeit und muss die Pflege mit dem
3420Beruf vereinbaren können. Wir werden die Möglichkeiten des Pflegezeit- und Famili-
3421enpflegezeitgesetzes unter einem Dach mit Rechtsanspruch zusammenführen und
3422weiterentwickeln, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf besser zu unterstützen.

3423

3424Die zehntägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer
3425neuen Pflegesituation benötigen, werden wir aufbauend auf der geltenden gesetzli-
3426chen Regelung mit einer Lohnersatzleistung analog Kinderkrankengeld koppeln.

3427Kosten: Bei 50T Personen 40 Mio. Euro/Jahr aus der Pflegeversicherung.

3428

3429Die Hilfen zur Weiterführung des Haushalts wollen wir weiter ausbauen. Wir werden
3430prüfen, ob die Anrechnung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung verbessert
3431werden kann.

3432

3433In den Entscheidungsgremien des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen sollen
3434künftig Vertreter der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sowie der Pflegeberufe
3435stimmberechtigt vertreten sein.

3436

3437Wir prüfen die Schnittstellen zwischen SGB V und SGB XI im Hinblick auf die konse-
3438quente Umsetzung der Grundsätze ambulant vor stationär und Prävention vor Reha-
3439bilitation vor Pflege. Wir werden die Finanzierungsverantwortung dort verorten, wo
3440der Nutzen entsteht, um Verschiebepflichten zu beseitigen. Deshalb werden wir
3441auch prüfen, ob die Pflegeversicherung sich an den Kosten der geriatrischen Reha-
3442bilitation beteiligen soll.

3443

3444Gute Pflege setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. Wir setzen uns im
3445Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für Personalmindeststandards im Pflegebe-
3446reich ein und wollen die Pflegeberufe aufwerten. Dokumentationspflichten und Büro-
3447kratie müssen auf das Nötigste begrenzt werden.

3448

3449Der Wechsel zwischen den Berufen in der Pflege muss erleichtert werden. Wir wol-
3450len die Pflegeausbildung reformieren, indem wir mit einem Pflegeberufegesetz ein
3451einheitliches Berufsbild mit einer gemeinsamen Grundausbildung und einer darauf
3452aufbauenden Spezialisierung für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege eta-
3453blieren. Wir wollen die Ausbildungsangebote an staatlichen Berufsfachschulen stär-
3454ken und die Ausbildung gerecht, einheitlich und gemeinsam finanzieren. Ziel sollte
3455eine transparentes und durchlässiges Aus- und Weiterbildungssystem sein.

3456

3457Wir prüfen ein verbindliches Verfahren zur Refinanzierung der Ausbildungskosten,
3458um die Kostenbeteiligung aller Einrichtungsträger zu gewährleisten. Der dualen Aus-
3459bildung mit Ausbildungsbetrieb und Schule wird zukünftig eine zentrale Bedeutung
3460zukommen.

3461

3462Die Ausbildung muss für jeden Auszubildenden kostenfrei sein. Die Finanzbeteili-
3463gung der Länder an den Ausbildungskosten der Schulen muss auch weiterhin ge-
3464währleistet sein. Eine verbindliche und langfristige Regelung zur vollständigen Finan-
3465zierung der Ausbildungskosten bei Umschulungsmaßnahmen durch den Bund und
3466die Länder sollte getroffen werden.

3467

3468Wir wollen die Selbsthilfe-Arbeit, die Angebote der Pflegekassen, Pflegestützpunkte
3469und andere vorhandene Unterstützungsfaktoren und Angebote der Pflegekassen zur
3470Entlastung von pflegenden Angehörigen besser bündeln und vernetzen. Wir setzen
3471uns für eine Weiterentwicklung des Pflegetelefons zu einem Notruftelefon „Pflege für
3472Angehörige“ ein.

3473

3474Um die Transparenz und Nutzerorientierung im Pflegebereich zu verbessern, müs-
3475sen Qualitätssicherungsverfahren wissenschaftlichen Standards genügen und konti-
3476nuierlich - auch im Hinblick auf eine Entbürokratisierung und ein sektorenübergreifen-
3477des Vorgehen - weiterentwickelt und verbindlicher gestaltet werden.

3478

3479Die Pflege-Transparenzvereinbarung soll mit dem Ziel weiterentwickelt werden, die
3480Qualitätsunterschiede der Einrichtungen für die Verbraucher in Zukunft deutlicher zu
3481machen. Wir werden hier die Entscheidungsstrukturen der Selbstverwaltungspartner
3482straffen und Blockademöglichkeiten reduzieren.

3483

3484Wir werden das Verfahren der Veröffentlichung der Ergebnisse der durch den Medi-
3485zinischen Dienst der Krankenversicherung und den Prüfdienst des Verbandes der
3486privaten Krankenversicherung e.V. vorgenommenen Qualitätsprüfungen verbessern.

3487

3488Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb haben die Kommunen und
3489die Länder nach dem Pflegeversicherungsgesetz schon jetzt einen wichtigen Beitrag
3490zu leisten.

3491

3492Wir werden in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesministeri-
3493ums für Gesundheit klären, wie die Rolle der Kommunen bei der Pflege noch weiter
3494gestärkt und ausgebaut werden kann. Insbesondere soll geklärt werden, wie die
3495Steuerungs- und Planungskompetenz für die regionale Pflegestruktur gestärkt wer-
3496den kann. Im Zusammenwirken mit städteplanerischen Instrumenten sollen Sozial-
3497räume so entwickelt werden, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich
3498in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. Außerdem sollen Kommunen stärker
3499in die Strukturen der Pflege verantwortlich eingebunden werden. Hierfür kommen auf
3500Grund ihres hohen sozialräumlichen Bezuges aufsuchende und begleitende Pflege-
3501beratung insbesondere in Pflegestützpunkten, Pflegekurse für Angehörige und eh-
3502renamtliche Engagierte, die laufende Beratung der Empfänger von Pflegegeld sowie
3503die Beteiligung bei der Leistungsgewährung für Infrastruktur fördernde Maßnahmen
3504in Betracht.

3505

3506Der paritätische Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird spätestens zum 01. Januar
35072015 um 0,3 Prozentpunkte erhöht. Aus dieser Erhöhung stehen die Einnahmen von
35080,2 Prozentpunkten zur Finanzierung der vereinbarten kurzfristigen Leistungsverbes-
3509serungen, insbesondere für eine bessere Betreuung der Pflegebedürftigen, sowie der
3510für 2015 gesetzlich vorgesehenen Dynamisierung der Leistungen zur Verfügung. Die
3511Einnahmen aus der weiteren Erhöhung um 0,1 Prozentpunkte werden zum Aufbau
3512eines Pflegevorsorgefonds verwendet, der künftige Beitragssteigerungen abmildern
3513soll. Dieser Fonds wird von der Bundesbank verwaltet.

3514

3515In einem zweiten Schritt wird mit der Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs der
3516Beitrag um weitere 0,2 Prozentpunkte und damit insgesamt um 0,5 Prozentpunkte in
3517dieser Legislaturperiode angehoben.

3518 **3. Solide Staatsfinanzen**

3519

3520**Solide Finanzen – nachhaltig und generationengerecht**

3521

3522Deutschland ist ein wirtschaftlich und sozial stabiles Land mit einer soliden finanziel-
3523len Basis. Dafür sind im zurückliegenden Jahrzehnt wichtige Grundlagen geschaffen
3524worden. Sie sind im Licht der nationalen und internationalen Veränderungen weiter-
3525zuentwickeln, um Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und sozialen Zusammen-
3526halt zu sichern. Wir wollen die Voraussetzungen für Investitionen in die Zukunft auf
3527einer weiterhin soliden finanziellen Grundlage schaffen. Eine wichtige Voraussetzung
3528dafür ist die nachhaltige Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushalts. Bund,
3529Länder, Kommunen und Sozialkassen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass
3530sie die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen und im Rahmen ihrer Kompetenzen
3531Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes stellen können. Zugleich muss
3532die Ausgabenseite auf allen Ebenen kontinuierlich kritisch überprüft werden.

3533

3534*Gesamtstaatliche Verantwortung*

3535Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen bilden den öffentlichen Ge-
3536samthaushalt. Sie müssen sich gemeinsam den Regelungen und Vereinbarungen
3537zur Finanz- und Haushaltspolitik Deutschlands stellen:

3538

3539- Die von der letzten Großen Koalition verabschiedete Schuldenregel im Grundge-
3540setz ist strikt einzuhalten. Der Bund hat die für ihn geltenden Verpflichtungen be-
3541reits frühzeitig erfüllt und darf dahinter nicht zurückfallen.

3542

3543- Die gesamtstaatlichen Verpflichtungen aus dem Europäischen Fiskalpakt sind
3544einzuhalten.

3545

3546- Die Stabilitätskriterien für Defizit- und Schuldenquote nach dem verschärften eu-
3547ropäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt sind einzuhalten.

3548

3549- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt verlangt eine konsequente Rückführung der
3550gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote auf unter 60 Prozent des Bruttoinlands-
3551produkts (BIP). Wir wollen die Quote innerhalb von zehn Jahren von 81 Prozent
3552(Ende 2012) auf weniger als 60 Prozent zurückführen. Bis Ende 2017 streben wir
3553eine Absenkung der Quote auf unter 70 Prozent des BIP an.

3554

3555Wir sind uns der Verantwortung bewusst, dass Deutschland durch eine solide und
3556nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik seiner Rolle in Europa gerecht werden
3557muss. Deutschland ist gefordert, mit einer stabilitäts- und wachstumsorientierten
3558Haushalts- und Finanzpolitik auf allen staatlichen Ebenen einen Beitrag für die Stabi-
3559lität der Euro-Zone zu leisten.

3560

3561*Beitrag des Bundes zur gesamtstaatlichen Verantwortung*

3562Im Jahr 2012 hat der Bundeshaushalt mit einer strukturellen Neuverschuldung von
3563weniger als 0,35 Prozent des BIP abgeschlossen. Hierbei wollen wir nicht stehen
3564bleiben. Wir wollen nachhaltig ausgeglichene Haushalte. Wir werden Einnahmen und
3565Ausgaben des Bundes so gestalten, dass der Bund ab dem Jahr 2014 einen struktu-
3566rell ausgeglichenen Haushalt und beginnend mit dem Jahr 2015 einen Haushalt ohne
3567Nettoneuverschuldung aufstellt.

3568

3569 Politische Zielsetzungen haben sich an qualitativen und nicht an quantitativen Anforderungen zu orientieren. Zur Effizienzsteigerung der Ausgaben sind angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für alle finanzwirksamen Maßnahmen durchzuführen und Ausgaben auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen.

3573

3574 Das Top-Down-Verfahren bei der Haushaltsaufstellung hat sich bewährt. Es wird um eine eingehende einnahme- und ausgabeseitige Haushaltsanalyse im Vorfeld des Eckwertebeschlusses zu einzelnen jeweils vorher ausgewählten Politikbereichen ergänzt. Damit wird das regierungsinterne Aufstellungsverfahren stärker inhaltlich ausgerichtet und die Wirkungsorientierung des Haushalts verbessert.

3579

3580 Folgende wichtige haushaltspolitische Grundsätze werden uns leiten:

3581

3582- Über die Legislaturperiode gerechnet soll das Wachstum der Ausgaben das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts möglichst nicht übersteigen.

3584

3585- Finanzwirksame Vorhaben und Belastungen auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite müssen in ihren Wirkungen umfassend ausgewiesen werden.

3587

3588- Die in diesem Koalitionsvertrag unter „Prioritäre Maßnahmen“ genannten Vorhaben werden wir auf jeden Fall umsetzen. Alle Maßnahmen von bis zu 10 Millionen Euro, die in diesem Koalitionsvertrag vereinbart werden, sind von den jeweiligen Ressorts eigenverantwortlich im Rahmen ihrer jeweiligen Einzeletats zu finanzieren. Im Übrigen gilt der Grundsatz einer unmittelbaren, vollständigen und dauerhaften Gegenfinanzierung im gleichen Politikbereich.

3594

3595- Wir werden alle Subventionen – neue und alte – gemäß den subventionspolitischen Leitlinien einer stetigen Überprüfung unterziehen. **[Nicht mehr notwendige bzw. nicht mehr finanzierbare Subventionstatbestände werden wir abbauen.]**

3598

3599- Wir wollen die Investitionsorientierung des Bundeshaushalts stärken.

3600

3601 *Prioritäre Maßnahmen*

3602

3603 [...]

3604

3605 *Verlässliche Steuerpolitik*

3606 Unser Gemeinwesen ist auf verlässliche Steuereinnahmen angewiesen. Der dafür erforderliche gesellschaftliche Konsens beruht auf einem gerechten Steuerrecht, das die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit in den Mittelpunkt stellt und zugleich gewährleistet, dass sich niemand auf Kosten der Allgemeinheit seiner Steuerpflicht entziehen kann. Das Steuerrecht muss in seiner konkreten Ausgestaltung den Anforderungen und Ausprägungen unserer modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt gerecht werden. Es muss günstige Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen der Unternehmen in Deutschland bieten, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu erhalten und weiter auszubauen. Steuerrecht ist kein statisches Recht.

3615 Wenn gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen es erfordern, muss das Steuerrecht angemessen fortentwickelt werden, damit es seine Ziele auch künftig erreicht. Deutschland hat derzeit insgesamt ein zeitgemäßes und wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Wir wollen das Steuerrecht in einer sich verändernden Welt kontinuierlich

3619lich fortentwickeln, zugleich aber eine hohe Planungssicherheit für die Steuerzahler
3620wie für die öffentliche Hand erreichen.

3621

3622 *Steuervereinfachung und Steuervollzug*

3623Steuervereinfachung ist eine Daueraufgabe. Es ist ein wichtiges politisches Ziel, hier
3624Schritt für Schritt voranzukommen und dabei insbesondere auch die technischen
3625Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung zu nutzen. Von diesem dauerhaften
3626Prozess profitieren alle an der Besteuerung beteiligten Gruppen: die Steuerzahler,
3627die Verwaltung und die steuerberatenden Berufe.

3628

3629Wir werden eine vorausgefüllte Steuererklärung für alle Steuerpflichtigen bis zum
3630Veranlagungszeitraum 2017 einführen. Für Rentner und Pensionäre ohne weitere
3631Einkünfte soll die vorausgefüllte Steuererklärung mit den bei den Finanzbehörden
3632geführten Daten bereits ab dem Veranlagungszeitraum 2015 ermöglicht werden.

3633

3634Wir werden das Angebot an die Bürger für eine elektronische Kommunikation mit der
3635Finanzverwaltung ausbauen und auf eine verpflichtende Übersendung von Papierbe-
3636legen mit der Steuererklärung weitgehend verzichten. Zur Sicherung einer gleichmä-
3637ßigen Steuererhebung werden wir risikoorientierte Parameter der Bearbeitung von
3638Steuererklärungen zugrunde legen.

3639

3640Wir wollen die Akzeptanz des Faktorverfahrens für Ehegatten stärken. Der Faktor
3641soll künftig nicht mehr jährlich, sondern für mehrere Jahre festgelegt werden. Eine
3642Änderung des Faktors wird nur dann noch vorgenommen, wenn sich die Einkünfte
3643bzw. die Einkünfteverteilung in nicht nur geringem Ausmaß ändern. Zudem fordern
3644wir die Länder auf, das Faktorverfahren in Steuerklasse IV durch geeignete Maßnah-
3645men der Steuerverwaltungen bekannter zu machen.

3646

3647Auch streben wir eine Weiterentwicklung des Steuerverfahrensrechts in Richtung ei-
3648nes Selbstveranlagungsverfahrens beginnend mit der Körperschaftsteuer an.

3649

3650Wir werden die Rolle des Bundeszentralamtes für Steuern (BZSt) mit entsprechender
3651Ausstattung unter Wahrung der Kompetenzen der Länder stärken. Das BZSt wird zur
3652zentralen Anlaufstelle der Steuerfahndungsstellen der Länder weiterentwickelt, um
3653die Steuerfahndungen der Länder besser zu unterstützen. Zusätzlich soll das BZSt
3654zur zentralen Anlaufstelle für steuerliche Fragen bzw. verbindliche Auskünfte von Ge-
3655bietsfremden werden.

3656

3657Wir werden zur Verbesserung der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, des Sozial-
3658versicherungs Betrugs, der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung die rechtli-
3659chen Rahmenbedingungen u. a. im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und in der
3660Gewerbeordnung sowie die personelle und informationstechnologische Ausstattung
3661der Finanzkontrolle Schwarzarbeit verbessern und wirkungsvoller ausgestalten.

3662

3663Auch bei der Abgabenerhebung beim grenzüberschreitenden Warenverkehr sollen
3664die Rahmenbedingungen für eine Stärkung IT-gestützter Risikoanalysen verbessert
3665werden, um die Belastungen für Reisende zu reduzieren und die Kontrollen effizien-
3666ter und zielgerichteter ausführen zu können.

3667

3668Wir werden die Familienkassen des Bundes bei der Bundesagentur für Arbeit kon-
3669zentrieren. Wir laden die Länder ein, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten an einer Zen-
3670tralisierung mitzuwirken.

3671

3672Wir werden den Ausbau der steuerlichen IT gemeinsam mit den Ländern vorantrei-
3673ben.

3674

3675Wir werden die Anwendung von sog. Nichtanwendungserlassen restriktiv handha-
3676ben. Eine Rückwirkung von Steuergesetzen soll im verfassungsrechtlichen Rahmen
3677auf die Sicherung von Steuersubstrat und die Verhinderung der missbräuchlichen
3678Nutzung von Steuersparmodellen beschränkt sein.

3679

3680Die interkommunale Zusammenarbeit soll steuerrechtlich nicht behindert werden. Wir
3681lehnen daher eine umsatzsteuerliche Belastung kommunaler Beistandsleistungen ab
3682und werden uns - soweit erforderlich - EU-rechtlich für eine umfassende Freistellung
3683solcher Leistungen von der Umsatzsteuer einsetzen.

3684

3685Die Bundesregierung wird mit der grundlegenden Reform der Investmentbesteue-
3686rung die künftige steuerliche Behandlung von Veräußerungsgewinnen aus Streube-
3687sitz erneut ergebnisoffen aufgreifen und die notwendigen Folgerungen ziehen. Dabei
3688soll vor allem für den Bereich der Business Angels und Startups nach Lösungen für
3689besondere Belastungseffekte für den Fall gesucht werden, dass sich der Investor von
3690seinem Engagement trennt.

3691

3692*Steuerhinterziehung bekämpfen – Steuervermeidung eindämmen*

3693Wir werden als eine zentrale steuerpolitische Aufgabe den Kampf gegen grenzüber-
3694schreitende Gewinnverlagerungen international operierender Unternehmen ent-
3695schlossen vorantreiben, uns für umfassende Transparenz zwischen den Steuerver-
3696waltungen einsetzen und gegen schädlichen Steuerwettbewerb vorgehen. Wir wollen
3697verhindern, dass Unternehmen eine doppelte Nichtbesteuerung von Einkünften oder
3698einen doppelten Betriebsausgabenabzug erreichen können.

3699

3700Wir erwarten den Abschluss der Arbeiten zur OECD-BEPS (Base Erosion and Profit
3701Shifting)-Initiative im Jahre 2015, einem Vorhaben, um internationaler Steuervermei-
3702dung entgegenzuwirken, welches wir aktiv unterstützen. Soweit sich unsere Ziele im
3703Rahmen der OECD-BEPS-Initiative in diesem Zeitraum nicht realisieren lassen, wer-
3704den wir nationale Maßnahmen ergreifen. Dazu zählt u. a. eine Beschränkung des Be-
3705triebsausgabenabzugs für Zahlungen an Briefkastenfirmen, die keine hinreichend ak-
3706tive Geschäftstätigkeit nachweisen können und die Schaffung eines öffentlichen Re-
3707gisters für alle wirtschaftlich Beteiligten an Trust-Konstruktionen nach dem Vorbild
3708des Geldwäschegesetzes. Auch wollen wir sicherstellen, dass der steuerliche Abzug
3709von Lizenzaufwendungen mit einer angemessenen Besteuerung der Lizenzzerträge
3710im Empfängerland korrespondiert. Im Vorgriff auf diese internationale Regelung wer-
3711den wir in Deutschland erforderlichenfalls gesetzgeberisch voranschreiten.

3712

3713Die Herstellung von besserer internationaler Transparenz in Steuersachen gegen-
3714über Finanzverwaltungen trägt erheblich zu fairerem Steuerwettbewerb und zur Ver-
3715meidung von Steuerhinterziehung bei. Wir wollen deswegen entsprechend der euro-
3716päischen Regelung eine länderspezifische Berichterstattung im Bankenbereich und
3717im Rohstoffhandel insbesondere über erzielte Gewinne, entstandene Verluste und
3718gezahlte Steuern („country-by-country-reporting“) zwischen den Steuerverwaltungen

3719der Länder einführen. Ausgehend von den Entscheidungen der G 20 Staats- und Re-
3720gierungschefs sowie der G 20 Finanzminister streben wir eine Revision des OECD-
3721Musterabkommens zum Informationsaustausch mit dem Ziel des automatischen
3722steuerlichen Informationsaustausches als internationalem Standard an. Bis dahin
3723werden wir nach dem Vorbild des Abkommens zwischen sechs EU-Mitgliedstaaten
3724weitere bilaterale bzw. multilaterale Vereinbarungen über einen automatischen Infor-
3725mationsaustausch schließen. Wir wollen in einem weiteren Schritt den Anwendungs-
3726bereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristi-
3727schen Personen ausdehnen.

3728

3729Wir setzen uns für eine bessere Abstimmung des Unternehmenssteuerrechts in der
3730EU ein. Ausgangspunkt bilden dabei die Arbeiten für eine gemeinsame Körperschaft-
3731steuer-Bemessungsgrundlage.

3732

3733Umsatzsteuerbetrug stellt die fiskalisch bedeutendste Form der Steuerhinterziehung
3734dar. Wir wollen den Schnellreaktionsmechanismus gezielt einsetzen, um Umsatz-
3735steuerbetrug frühzeitig zu unterbinden: Wir werden dabei darauf achten, dass deut-
3736sches Umsatzsteuerrecht nicht unnötig kompliziert wird. Erforderlichenfalls werden
3737wir weitere Initiativen ergreifen. Das BZSt wird zentraler Ansprechpartner der Finanz-
3738verwaltungen der Bundesländer für betrügerische Gestaltungen unabhängig von
3739Branchen.

3740

3741Die Bundesregierung wird die Arbeiten für die nationale Verhandlungsgrundlage für
3742Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) fortsetzen. DBA dienen nicht mehr alleine der
3743Verhinderung von doppelter Besteuerung, sondern auch der Verhinderung doppelter
3744Nichtbesteuerung (sog. weiße Einkünfte). Wir werden daher weiterhin entsprechende
3745Klauseln in den DBAs verhandeln und in der Zwischenzeit diese Grundsätze in natio-
3746nalen Regelungen absichern.

3747

3748Wir werden auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene weiter konse-
3749quent gegen Steuervermeidung durch Nutzung von Offshore-Finanzplätzen vorge-
3750hen.

3751

3752Wir werden im Umwandlungssteuerrecht prüfen, wie der Anteilstausch und Umwand-
3753lungen mit finanziellen Gegenleistungen nicht mehr systemwidrig steuerfrei gestaltet
3754werden können. Bei der Kombination aus Anteilstausch und Zuzahlung sollte ggf. die
3755Zuzahlung quotal beschränkt, aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

3756

3757Wir werden weiterhin entschlossen gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Wir wer-
3758den im Lichte des ausstehenden Berichts der Finanzministerkonferenz (FMK) die Re-
3759gelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige weiterentwickeln, sofern hierfür Hand-
3760lungsbedarf aufgezeigt wird. Ein Ansatzpunkt wäre, die Wirkung der Selbstanzeige
3761künftig von den vollständigen Angaben zu den steuerrechtlich unverjährten Zeiträu-
3762men (zehn Jahre) abhängig zu machen. Der Steuerpflichtige müsste dann, um Straf-
3763freiheit für die letzten fünf Jahre zu erlangen, auch für die weiter zurückliegenden fünf
3764Jahre alle Angaben berichtigen, ergänzen oder nachholen. Zudem wollen wir künftig
3765eine Anlaufhemmung bei bestimmten Auslandssachverhalten hinsichtlich der Fest-
3766setzungsverjährung einführen, wenn diese nicht korrekt erklärt werden. Werden steu-
3767errelevante Auslandssachverhalte erst Jahre später bekannt, kann so die Besteue-
3768rung noch durchgeführt werden.

3769

3770Bei systematischen Verstößen von Banken gegen das Steuerrecht kommen auf-
3771sichtsrechtliche Sanktionen bis hin zum Lizenzentzug in Betracht. Die Bundesregie-
3772rung wird prüfen, ob durch eine Verbesserung des Informationsflusses von der Bun-
3773desanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) an die Finanzbehörden die Steu-
3774erhinterziehung wirksamer bekämpft werden kann.

3775

3776*Gewerbsteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer*

3777Zum Kernbestand kommunaler Selbstverwaltung gehört eine stabile Finanzausstat-
3778tung. Dies setzt voraus, dass die kommunalen Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen
3779und Bürger ausreichend finanziert sind.

3780Die Gewerbsteuer ist eine wichtige steuerliche Einnahmequelle der Kommunen. Wir
3781wollen, dass auf der Basis des geltenden Rechts für die kommenden Jahre Pla-
3782nungssicherheit besteht.

3783

3784Die Erbschaftsteuer ermöglicht in ihrer jetzigen Ausgestaltung den Generationswech-
3785sel in den Unternehmen und schützt Arbeitsplätze. Sie bleibt den Ländern als wichti-
3786ge Einnahmequelle erhalten.

3787

3788Die Grundsteuer wird unter Beibehaltung des Hebesatzrechtes für Kommunen zeit-
3789nah modernisiert. Wir fordern die Länder auf, nach Abschluss der laufenden Prüfpro-
3790zesse rasch zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Ziel der Reform ist es, die
3791Grundsteuer als verlässliche kommunale Einnahmequelle zu erhalten, d. h. das Auf-
3792kommen zu sichern und Rechtssicherheit herzustellen.

3793

3794[CSU: Vorbehalt zugunsten einer Regionalisierung von Erbschaft- und Grundsteuer]

3795

3796*Europäische Bankenunion*

3797(*Text später einzufügen*)

3798

3799**Handlungsfähig im Bund, in Ländern und Kommunen**

3800

3801Das föderale System ist eine Stärke der Demokratie und ein wichtiger Grund für die
3802Leistungsfähigkeit Deutschlands. Angesichts der Herausforderungen durch die Glo-
3803balisierung und Europäisierung müssen wir immer wieder neu sicherstellen, dass un-
3804ser föderales System handlungsfähig bleibt. Dazu gehört, dass jede Ebene – Bund,
3805Länder und Kommunen – ihren Aufgaben mit einem hohen Maß an Eigenverantwor-
3806tung nachkommen kann.

3807

3808Die Kommunen sind ein zentraler Bestandteil unseres Gemeinwesens. Sie nehmen
3809wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge und der lokalen Infrastruktur wahr. Um die
3810grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung zu sichern, müssen die
3811Kommunen handlungsfähig sein. Voraussetzung dafür sind auch gesunde Finanzen.
3812Der Bund hat dazu einen gewichtigen Beitrag geleistet, unter anderem durch die ab
3813dem Jahr 2014 vollständige Erstattung der Nettoausgaben für die Grundsicherung im
3814Alter und bei Erwerbsminderung, seine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Kinder-
3815betreuung für unter Dreijährige und die Fortschreibung der Entflechtungsmittel bis
3816einschließlich 2019 auf dem bisherigen Niveau. Die kommunale Ebene erzielt seit
3817dem Jahr 2012 Finanzierungsüberschüsse. Trotz des positiven Gesamteindrucks
3818herrscht eine große Heterogenität bei der Finanzsituation der Kommunen.

3819

3820Wir werden ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteil-
3821habegesetz) erarbeiten. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der Bund zu einer
3822Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe beitragen. Dabei werden wir
3823die Neuorganisation der Ausgestaltung der Teilhabe zugunsten der Menschen mit
3824Behinderung so regeln, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht.

3825

3826Spätestens Ende 2019 müssen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geordnet
3827sein. Der Länderfinanzausgleich ist zu diesem Zeitpunkt neu zu regeln. Die Länder
3828werden ab diesem Zeitpunkt keine strukturellen Defizite mehr haben. In dieser Legis-
3829laturperiode müssen dafür die Weichen gestellt werden. Dazu finden zwischen Bund
3830und Ländern Gespräche statt.

3831

3832Die Koalition wird parallel eine Kommission einrichten, in der Bund und Länder ver-
3833treten sind. Dazu werden Vertreter der Kommunen einbezogen. Die Kommission wird
3834sich mit Fragen der föderalen Finanzbeziehungen befassen und dazu Vorschläge er-
3835arbeiten. Die Kommission soll bis Mitte der Legislaturperiode Ergebnisse zu den
3836nachfolgenden Themenbereichen vorlegen:

3837

3838- Europäischer Fiskalvertrag

3839

3840- Schaffung von Voraussetzungen für die Konsolidierung und die dauerhafte Ein-
3841haltung der neuen Schuldenregel in den Länderhaushalten

3842

3843- Einnahmen- und Aufgabenverteilung und Eigenverantwortung der föderalen Ebe-
3844nen

3845

3846- Reform des Länderfinanzausgleichs

3847

3848- Altschulden, Finanzierungsmodalitäten und Zinslasten

3849

3850- Zukunft des Solidaritätszuschlags.

3851 **4. Zusammenhalt der Gesellschaft**

3852 **4.1 Das Miteinander stärken, die Chancengleichheit verbessern**

3853

3854 **Bevölkerungswandel gestalten**

3855

3856 Die Koalition aus CDU, CSU und SPD begreift den Bevölkerungswandel als eine
3857 der größten Herausforderungen der gesamten Gesellschaft. Er ist eine Quer-
3858 schnittaufgabe.

3859

3860 Gemeinsam mit Kommunen, Ländern und Sozialpartnern gestalten wir Politik für alle
3861 Generationen und wahren dabei den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Hier-
3862 zu entwickeln wir die Demografiestrategie der Bundesregierung weiter. Mit ihr erar-
3863 beiten wir Lösungsansätze der verschiedenen Ebenen und Akteure und verabreden
3864 Beiträge der Partner.

3865

3866 Wir bauen Brücken zwischen den Generationen. Den Erfahrungsschatz der älteren
3867 Menschen wollen wir dabei stärker zur Entfaltung bringen. Dazu werben wir unter an-
3868 derem für altersgemischte Teams in den Unternehmen. Betriebs- und Tarifpartner er-
3869 muntern wir, verstärkt Weiterbildungspakte in den Tarifverträgen und Betriebsverein-
3870 barungen zu verankern. Wir wollen, dass ältere Arbeitnehmer auch weiter gute
3871 Chancen auf Beschäftigung finden. Dafür setzen wir uns für mehr Gesundheit am Ar-
3872 beitsplatz ein.

3873

3874 Der Bevölkerungswandel hat regional sehr unterschiedliche Auswirkungen. In den
3875 neuen Ländern ist er beispielsweise schon fortgeschritten. Die dort bewährten Maß-
3876 nahmen machen wir über das Demografieportal des Bundes und der Länder zugäng-
3877 lich. Wir wollen die Bereitschaft entwickeln, auf den Bevölkerungswandel mit flexiblen
3878 und klugen Ansätzen zu antworten, beispielsweise auch verstärkt mit Hilfe digitaler
3879 und mobiler Lösungen. Mit einem Demografiewettbewerb unterstützen wir die Regio-
3880 nen, die gute Antworten auf die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur gefunden
3881 haben.

3882

3883 Wir richten ein Prüfverfahren (Demografie-Check) ein, mit dem Gesetzesvorhaben,
3884 Richtlinien und Investitionen daraufhin überprüft werden, welche Auswirkungen damit
3885 auf kommende Generationen verbunden sind. Familienfreundlichkeit verankern wir
3886 als Leitprinzip der Gesetzgebung und exekutiven Handelns.

3887

3888 Wir wollen überall die Voraussetzungen für eine gute Versorgung schaffen und wol-
3889 len eine gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land. Ländliche Räume haben eben-
3890 so wie städtische Gebiete Anspruch auf gute Entwicklungschancen. Wir entwickeln
3891 die „Initiative Ländliche Infrastruktur“ weiter und erarbeiten gemeinsam mit den Län-
3892 dern Konzepte für strukturschwache und besonders vom demografischen Wandel
3893 betroffene Räume. Wichtiger Ansatz für eine gute Entwicklung in ländlichen Regio-
3894 nen ist die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. Diese werden wir
3895 weiter unterstützen.

3896

3897 Der demografische Wandel führt zu einer verstärkten Nachfrage nach qualifizierten
3898 Fachkräften im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich. Wir starten eine Fachkräf-
3899 teoffensive sowie eine breit angelegte Kampagne zur Aufwertung dieser Berufe.

3900

3901Wir wollen, dass unser Land Vorreiter bei der Bewältigung des demografischen Wan-
3902dels wird und sich zum Leitmarkt und -anbieter neuer Produkte und Dienstleistungen
3903für die Bedürfnisse der älteren Generation entwickelt.

3904

3905**Familie**

3906

3907Wohlergehen und Fortschritt in unserer Gesellschaft bemessen sich auch daran, wie
3908Menschen miteinander leben, arbeiten und umgehen. Wir wollen das Miteinander al-
3909ler Menschen in unserem Land fördern, unabhängig von ihrer religiösen, politischen,
3910weltanschaulichen oder sexuellen Identität. Wo Menschen dauerhaft füreinander Ver-
3911antwortung übernehmen, wollen wir sie unterstützen. Dabei setzen wir auf einen
3912Dreiklang von Zeit für Familien, guter Infrastruktur und materieller Sicherheit. Wir
3913wollen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf ein gutes Aufwachsen ermög-
3914lichen. Die Gleichstellung treiben wir voran. Wir werden dafür sorgen, dass Frauen
3915und Männer ihre Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft partnerschaftlich wahr-
3916nehmen können und bestehende geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten – insbe-
3917sondere in der Arbeitswelt beseitigen. Dazu entwickeln wir eine Politik, die die heuti-
3918gen unterschiedlichen Lebensverläufe berücksichtigt und Antworten auf die Heraus-
3919forderungen der Lebensphasen gibt.

3920

3921Diese Politik wird dann erfolgreich sein, wenn sie umfassend die Demographie unse-
3922rer Gesellschaft zum Gegenstand hat. Familien, Seniorinnen und Senioren, Frauen
3923und Männer sowie Kinder und Jugendliche sind in eine Strategie für die demographi-
3924sche Entwicklung zu integrieren, die über diese Legislaturperiode hinausgreift.

3925

3926*Vereinbarkeit Familie und Beruf, Erziehung, Betreuung, Bildung*

3927

3928*Kindertagesbetreuung:* Wir wollen die Qualität der Kindertagesbetreuung weiter vor-
3929antreiben. **Dafür werden wir die unterschiedliche Ausgangssituation in den Ländern**
3930**berücksichtigen und gemeinsam mit den Ländern unter Beteiligung der kommunalen**
3931**Spitzenverbände ein Qualitätsgesetz auf den Weg bringen.** Ziel ist es, Fragen der
3932Personalausstattung, Qualifikation und Weiterbildung der Fachkräfte, des Fachkräfte-
3933angebots sowie der Sprachbildung zu regeln. **[SPD: Wir wollen vor allem im Interes-**
3934**se der alleinerziehenden und berufstätigen Eltern die Ganztagsbetreuung in Kinder-**
3935**tageseinrichtungen bedarfsgerecht schrittweise ausbauen.]** Nach der erfolgreichen
3936Einführung der sprachlichen Bildung durch spezialisierte Fachkräfte in den Bundes-
3937programmen „Frühe Chancen Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ wollen wir
3938die sprachliche Bildung weiter in den pädagogischen Alltag integrieren.

3939

3940Wenn nach dem erfolgreichen Ausbau der Kindertagesbetreuung durch Bund, Län-
3941der und Gemeinden weitere neue Bedarfe zum Erreichen und zum Erhalt des
3942Rechtsanspruchs U3 festgestellt werden, werden wir prüfen, **[CDU/CSU: ob und]** in-
3943wieweit sich der Bund an der Finanzierung der Investitionskosten durch die Erweite-
3944rung des KfW-Kreditprogramms bzw. durch ein drittes Investitionsprogramm (Son-
3945dervermögen) beteiligt.

3946

3947Wir wollen die Kindertagespflege und ihr Berufsbild weiterhin stärken. Dazu sollen
3948die Qualifizierung von Tagespflegepersonen und die Rahmenbedingungen für ihre
3949Tätigkeit weiter verbessert werden. So wird die Kindertagespflege in das Gesamtkon-
3950zept einer qualitativ hochwertigen Betreuung, Erziehung und Bildung eingebunden.

3951

3952 Wir werden noch aktiver für den Nutzen betrieblicher Kinderbetreuungsangebote
3953 werben. Um einen konkreten Anreiz für Unternehmen zur Einrichtung betrieblicher
3954 Kinderbetreuungsgruppen zu setzen, werden wir das Förderprogramm „Betriebliche
3955 Kinderbetreuung“ fortsetzen.

3956

3957 [SPD: Auf dieser Grundlage werden die Mittel, mit denen der Bund sich durch eine
3958 Überlassung von Umsatzsteueranteilen bereits jetzt an den Betriebskosten (845 Mio.
3959 Euro ab 2015) beteiligt in den Jahren 2015 und 2016 in zwei Stufen um insgesamt
3960 mindestens 2,1 Milliarden Euro auf 2,945 Milliarden Euro erhöht. Die Laufzeit des
3961 Programms Schwerpunkt-Kita Sprache und Integration wird bis Ende 2015 verlängert
3962 und mit der zweiten Stufe der Aufstockung der Bundesbeteiligung an den Betriebs-
3963 kosten in die Verantwortung der Länder übergeben.

3964 Zur Gegenfinanzierung werden die durch die Aufhebung des Gesetzes über das Be-
3965 treuungsgeld eingesparten Mittel eingesetzt.

3966

3967 „Erfolgsfaktor Familie“ und „Lokale Bündnisse für Familie“: Familienfreundlichkeit
3968 muss ein zentrales Unternehmensziel werden. Mit dem Unternehmensprogramms
3969 „Erfolgsfaktor Familie“ setzen wir uns gemeinsam mit den Spitzenverbänden der
3970 deutschen Wirtschaft, Gewerkschaften und großen Stiftungen dafür ein, dass immer
3971 mehr Unternehmen den Nutzen von Familienfreundlichkeit erkennen.

3972 Mit der Charta für familienbewusste Arbeitszeiten wird alle zwei Jahre ein Gremium
3973 aus Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner und der Bundesregierung einen
3974 Bericht „Familie und Arbeitswelt“ mit Empfehlungen vorlegen. Die bewährten Koope-
3975 rationen mit Kommunen sowie mit Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Ge-
3976 werkschaften und Gesellschaft im Rahmen der Initiative „Lokale Bündnisse“ für Fa-
3977 milie unterstützen wir und gestalten den Prozess.

3978

3979 *Beruflicher Wiedereinstieg*: Wir werden Frauen und Männer beim Wiedereinstieg in
3980 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach einer Familienzeit durch die Wei-
3981 terführung des Programms „Perspektive Wiedereinstieg“ und durch weitere Möglich-
3982 keiten der Fort- und Weiterbildung fördern. Bei Einstellungen und Beförderungen im
3983 öffentlichen Dienst soll die Kindererziehung positiv berücksichtigt werden. Frauen
3984 und Männer, die eine Familienphase einlegen, sollen dadurch keine Karrierenachtei-
3985 le erleiden.

3986

3987 *Mehr Zeit für Familien – Partnerschaftlichkeit stärken*

3988 *Zeitpolitik*: Familien brauchen Zeit füreinander. Deshalb machen wir uns stark für
3989 eine moderne lebenslauforientierte Zeitpolitik, die Frauen und Männer dabei unter-
3990 stützt, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren. Wir wollen Familien wieder
3991 zum Taktgeber des Lebens machen: Arbeitgeber, Betreuungseinrichtungen, Schu-
3992 len, Ämter und Behörden, Dienstleistungsanbieter und Verkehrsbetriebe sollen die
3993 zeitlichen Bedürfnisse von Familien besser berücksichtigen und ihre Öffnungs- und
3994 Sprechzeiten aufeinander abstimmen. Zeitpolitik befördert wesentlich Wahlfreiheit
3995 und ein partnerschaftliches Zusammenleben in Familien.

3996

3997 *Elternzeit*: [Wir werden die 36 Monate Elternzeit flexibler gestalten. Dazu sollen auch
3998 ohne die Zustimmung des Arbeitgebers nach angemessener vorheriger Anmeldung
3999 zukünftig 24 statt 12 Monate zwischen dem 3. bis 14. Lebensjahr des Kindes (bisher
4000 8. Lebensjahr) von Müttern und Vätern in Anspruch genommen werden können.]

4001

4002*Elterngeld*: Wir werden dafür sorgen, dass den Bedürfnissen der Eltern durch fle-
4003xiblere Elterngeldregelungen besser entsprochen wird. Zur Weiterentwicklung des El-
4004terngeldes soll das „ElterngeldPlus“ eingeführt werden. Mit einem „Eltern-geldPlus“
4005wollen wir Eltern für die Dauer von bis zu 28 Monaten die bestmögliche Inanspruch-
4006nahme des Elterngeldes in Kombination mit einer nicht geringfügigen Teilzeittätigkeit
4007ermöglichen und damit den Wiedereinstieg, vor allem für Alleinerziehende, erleich-
4008tern. Den doppelten Anspruchsverbrauch werden wir hierbei beenden.

4009

4010Mit dem ElterngeldPlus werden wir einen Partnerschaftsbonus z. B. in Höhe von
4011zehn Prozent des Elterngeldes einführen. Ihn erhalten alle Elterngeldbeziehenden,
4012die beide parallel 25-30 Wochenstunden arbeiten.

4013

4014*Haushaltsnahe und familienunterstützende Dienstleistungen*: Wir werden eine
4015Dienstleistungsplattform aufbauen, auf der legale gewerbliche Anbieter haushaltsna-
4016her familienunterstützender Dienstleistungen für Familien und ältere Menschen leicht
4017zu finden und in Anspruch zu nehmen sind.

4018

4019*Aktive Väter*: Eine zeitgemäße Familien- und Gleichstellungspolitik bezieht auch Jun-
4020gen und Männer ein. Wir wollen auch die Rolle des aktiven Vaters in der Kindererzie-
4021hung und Familie weiter stärken. Erforderlich sind bessere Rahmenbedingungen, da-
4022mit Väter und Mütter Aufgaben in Familie und Beruf partnerschaftlich aufteilen und
4023Männer eine engagierte Vaterschaft leben können.

4024

4025*Finanzielle Sicherheit für alle Familien*

4026*Kinderarmut bekämpfen: Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag*: CDU/CSU:
4027Wir wollen eine finanzielle Entlastung von Familien durch Verbesserungen bei den
4028steuerlichen Kinderfreibeträgen und beim Kindergeld erreichen. Das Kindergeld leis-
4029tet einen wesentlichen Beitrag zur Armutsvermeidung von Kindern. Wir wollen es in
4030dieser Legislaturperiode erhöhen. Kosten: 10 Euro Kindergelderhöhung = 1,6 Mrd.
4031Euro, 500 Euro Kinderfreibetragserhöhung = 390 Mio. Euro/Bund

4032Durch eine Weiterentwicklung des Kinderzuschlags, der unbürokratischer werden
4033soll, erreichen wir eine bessere Absicherung von Familien mit kleinen Einkommen.
4034Der Kinderzuschlag ist die effizienteste Leistung, um zu vermeiden, dass Familien
4035mit Kindern Leistungen nach dem SGB II beziehen müssen. Daher wollen wir den
4036Kinderzuschlag erhöhen und ihn durch den Wegfall der Höchst Einkommensgrenze
4037stärken. Kosten: 300 Mio. Euro

4038SPD: Der Kinderzuschlag soll so erhöht werden, dass er einschließlich des Kinder-
4039geldes und Wohngeldanteils den durchschnittlichen Gesamtbedarf eines Kindes
4040deckt. Erwerbstätige Eltern sollen dadurch unabhängig vom SGB II-Bezug werden.
4041Kosten: noch offen

4042

4043*Finanzielle Situation Alleinerziehende und Geschiedener*: Der steuerliche Entlas-
4044tungsbetrag für Alleinerziehende beträgt seit seiner Einführung zum 1.1.2004 unver-
4045ändert 1.308 Euro, er soll angehoben werden. Die Höhe des Entlastungsbetrags soll
4046zukünftig nach der Zahl der Kinder gestaffelt werden.

4047

4048*Kinderpolitik*

4049

4050*Bildungs- und Teilhabepaket*: Wir wollen den Zugang für alle Kinder, Jugendliche und
4051junge Erwachsene zu Leistungen des Bildungspaketes verbessern. Dabei werden wir

4052 Lösungen umsetzen, die einen bürokratiearmen Zugang zu allen Bildungs- und Teil-
4053 habeleistungen sicherstellen.

4054 **SPD: Das Bildungs- und Teilhabepaket leistet einen wichtigen Beitrag zur besseren**
4055 **Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Die Umsetzung in den vergangenen Jahren**
4056 **hat gezeigt, dass insbesondere solche Leistungen in Anspruch genommen werden,**
4057 **die in Zusammenarbeit bzw. durch Kindertagesstätten und Schulen bzw. durch Trä-**
4058 **ger der offenen Kinder- und Jugendarbeit, kulturelle Einrichtungen oder Sportvereine**
4059 **erfolgen. Damit die Leistungen in noch stärkerem Maße auch tatsächlich bei den Kin-**
4060 **dern und Jugendlichen ankommen, soll das Bildungs- und Teilhabepaket bei gleicher**
4061 **Finanzierungsverantwortung in eine Leistung der Kinder- und Jugendhilfe überführt**
4062 **werden, damit die Leistungen auch direkt durch Kindertagesstätten, Schulen, damit**
4063 **beauftragte öffentliche oder freie Träger unbürokratisch erbracht und abgerechnet**
4064 **werden können.**

4065 Die Finanzierung der Schulsozialarbeit und des Hortmittagessens durch den Bund im
4066 Rahmen der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung der kom-
4067 munalen Grundsicherungsträger läuft zum 31. Dezember 2013 aus. Zur Weiterfinan-
4068 zierung der Schulsozialarbeit und des Mittagessens für leistungsberechtigte Kinder in
4069 Kitas, Horten und Schule sowie sonstigen Projekten, die den Zugang von Kindern
4070 und Jugendlichen zu Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets sicherstellen, soll
4071 eine Entfristung der Bundesfinanzierung erfolgen.

4072

4073 *Kinder- und Jugendhilfe:* Die Kinder- und Jugendhilfe soll auf einer fundierten empiri-
4074 schen Grundlage in einem sorgfältig strukturierten Prozess zu einem inklusiven, effi-
4075 zienten und dauerhaft tragfähigen und belastbaren Hilfesystem weiterentwickelt wer-
4076 den. Dazu gehören geeignete Finanzierungsmodelle für systemische Unterstüt-
4077 zungsformen (z.B. an den Schnittstellen von SGB VIII, SGB XII, und Schulträger).
4078 Wir brauchen starke Jugendämter und eine funktionierende Partnerschaft mit der
4079 freien Jugendhilfe. Wir werden daher die Steuerungsinstrumente der Jugendämter
4080 deutlich verbessern und gleichzeitig die Rechte der Kinder und ihrer Familien sicher-
4081 stellen, sowie sozialraumorientierte und präventive Ansätze verfolgen. Dazu wollen
4082 wir mit Ländern, Kommunen und Verbänden in einen Qualitätsdialog treten und uns
4083 über die Weiterentwicklung in wichtigen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhil-
4084 fe verständigen.

4085

4086 *Kinderrechte:* Der Schutz von Kindern vor Gewalt, Vernachlässigung und die Weiter-
4087 entwicklung der Wahrnehmung der Rechte von Kindern (Umsetzung VN-Kinder-
4088 rechtskonvention) ist ein zentrales Anliegen dieser Koalition. Wir werden jede politi-
4089 sche Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie mit den international
4090 vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.

4091

4092 *Adoption:* Wir wollen das Adoptionsverfahren weiterentwickeln, das Adoptionsver-
4093 mittlungsgesetz modernisieren und die Strukturen der Adoptionsvermittlung stärken.
4094 Das Kindeswohl muss dabei immer im Vordergrund stehen. Wir wollen die Möglich-
4095 keiten zur Adoption vereinfachen und die Begleitung und nachgehende Betreuung
4096 der Adoptiveltern verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Adoptions-
4097 recht die höhere Lebenserwartung der Menschen und die Tendenz zur späteren Fa-
4098 miliengründung berücksichtigt werden und wollen, dass bei Stiefkindadoptionen das
4099 Verwandtschaftsverhältnis zu den leiblichen Eltern im Einvernehmen erhalten bleiben
4100 kann. Zudem werden wir kurzfristig die Sukzessivadoption für eingetragene Lebens-
4101 partnerschaften gesetzlich regeln.

4102

4103 Die Leihmutterschaft lehnen wir ab, da sie mit der Würde des Menschen unvereinbar
4104 ist. Wir werden das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft bei Samenspen-
4105 den gesetzlich regeln.

4106

4107 *Bundeskinderschutzgesetz / Bundesinitiative Frühe Hilfen*: Wir wollen den auf der
4108 Grundlage des Bundeskinderschutzgesetzes umfassend verbesserten Kinderschutz
4109 kontinuierlich weiterentwickeln. Hierzu werden wir die im Rahmen der Evaluation des
4110 Bundeskinderschutzgesetzes und der bestehenden Bundesinitiative Frühe Hilfen ge-
4111 wonnenen Erkenntnisse in sämtlichen Bereichen des Kinderschutzes umsetzen. Wir
4112 werden auch die Errichtung, Ausgestaltung und weitere Umsetzung des bereits ge-
4113 setzlich geregelten Fonds zur dauerhaften Sicherstellung der Netzwerke Frühe Hilfen
4114 und der psychosozialen Unterstützung von Familien an diesen Erkenntnissen aus-
4115 richten. Wir werden auch die Voraussetzungen weiter verbessern, damit Kinder- und
4116 Jugendhilfe und Gesundheitswesen enger kooperieren.

4117 Wir werden Studien auflegen, die die Qualitätsstandards für Auswahl und Eignung
4118 von Prozessbeteiligten und Familienpflegern in Familienangelegenheiten untersu-
4119 chen. Wir wollen das Ineinandergreifen von Gewaltschutz und Umgangsrecht in Be-
4120 zug auf das Kindeswohl wissenschaftlich untersuchen.

4121

4122 *(Sexuelle) Gewalt gegen Kinder, Regelsysteme, Zukunft*: Wir wollen Kinder und Ju-
4123 gendlichen sowie Menschen mit Behinderung besser vor Gewalt, insbesondere sexu-
4124 eller Gewalt schützen. Wir werden die Umsetzung des Abschlussberichts „Sexueller
4125 Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentli-
4126 chen Einrichtungen und im familiären Bereich“ in dieser Legislaturperiode weiter vor-
4127 anbringen. Die Hilfen für die Betroffenen müssen verstärkt durch die Regelsysteme
4128 erfolgen.

4129

4130 Insbesondere im Interesse minderjähriger Opfer sorgen wir dafür, dass Sexualstraf-
4131 taten deutlich später verjähren, weil viele Opfer oft erst nach Jahren und Jahrzehnten
4132 über das Geschehene sprechen und gegen die Täter vorgehen können. Die straf-
4133 rechtliche Verjährung von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche soll zu-
4134 künftig nicht vor dem 30. Lebensjahr der Missbrauchsoffer einsetzen. Wir stellen
4135 ausdrücklich klar, dass ein sexueller Übergriff gegen den faktisch entgegenstehen-
4136 den Willen eines behinderten oder sonst widerstandsunfähigen Opfers als besonders
4137 schwerer Fall des sexuellen Missbrauchs widerstandsunfähiger Personen anzusehen
4138 ist. Um einen lückenlosen Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellen Über-
4139 griffen zu gewährleisten, wollen wir den Straftatbestand des sexuellen Missbrauchs
4140 von Schutzbefohlenen des § 174 StGB erweitern.

4141

4142 Die Tätigkeit des Unabhängigen Beauftragten für die Fragen der sexuellen Gewalt
4143 gegen Kinder und Jugendliche wird gesichert. Dabei werden wir die Betroffenen be-
4144 teiligen und die unabhängige Aufarbeitung der Vergangenheit sicherstellen.
4145 Der bestehende Hilfsfonds für Betroffene aus dem familiären Bereich wird gemein-
4146 sam mit den Kirchen, Ländern, Verbänden und Institutionen im Rahmen ihrer Verant-
4147 wortung zu einem Fonds für Betroffene aus dem familiären und institutionellen Be-
4148 reich weiterentwickelt. Dazu wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die bis Mitte des
4149 Jahres 2014 für das bestehende, erweiterte Hilfesystem einen Umsetzungsvorschlag
4150 vorlegen soll.

4151 Wir werden die finanzielle Leistungsfähigkeit des Fonds für die Heimkinder Ost si-
4152 cherstellen.

4153

4154*Mädchen- und Jungenpolitik:* Mädchen und Jungen sehen sich heute mit unter-
4155schiedlichen, oft widersprüchlichen Rollenbildern konfrontiert. Sie müssen sich auf
4156neue Anforderungen einstellen. Die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und
4157Jungen soll weiterentwickelt und Rollenstereotypen entgegengewirkt werden. Eine
4158zeitgemäße Gleichstellungspolitik bezieht Jungen und Männer mit ein. Die Jungenar-
4159beit soll nicht zu Lasten der Mädchenarbeit ausgebaut werden.

4160

4161*Eigenständige Jugendpolitik:* Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Wir be-
4162greifen Jugendpolitik als ein zentrales Politikfeld, das vorrangig von Ländern und
4163Kommunen vor Ort gestaltet wird. Um unsere jugendpolitischen Ziele zu verwirkli-
4164chen, benötigen wir eine starke Allianz für die Jugend mit einer neuen, ressortüber-
4165greifenden Jugendpolitik, die die Belange aller jungen Menschen im Blick hat. Ge-
4166meinsam mit Jugendlichen und ihren Jugendverbänden entwickeln wir das Konzept
4167einer eigenständigen Jugendpolitik weiter. Wir wollen Jugendlichen Freiräume er-
4168möglichst, ihnen Chancen eröffnen und Rückhalt geben. Wir werden gemeinsam mit
4169den Jugendverbänden einen „Jugend-Check“ entwickeln, um Maßnahmen auf ihre
4170Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen.

4171

4172*Europäische und internationale Jugendarbeit:* Wir wollen den internationalen Jugend-
4173und Schüleraustausch mit seinen Jugendwerken und Austauschorganisationen für
4174alle jungen Menschen stärken und dabei insbesondere die fördern, die bisher unter-
4175repräsentiert sind. Bei der Ausgestaltung des Jugendkapitels des EU-Programms
4176„Erasmus+“ wollen wir auch die außerschulischen Akteure der Jugendarbeit und be-
4177sonders die non-formale Bildung einbeziehen. Wir wollen den Strukturierten Dialog
4178im Rahmen der EU-Jugendstrategie stärken.

4179

4180*Jugendsozialarbeit, Ausbildung, Chancengleichheit fördern:* Wir wollen allen jungen
4181Menschen in Deutschland Zugang zu einer ihren Fähigkeiten und Interessen ent-
4182sprechenden Ausbildung ermöglichen. Für die Teilhabe und Integration aller Jugend-
4183lichen leistet die Jugendsozialarbeit einen wichtigen Beitrag. Durch modellhafte Er-
4184probung werden wir weiterhin Länder und Kommunen dabei unterstützen, dass junge
4185Menschen sozial-pädagogische Einzelberatung und -begleitung am Übergang Schu-
4186le-Beruf erhalten (2. Chance, Kompetenzagenturen).

4187

4188Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft verbes-
4189sern wir die Zugangsmöglichkeiten zur Berufsausbildung für bisher benachteiligte
4190Gruppen.

4191

4192Wir wollen die weitgehende Sanktionierungsregelung und -praxis im SGB II für unter
419325-Jährige auf ihre Wirkung und möglichen Anpassungsbedarf hin überprüfen und
4194Lücken zwischen der Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen weiter reduzieren.

4195

4196*Jugendverbandsarbeit:* Wir unterstützen die Selbstorganisation Jugendlicher in Ju-
4197gendverbänden. Sie sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Wir werden
4198die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit und
4199die politische und kulturelle Bildung auf Bundesebene stärken und dabei auch die
4200besonderen Bedürfnisse junger Menschen mit Migrationshintergrund in den Blick
4201nehmen. Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist das zentrale Instrument,
4202um eine bundeszentrale Infrastruktur der Jugendverbände sicher zu stellen.

4203

4204*Familienerholung*: Wir wollen Angebote der Familienerholung als wichtigen Teil der
4205Kinder- und Jugendhilfe anerkennen, attraktiv ausgestalten und zukunftsfest ma-
4206chen, verbindliche Qualitätsstandards entwickeln und Wege zur Weiterentwicklung
4207der Familienerholung aufzeigen.

4208

4209*Mutterschutzgesetz*: Eine Reform des Mutterschutzgesetzes wird erarbeitet. Unser
4210Ziel heißt umfassender Schutz, mehr Transparenz und weniger Bürokratie. Dazu be-
4211darf es einer Anpassung der mutterschutzrechtlichen Regelungen an den neuesten
4212Stand der Erkenntnisse über Gefährdungen für Schwangere und stillende Mütter am
4213Arbeitsplatz.

4214

4215Wir wollen gemeinsam nach Lösungen suchen, um die ergänzenden finanziellen Hil-
4216fen der Bundesstiftung Mutter und Kind vor Pfändung auf den Konten der Hilfeemp-
4217fängerinnen zu schützen, damit die Mittel ihre beabsichtigte Wirkung entfalten kön-
4218nen.

4219

4220**Gleichstellung**

4221

4222*Antidiskriminierungsstelle des Bundes*

4223Die Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes leistet einen wichtigen Beitrag zur
4224gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen in unserem Land. Wir werden die Ergeb-
4225nisse der Evaluierung der ADS umsetzen.

4226

4227*Frauenquote/Gleichstellung im Erwerbsleben*

4228*Frauen in Führungspositionen*: Wir wollen den Anteil weiblicher Führungskräfte in
4229Deutschland erhöhen. Deshalb werden wir zu Beginn der 18. Wahlperiode des Deut-
4230schen Bundestages Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten in Unter-
4231nehmen gesetzlich einführen.

4232

4233Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen,
4234die ab dem Jahr 2016 neu besetzt werden, sollen eine Geschlechterquote von min-
4235destens 30 Prozent aufweisen.

4236

4237Wir werden eine Regelung erarbeiten, dass bei Nichterreichen dieser Quote die für
4238das unterrepräsentierte Geschlecht vorgesehenen Stühle frei bleiben.

4239

4240Wir werden börsennotierte oder mitbestimmungspflichtige Unternehmen gesetzlich
4241verpflichten, ab 2015 verbindliche Zielgrößen für die Erhöhung des Frauenanteils im
4242Aufsichtsrat, Vorstand und in den obersten Management-Ebenen festzulegen und zu
4243veröffentlichen und hierüber transparent zu berichten. Die ersten Zielgrößen müssen
4244innerhalb der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages erreicht werden und dür-
4245fen nicht nachträglich nach unten berichtet werden.

4246

4247Darüber hinaus werden wir Maßnahmen für die Privatwirtschaft ergreifen, die eine
4248Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien zum Ziel haben.

4249

4250Die Koalition wird im Einflussbereich des Bundes eine gezielte Gleichstellungspolitik
4251vorantreiben, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen und in Gremien zu er-
4252höhen und Entgeltungleichheit abzubauen. Dazu entwickeln wir einen Gleichstel-
4253lungsindex und führen für die Bundesverwaltung eine proaktive Umsetzung des Bun-
4254desgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes ein.

4255

4256Auch für die wissenschaftlichen Führungsgremien wollen wir einen Anteil von min-
4257destens 30 Prozent erreichen. Generell werden wir den Frauenanteil im Wissen-
4258schaftssystem durch am Kaskadenmodell orientierte Zielquoten nachhaltig erhöhen.
4259

4260**AG Arbeit**

4261*Entgeltgleichheit:* [Wir wollen Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern her-
4262stellen. Anknüpfend an bereits bestehende Maßnahmen wollen wir auf Grundlage
4263der Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern unter Berücksichtigung der
4264KMU-Schwellen, die Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes mit einer Transpa-
4265renzregelung zu den betrieblichen Entgeltstrukturen prüfen und einen individuellen
4266Auskunftsanspruch schaffen.]

4267

4268**AG Familie:**

4269*Entgeltgleichheit:* Wir werden gezielt auf die Beseitigung von Entgeltungleichheit zwi-
4270schen Frauen und Männern hinwirken. Mit einer Rahmenstrategie für Entgeltgleich-
4271heit und faire Chancen in der Arbeitswelt gehen wir die verschiedenen Ursachen für
4272Entgeltungleichheit an:

- 4273 1. Für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wird ein individueller Auskunftsan-
4274 spruch festgelegt.
- 4275 2. [Wir verpflichten die Tarifpartner zum Abbau von Entgeltunterschieden und zur
4276 ausgewogenen Besetzung in den Tarifkommissionen mit Frauen und Män-
4277 nern.]
- 4278 3. Gemeinsam mit den Tarifpartnern wollen wir die Feststellung des Wertes von
4279 Berufsfeldern (bspw. Pflege- und Betreuungsberufe), die Überarbeitung von
4280 Arbeitsbewertungen und die Bewertung von Fähigkeiten, Kompetenzen und
4281 Erfahrungen voranbringen. Ziel muss es sein, u. a. die Arbeit in der Pflege,
4282 Betreuung und frühkindlicher Bildung weiter aufzuwerten, auch in der Bezah-
4283 lung.
- 4284 4. [Wir führen eine Dokumentationspflicht über die Bemühungen zur Überwin-
4285 dung der Entgeltungleichheit in Tarifverhandlungen ein.]
- 4286 5. Dazu verpflichten wir Unternehmen, die der Unternehmensmitbestimmung un-
4287 terliegen, und im öffentlichen Dienst zur internen Offenlegung anonymisierter
4288 Entgeltberichte (gesetzliche Transparenzpflichten).
- 4289 6. Diese Unternehmen sollen mittels verbindlicher Verfahren und gemeinsam mit
4290 den Beschäftigten und unter Beteiligung der Interessenvertreter und -vertrete-
4291 rinnen im Betrieb in eigener Verantwortung die erwiesene Entgeltdiskriminie-
4292 rung beseitigen.

4293

4294Wir werden die Wirksamkeit der Maßnahmen der Rahmenstrategie wissenschaftlich
4295evaluieren.

4296

4297*Geschlechtergerechte Berufswahl:* Die Berufs- und Studienfachwahl von jungen
4298Frauen und Männern ist von traditionellen Rollenbildern geprägt. Der Berufs- und
4299Studienberatung sowie der Berufsorientierung in der Schule kommt eine große Be-
4300deutung zu. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels bei mathematisch-
4301naturwissenschaftlich-technischen Berufen und Sozial-, Bildungs- und Gesundheits-
4302berufen wollen wir eine geschlechtergerechte Berufsberatung. Sie muss verbindlich
4303Informationen über alle Berufs- und Verdienstmöglichkeiten für Mädchen und Jungen
4304bieten.

4305

4306 *Frauenbewegung*

4307 Wir wollen die wissenschaftliche Aufarbeitung der Deutschen Frauenbewegung, un-
4308 ter besonderer Beachtung der Frauenbewegung in der DDR und der Umbruchzeit
4309 1989/90 vorantreiben, indem wir die existierenden Materialien unter Einbeziehung
4310 der Frauenarchive in einem „Digitalen Deutschen Frauenarchiv“ sichern und der Öff-
4311 fentlichkeit zugänglich machen.

4312 Den Helene-Weber Preis und das Helene-Weber-Kolleg werden wir weiter fördern,
4313 um eine höhere Repräsentanz von Frauen in der Politik und den politisch entschei-
4314 denden Gremien zu erreichen und Frauen insgesamt den Weg in die Politik zu eb-
4315 nen.

4316

4317 *Gewalt gegen Frauen, Frauenhäuser*: Wir werden Gewalt an Frauen und Kinder kon-
4318 sequent bekämpfen und Schutz und Hilfe für alle Betroffenen gewährleisten. Eine
4319 wichtige Anlaufstelle für Betroffene ist das Frauenhilfetelefon. Wir werden ressort-
4320 übergreifend Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder und Frauen
4321 bündeln und Lücken im Hilfesystem schließen.

4322

4323 *Menschenhandel, Prostitutionsstätten*: Wir wollen Frauen vor Menschenhandel und
4324 Zwangsprostitution besser schützen und die Täter konsequenter bestrafen. Künftig
4325 sollen Verurteilungen nicht mehr daran scheitern, dass das Opfer nicht aussagt. Für
4326 die Opfer werden wir unter Berücksichtigung ihres Beitrags zur Aufklärung, ihrer Mit-
4327 wirkung im Strafverfahren sowie ihrer persönlichen Situation das Aufenthaltsrecht
4328 verbessern sowie eine intensive Unterstützung, Betreuung und Beratung gewährleis-
4329 ten. Zudem werden wir das Prostitutionsgesetz im Hinblick auf die Regulierung der
4330 Prostitution umfassend überarbeiten und ordnungsbehördliche Kontrollmöglichkeiten
4331 gesetzlich verbessern. Wir werden nicht nur gegen die Menschenhändler, sondern
4332 auch gegen diejenigen, die wissentlich und willentlich die Zwangslage der Opfer von
4333 Menschenhandel und Zwangsprostitution ausnutzen und diese zu sexuellen Hand-
4334 lungen missbrauchen, vorgehen. Wir werden die Ausbeutung der Arbeitskraft stärker
4335 in den Fokus der Bekämpfung des Menschenhandels nehmen.

4336

4337 **Selbstbestimmtes älter werden**

4338

4339 *Potenziale des Alters nutzen*

4340 Wir wollen die Bereitschaft stärken und institutionelle Barrieren abbauen, damit ältere
4341 Menschen nicht ausgegrenzt, sondern sich und ihre Fähigkeiten besser in die Gesell-
4342 schaft einbringen können. Dazu werden wir Altersgrenzen überprüfen und ggf. verän-
4343 dern.

4344

4345 Wir würdigen den Erfahrungsschatz der älteren Menschen. Viele engagieren sich
4346 freiwillig für die Gesellschaft. Wir werden im Rahmen der Demographiestrategie: Al-
4347 tersdiskriminierung aktiv bekämpfen; durch vorbeugende Maßnahmen gewährleisten,
4348 dass möglichst viele ältere Menschen möglichst lange Zeit aktiv am gesellschaftli-
4349 chen Leben teilnehmen können; die Selbsthilfearbeit stärken; die Situation älterer Ar-
4350 beitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders in den Blick nehmen sowie in Koope-
4351 ration mit Wirtschaft und Verbänden die Seniorenwirtschaft stärken und einen alters-
4352 gerechten Verbraucherschutz entwickeln.

4353

4354 *Mehrgenerationenhäuser*

4355 Das erfolgreiche Konzept der Mehrgenerationenhäuser werden wir weiterentwickeln
4356 und deren Finanzierung verstetigen. Sie sollen sich in ihrer individuellen Ausprägung

4357zu einem übergreifenden Dach und Ankerpunkt des sozialen Miteinanders und der
4358Teilhabe vor Ort auch zum Beispiel unter Einbeziehung von Pflegestützpunkten als
4359Sorgende Gemeinschaften entwickeln. Deshalb werden wir die Voraussetzungen
4360schaffen, um eine dauerhafte Zukunft der Mehrgenerationenhäuser zu sichern und
4361gemeinsam mit Ländern und Kommunen prüfen, unter welchen Voraussetzungen die
4362Mehrgenerationenhäuser möglichst in allen Kommunen etabliert werden können.

4363

4364*Sorge und Mitverantwortung in der Kommune*

4365Zum Thema "Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung
4366zukunftsfähiger Gemeinschaften" wird eine Kommission von Sachverständigen unter
4367breiter Beteiligung der Verbände und der Öffentlichkeit bis zum Frühjahr 2014 den
4368Siebten Altenbericht erarbeiten.

4369

4370**Respekt vor sexueller Identität**

4371

4372*Lebenspartnerschaften, Regenbogenfamilien*

4373Wir wissen, dass in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften Werte gelebt werden, die
4374grundlegend für unsere Gesellschaft sind.

4375

4376Wir werden darauf hinwirken, dass bestehende Diskriminierungen von gleichge-
4377schlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Menschen auf Grund ihrer sexuellen
4378Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen beendet werden. Rechtliche Regelun-
4379gen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen, werden wir
4380beseitigen. Bei Adoptionen werden wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur
4381Sukzessivadoption zügig umsetzen.

4382

4383Die Arbeit der „Bundesstiftung Magnus Hirschfeld“ werden wir weiter fördern.

4384

4385Wir verurteilen Homophobie und Transphobie und werden entschieden dagegen vor-
4386gehen.

4387

4388Wir werden den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Be-
4389kämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezoge-
4390ne Intoleranz“ um das Thema Homo- und Transphobie erweitern.

4391

4392Die durch die Änderung des Personenstandrechts für intersexuelle Menschen erziel-
4393ten Verbesserungen werden wir evaluieren und gegebenenfalls ausbauen und die
4394besondere Situation von trans- und intersexuellen Menschen in den Fokus nehmen

4395

4396**Integration, Zuwanderung**

4397

4398Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir begreifen Zuwanderung als Chance, ohne die
4399damit verbundenen Herausforderungen zu übersehen. In den letzten Jahren haben wir
4400bei der Teilhabe von Zuwanderern und dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft we-
4401sentliche Fortschritte erzielt. Migranten leisten einen bedeutenden Beitrag zum Wohl-
4402stand und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes. Leitlinie der Integrationspolitik bleibt
4403Fördern und Fordern. Wir erwarten, dass Angebote zur Integration angenommen wer-
4404den. Jedoch ist Integration ein Prozess, der allen etwas abverlangt. Sie ist eine gesamt-
4405gesellschaftliche Aufgabe. Für alle gilt selbstverständlich die Werteordnung des Grund-
4406gesetzes.

4407

4408Grundlage der Integrationspolitik ist der gemeinsam erarbeitete Nationale Aktionsplan
4409Integration. Integrationspolitik ist auch Bildungspolitik. Dies muss in den dafür zur Verfü-
4410gung stehenden Finanzmitteln zum Ausdruck kommen.

4411

4412*Willkommens- und Anerkennungskultur stärken*

4413Wir werden die Willkommens- und Anerkennungskultur in unserem Land stärken. Dies
4414fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und steigert zugleich die Attraktivität unse-
4415res Landes für ausländische Fachkräfte, die wir brauchen.

4416

4417Für die Verbesserung der Willkommenskultur haben Ausländerbehörden eine Schlüs-
4418selfunktion inne. Viele Ausländerbehörden haben daher begonnen, den Dienstleistungs-
4419charakter für Migranten mehr in den Vordergrund zu stellen. Wir begrüßen diese Ent-
4420wicklung, wollen sie mit den Ländern zusammen weiter stärken und werden Kommunen
4421durch ein Beratungspaket und Schulungsangebote gezielt darin unterstützen.

4422

4423Jeder Neuzuwanderer soll die Gelegenheit zu einem Erstberatungsgespräch über An-
4424gebote zur Integration bekommen. Integrations- und Beratungsangebote sollen besser
4425aufeinander abgestimmt und vernetzt werden. Dies gilt auch für die Jugendmigrations-
4426dienste (JMD) und die Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer (MBE), die wir
4427enger miteinander verzahnen wollen. Die Verbindlichkeit der Beratung wird durch Inte-
4428grationsvereinbarungen gewährleistet. Die Initiative „Ressourcen stärken“ für Mütter mit
4429Migrationshintergrund setzen wir fort.

4430

4431Zur Willkommens- und Anerkennungskultur gehört die interkulturelle Öffnung von Staat
4432und Gesellschaft. Wir setzen uns dafür in allen Lebensbereichen ein, insbesondere im
4433Bereich des ehrenamtlichen Engagements (z. B. , Feuerwehr, Rettungsdienste) und der
4434Kultur, im Sport und im Gesundheits- und Pflegebereich.

4435

4436Wir begreifen Vielfalt als Chance und werden deshalb die Charta der Vielfalt sowie den
4437„Diversity“-Gedanken in der Wirtschaft und gemeinsam mit der Wirtschaft weiter stär-
4438ken. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung.

4439

4440In den Bundesbehörden wollen wir den mit dem Nationalen Aktionsplan Integration ein-
4441geschlagenen Weg fortsetzen und den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund
4442im öffentlichen Dienst erhöhen. Wir werden einen Schwerpunkt bei der Gewinnung von
4443jungen Migranten für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst setzen. Ab dem Jahr 2014
4444werden wir in Bundesministerien und Geschäftsbereichsbehörden auf freiwilliger Grund-
4445lage den Anteil von Migrantinnen und Migranten anhand einheitlicher Standards erhe-
4446ben.

4447

4448Die Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen des sogenannten NSU hat ge-
4449zeigt, dass bei der Ausbildung im Bereich des öffentlichen Dienstes, insbesondere in
4450den Sicherheitsbehörden, die interkulturelle Kompetenz gestärkt werden muss. Wir wer-
4451den Diskriminierungsfreiheit als Ziel von Aus- und Fortbildung im Zuständigkeitsbereich
4452des Bundes stärker verankern und die Umsetzung in der Praxis kontinuierlich
4453überprüfen.

4454

4455Migrantenorganisationen haben eine wichtige Brückenfunktion. Wir werden bundesweit
4456tätige Migrantenorganisationen als Partner der Integrationsförderung mit bewährten
4457sachverständigen Kenntnissen weiter stärken, auch durch Multiplikatorenschulungen
4458und finanzielle Unterstützung beim Aufbau von Strukturen.

4459

4460Wir erkennen an, dass es in den Medien Verbesserungen insbesondere mit Blick auf
4461die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Das Gespräch mit den Medi-
4462en über ihre interkulturelle Öffnung muss jedoch weiter verstärkt werden. Wir setzen
4463uns z. B. durch Mentorenprogramme dafür ein, dass mehr junge Migranten ihren Weg
4464in Medienberufe finden.

4465

4466Wir wollen Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund besser erreichen. Hierzu wer-
4467den wir ein Bundesprogramm „Eltern stärken“ auflegen, durch das Eltern mit Migrations-
4468hintergrund direkt in die Arbeit von Kitas und Schulen einbezogen werden sollen.

4469

4470Der Erwerb der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende
4471Integration. Wir werden die Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache ausbauen.
4472Wir werden das frühe Erlernen der deutschen Sprache gezielt weiter fördern und unter-
4473stützen die Maßnahmen zur Auswertung der Sprachstandsdiagnostik und -fördermaß-
4474nahmen sowie gemeinsame Standards mit dem Ziel, allen Kindern eine individuelle För-
4475derung zu ermöglichen.

4476

4477Wir setzen uns für einen Ausbau und die Öffnung der berufsbezogenen Sprachkurse für
4478neue Zielgruppen ein.

4479

4480Die Integrationskurse haben sich bewährt. Wir wollen sie qualitativ weiter verbessern
4481(Differenzierung nach Zielgruppen, Kursgrößen und angemessene Honorierung der
4482Lehrkräfte). Wir werden die Teilnahme von Unionsbürgern weiterhin sicherstellen. Die
4483Wirtschaft soll dabei mit einbezogen und muss ihrer Verantwortung gerecht werden.

4484

4485Wir werden dazu beitragen, das Miteinander von Migranten und Einheimischen weiter
4486zu verbessern. Dabei wollen wir die Möglichkeiten von Mentoringprogrammen besser
4487nutzen (Bildungs- und Familienpatenschaften). Wir werden die interkulturelle Öffnung
4488der Freiwilligendienste vorantreiben.

4489

4490*Vorintegration von Neuzuwanderern stärken*

4491In der Integrationspolitik dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden.
4492Zuwanderung und Integration müssen von Anfang an Hand in Hand gehen. Bei Neuzu-
4493wanderern wollen wir deshalb Vorintegrationsmaßnahmen schon im Herkunftsland,
4494aber auch Beratungsangebote nach der Einreise verstärken.

4495

4496Dazu gehören neue Informationsangebote, insbesondere zum Spracherwerb, zur Aner-
4497kennung von Berufsabschlüssen, über unser Bildungs- und Gesundheitssystem sowie
4498über Möglichkeiten des Aufenthalts zum Zweck der Arbeitsaufnahme und des Studi-
4499ums. Bestehende Angebote müssen verbessert und miteinander vernetzt werden. Wir
4500wollen einen schnelleren Zugang zu Integrationsmaßnahmen, z. B. in den Integrations-
4501kurs, erreichen.

4502

4503*Armutswanderung innerhalb der EU – Akzeptanz der Freizügigkeit erhalten*

4504Wir wollen die Akzeptanz für die Freizügigkeit in der EU erhalten. Wir werden deshalb
4505der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entge-
4506genwirken.

4507

4508Zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten werden wir uns
4509dafür einsetzen, dass EU-Finanzmittel von den Herkunftsländern abgerufen und ziel-

4510gerichtet eingesetzt werden. Dafür werden wir Verwaltungsunterstützung anbieten.
4511Wir werden uns in der EU dafür einsetzen, dass die Herkunftsländer im Rahmen der
4512europarechtlichen Regelungen jedem Staatsangehörigen die europäische Kranken-
4513versichertenkarte (EHIC) diskriminierungsfrei ausstellen. Wir wollen im nationalen
4514Recht und im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben durch Änderungen erreichen,
4515dass Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden. Da-
4516für sind ein konsequenter Verwaltungsvollzug, die Bekämpfung von Scheinselbstän-
4517digkeit und Schwarzarbeit, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Zoll und Be-
4518hörden vor Ort, ein besserer behördlicher Datenaustausch, die Ermöglichung von be-
4519fristeten Wiedereinreiseperrern sowie aufsuchende Beratung notwendig. Unter Be-
4520rücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs sollen An-
4521spruchsvoraussetzungen und Leistungsausschlüsse in der Grundsicherung für Ar-
4522beitsuchende präzisiert werden.

4523

4524Die Armutswanderung führt in einzelnen großstädtisch geprägten Kommunen zu erheb-
4525lichen sozialen Problemlagen bei der Integration, Existenzsicherung, Unterbringung und
4526Gesundheitsversorgung. Wir erkennen die Belastung der Kommunen bei der Bewälti-
4527gung ihrer Aufgaben an. Besonders von Armutsmigration betroffene Kommunen sollen
4528zeitnah die Möglichkeit erhalten, bestehende bzw. weiterzuentwickelnde Förderpro-
4529gramme des Bundes (z. B. Soziale Stadt) stärker als bisher zu nutzen.

4530

4531*Flüchtlingsschutz und humanitäre Fragen*

4532Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen, die sich in die hiesigen Le-
4533bensverhältnisse nachhaltig integriert haben, eine Perspektive zu eröffnen, wollen wir
4534eine neue alters- und stichtagsunabhängige Regelung in das Aufenthaltsgesetz einfü-
4535gen. Grundlage soll BR Drs. 505/12 (B) vom 22. März 2013 sein. Grundsätzlich setzt
4536die Erteilung einer entsprechenden Aufenthaltserlaubnis die überwiegende Sicherung
4537des Lebensunterhalts voraus. Zudem werden die Anforderungen an die Erteilung einer
4538Aufenthaltserlaubnis an Jugendliche und Heranwachsende (§ 25a AufenthG) verein-
4539facht, um der besonderen Integrationsfähigkeit dieser speziellen Gruppe Rechnung zu
4540tragen.

4541

4542Vor dem Hintergrund der erheblich gestiegenen Zugangszahlen im Asylbereich setzen
4543wir uns – auch im Interesse der Schutzsuchenden – mit besonderem Vorrang für die
4544Verkürzung der Bearbeitungsdauer bei den Asylverfahren ein. Die Verfahrensdauer bis
4545zum Erstentscheid soll drei Monate nicht übersteigen. Im Interesse eines wirkungsvol-
4546len Asylrechts muss auch schnell Klarheit bestehen, wer keinen Anspruch auf Schutz
4547geltend machen kann.

4548

4549Wir werden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell ausreichend aus-
4550statten, damit angesichts steigender Asylbewerberzahlen zügige und rechtsstaatliche
4551Asylverfahren gewährleistet sind.

4552

4553Wir wollen die Westbalkanstaaten Bosnien und Herzegowina, EJR Mazedonien und Ser-
4554bien als sichere Herkunftsstaaten im Sinne von § 29a Asylverfahrensgesetz einstufen,
4555um aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten
4556und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können. Wir wollen uns zu-
4557gleich gegenüber den Regierungen dieser Staaten und der EU-Kommission dafür ein-
4558setzen, rasche und nachhaltige Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation vor Ort
4559zu ergreifen.

4560

4561 Die Länder an den Außengrenzen der EU sind mit einer großen Zahl von
4562 Flüchtlingen konfrontiert. Bei der EU-Flüchtlingspolitik fordern wir mehr Solidarität
4563 unter den EU-Mitgliedstaaten.

4564

4565 Zugleich treten wir bei FRONTEX-kooordinierten Maßnahmen der Grenzsicherung
4566 sowie bei der Kooperation mit Drittstaaten für die konsequente Einhaltung
4567 menschenrechtlicher und humanitärer Standards ein. Der Grundsatz der
4568 Nichtzurückweisung und die Pflicht zur Seenotrettung müssen umfassend geachtet
4569 werden.

4570

4571 Das sogenannte „Resettlement“-Verfahren, bei dem besonders schutzbedürftige Flücht-
4572 linge aus dem Ausland aufgenommen werden, soll in Zusammenarbeit mit dem Flücht-
4573 lingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) fortgesetzt, verstetigt und spätestens
4574 2015 quantitativ in Abstimmung mit der Innenministerkonferenz (IMK) deutlich ausge-
4575 baut werden. Wir werden den Familiennachzug bei Resettlement-Flüchtlingen erleich-
4576 tern.

4577

4578 Zur konsequenten Rückführung nicht schutzbedürftiger Menschen werden wir eine ab-
4579 gestimmte Strategie begründen. Angesichts der weltweit zunehmenden Mobilität und
4580 Migration sollten Migrationsfragen mit dem Ziel einer besseren Steuerung der Zuwande-
4581 rung und zur Bekämpfung der Ursachen von unfreiwilliger Migration und Flucht stärker
4582 und konkreter in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Drittstaaten verankert
4583 werden. Hierdurch soll ein besseres Ineinandergreifen von Migrations-, Außen- und Ent-
4584 wicklungspolitik geschaffen werden, die den Bereich Rückkehrförderung und Identitäts-
4585 klärung einschließt. Die Bereitschaft von Herkunfts- und Transitstaaten bei der Bekämp-
4586 fungung der illegalen Migration, der Steuerung legaler Migration und dem Flüchtlingsschutz
4587 besser zu kooperieren soll geweckt oder gestärkt werden. Hierzu bedarf es der Erarbei-
4588 tung einer „Strategie für Migration und Entwicklung“.

4589

4590 Es bedarf einer Weiterentwicklung des Ausweisungsrechts im Hinblick auf Täter
4591 schwerwiegender Straftaten und gewaltbereite Extremisten sowie der Vorschriften zur
4592 Durchsetzung von Aufenthaltsbeendigungen mit Blick auf Praktikabilität und Einhaltung
4593 europarechtlicher Vorgaben an.

4594

4595 Die räumliche Beschränkung (sogenannte Residenzpflicht), für Asylbewerber und Ge-
4596 duldete wird auf das jeweilige Land ausgeweitet. Hiervon unbenommen bleiben Verein-
4597 barungen zwischen den Ländern zugunsten genereller landesübergreifender Bewe-
4598 gungsfreiheit. Vorübergehendes Verlassen des Landes ist bis zu einer Woche auf der
4599 Grundlage einer einseitigen Mitteilung unter Angabe des Zielorts möglich. Eine räumli-
4600 che Beschränkung des Aufenthalts kann bei Straftätern und Personen, bei denen Ver-
4601 stöße gegen das Betäubungsmittelgesetz bekannt geworden sind oder bei denen auf-
4602 enthaltsbeendende Maßnahmen konkret bevorstehen, angeordnet werden. Bei Studi-
4603 um, Berufsausübung und -ausbildung besteht in der Regel ein Anspruch auf Befreiung
4604 von der räumlichen Beschränkung und Wohnsitzauflage.

4605

4606 Die UN-Kinderrechtskonvention ist Grundlage für den Umgang mit Minderjährigen, die
4607 als Flüchtlinge unbegleitet nach Deutschland kommen. Durch eine Anhebung des Alters
4608 auf 18 Jahren im Asyl- und Aufenthaltsrecht wird der Vorrang des Jugendhilferechts für
4609 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge festgeschrieben.

4610

4611 Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird für Asylbewerber und Geduldete nach drei Monaten
4612 erlaubt. Asylbewerbern und Geduldeten werden wir in Zusammenarbeit mit den Län-
4613 dern den frühen Spracherwerb ermöglichen.

4614

4615 Wir werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleis-
4616 tungsgesetz zügig umsetzen.

4617

4618 **Menschen mit und ohne Behinderung**

4619

4620 „Nichts über uns ohne uns“

4621 Leitidee der Politik der neuen Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen ist
4622 die inklusive Gesellschaft. Menschen mit und ohne Behinderungen sollen zusammen
4623 spielen, lernen, leben, arbeiten und wohnen. In allen Bereichen des Lebens sollen
4624 Menschen mit Behinderungen selbstverständlich dazugehören – und zwar von An-
4625 fang an. Menschen mit Behinderungen sind Experten in eigener Sache, ihre Beteili-
4626 gung an den Entscheidungsprozessen wollen wir besonders berücksichtigen – nach
4627 dem Motto „Nichts über uns ohne uns“.

4628

4629 *UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen*

4630 Auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft ist die UN-Behindertenrechtskonvention
4631 (UN-BRK) bei politischen Entscheidungen, die die Menschen mit Behinderungen be-
4632 treffen, zu berücksichtigen. Gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen und
4633 deren Organisationen werden wir den Nationalen Aktionsplan weiterentwickeln.
4634 Wichtige Etappenziele sind mehr Teilhabe, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit im
4635 Alltag. Der leichtere Zugang für Menschen mit Behinderungen zu Transportmitteln,
4636 Informationen und Kommunikation sowie zu Einrichtungen und Diensten ist unab-
4637 dingbar. Die Lebenssituation taubblinder Menschen werden wir dabei besonders be-
4638 rücksichtigen.

4639

4640 *Inklusiven Arbeitsmarkt stärken*

4641 Zentrales Element der sozialen Inklusion ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Wir wol-
4642 len die Integration von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeits-
4643 markt begleiten und so die Beschäftigungssituation nachhaltig verbessern. Dazu ge-
4644 hört auch die Anerkennung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements der
4645 Schwerbehindertenvertretungen. In den Jobcentern muss ausreichend qualifiziertes
4646 Personal vorhanden sein, um die Belange von Menschen mit Behinderungen zu er-
4647 kennen, fachkundig zu beraten und zu vermitteln. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber
4648 sollen sensibilisiert werden, um das Potential von Menschen mit Behinderungen zu
4649 erkennen und sie zu beschäftigen. Gemeinsam mit den Sozialpartnern werden wir
4650 u. a. im Rahmen der Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung die An-
4651 strengungen für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung erhöhen.
4652 Wir wollen den Übergang zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
4653 und dem ersten Arbeitsmarkt erleichtern, Rückkehrrechte garantieren und die Erfah-
4654 rungen mit dem „Budget für Arbeit“ einbeziehen.

4655

4656 *Eingliederungshilfe reformieren – Modernes Teilhaberecht entwickeln*

4657 Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen für mehr In-
4658 klusion brauchen einen sicheren gesetzlichen Rahmen. Wir werden deswegen unter
4659 Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz für
4660 Menschen mit Behinderungen erarbeiten. Dabei werden wir die Einführung eines
4661 Bundesteilhabegeldes prüfen.

4662

4663Wir wollen die Menschen, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur einge-
4664schränkte Möglichkeiten der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft haben, aus
4665dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herausführen und die Eingliederungshilfe zu einem
4666modernen Teilhaberecht weiterentwickeln. Die Leistungen sollen sich am persönli-
4667chen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens per-
4668sonenbezogen ermittelt werden. Leistungen sollen nicht länger institutionenzentriert,
4669sondern personenzentriert bereit gestellt werden. Wir werden das Wunsch- und
4670Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechts-
4671konvention berücksichtigen. Menschen mit Behinderung und ihre Verbände werden
4672von Anfang an und kontinuierlich am Gesetzgebungsprozess beteiligt.

4673

4674Im Interesse von Kindern mit Behinderungen und ihren Eltern sollen die Schnittstel-
4675len in den Leistungssystemen so überwunden werden, dass Leistungen möglichst
4676aus einer Hand erfolgen können.

4677

4678*Barrierefreiheit im Netz*

4679Die Digitalisierung bietet eine Vielzahl von Chancen für Menschen mit Einschränkun-
4680gen. Wir prüfen daher, ob durch ein Prüfsiegel „Barrierefreie Website“ für Verwaltung
4681und Wirtschaft die Gleichstellung behinderter Menschen unterstützt werden kann.

4682

4683**Aussiedler, Heimatvertriebene und nationale Minderheiten**

4684

4685Wir halten die mahnende Erinnerung an Flucht und Vertreibung durch einen Gedenk-
4686tag lebendig, halten weiterhin an den Möglichkeiten vertriebenenrechtlicher Aufnah-
4687me in Deutschland fest und werden unsere Hilfen für die deutschen Minderheiten in
4688den Herkunftsgebieten der Aussiedler fortsetzen. Wir stehen zu den eingegangenen
4689Vereinbarungen europäischer Minderheitenpolitik und verpflichten uns weiterhin zur
4690Förderung der vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen, Sorben, Frie-
4691sen sowie deutsche Sinti und Roma – und der deutschen Minderheit in Dänemark
4692sowie den deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa und den Nachfol-
4693gestaaten der Sowjetunion.

4694

4695Die sorbische Sprache und Kultur als Ausdruck der Identität des sorbischen Volkes
4696gilt es zu bewahren. Daher wollen wir die Arbeit der Stiftung für das sorbische Volk
4697langfristig sicherstellen und dafür den Bundeszuschuss sichern.

4698

46994.2 **Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land**

4700

4701**Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste**

4702

4703*Bürgerschaftliches Engagement*

4704Unser Gemeinwesen ist auf die Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerin-
4705nen und Bürger angewiesen. Ihre Möglichkeiten zum Engagement wollen wir weiter
4706fördern. In Deutschland engagieren sich Menschen aller Altersgruppen in den unter-
4707schiedlichsten Bereichen: Sie betätigen sich bei der Feuerwehr und im Katastrophen-
4708schutz, in Gewerkschaften und Sozialverbänden, in Sportvereinen, in Kirchengemein-
4709den und nationalen wie internationalen Hilfsorganisationen, in Nachbarschafts-
4710initiativen und Selbsthilfegruppen, in der Bildung und in kulturellen Einrichtungen. Die
4711Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger halten unser Ge-
4712meinwesen zusammen und machen es erst lebendig.

4713

4714Wir wollen die Voraussetzungen für ehrenamtliches Engagement verbessern. Die Er-
4715fahrungen, die im bürgerschaftlichen Engagement gemacht werden, und die Ideen,
4716die dort entstehen, werden wir verstärkt aufnehmen. Wir wollen für mehr Anerken-
4717nung für das Engagement aller Generationen und die Arbeit im Ehrenamt sorgen. Ein
4718Signal der Anerkennung ist der Deutsche Engagementpreis. Wir unterstützen und
4719fördern die Arbeit der Wohlfahrtsverbände. Soziale Innovationen auch von Sozialun-
4720ternehmen sind unterstützungswert.

4721

4722Wir wollen die Gründung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem En-
4723gagement (z. B. Dorfläden, KITAS, altersgerechtes Wohnen, Energievorhaben) er-
4724leichtern. Für solche Initiativen soll eine geeignete Unternehmensform im Genos-
4725senschafts- oder Vereinsrecht zur Verfügung stehen, die unangemessenen Auf-
4726wand und Bürokratie vermeidet.

4727

4728*Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste*

4729Freiwilligendienste sind eine besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements
4730und Bildungsdienste. Wir wollen sie in ihrer bewährten Vielfalt und unter Wahrung ih-
4731rer hohen Qualität weiter entwickeln und in zivilgesellschaftlicher Verantwortung aus-
4732bauen.

4733

4734Der Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes zeigt, dass alle Altersgruppen einen Frei-
4735willigendienst leisten können und wollen. Wir wollen diesen Dienst weiterhin so ge-
4736stalten, dass er generationenübergreifende Ansätze fördert und differenzierte Bil-
4737dungsangebote macht. Wir wollen an den Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes und
4738der Jugendfreiwilligendienste anknüpfen und Menschen nachhaltig für bürgerschaftli-
4739ches Engagement gewinnen.

4740

4741Wir werden gemeinsam mit Ländern, Hochschulen, Kommunen und privaten Betrie-
4742ben und anderen Akteuren die Anerkennungskultur für Freiwillige ausbauen. Wir wer-
4743den durch die Ausstellung eines einheitlichen Freiwilligendienstausweis für alle Frei-
4744willigen die Voraussetzungen für Vergünstigungen verbessern.

4745Für die Weiterentwicklung werden wir die Ergebnisse der aktuellen wissenschaftli-
4746chen Evaluation aufgreifen. Auch werden wir Programme der Träger unterstützen,
4747vor allem, wenn diese auf den Erwerb zusätzlicher formaler Qualifikationen zielen.
4748Wir werden zur Stärkung der Anerkennungskultur ein Gesamtkonzept des freiwilligen
4749Engagements entwickeln, das neben dem Bundesfreiwilligendienst und den Jugend-
4750freiwilligendiensten auch einen weiterentwickelten Freiwilligendienst bei der Bundes-
4751wehr beinhaltet.

4752

4753Die Freiwilligendienste junger Deutscher im Ausland und von Ausländerinnen und
4754Ausländern, die nach Deutschland kommen, werden wir noch gezielter auf die Inter-
4755essen und Bedürfnisse der Freiwilligen ausrichten und dafür die Zuständigkeit für alle
4756geregeltten Auslandsfreiwilligendienste im Bundesministerium für Familie, Senioren,
4757Frauen und Jugend bündeln.

4758

4759Angesichts des Bildungs- und Orientierungscharakter der Freiwilligendienste sind sie
4760umsatzsteuerfrei.

4761

4762**Qualitätsvolles und bezahlbares Wohnen**

4763

4764 *Bündnis für Wohnen*

4765 Eine hohe Wohn- und Lebensqualität der Menschen in Deutschland sind ein wichti-
4766 ges Ziel unserer Politik. Dem weiter wachsenden Wohnungsbedarf in den Ballungs-
4767 zentren und vielen Groß- und Hochschulstädten, dem notwendigen energetischen
4768 Umbau sowie den demografischen und sozialen Herausforderungen muss entspro-
4769 chen werden. Dazu setzen wir auf einen wohnungspolitischen Dreiklang aus einer
4770 Stärkung der Investitionstätigkeit, einer Wiederbelebung des Sozialen Wohnungs-
4771 baus und einer ausgewogenen mietrechtlichen und sozialpolitischen Flankierung.
4772 Alle Maßnahmen werden wir in einem Aktionsprogramm zur Belebung des Woh-
4773 nungsbaus und der energetischen Gebäudesanierung zusammenfassen. Wir streben
4774 dazu ein Bündnis mit den Ländern, Kommunen und allen relevanten gesellschaftli-
4775 chen Akteuren an. Den Immobilienwirtschaftlichen Dialog werden wir ausbauen.
4776

4777 *[Wohnungsbau stärken]*

4778 Um noch mehr Impulse für Wohnungsbauinvestitionen zu setzen, wollen wir für die
4779 Dauer von fünf Jahren die [degressive Abschreibung für den Mietwohnungsbau] wie-
4780 der einführen. Dies gilt in von den Ländern nach dem Mietrecht festgelegten Gebie-
4781 ten mit nachgewiesenen angespannten Wohnungsmärkten.]
4782

4783 Die Wohnungsbauprämie und die Arbeitnehmer-Sparzulage bleiben erhalten. Für
4784 das genossenschaftliche Wohnen verbessern wir die Rahmenbedingungen und prü-
4785 fen, wie der Erwerb von Genossenschaftsanteilen, die sich im Gegenzug zu Neubau
4786 verpflichten, besser gefördert werden kann.

4787

4788 Die Initiative zur Schaffung zusätzlichen studentischen Wohnraums setzen wir fort.

4789

4790 *[Liegenschaftspolitik]*

4791 Einen wichtigen Beitrag für mehr Wohnbauland können nicht mehr benötigte Liegen-
4792 schaften im öffentlichen Eigentum leisten.

4793 Kommunen sollen zudem künftig deutlich schneller gegenüber der BImA auf das In-
4794 strument der Wertaufholungsklausel zugreifen können, um freie Konversionsflächen
4795 nutzen zu können. Wir werden die Kommunen bei der Umnutzung ehemals militä-
4796 risch genutzter Standorte unterstützen, indem wir ihnen Zuschüsse für erforderliche
4797 Investitionen zur Entwicklung der Standorte gewähren. Das zu entwickelnde Konver-
4798 sionsprogramm für die gesamte Legislaturperiode ist mit insgesamt 100 Mio. Euro
4799 auszustatten.]

4800

4801 *Sozialer Wohnungsbau/Wohngeld*

4802 Wir setzen auf eine Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus. Wir unterstützen
4803 die hierfür zuständigen Länder bis Ende 2019 mit jährlich 518 Mio. Euro. Zugleich er-
4804 warten wir von den Ländern, dass sie diese Mittel zweckgebunden für den Bau neuer
4805 Sozialwohnungen, neue Sozialbindungen sowie für die sozialverträgliche Sanierung
4806 des Wohnungsbestandes einsetzen und diese Vorhaben zusätzlich mit eigenen Mit-
4807 teln unterstützen – dokumentiert in einem ausführlichen Berichtssystem an den
4808 Bund.

4809

4810 Um Menschen mit geringeren Einkommen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu er-
4811 möglichen, wollen wir die Leistungen des Wohngeldes weiter verbessern, indem wir
4812 Leistungshöhe und Miethöchstbeträge an die Bestandsmieten- und Einkommensent-
4813 wicklung anpassen.

4814

4815 *Bezahlbare Mieten*

4816 Damit Wohnraum insbesondere in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten be-
4817 zahlbar bleibt, räumen wir den Ländern für die Dauer von fünf Jahren die Möglichkeit
4818 ein, in Gebieten mit nachgewiesenen angespannten Wohnungsmärkten bei Wieder-
4819 vermietung von Wohnraum die Mieterhöhungsmöglichkeiten auf maximal 10 Prozent
4820 über der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Erstvermietungen in Neubau-
4821 ten sowie Anschlussvermietungen nach umfassenden Modernisierungen sind davon
4822 ausgeschlossen. Die mögliche Wiedervermietungsmiete muss mindestens der bishe-
4823 rigen Miethöhe entsprechen können. Die Ausweisung dieser Gebiete durch die Län-
4824 der soll an die Erarbeitung eines Maßnahmenplans zur Behebung des Wohnungs-
4825 mangels in den Gebieten gekoppelt werden. Es bleibt bei der geltenden Regelung
4826 zur Begrenzung von Erhöhungen der Bestandsmieten auf 15 Prozent bis zur ortsübli-
4827 chen Vergleichsmiete (sog. „Kappungsgrenze“) in von den Ländern ausgewiesenen
4828 Gebieten innerhalb von drei Jahren.

4829

4830 Künftig sollen nur noch höchstens 10 % - längstens bis zur Amortisation der Moderni-
4831 sierungskosten - einer Modernisierung auf die Miete umgelegt werden dürfen. Durch
4832 eine Anpassung der Härtefallklausel im Mietrecht (§ 559 Abs. 4 BGB) werden wir
4833 einen wirksamen Schutz der Mieter vor finanzieller Überforderung bei Sanierungen
4834 gewährleisten.

4835

4836 Wir werden für alle Rechtsgebiete klarstellen, dass nur die tatsächliche Wohn- bzw.
4837 Nutzfläche Grundlage für Rechtsansprüche z. B. für die Höhe der Miete, für Mieter-
4838 erhöhungen sowie für die umlagefähigen Heiz- und Betriebskosten sein kann.

4839 Wir sorgen dafür, dass im Mietspiegel die ortsübliche Vergleichsmiete auf eine brei-
4840 tere Basis gestellt und realitätsnäher dargestellt wird.

4841 Wir halten wirksame Instrumente gegen grobe Vernachlässigung von Wohnraum
4842 durch den Eigentümer für notwendig. Wir werden entsprechende Regelungen prüfen.

4843

4844 Für Maklerleistungen wollen wir klare bundeseinheitliche Rahmenbedingungen und
4845 ebenso Qualitätssicherung erreichen. Vermieter und Mieter sollen weiter als Auftrag-
4846 geber auftreten können. Dabei gilt das marktwirtschaftliche Prinzip: wer bestellt, der
4847 bezahlt. Wir wollen im Maklerrecht Anreize für eine bessere Beratung des Verbrau-
4848 chers beim Immobilienerwerb schaffen. Hierzu streben wir als weitere Option des
4849 Verbrauchers eine erfolgsunabhängige Honorierung entsprechend dem Beratungs-
4850 aufwand an. Zudem wollen wir einen Sachkundenachweis einführen und Standards
4851 aus anderen Beratungsberufen auf das Maklergewerbe übertragen. Wir werden be-
4852 rufliche Mindestanforderungen und Pflichtversicherungen für Wohnungsverwalter
4853 und Immobilienmakler verankern.

4854

4855

4856 Den Verbraucherschutz bei Bau- und Dienstleistungen für Bauherren und Immobilie-
4857 neigentümer wollen wir ausbauen, insbesondere im Bauvertragsrecht und bei der
4858 Fremdverwaltung von Wohnungen.

4859

4860 Bei der Einführung des Datenbankgrundbuches werden wir die Einsichtnahme des
4861 Verwalters am elektronischen Verfahren regeln.

4862

4863 *Generationen- und altersgerechter Wohnraum*

4864 Wir wollen die Schaffung von mehr generationengerechtem Wohnraum unterstüt-
4865 zen. Gerade ältere Menschen benötigen barrierefreie und -arme Wohnungen und

4866ein Wohnumfelder, um selbstbestimmt und altersgerecht wohnen zu können. Zur
4867Förderung des generationengerechten Umbaus werden wir ein neues Programm
4868„Altersgerecht Umbauen“ auflegen, mit Investitionszuschüssen ausstatten und da-
4869mit das bestehende KfW-Darlehensprogramm ergänzen. Im CO₂-Gebäude-
4870sanierungsprogramm soll bei zusätzlichen Maßnahmen zum altersgerechten und
4871barrierefreien Umbauen ein Förderbonus verankert werden. Gemeinschaftliche
4872Wohnformen von älteren Menschen wollen wir unterstützten und modellhaft för-
4873dern.

4874

4875 **Energieeffizientes Bauen und Sanieren**

4876Wir werden das energieeffiziente Bauen und Sanieren als entscheidenden Beitrag
4877zur Energiewende weiter fördern und wollen dafür sorgen, dass qualitätsvolles, ener-
4878giesparendes Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Das Wirtschaftlichkeitsgebot, Tech-
4879nologieoffenheit und der Verzicht auf Zwangssanierungen bleiben feste Eckpunkte
4880des Energiekonzepts. Die aktuell geltenden ordnungsrechtlichen Vorgaben werden
4881wir nicht verschärfen und ihre Wirkungen evaluieren.

4882

4883Neue Technologien für noch mehr Gebäudeenergieeffizienz und zur Steigerung von
4884Erzeugung und Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudebereich werden wir weiter
4885unterstützen. Die staatliche Förderung der Energieberatung im Gebäudebereich wer-
4886den wir fortsetzen und bündeln.

4887

4888Wir werden das Quartier als wichtige Handlungsebene, z. B. für dezentrale Strom-
4889und Wärmeversorgung stärken. Das KfW-Programm zur energetischen Stadtsanie-
4890rung schreiben wir fort und werben bei den Ländern für zusätzliche Finanzierungs-
4891beiträge. Für vom demografischen Wandel besonders betroffene Gebiete wollen wir
4892einen Sanierungsbonus als gezielten Anreiz zur Erhaltung und Schaffung von ener-
4893getisch hochwertigem und barrierearmen Wohnraum einrichten.

4894

4895 **Bauqualität**

4896Zur Sicherung des hohen Niveaus deutscher Bautechnik, Bautechnologien und Bau-
4897stoffe intensivieren wir die Bauforschung und starten Pilotprojekte, um die wirtschaft-
4898lichen Ziele des Bauens mit den Anforderungen der Energiewende, der Baukultur
4899und neuer Technologien stärker zu verbinden.

4900

4901Unsere Anstrengungen für nachhaltiges und innovatives Planen und Bauen wie die
4902Effizienzhaus-Technologie, die in der „Forschungsinitiative Zukunft Bau“ gebündelt
4903sind, werden wir im engen Dialog mit der Bau- und Immobilienwirtschaft ausbauen.

4904

4905Die mit Bundesbauten verbundene Vorbildfunktion nehmen wir wahr – insbesondere
4906bei Baukultur und Energieeffizienz. Die Kompetenzen des Bundesamtes für Bau- und
4907Raumordnung für die baufachliche Betreuung der Hochbaumaßnahmen des Bundes
4908stärken wir und entwickeln es zu einem noch leistungsfähigeren Koordinierungszen-
4909trum weiter – vor allem zur Sicherung von Qualität, Kosten- und Termintreue.

4910

4911Große öffentliche Bauvorhaben müssen in puncto Baukosten und Termintreue wie-
4912der verlässlicher werden. Die eigens eingerichtete „Reformkommission Großprojekte“
4913wird 2015 hierzu Vorschläge vorlegen. Auf dieser Basis werden wir prüfen, welche
4914Änderungen im Planungsrecht, im Vergaberecht, im Haushaltsrecht und in weiteren
4915Anwendungsgebieten vorgenommen werden sollen. Mit einer Baukostensenkungs-

4916kommission überprüfen wir preistreibende und überdimensionierte Standards und
4917Kosten von Materialien und Verfahren insbesondere der energetischen Sanierung.
4918

4919**Stadt- und Regionalentwicklung**

4920

4921*Städtebauförderung weiterentwickeln*

4922Das Erfolgsmodell Städtebauförderung werden wir in gemeinsamer Verantwortung
4923von Bund, Ländern und Gemeinden fortführen und im Dialog mit allen an der Stadt-
4924entwicklung beteiligten Akteuren weiterentwickeln. Die Bundesmittel hierfür werden
4925wir auf jährlich 700 Mio. Euro erhöhen. Die Programme der Städtebauförderung sol-
4926len die Kommunen insbesondere beim demografischen, sozialen und ökonomischen
4927Wandel sowie beim Klimaschutz unterstützen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und
4928Bürger, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren sowie die Zusammenar-
4929beit mit privaten Immobilienbesitzern und Wohnungsgesellschaften werden wir aus-
4930bauen. Wir vereinfachen die Bündelung mit anderen Förderprogrammen. Wir stellen
4931mit einem der Höhe nach begrenzten „Eigenanteilfonds“ von Bund und Ländern si-
4932cher, dass auch Kommunen in Haushaltsnotlage nicht von der Förderung ausge-
4933schlossen sind. Wir werten das Programm Soziale Stadt auf und sichern dort analog
4934zu den anderen Städtebauförderprogrammen den flexiblen Mitteleinsatz.

4935

4936*Stadtumbauprogramme Ost und West vereinheitlichen*

4937Die bewährten Stadtumbauprogramme führen wir perspektivisch (unter Berücksichti-
4938gung des Solidarpakts, Korb II) zu einem einheitlichen, inhaltlich aufgewerteten und
4939integrierten Stadtumbauprogramm zusammen.

4940

4941*Soziale Stadt: Integration und Teilhabe sichern*

4942Das Programm „Soziale Stadt“ werden wir im Rahmen der Städtebauförderung als
4943Leitprogramm der sozialen Integration stärken und mit jährlich 150 Mio. Euro ausstat-
4944ten. Es bildet die Grundlage für eine ressortübergreifende Strategie „Soziale Stadt“,
4945mit der wir additiv Fördermittel aus Programmen anderer Ressorts in Gebieten mit
4946erhöhten Integrationsanforderungen bündeln.

4947

4948**Umwelt**

4949

4950Der Schutz und die Bewahrung der natürlichen Schöpfung erhält unsere elementare
4951Lebensgrundlage und ist Teil unserer Verantwortung für künftige Generationen. Um-
4952weltschutz ist für uns eine Investition in Lebensqualität, auf die alle Menschen einen
4953Anspruch haben.

4954

4955*Nachhaltigkeit*

4956Für uns ist die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung grundlegendes Ziel und
4957Maßstab des Regierungshandelns. Dies gilt insbesondere für eine Post-2015-Agen-
4958da für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Wir werden uns für eine Stär-
4959kung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie einsetzen. Wir verstärken die natio-
4960nalen Nachhaltigkeitsziele und setzen sie um, wie etwa im öffentlichen Beschaf-
4961fungswesen. Wir wollen „Bildung zur Nachhaltigen Entwicklung“ in allen Bildungsbe-
4962reichen stärker verankern. Die Ergebnisse der Enquetekommission „Wachstum,
4963Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages werden einbezogen. Der
4964Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wird erneut eingesetzt und in
4965seiner Funktion gestärkt. Die ressortübergreifende Koordinierung wird ausgebaut. Im

4966Subventionsbericht der Bundesregierung wird stärker überprüft, ob die Maßnahmen
4967nachhaltig sind.

4968

4969*Innovationen für mehr Ressourceneffizienz*

4970Innovationen im Umwelt- und Klimaschutz sowie Ressourceneffizienz bieten Wachs-
4971tumchancen. Wir starten eine „Exportinitiative für Umwelttechnologien“. Neue Be-
4972rufs- und Qualifikationsanforderungen, auch im Rahmen der dualen Ausbildung, wer-
4973den aufgezeigt. Wir erarbeiten ein integriertes umfassendes Umweltprogramm mit
4974der Perspektive 2030, das langfristige Ziele und Schwerpunkte formuliert. Um die In-
4975novations- und Umweltpolitik ressortübergreifend zu verzahnen, wird der „Masterplan
4976Umwelttechnologien“ fortentwickelt und ein Aktionsplan für Öko-Innovationen aufge-
4977stellt, der den Eco-Innovation Action Plan der EU national unterlegt.

4978

4979Ressourceneffizienz ist aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen un-
4980abdingbar. Wir wollen die beschlossene Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis
49812020 gegenüber 1994 erreichen. Deshalb wird das Deutsche Ressourceneffizienz-
4982programm weiterentwickelt, eine Plattform für Ressourceneffizienz etabliert.

4983

4984*Kreislaufwirtschaft*

4985Wir entwickeln die Kreislaufwirtschaft zu einem effizienten Instrument einer nachhalti-
4986gen Stoffstromwirtschaft. Wir schaffen rechtliche Grundlagen zur Einführung der ge-
4987meinsamen haushaltsnahen Wertstoffeffassung für Verpackungen und andere Wert-
4988stoffe. Anspruchsvolle Recyclingquoten, Wettbewerb und Produktverantwortung wer-
4989den als Eckpunkte einer modernen Kreislaufwirtschaft gefestigt. Die Europäische
4990Elektroaltgeräterichtlinie wird zügig in nationales Recht umgesetzt, Sammelmengen
4991von Elektro- und Elektronikschrott erhöht, Rücknahmesysteme für wieder verwend-
4992bare Produkte ausgebaut und die Rückgabe von Gebrauchsgütern erleichtert. Beim
4993Recycling von Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik sind Daten-
4994sicherheit und -schutz zu gewährleisten. Zur Eindämmung der illegalen Ausfuhr von
4995Elektroschrott erfolgt eine Beweislastumkehr. Künftig muss der Exporteur nachwei-
4996sen, dass es sich nicht um Abfälle handelt.

4997

4998„Gebrauchen aber nicht verbrauchen“ ist das Prinzip beim Umgang mit der begrenz-
4999ten Ressource Boden. Gemäß der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir die
5000Flächenneuinanspruchnahme bis 2020 auf höchstens 30 ha pro Tag begrenzen. Wir
5001werden u. a. prüfen, wie wir sinnvolle Nutzungsmischungen in innerstädtischen Ge-
5002bieten mit begrenztem Flächenpotential weiter fördern können. Den Modellversuch
5003zum Handel mit Flächenzertifikaten werden wir weiter begleitet sowie Planungsin-
5004strumente weiterentwickeln und auf Demografiefestigkeit achten. Wir streben an,
5005dass dauerhaft ökologisch aufgewertete Kleingartenanlagen künftig als Ausgleichs-
5006flächen anerkannt werden können.

5007

5008*Naturschutz und biologische Vielfalt*

5009Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat bewahren. Die na-
5010tionale Biodiversitätsstrategie wird umgesetzt. Das Nationale Naturerbe wird um min-
5011destens 30.000 ha erweitert und hierfür Flächen, die aus der militärischen Nutzung
5012genommen werden, von der Privatisierung ausgenommen und an interessierte Län-
5013der, Umweltverbände oder -stiftungen übertragen werden. Damit wird auch dem „2%-
5014Wildnis-Ziel“ bis 2020 bzw. dem „5%-Ziel-natürliche Waldentwicklung“ näher gekom-
5015men. Das Förderprogramm „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ wird weiterge-
5016führt. Wir werden uns für eine „Alpenstrategie“ einsetzen. Das Nagoya-Protokoll wird

5017schnellstmöglich ratifiziert und umgesetzt. Die Zusagen zum internationalen Biodiver-
5018sitätsschutz werden eingehalten. Wir treten für Schutz, Erhalt sowie Wiederaufbau
5019von Wäldern und Waldstrukturen sowie für eine damit verbundene Waldfinanzierung
5020ein. Der REDD+ Mechanismus der Klimarahmenkonvention wird weiterentwickelt.
5021Wir verbessern den Wildtierschutz und gehen gegen Wilderei sowie den illegalen
5022Wildtierhandel und deren Produkte vor; Handel mit und private Haltung von exoti-
5023schen und Wildtieren wird bundeseinheitlich geregelt. Importe von Wildfängen in die
5024EU sollen grundsätzlich verboten und gewerbliche Tierbörsen für exotische Tiere un-
5025tersagt werden. Die Koalition sorgt gemeinsam mit anderen Staaten für einen besse-
5026ren Vogelschutz entlang der Zugrouten.

5027

5028Hochwasserschutz

5029Den Flüssen muss wieder mehr Raum gegeben werden. Das nationale Hochwasser-
5030schutzprogramm wird vorangetrieben, die Chancen der Entwicklung von Flussauen
5031unter Naturschutzaspekten berücksichtigt und für einen fairen Ausgleich mit Interes-
5032sen der Landwirtschaft gesorgt. Wir werden einen Bundesraumordnungsplan zum
5033Hochwasserschutz erstellen, in dem länderübergreifende Standards hinsichtlich
5034hochwassergefährdeter Gebiete, Rückzugsräumen, Poldern etc. entwickelt werden
5035

5036Wir werden bis Ende 2014 mit den Bundesländern ein Nationales Hochwasser-
5037schutzprogramm unter Koordinierung des Bundes erarbeiten. Schwerpunkt sind
5038überregionale Maßnahmen für präventiven Hochwasserschutz sowie einheitliche
5039Maßstäbe für den Hochwasserschutz an unseren Flüssen. Es wird ein Sonderrah-
5040menplan „Präventiver Hochwasserschutz“ aufgelegt. Für den Bau von Hochwasser-
5041schutzanlagen werden wir die Möglichkeiten für beschleunigte Planungs- und Ge-
5042nehmungsverfahren ausschöpfen. Hierzu wollen wir gemeinsam mit den Ländern
5043sowohl bundes- wie landesrechtliche Regelungen auf den Prüfstand stellen und an-
5044passen. Mit unseren europäischen Nachbarländern werden wir in einen intensiven
5045Dialog zum Hochwasserschutz eintreten. Die Rahmenbedingungen für eine Elemen-
5046tarschadensversicherung werden geprüft. Das Gesamtkonzept Elbe wollen wir im
5047Ausgleich der ökologischen und ökonomischen Belange umsetzen. Wir wollen den
5048Donau-Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen auf Basis der Beschlussvariante
5049der Bayerischen Staatsregierung (ohne Staustufe).

5050

5051Gewässer- und Meeresschutz

5052Der Schutz der Gewässer vor Nährstoffeinträgen sowie Schadstoffen soll verstärkt
5053und rechtlich so gestaltet werden, dass Fehlentwicklungen korrigiert werden. Wir
5054werden die Klärschlammasbringung zu Düngezwecken beenden und Phosphor und
5055andere Nährstoffe zurückgewinnen. Die bundeseinheitliche Regelung des Umgangs
5056mit wassergefährdenden Stoffen wird zügig umgesetzt. Wir werden eine Novelle des
5057Bergrechts unter dem Aspekt des Gewässerschutzes und die Grundlagen für eine
5058unterirdische Raumplanung anstreben.

5059

5060Wir setzen uns für ein Schutzgebietsnetz für Hochseegebiete und für Verhandlungen
5061zu einem internationalen Durchführungsübereinkommen ein. Die EU-Meerestrategie-
5062rahmenrichtlinie wird umgesetzt und der gute Umweltzustand in den deutschen
5063Meeresgewässern bis spätestens 2020 erreicht werden. Dazu gehört die Auswei-
5064sung von Schutzgebieten, die Bekämpfung der Überfischung, klare Regeln für Tief-
5065seebergbau und Öl- oder Gasförderung aus großen Tiefen. Für die zehn Natu-
5066ra-2000-Gebiete wird ein Fischereimanagement verankert, um die Schutzziele zu er-
5067reichen. Wir werden die EU-Kommission beim Kampf gegen die Vermüllung der

5068Meere unterstützen, insbesondere beim Vorgehen gegen Plastikeinträge. Union und
5069SPD unterstützen die Einrichtung von Schutzgebieten in Arktis und Antarktis. Die
5070Haftungsregeln zum Antarktis-Umweltschutzprotokoll werden ratifiziert und inner-
5071staatlich umgesetzt.

5072

5073*Umwelt und Gesundheit*

5074Das freiwillige Lärmsanierungsprogramm für Bestandsstrecken wird ausgebaut und
5075rechtlich abgesichert. Der Gesamtlärm von Straße und Schiene muss als Grundlage
5076für Lärmschutzmaßnahmen herangezogen werden. Der Stand der Technik zur Ge-
5077räuschkinderung muss konsequenter in die Praxis eingeführt werden. Dazu werden
5078wir verkehrsrechtliche Instrumente weiterentwickeln sowie Anreize setzen. Der
5079Schienenlärm soll bis 2020 deutschlandweit halbiert werden.

5080

5081Wir wollen den Schutz vor Fluglärm verbessern. Dies soll u. a. durch nach Lärm
5082gestaffelte Flughafengebühren und durch die Erarbeitung eines nationalen Luftver-
5083kehrskonzeptes erreicht werden. Lärmbedingte Betriebsbeschränkungen sind im
5084Luftverkehrsrecht so zu regeln, dass im Einzelfall eine angemessene Abwägung aller
5085Belange stattfindet. Bei Festlegung von Flugverfahren und Flugverkehrskontrollfrei-
5086gaben wird der Lärmschutz insbesondere in den Nachtstunden verbessert. Wir
5087schaffen verbesserte Transparenz und Beteiligung der Kommunen und Öffentlichkeit
5088bei der Festlegung von Flugrouten. Die Rolle der Fluglärmkommissionen soll gestärkt
5089werden. Lärm- und Schadstoffminderungsziele sollen insbesondere auch durch tech-
5090nische Innovationen im Luftverkehr erreicht werden.

5091

5092Wir wollen die Luftqualität verbessern, Schadstoffe bereits an der Quelle mit innovati-
5093ven Techniken reduzieren und dazu auch die Umrüstung mit Rußpartikelfiltern für
5094Pkw und leichte Nutzfahrzeuge weiter fördern.

5095

5096Substanzen, die ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellen, sind in allen Verpa-
5097ckungsmitteln, Kleidung und Alltagsprodukten so weit wie möglich zu vermeiden. Wir
5098tragen zu einem nachhaltigen globalen Chemikalienmanagement bei. Es wird dafür
5099gesorgt, dass Stoffe wie endokrine Disruptoren, atemwegs- und hautsensibilisieren-
5100de und toxische Stoffe, deren chronische Wirkung zu Erkrankungen führt, anhand
5101wissenschaftlich begründeter und klar definierter Kriterien in die Kandidatenliste un-
5102ter REACH aufgenommen werden. Die staatliche Begleitforschung zu Nanomateriali-
5103en ist verstärkt weiterzuführen.

5104

5105Der Schutz von Lebensmitteln vor Umweltkontaminanten wird weiter verbessert. Ge-
5106sundheitliche Gefahren, die von Schädlingen auf Menschen, Flora und Fauna ausge-
5107hen, auf umweltverträgliche Art und Weise abgewehrt en und den Gesundheits-
5108schutz der Bevölkerung beachten. Es wird geprüft, wie der Schutz der Menschen vor
5109nichtionisierender Strahlung, z.B. Ultraschall und Laser, und vor elektromagnetischen
5110Feldern verbessert werden kann.

5111

5112**Landwirtschaft und ländlicher Raum**

5113

5114Wir würdigen die Leistungen der Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland für
5115die Sicherung einer gesunden Ernährung und den Erhalt vielfältiger Kulturlandschaf-
5116ten. Unser Ziel ist eine multifunktional ausgerichtete, bäuerlich unternehmerische
5117Landwirtschaft, die ressourcen- und umweltschonend produziert, die Tierwohl, Nach-
5118haltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet. Leitbild ist eine von Fami-

5119 lien betriebene, regional verankerte, flächendeckende Landwirtschaft unterschiedli-
5120 cher Strukturen und Produktionsweisen. Sie trägt zur Wertschöpfung, gut bezahlter
5121 Arbeit und sicheren Einkommen in den ländlichen Räumen bei.

5122

5123 *Umsetzung der Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Entwicklung ländlicher Räume*

5124 Wir nehmen den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 04.11.2013 zur nationa-
5125 len Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Kenntnis. Eine Erhöhung der Ge-
5126 meinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) um jährlich 200 Mio.
5127 Euro ist für eine Stärkung der ländlichen Entwicklung zielführend. Sie ist finanziell ge-
5128 sondert zu betrachten.

5129

5130 Mit der nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik werden wir besonders
5131 die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung ländlicher Räume fördern.
5132 Die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz wird zu einer „Gemein-
5133 schaftsaufgabe ländliche Entwicklung“ weiterentwickelt. Die Fördermöglichkeiten des
5134 Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
5135 (ELER) sollen umfassend genutzt werden. Für eine integrierte Entwicklung ländlicher
5136 Räume ist es notwendig, Ressortzuständigkeiten besser zu koordinieren. Innerhalb
5137 der Bundesregierung wird ein Schwerpunkt für ländliche Räume, Demografie und
5138 Daseinsvorsorge gebildet.

5139

5140 *Wertschöpfung und Innovation*

5141 Wir wollen die Agrarforschung besser verzahnen und in den Bereichen Tierwohl,
5142 nachhaltige Pflanzenschutzverfahren, Eiweißstrategie und klimaschonende Landwirt-
5143 schaft stärken. Die Arbeit der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) wird unter-
5144 stützt und verstetigt. Das Themenspektrum der Fachagentur für Nachwachsende
5145 Rohstoffe (FNR) wird um den Bereich Nachhaltigkeit erweitert. Wir werden europäi-
5146 sche Forschungsförderungsprogramme in Deutschland zielgerichteter koordinieren.
5147 Das Bundesprogramm „Ökolandbau und andere nachhaltige Formen der Landwirt-
5148 schaft“ wird verstetigt.

5149

5150 Die deutschen Milcherzeuger leisten einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung in
5151 ländlichen Räumen und zum Erhalt der Kulturlandschaft. Wir setzen den Kurs der
5152 Marktausrichtung in der Milchwirtschaft fort. Wir setzen weiterhin auf ein wirksames
5153 und verlässliches Sicherheitsnetz der EU.

5154

5155 Die bestehenden Potenziale zur Energieeinsparung im Gartenbau sollen stärker ge-
5156 nutzt werden.

5157

5158 Der deutsche Weinbau hat eine wichtige Rolle für die Erhaltung einer typischen Kul-
5159 turlandschaft. Wir unterstützen die deutschen Winzer bei ihrer Ausrichtung auf erfolg-
5160 reiche Qualitätserzeugnisse.

5161

5162 Wir werden die Umsetzung der Waldstrategie 2020 vorantreiben und dabei verstärkt
5163 auf die Schutzziele der Biodiversitätsstrategie setzen. Der Klein- und Kleinstprivat-
5164 wald wird mit geeigneten Mitteln in die Entwicklung einbezogen. Länderspezifische
5165 Konzepte zur Zielerreichung bleiben unberührt. Der Waldklimafonds wird angemess-
5166 sen finanziell ausgestattet.

5167

5168 Im Rahmen der Neuordnung des europäischen Saatgutrechts treten wir dafür ein,
5169 dass die Saatgutvielfalt garantiert wird, die Interessen des nicht kommerziellen Be-

5170reichs gewahrt werden und der Zugang zu alten und regionalen Sorten nicht be-
5171schränkt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass es im Rahmen des Nachbaus keine
5172weiteren Einschränkungen für Landwirte und mittelständische Pflanzenzüchter gibt.
5173

5174Wir wollen die traditionelle, arbeitsintensive Küstenfischerei unterstützen sowie die
5175Binnenfischerei und die Aquakultur stärken. Die Reform der Gemeinsamen Fische-
5176reipolitik wird im Sinne der Ressourcenschonung und des Erhalts der Wettbewerbs-
5177fähigkeit der Fischerei umgesetzt. Besonderen Wert legt die Koalition auf den Schutz
5178der Meeresböden und Bestände sowie die Weiterentwicklung der Fangtechnik und
5179Fangmethoden mit dem Ziel der Beifangminderung. Die Koalition wird sich weiterhin
5180für ein konsequentes Verbot des Walfangs sowie ein Handelsverbot mit Walfleisch
5181einsetzen.

5182

5183Die Vermarktung regionaler Produkte wird ausgebaut. Das bundesweit einheitliche
5184„Regionalfenster“ zur Kennzeichnung regionaler Produkte wird evaluiert. Auf dieser
5185Grundlage werden gegebenenfalls verbindliche Kriterien festgelegt. Um die behördli-
5186che Überprüfung der agrarwirtschaftlichen Exporte hinsichtlich Einhaltung der inter-
5187nationalen Standards sowie spezieller Anforderungen einzelner Drittstaaten zu ver-
5188bessern, wird dem Bund eine koordinierende Funktion zugewiesen. Die Exportkom-
5189petenz des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-
5190schutz wird gestärkt.

5191

5192Beim Abschluss bi- und multilateraler Handelsabkommen ist die verbindliche Einhal-
5193tung der hohen europäischen Standards in den Bereichen Verbraucher-, Tier- und
5194Umweltschutz von zentraler Bedeutung.

5195

5196*Außerlandwirtschaftliche Kapitalinvestoren und Flächenprivatisierung*

5197Wir werden die rechtlichen Instrumentarien der Kontrolle des unmittelbaren und mit-
5198telbaren Erwerbs landwirtschaftlicher Flächen durch nicht-landwirtschaftliche und
5199überregionale Investoren prüfen.

5200

5201In Verhandlungen zwischen Bund und Ländern wird geklärt, ob die noch in der Ho-
5202heit des Bundes verbliebenen Treuhandflächen interessierten Ländern übertragen
5203werden können. Die Länder haben damit die Möglichkeit, ein Existenzgründungspro-
5204gramm unter anderem für Junglandwirte zu etablieren. Die Übertragungsbedingun-
5205gen sind so zu gestalten, dass sie den spezifischen agrarstrukturellen, umweltpoliti-
5206schen sowie verfassungs- und haushaltsrechtlichen Bedingungen gerecht werden.

5207

5208*Agrarsoziale Sicherung*

5209Wir werden die Reform der Agrarsozialversicherung intensiv begleiten. Dabei wird
5210die Hofabgabeklausel neu gestaltet.

5211

5212*Tierschutz und Tiergesundheit*

5213Wir nehmen die kritische Diskussion zur Tierhaltung in der Gesellschaft auf und ent-
5214wickeln eine nationale Tierwohl-Offensive. Sie wird die relevanten Rechtsbereiche –
5215das Tiergesundheitsgesetz und das Tierarzneimittelrecht – sinnvoll in einem einheitli-
5216chen Rechtsrahmen zusammenführen. Die gesetzlichen Regeln zur Verringerung
5217des Antibiotika-Einsatzes werden unbürokratisch und praxisnah umgesetzt. Wir wer-
5218den die Sachkunde der Tierhalter fördern. Gleichzeitig erarbeiten wir ein bundesein-
5219heitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme. Ziel ist es außer-
5220dem, EU-weit einheitliche und höhere Tierschutzstandards durchzusetzen.

5221

5222Wir streben eine flächengebundene Nutztierhaltung an. Ziel ist es, eine tiergerechte
5223Haltung in Deutschland zu fördern. Wir werden überdies einen wissenschaftlichen
5224Diskurs über Größen tiergerechter Haltung von Nutztieren auf den Weg bringen.
5225Wir werden gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen die Initiative ergreifen,
5226um das Problem überfüllter Tierheime anzugehen. Die Erforschung von Ersatzme-
5227thoden zum Tierversuch wird intensiviert und dafür die personelle und finanzielle
5228Ausstattung der Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergän-
5229zungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET) gestärkt.

5230

5231*Ethik und Landwirtschaft*

5232Wir treten auf europäischer Ebene für ein Verbot des Klonens von Tieren und des
5233Imports von geklonten Tieren und deren Fleisch ein. Wir streben eine Kennzeich-
5234nungspflicht für Nachkommen von geklonten Tieren und deren Fleisch an.
5235Das bestehende Patentierungsverbot auf konventionelle Züchtungsverfahren, daraus
5236gewonnene Tiere und Pflanzen sowie auf deren Produkte und auf das zu ihrer Er-
5237zeugung bestimmte Material soll durchgesetzt und die einschlägigen europäischen
5238Vorschriften präzisiert werden.

5239

5240*Grüne Gentechnik*

5241Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen
5242Gentechnik an.

5243

5244Wir treten für eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit gen-
5245veränderten Pflanzen gefüttert wurden, ein. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zu-
5246gelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest
5247– ebenso wie an der Saatgutreinheit.

5248

5249*Flächenschutz*

5250Um den Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen weitestgehend zu vermeiden, stre-
5251ben wir den unverzüglichen Erlass einer Bundeskompensationsverordnung an.

5252

5253Dünge- und Pflanzenschutzmittel müssen so eingesetzt werden, dass Risiken für
5254Mensch, Tier und Naturhaushalt minimiert werden. Wir werden den Nationalen Akti-
5255onsplan Pflanzenschutz entschlossen umsetzen.

5256

5257Bei Maßnahmen, die landwirtschaftliche Flächen in Anspruch nehmen, müssen
5258agrarstrukturelle Belange angemessen berücksichtigt werden. Insbesondere im Rah-
5259men des für die Energiewende notwendigen Netzausbaus sind faire Entschädigun-
5260gen für Grundstückseigentümer und -nutzer erforderlich.

5261

5262*Bienenmonitoring*

5263Zum Erhalt und Ausbau der Bienenhaltung in Deutschland sind gemeinsame Bund-
5264Länder-Anstrengungen notwendig. Wir führen das Deutsche Bienenmonitoring mit
5265dem mehrjährigen Untersuchungsprogramm weiter.

5266

5267*Agrardiesel*

5268CDU/CSU: Aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit werden wir die Förderung des
5269Agrardiesels in der jetzigen Form beibehalten und streben eine einheitliche europäi-
5270sche Regelung über die Energiesteuerrichtlinie an.

5271 SPD: Die Agrardieselbeihilfe wird nicht weitergeführt und die freiwerdenden Mittel
5272 werden u.a. für eine Strategie zum verstärkten Einsatz reiner Pflanzenöle in der Lan-
5273 d- und Forstwirtschaft eingesetzt.]

5274

5275 Verbraucherschutz

5276

5277 Verbraucher sollen selbstbestimmt entscheiden können. Unser Ziel ist ein verbraucherfreundlicher, transparenter Markt, auf dem sichere und gute Produkte unter fairen und nachhaltigen Bedingungen hergestellt und angeboten werden. Verbraucherpolitik hat auch das Ziel, das Vertrauen zwischen Wirtschaft und Verbrauchern zu stärken. Ungleichgewichte im Markt beseitigen wir, indem wir für Transparenz, Vergleichbarkeit, und Möglichkeiten einer effektiven Rechtsdurchsetzung sorgen. Unserer Politik liegt ein differenziertes Verbraucherbild zugrunde. Bedürfnisse, Interessen und Wissen der Verbraucher variieren je nach Markt. Wo Verbraucher sich nicht selbst schützen können oder überfordert sind, muss der Staat Schutz und Vorsorge bieten. Zudem muss er die Verbraucher durch gezielte und umfassende Information, Beratung und Bildung unterstützen. Dies gilt insbesondere für neue Bereiche wie den Finanzmarkt und Digitale Welt. Dafür wollen wir die bestehenden Verbraucherorganisationen mit einer speziellen Marktwächterfunktion „Finanzmarkt“ und „Digitale Welt“ beauftragen.

5291

5292 *Bessere Organisation des Verbraucherschutzes und Ausbau der Forschung*

5293 Wir setzen einen unabhängigen und interdisziplinär besetzten Sachverständigenrat für Verbraucherfragen ein, der durch eine Geschäftsstelle unterstützt wird. Er soll zu wichtigen Verbraucherfragen und Teilmärkten Stellungnahmen und Empfehlungen formulieren.

5297

5298 Im Interesse eines besseren Verbraucherschutzes werden wir darauf hinwirken, dass das Verbrauchervertragsrecht künftig verständlich, übersichtlich und in sich stimmig ausgestaltet ist sowie effektiver durchgesetzt werden kann. Informationspflichten müssen sich an den Bedürfnissen der Verbraucher orientieren.

5302

5303 Die mit dem Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken erzielten Verbesserungen wollen wir nach zwei Jahren evaluieren.

5305

5306 Die spezialisierten Verbraucherzentralen informieren die zuständigen staatlichen Stellen über die aus der flächendeckenden Beratung und Marktbeobachtung gewonnenen Erkenntnisse.

5309

5310 Der Verbrauchercheck bei gesetzgeberischen Vorhaben wird ausgeweitet, der Nutzen für Verbraucher begründet und konkret ausgeführt.

5312

5313 Behörden soll bei begründetem Verdacht auf wiederholte Verstöße gegen Verbraucherrechte eine Prüfpflicht auferlegt werden. Bei Bundesnetzagentur, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bundeskartellamt und Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit wird Verbraucherschutz gleichberechtigtes Ziel ihrer Aufsichtstätigkeit.

5318

5319 Die Zuwendungen an die Stiftung Warentest und den Verbraucherzentrale Bundesverband werden erhöht. Das Stiftungskapital der Stiftung Warentest wird verstärkt.

5321

5322 Die Stiftung Datenschutz soll in die Stiftung Warentest integriert werden.

5323

5324 *Europäisches und internationales Verbraucherrecht*

5325Das EU-Verbraucherrecht soll auf Grundlage des Prinzips der Mindestharmonisie-
5326rung weiterentwickelt werden. Der Grundsatz der Subsidiarität muss stärker Beach-
5327tung finden. Die Koalition möchte, dass Deutschland das Niveau dieser Mindestrege-
5328lungen übertrifft. In Fällen besonderen Nutzens für Verbraucher unterstützen wir eine
5329Vollharmonisierung.

5330

5331Bei einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA müssen die hohen
5332europäischen Standards u. a. im Verbraucher- und Datenschutz weiter Geltung be-
5333halten.

5334

5335Bei der Neuregelung der Fluggastrechteverordnung und des Pauschalreiserechts
5336setzt sich Deutschland für den Erhalt des bestehenden Schutzniveaus ein; miss-
5337bräuchliche Praktiken wie überhöhte Gebühren für Namenswechsel und verloren ge-
5338gangene Reiseunterlagen werden unterbunden.

5339

5340Die EU-Richtlinie über Alternative Streitbeilegung wird zeitnah verbraucherfreundlich
5341umgesetzt und der „Online-Schlichter“ bundesweit einheitlich ausgeweitet. Bestehen-
5342de Schlichtungsmöglichkeiten werden auf ihre Verbraucherfreundlichkeit überprüft.

5343

5344*Mehr Transparenz und Unterstützung für die Verbraucher*

5345Wir wollen die Grundlagen für ein Label schaffen, das nachhaltige Produkte und
5346Dienstleistungen kennzeichnet und den Lebenszyklus des Produkts einbezieht. Die
5347Koalition prüft, ob beim werblichen Herausstellen besonderer Produkteigenschaften
5348ein Auskunftsanspruch für Verbraucher geschaffen wird.

5349

5350Auf EU-Ebene wirken wir darauf hin, dass reparaturfreundliche Maßnahmen in die
5351Öko-Design-Richtlinie aufgenommen werden.

5352

5353Zur Verbesserung der Produktsicherheit setzen wir uns für ein europäisches Sicher-
5354heitszeichen analog zum deutschen GS-Zeichen und auf EU-Ebene für eine ver-
5355pflichtende Drittprüfung für Kinderspielzeug ein.

5356

5357Produktinformationsblätter sollen auch für andere Märkte wie Telekommunikation
5358und Energie eingeführt werden. Die Zweckmäßigkeit und die Verständlichkeit von
5359Produktinformationsblättern und Beratungsprotokollen (Finanzbereich) müssen regel-
5360mäßig überprüft und Verbesserungen umgesetzt werden, zum Beispiel durch Stan-
5361dardisierung.

5362

5363Die staatlich geförderte private Altersvorsorge soll verbraucherfreundlicher werden,
5364zum Beispiel indem die Verwaltungskosten begrenzt werden.

5365

5366*Schutz der Verbraucher im Finanzbereich*

5367Wir unterstützen die europäischen Initiativen und wollen ein Girokonto für Jedermann
5368einführen. Wir werden bei der nationalen Umsetzung sicherstellen, dass alle Instituts-
5369gruppen in angemessener Weise beteiligt sind

5370

5371Wir werden die Evaluierung der gesetzlichen Regelungen zur Einführung des Pfän-
5372dungsschutzkontos auswerten und insbesondere dafür Sorge tragen, dass die Kos-
5373ten für ein Pfändungsschutzkonto nicht unangemessen hoch sind.

5374

5375Die Inanspruchnahme des Dispositionskredits soll nicht zu einer übermäßigen Belas-
5376tung eines Bankkunden führen. Daher sollen die Banken verpflichtet werden, beim
5377Übertritt in den Dispositionskredit einen Warnhinweis zu geben; bei dauerhafter und
5378erheblicher Inanspruchnahme sollen sie dem Kunden eine Beratung über mögliche
5379kostengünstigere Alternativen zum Dispositionskredit anbieten müssen.

5380

5381Wir werden die Einführung der Honorarberatung als Alternative zu einer Beratung auf
5382Provisionsbasis für alle Finanzprodukte vorantreiben und hohe Anforderungen an die
5383Qualität der Beratung festlegen. Die Berufsbezeichnungen und Ausbildungsstan-
5384dards der Berater auf Honorarbasis werden weiterentwickelt.

5385

5386Das in der finanziellen Anlageberatung verwendete Beratungsprotokoll werden wir im
5387Hinblick auf die praktikable Handhabung überprüfen und mit Verbesserungen für An-
5388leger weiterentwickeln.

5389

5390*Schutz der Verbraucher im Energiesektor*

5391Wir wollen Regelungen für einen besseren Schutz vor Strom- und Gassperren, zum
5392Beispiel durch den Einsatz von intelligenten Stromzählern mit Prepaid-Funktion. Bei
5393den Tarifgenehmigungen ist zu beachten, dass Grundversorgertarife angemessen
5394gestaltet sind. Es werden Instrumente entwickelt, um die zugesagte Qualität von
5395Energiedienstleistungen und Energieeffizienzinvestitionen aus Sicht der Verbraucher
5396sicherzustellen. Wir setzen uns für die Verbesserung der Energieeffizienzkennzeich-
5397nung von Haushaltsgeräten ein.

5398

5399*Sicherheit, Selbstbestimmung und Transparenz in der digitalen Welt*

5400Wir fördern Innovationen und Techniken, die sicherstellen, dass Profilbildung und
5401darauf basierende Geschäftsmodelle ohne die Erhebung individualisierter personen-
5402bezogener Daten auskommen können. Nicht-anonyme Profilbildungen müssen an
5403enge rechtliche Grenzen und die Einwilligung der Verbraucher geknüpft werden. Un-
5404ternehmen, die Scoringverfahren anwenden, werden verpflichtet, dies der zuständi-
5405gen Behörde anzuzeigen. Wir werden die Rechtsgrundlage dafür schaffen, dass die
5406Verbraucherverbände datenschutzrechtliche Verstöße abmahnen und Unterlas-
5407sungsklage erheben können.

5408

5409Den mobilen Commerce werden wir verbraucherfreundlich ausgestalten, zum Bei-
5410spiel durch transparente Darstellungsmöglichkeiten auf mobilen Endgeräten und
5411Rückgabemöglichkeiten von Apps. Wir stärken die Rechte von Verbrauchern bei der
5412Nutzung digitaler Güter gegenüber der Marktmacht globaler Anbieter. Das Gesetz
5413gegen unseriöse Geschäftspraktiken wird Anfang 2015 insbesondere im Hinblick auf
5414die Wirksamkeit der Streitwertdeckelung bei Abmahnungen gegen Verbraucher auf
5415Grund von urheberrechtlichen Verstößen im Internet evaluiert.

5416

5417*Sichere Lebensmittel, transparente Kennzeichnung, gesunde Ernährung*

5418Die Lebensmittelüberwachung wird die Koalition besser vernetzen und in Deutsch-
5419land und der EU für einheitliche Standards und eine sachgerechte Kontrolldichte sor-
5420gen.

5421

5422Verbraucherinformationsgesetz und § 40 Lebens- und Futtermittelgesetzbuch
5423(LFGB) werden dahingehend geändert, dass die rechtssichere Veröffentlichung von
5424festgestellten, nicht unerheblichen Verstößen unter Reduzierung sonstiger Aus-
5425schluss- und Beschränkungsgründe möglich ist.

5426

5427[Forderung SPD: Die Koalition wird Verbraucherinnen und Verbraucher mittels einer
5428leicht verständlichen Form wie der Hygieneampel in Restaurants und sämtlichen Le-
5429bensmittelbetrieben vor Ort über Überwachungsergebnisse informieren. Dazu wird
5430eine bundeseinheitliche Regelung für ein Kontrollbarometer geschaffen, über deren
5431Anwendung die Länder selbständig entscheiden.]

5432

5433Wir werden zum Beispiel im Bereich der Dokumentation und Kennzeichnung darauf
5434achten, dass für kleinere, regional tätige Unternehmen unbürokratische Lösungen
5435gefunden werden, ohne das Schutzniveau zu gefährden.

5436

5437Wir setzen uns in der EU für ein Tierwohllabel nach deutschem Vorbild und für eine
5438verpflichtende Kennzeichnung für Produkte von Tieren ein, die mit gentechnisch ver-
5439änderten Pflanzen gefüttert wurden. Sie tritt für ein Verbot des Klonens zur Lebens-
5440mittelherstellung und des Imports von geklonten Tieren sowie für eine Kennzeich-
5441nungspflicht von Tieren und tierischen Produkten von deren Nachkommen ein. Für
5442Lebensmittel muss es eine verpflichtende Kennzeichnung von Herkunft und Produkti-
5443onsort geben.

5444

5445Die Empfehlungen der Lebensmittelbuchkommission müssen sich stärker am An-
5446spruch der Verbraucher nach „Wahrheit und Klarheit“ orientieren.

5447

5448Die Koalition wird bestehende Initiativen zur Ernährung und Gesundheit evaluieren
5449und die erfolgreichen verstetigen.

5450

5451Kirchen und Religionsgemeinschaften

5452

5453Wir werden den Dialog mit den christlichen Kirchen, Religionsgemeinschaften und
5454religiösen Vereinigungen sowie den freien Weltanschauungsgemeinschaften intensiv
5455pflegen. Sie bereichern das gesellschaftliche Leben und vermitteln Werte, die zum
5456Zusammenhalt unserer Gesellschaft beitragen. Wir bekennen uns zum Respekt vor
5457jeder Glaubensüberzeugung. Auf der Basis der christlichen Prägung unseres Landes
5458setzen wir uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein.

5459

5460Die christlichen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände sind in vielen Bereichen unse-
5461rer Gesellschaft unverzichtbar, nicht zuletzt im Bildungs-, Gesundheits- und Sozial-
5462bereich, bei der Betreuung, Pflege und Beratung von Menschen sowie in der Kultur.
5463Zahlreiche Leistungen kirchlicher Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger sind
5464nur möglich, weil die Kirchen im erheblichen Umfang eigene Mittel beisteuern und
5465Kirchenmitglieder sich ehrenamtlich engagieren. Wir halten daher auch am System
5466der Kirchensteuern fest, damit die Kirchen Planungssicherheit haben. Nur so können
5467sie die eigenfinanzierten Leistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres
5468Landes weiter sicherstellen. Zugleich wollen wir die kirchlichen Dienste weiter unter-
5469stützen. Dabei achten wir die kirchliche Prägung der entsprechenden Einrichtungen.

5470

5471Zum Gedenken an den weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus be-
5472deutenden 500. Jahrestag der Reformation 2017 wird auch der Bund einen ange-
5473messenen Beitrag leisten.

5474

5475Dankbar stellen wir das Erstarben des jüdischen Lebens in unserem Land fest. Wir
5476unterstützen die jüdischen Gemeinden und die jüdische Wohlfahrtspflege, zum Bei-

5477spiel bei der Integration von Zuwanderern und dem Auf- und Ausbau von Bildungs-
5478und Kultureinrichtungen.

5479

5480Den vielfältigen Beiträgen muslimischer Vereine und Verbände zu unserem Gemein-
5481wesen – etwa zur Integration muslimischer Zuwanderer und ihrer Nachkommen in
5482unsere Gesellschaft, wie auch zum Dialog zwischen den Kulturen und Religionen –
5483gilt unsere Wertschätzung und Unterstützung. In diesem Sinne wollen wir die Deut-
5484sche Islam Konferenz fortsetzen.

5485

5486Eine offene Gesellschaft bietet im Rahmen der Verfassungsordnung allen Religionen
5487den Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens.

5488Das bewährte Staatskirchenrecht in unserem Land ist eine geeignete Grundlage für
5489eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften.

5490

5491

5492**4.3 Kultur, Medien und Sport**

5493

5494**Kultur**

5495

5496*Kulturförderung im föderalen System*

5497Kunst- und Kulturförderung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und
5498Kommunen, die diese in ihrer jeweils eigenen Zuständigkeit wahrnehmen.

5499Den Kulturhaushalt des Bundes wird die Koalition auf hohem Niveau

5500weiterentwickeln. Kultur ist keine Subvention, sondern eine Investition in unsere

5501Zukunft.

5502

5503Bund und Länder sollten bei der Planung und Finanzierung künftig intensiver und
5504systematischer zusammenwirken (kooperativer Kulturföderalismus). Dazu soll ein re-
5505gelmäßiger Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen etabliert werden.

5506Die Kulturstiftungen des Bundes und der Länder sind einzubeziehen.

5507

5508Der Bund fördert national bedeutsame Kultureinrichtungen. Für eine Bundesbeteili-
5509gung sind Förderkriterien zu erarbeiten, um eine systematisch und eindeutig struktu-
5510rierte Förderkulisse zu erreichen. Für die bisher geförderten Einrichtungen bedarf es
5511langfristiger Finanzierungsperspektiven auch über 2019 hinaus. Die Koalition wird
5512das Programm „Invest Ost – Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ost-
5513deutschland“ fortsetzen.

5514

5515Die Förderung folgender national bedeutsamer Kulturorte soll vorrangig geprüft wer-
5516den: Romantikmuseum in Frankfurt am Main, Schaumagazin für Künstlernachlässe
5517in der Abtei Brauweiler (NRW), Residenzschloss Dresden und Internationales Tanz-
5518zentrum Pina Bausch.

5519

5520Angesichts des rasanten gesellschaftlichen Wandels (Demografie, Digitalisierung, In-
5521tegration etc.) sollte die kulturelle Infrastruktur in Deutschland fortentwickelt, moderni-
5522siert und an die neuen Herausforderungen angepasst werden. Ein wichtiger Aspekt
5523ist dabei die Barrierefreiheit kultureller Einrichtungen und Baudenkmäler.

5524

5525Gemeinsam mit den Ländern will die Koalition neue Arbeitsformen und Kooperations-
5526modelle entwickeln, um die Potenziale des demografischen Wandels im Kulturbe-

5527reich aufzuzeigen und die identitätsstiftende Wirkung von Kunst und Kultur herauszu-
5528stellen.

5529

5530Der Analyse, dem Austausch und der Reflexion dienen eine verstärkte Kulturpolitik-
5531forschung und eine ggf. gesetzlich zu sichernde Kulturstatistik. Dazu gehört auch die
5532Weiterentwicklung einer qualifizierten Besucherforschung, die wertvolle Rückmeldun-
5533gen zu künstlerischen Angeboten gibt.

5534

5535Viele vom Bund geförderte Kultureinrichtungen stehen aufgrund der deutlichen
5536Tarifsteigerungen, Bauunterhaltskosten und inflationsbedingten Mehrkosten der
5537letzten Jahre vor erheblichen strukturellen Problemen. [Um das kulturelle Angebot zu
5538erhalten, soll ein finanzieller Ausgleich gewährleistet werden.]

5539

5540Die Kulturlandschaft in Deutschland zeichnet sich durch kulturelle Vielfalt und viele
5541freie Initiativen und Projekte aus, die immer wieder neu anzuregen und zu vitalisieren
5542sind. Das Engagement des Bundes für die Förderung der freien, zeitgenössischen
5543und darstellenden Kunst und Kultur ist vor allem auch im Hinblick auf interkulturelle
5544Belange zu verstärken.

5545

5546Der Kulturstiftung des Bundes (KSB) kommt als Förderin und als Dachorganisation
5547für die Zuwendungen an die Kulturfonds eine wesentliche Rolle zu, die weiter ge-
5548stärkt werden soll. Die Koalition will zudem die Autonomie und die Arbeit der beste-
5549henden Fonds finanziell verstärken.

5550

5551Mit der Musikförderung des Bundes will die Koalition den Ansatz einer konzeptorien-
5552tierten Kulturförderung weiterentwickeln. Die Gründung eines Musikfonds auf Bun-
5553desebene für die Entwicklung der zeitgenössischen Musikkultur hilft, eine Lücke im
5554Fördersystem zu schließen.

5555

5556Auch die Förderung des Bundes für die innovative und international ausstrahlende
5557Kunstform Tanz soll im Dialog mit den Ländern fortgesetzt und im Rahmen eines
5558zeitgemäßen, nachhaltig wirkenden Förderprogramms weiter entwickelt werden.

5559

5560Die besondere Verantwortung des Bundes in Berlin ist eine dauerhafte Aufgabe, der
5561Hauptstadtfinanzierungsvertrag ist langfristig auszugestalten. Die Koalition wird mit
5562dem Land Berlin einen Folgevertrag für den Ende 2017 auslaufenden
5563Hauptstadtfinanzierungsvertrag vereinbaren, mit dem weiterhin alle grundsätzlichen
5564Fragen der gesamtstaatlichen Repräsentation des Bundes in der Hauptstadt und die
5565damit verbundene Kulturfinanzierung einvernehmlich und verbindlich auf der
5566Grundlage des Art. 22 Abs. 1 GG geregelt werden.

5567

5568Mit dem Berliner Schloss/Humboldtforum erhält Berlin einen zentralen
5569städtebaulichen Ankerpunkt zurück. Die Arbeiten werden zügig fortgesetzt. Der Bund
5570wird die Stiftung Berliner Schloss/Humboldtforum bei ihrem Werben um Spenden
5571weiter unterstützen.)

5572Um den späteren Gebäudebetrieb des Humboldt-Forums zu gewährleisten, die
5573Bespielung des Hauses angemessen vorzubereiten und nach Übergabe an die
5574Nutzer ein anspruchsvolles Kulturprogramm für alle zu ermöglichen, wird die
5575Koalition die Weiterentwicklung des Nutzungskonzeptes begleiten und dafür in der
5576Finanzplanung rechtzeitig die erforderlichen Mittel etatisieren.

5577

5578 [Die Koalition wird die Arbeit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz stärken,
5579 insbesondere im Hinblick auf die Bauvorhaben auf der Museumsinsel und der
5580 angemessenen Präsentation der Kunst des 20. Jahrhunderts, einschließlich der
5581 Sammlung Pietzsch. Ebenso werden die Investitionstätigkeiten bei der Stiftung
5582 Preußische Schlösser und Gärten unterstützt.]

5583

5584 Die Koalition bekennt sich zu dem Ziel, jedem Einzelnen unabhängig von seiner
5585 sozialen Lage und ethnischen Herkunft gleiche kulturelle Teilhabe in allen
5586 Lebensphasen zu ermöglichen. Kultur für alle umfasst Inklusion,
5587 Geschlechtergerechtigkeit sowie interkulturelle Öffnung. Diese Grundsätze sind auch
5588 auf die vom Bund geförderten Einrichtungen und Programme zu übertragen.

5589

5590 Kulturelle Bildung ist unverzichtbar für die Persönlichkeitsentwicklung insbesondere
5591 junger Menschen, ihre sozialen Kompetenzen und für die gesellschaftliche Teilhabe.
5592 Dies schließt auch Medienbildung mit ein. Dafür bedarf es eines ausgewogenen Ver-
5593 hältnisses zwischen verlässlicher Strukturförderung und innovativer Projektförderung.
5594 Das Programm „Kultur macht stark – Bündnisse für die Bildung“ soll auf seine Effizi-
5595 enz überprüft, mit dem Kulturbereich und den Ländern abgestimmt und inhaltlich wei-
5596 terentwickelt werden.

5597

5598 *Gedenken und Erinnern, kulturelles Erbe, Baukultur*

5599 Das historische Gedächtnis und insbesondere die Aufarbeitung der jüngeren Ge-
5600 schichte unseres Landes bleiben dauerhafte Aufgaben.

5601

5602 Unser Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie ist geprägt durch die Erinne-
5603 rung an NS-Terrorherrschaft, an Stalinismus und SED-Diktatur, aber auch durch po-
5604 sitive Erfahrungen deutscher Demokratiegeschichte. Das bewährte Gedenkstätten-
5605 konzept des Bundes ist weiterzuentwickeln. Besondere Bedeutung misst die Koaliti-
5606 on der Zeitzugearbeit, der politischen Bildung sowie der Wirkung authentischer
5607 Orte bei. Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau wird in die institu-
5608 tionelle Förderung des Bundes aufgenommen.

5609

5610 Das im Gedenkstättenkonzept enthaltene Themenfeld Opposition und Widerstand
5611 setzt die Koalition unter anderem um, indem das von der Robert-Havemann-Gesell-
5612 schaft bewahrte Archiv der DDR-Opposition und die Open-Air-Ausstellung „Friedliche
5613 Revolution 1989“ dauerhaft gesichert werden.

5614

5615 Die Koalition unterstützt das Vorhaben, die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lich-
5616 tenberg künftig als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand zu nutzen und
5617 fortzuentwickeln. Sie unterstützt auch den Umzug des Alliierten-Museums an den
5618 ehemaligen Flughafen Berlin Tempelhof.

5619

5620 Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und den Widerstand gegen das
5621 NS-Regime auch in seiner europäischen Dimension werden wir wachhalten. Dem
5622 systematischen Völkermord an den europäischen Juden sowie an anderen Völkern
5623 und Gruppen wird in der deutschen Erinnerungskultur immer eine außerordentliche
5624 Bedeutung zukommen.

5625

5626 Bis heute ist der Verbleib von Kunst- und Kulturgütern, die Eigentümer aufgrund der
5627 Verfolgung durch die Nationalsozialisten verloren haben, nicht vollständig geklärt.
5628 Die Folgen nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen bestehen fort. Um dem

5629Anspruch bei der Restitution NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes,
5630insbesondere aus jüdischem Besitz, gerecht zu werden, will die Koalition die Mittel
5631für die Provenienzforschung verstärken.

5632

5633Die Koalition wird die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und
5634Bundesbehörden vorantreiben. In einer Bestandsaufnahme soll der aktuelle
5635Forschungsstand und bestehende Forschungsbedarf auf Bundesebene zur
5636Aufarbeitung der frühen Nachkriegsgeschichte von Ministerien und Behörden in der
5637Bundesrepublik Deutschland und der DDR ermittelt werden.

5638

5639Angesichts der enormen Wissensdefizite bei Jugendlichen über die beiden deut-
5640schen Diktaturen im 20. Jahrhundert gilt es, wirksame Mittel für eine bessere Wis-
5641sensvermittlung wie die schulische und außerschulische politische Bildung zu nut-
5642zen. Authentischen Orten, wie beispielsweise dem ehemaligen „Reichsparteitagsge-
5643lände“ in Nürnberg, kommt eine wesentliche Funktion für die Geschichtskultur in
5644Deutschland zu, die gemeinsam mit dem jeweiligen Land erhalten und genutzt wer-
5645den soll.

5646

5647In der kommenden Legislaturperiode werden wir u.a. den 100. Jahrestag des Aus-
5648bruchs des Ersten Weltkrieges, 25 Jahre Mauerfall und Deutsche Einheit, das Ge-
5649denken an 70 Jahre Befreiung der Konzentrationslager, Ende des Zweiten Weltkrie-
5650ges und 80 Jahre „Nürnberger Gesetze“ angemessen begehen.

5651

5652Die Koalition wird die Arbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fi-
5653nanziell stabilisieren.

5654

5655Die Restitution von Kunst- und Kulturgut, das von Behörden in der ehemaligen so-
5656wjetischen Besatzungszone/DDR den rechtmäßigen Eigentümern entzogen wurde,
5657ist eine noch nicht abgeschlossene Aufgabe. Zur Klärung der Ansprüche früherer Ei-
5658gentümer muss auch in diesen Fällen die Provenienzforschung verstärkt werden.

5659

5660Die Koalition will das Verständnis für unsere gemeinsame europäische Geschichte
5661weiterentwickeln und begrüßt das Projekt „Europäisches Kulturerbe-Siegel“. Das Eu-
5662ropäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität kann mit anderen europäischen Part-
5663nern den Nukleus dafür bilden, Erinnerung und Gedenken im Geiste europäischer
5664Versöhnung und Demokratie, Austausch und gemeinsame Projekte zu vertiefen. Da-
5665bei wird die Koalition das Netzwerk unterstützen.

5666

5667Die Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa gemäß § 96
5668Bundesvertriebenengesetz (BVFG) ist ein Beitrag zur kulturellen Identität Deutsch-
5669lands und Europas. Mit dem Ziel verstärkter europäischer Integration soll auch die
5670„Konzeption 2000“ der Kulturförderung des Bundes nach § 96 BVFG angepasst und
5671weiterentwickelt sowie die Umsetzung der Konzeption der Stiftung Flucht, Vertrei-
5672bung, Versöhnung (SFVV) erfolgen. Die Koalitionsparteien stehen zur gesellschaftli-
5673chen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung.
5674Wir bekräftigen unsere Verbundenheit mit den deutschen Minderheiten in Mittel- und
5675Osteuropa sowie mit den im Ausland lebenden Deutschen.

5676

5677Die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die
5678entsprechende Koordinierungsstelle bei der Staatsbibliothek zu Berlin wird auf Basis

5679einer bereits geplanten Evaluierung und in Abstimmung mit den Ländern, gegebene-
5680nenfalls über ein Bund-Länder-Förderprogramm, über 2015 hinaus fortgeführt.

5681

5682Wir wollen einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu baukulturellen Fragen fördern –
5683auch zu Bauvorhaben des Bundes. Die Bundesstiftung Baukultur als hierfür wichti-
5684gen Partner wollen wir stärken.

5685

5686Auch der der Erhalt von Denkmälern ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. [Der Bund
5687wird die Denkmalschutz-Sonderprogramme verstetigen sowie das Programm „Natio-
5688nal wertvolle Kulturdenkmäler“ ausbauen.] Die Koalition setzt sich für ein „Europäi-
5689sches Jahr für Denkmalschutz“ ein. Die für die Baukultur und den Denkmalschutz be-
5690reitgestellten Mittel werden wir auf sachgerechtem Niveau fortführen. An der steuerli-
5691chen Förderung von Baudenkmalern und Gebäuden in Sanierungsgebieten und
5692städtebaulichen Entwicklungsbereichen halten wir fest.

5693

5694Zu den herausragenden internationalen Stätten unserer Denkmalschutzlandschaft
5695zählen die UNESCO-Welterbestätten. Der Bund wird den dafür zuständigen Ländern
5696bei deren Pflege und Erhaltung weiterhin ein verlässlicher Partner sein.

5697

5698Das bewährte „Investitionsprogramm Nationale UNESCO-Welterbestätten“ soll in der
5699Verantwortung der entsprechenden Ressorts fortgeführt und die Koordinierungsstelle
5700Welterbe personell verstetigt werden.

5701

5702Mit der Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes will die Koalition ein, den Kultur-
5703gutschutz stärkendes, kohärentes Gesetz schaffen, um sowohl illegal ausgeführtes
5704Kulturgut anderer Staaten effektiv an diese zurückzugeben, als auch deutsches Kul-
5705turgut besser vor Abwanderung ins Ausland zu schützen.

5706

5707Im Zweiten Weltkrieg wurden zahlreiche Kulturgüter aus Deutschland als „Beute-
5708kunst“ nach Russland und in andere Staaten, vor allem in Mittel- und Osteuropa, ver-
5709bracht. Ihre Rückführung ist und bleibt ein wichtiges Ziel der Bundesregierung.

5710

5711Das Reformationsjubiläum 2017 will die Koalition als ein herausragendes Ereignis
5712der europäischen Kulturgeschichte gemeinsam mit den Ländern weiterhin aktiv ge-
5713stalten und seine Förderung fortführen.

5714

5715Das Bauhaus-Jubiläum im Jahre 2019 wird als Ereignis von nationaler und weltweiter
5716Strahlkraft auch durch den Bund unterstützt. Wir werden bei den drei Bauhaus-Ein-
5717richtungen Stiftung Bauhaus-Dessau, Klassik-Stiftung Weimar und Bauhaus-Archiv
5718Berlin die notwendigen baulichen Voraussetzungen schaffen. Der Bund wird sich ge-
5719meinsam mit den im Bauhaus-Verband zusammengeschlossenen Ländern an der
5720Vorbereitung des Bauhaus-Jubiläums beteiligen.

5721

5722Der 250. Geburtstag von Ludwig van Beethoven im Jahr 2020 bietet herausragende
5723Chancen für die Kulturnation Deutschland im In- und Ausland. Deshalb ist die Vorbe-
5724reitung dieses wichtigen Jubiläums eine nationale Aufgabe.

5725

5726Die Koalition wird das Bundesarchivgesetz novellieren, insbesondere durch Verbes-
5727serung der Nutzer- und Wissenschaftsfreundlichkeit. Das Bundesarchiv muss in die
5728Lage versetzt werden, die E-Verwaltung einführen zu können.

5729

5730 *Soziale Absicherung von Künstlern*

5731 Die Koalition wird sich in der kommenden Legislaturperiode für die soziale Absiche-
5732 rung von Kreativen und Künstlern einsetzen und für weitere Verbesserungen sorgen.
5733 Lücken in der sozialen Absicherung von Künstlern werden wir identifizieren und Lö-
5734 sungen entwickeln.

5735

5736 Wir werden die Künstlersozialkasse erhalten und durch eine regelmäßige Überprü-
5737 fung der Unternehmen auf ihre Abgabepflicht hin dauerhaft stabilisieren. Dafür müs-
5738 sen wir einen weiteren Anstieg der Künstlersozialabgabe verhindern. Dies setzt vor-
5739 aus, dass alle abgabepflichtigen Unternehmen ihren Beitrag leisten.

5740

5741 Ein effizientes Prüfverfahren soll die Belastungen für Wirtschaft und Verwaltungen
5742 minimieren und Abgabegerechtigkeit herstellen. Dabei wollen wir auch die Abgren-
5743 zung von ehrenamtlicher und künstlerischer Tätigkeit schärfen.

5744

5745 *Reform des Urheberrechts*

5746 Wir wollen das Urheberrecht den Erfordernissen und Herausforderungen des digita-
5747 len Zeitalters anpassen. Dabei werden digitale Nutzungspraktiken berücksichtigt. Ziel
5748 muss ein gerechter Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern
5749 sein. Damit der Wert kreativer Leistungen stärker in den Mittelpunkt der Urheber-
5750 rechtsdebatte rückt, muss das Bewusstsein für den Wert geistigen Eigentums in der
5751 Gesellschaft gestärkt werden. Die Koalition will deshalb entsprechende Maßnahmen
5752 unterstützen.

5753

5754 Zum effektiveren Schutz von Markeninhabern, Urhebern und anderen Kreativen vor
5755 Rechtsverletzungen im weltweiten digitalen Netz streben wir den Ausbau verbindli-
5756 cher europäischer und inter-nationaler Vereinbarungen an. Alle Maßnahmen zum
5757 Schutz geistigen Eigentums müssen verhältnismäßig sein. Als wesentlichen Beitrag
5758 zum Schutz der Verbraucher und zur Eindämmung von massenhaften Rechtsverlet-
5759 zungen sehen wir die Diensteanbieter im Internet stärker in der Verantwortung.

5760

5761 Wir wollen die Rechtsdurchsetzung insbesondere gegenüber Plattformen verbes-
5762 sern, deren Geschäftsmodell im Wesentlichen auf der Verletzung von Urheberrech-
5763 ten aufbaut. Wir werden dafür sorgen, dass sich solche Diensteanbieter nicht länger
5764 auf das Haftungsprivileg, das sie als sogenannte Hostprovider genießen, zurückzie-
5765 hen können und insbesondere keine Werbeeinnahmen mehr erhalten.

5766

5767 Um Rechtsverletzungen vorzubeugen, werden wir die Medienkompetenz der Intern-
5768 etnutzer stärken und sie besser in die Lage versetzen, zwischen legalen und illega-
5769 len Angeboten im Netz zu unterscheiden.

5770

5771 Wir wollen die kollektive Rechtswahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften stär-
5772 ken und insbesondere die Aufsicht über die Verwertungsgesellschaften effektiver
5773 ausgestalten.

5774

5775 Wir wollen Verhandlungen und Streitigkeiten über die Höhe der Privatkopievergütung
5776 schneller, effizienter und einfacher gestalten und werden eine Hinterlegungspflicht für
5777 gesetzliche Vergütungsansprüche einführen.

5778

5779 Um die Position des Urhebers zu verbessern und Kreativen eine angemessene Ver-
5780 gütung zu ermöglichen, bedarf es einer Überarbeitung des Urhebervertragsrechts.

5781 Dabei müssen wir feststellen, ob Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen
5782 effizient genug ausgestaltet sind und ob das Verfahren insgesamt beschleunigt wer-
5783 den muss sowie die Verbindlichkeit des Schlichtungsverfahrens zu verbessern ist.
5784

5785 Wir bekennen uns zur Vertragsfreiheit im Urheberrecht und sind uns bewusst, dass
5786 Inhalte oft unter (impliziten) Nutzungsbestimmungen angeboten werden. Gleichzeitig
5787 ist das Interesse der Verbraucher an einer langfristigen und geräteunabhängigen
5788 Nutzung ihrer legal erworbenen digitalen Inhalte zu berücksichtigen. Unser Ziel ist es
5789 daher, die Portabilität gekaufter Inhalte zu ermöglichen und zu fördern.

5790 Geprüft werden soll zudem, wie urheberrechtlich sichergestellt werden kann, dass
5791 Technologiebrüche bei der Weiterversendung von Rundfunksignalen vermieden wer-
5792 den können.

5793

5794 Wir werden eine Reform des Urheberrechts auf den Weg bringen mit dem Ziel, den
5795 wichtigen Belangen von Wissenschaft, Forschung und Bildung stärker Rechnung zu
5796 tragen und eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke einführen.

5797 Wir werden prüfen, ob den öffentlichen Bibliotheken gesetzlich das Recht eingeräumt
5798 werden sollte, elektronische Bücher zu lizenzieren.

5799

5800 Wir werden eine umfassende Open Access Strategie entwickeln, die die Rahmenbe-
5801 dingungen für einen effektiven und dauerhaften Zugang zu öffentlich finanzierten Pu-
5802 blikationen und auch zu Daten (open data) verbessert.

5803

5804 Die Veränderung der Medienwelt hat auch Folgen für die Printmedien, jedoch bleiben
5805 die Gründe für steuerliche Erleichterungen – Kultur- und Medienangebote als Teil der
5806 Daseinsvorsorge – auch in der digitalen Welt die gleichen. Den verminderten Mehr-
5807 wertsteuersatz für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften will die Koalition beibehalten;
5808 er soll in Zukunft auch für Hörbücher gelten. Auf europäischer Ebene wird die Koaliti-
5809 on darauf hinwirken, dass auf E-Books, E-Paper und andere elektronische Informati-
5810 onsmedien künftig der ermäßigte Mehrwertsteuersatz Anwendung finden kann. Es-
5811 sentiell für die Erhaltung der Vielfalt der Bücher und Buchhandlungen ist die Buch-
5812 preisbindung, die europarechtlich auch im Hinblick auf E-Books abzusichern ist.

5813

5814 Die Koalition wird auch in Zukunft an den Steuererleichterungen für kulturelle Leis-
5815 tungen festhalten und den bestehenden Standard der Steuererleichterungen für ge-
5816 meinnützige Einrichtungen bewahren. Die Koalition wird prüfen, ob weitere Umsatz-
5817 steuererleichterungen für künstlerische Berufe möglich sind.

5818

5819 Medien

5820

5821 Unabhängige und vielfältige Medien sind Grundpfeiler einer funktionierenden Demo-
5822 kratie. Es ist deshalb erklärtes Ziel der Koalition, die Medienfreiheit, -vielfalt und -un-
5823 abhängigigkeit zu sichern. Die Digitalisierung und die damit einhergehende Konver-
5824 genz der Medien prägen die aktuelle Entwicklung der Medienwelt. Dabei soll nicht
5825 der Verbreitungsweg, sondern der Inhalt über das Regulierungsregime entscheiden.
5826 Deshalb unterstützt der Bund die Bemühungen der Länder um eine der Medienkon-
5827 vergenz angemessene Medienordnung. In diesem Zusammenhang setzt sich die Ko-
5828 alition für eine im Anschluss an die Vorarbeit der Länder einzusetzende zeitlich be-
5829 fristete Bund-Länder-Kommission ein, um erforderliche Kompatibilitätsregeln und
5830 daran anknüpfende Anpassungen - zum Beispiel an den Schnittstellen Medienauf-
5831 sicht, Telekommunikationsrecht und Wettbewerbsrecht – zu erarbeiten.

5832

5833 Insbesondere aufgrund europäischer und internationaler Entwicklungen im Medien-
5834 bereich ist es wichtig, mit einer abgestimmten und starken Stimme zu sprechen. Des-
5835 halb ist es notwendig, dass deutsche Interessen konsequent und in enger Abstim-
5836 mung zwischen Bund und Ländern in Brüssel vertreten werden.

5837

5838 Im Wissen um die Zuständigkeit der Länder bekennt sich die Koalition zur dualen
5839 Medienordnung. Die Koalition will faire Wettbewerbschancen für alle Medienanbieter.
5840 Deshalb wollen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen privatwirtschaftlicher
5841 Medienproduktion stärken. Sie setzt sich für das Prinzip der Plattformneutralität ein,
5842 d. h. bei Distributionsplattformen für Rundfunk und Telemedien insbesondere bei
5843 marktbeherrschenden Plattformbetreibern sind eine diskriminierungsfreie Informati-
5844 onsübermittlung und der neutrale Zugang zu Inhalten sicherzustellen. Private und öf-
5845 fentlich-rechtliche audiovisuelle Medienangebote und journalistisch-redaktionelle In-
5846 halte, die einen Beitrag im Sinne des Public Value leisten, sollen einen diskriminie-
5847 rungsfreien Zugang zu Distributionswegen und eine herausgehobene Auffindbarkeit
5848 erhalten.

5849

5850 Die Koalition wird sich für eine Revision der Richtlinie über audiovisuelle Medien-
5851 dienste (AVMD-RL) einsetzen, die den Entwicklungen einer konvergenten Medien-
5852 welt gerecht wird und u.a. Werberegeln dereguliert. Im Bereich Online-Werbung un-
5853 terstützen wir die Selbstregulierungsansätze der Branche.

5854

5855 Es ist zu prüfen, inwieweit das Kartellrecht den aktuellen Entwicklungen im Sinne der
5856 Konvergenz anzupassen ist. Dabei darf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Medienun-
5857 ternehmen im internationalen Vergleich nicht beeinträchtigt werden.

5858

5859 Bei der Frequenzplanung (Digitale Dividende II) werden wir auf nationaler und euro-
5860 päischer Ebene im Einvernehmen mit den Ländern die Belange des hiervon betroffe-
5861 nen Rundfunks (DVB-T) und die Interessen der Nutzer drahtloser Produktionsmittel
5862 (z.B. in Kultureinrichtungen) berücksichtigen. Die für den Umstieg auf DVB-T2 not-
5863 wendigen Voraussetzungen müssen erhalten bleiben.

5864

5865 Die Deutsche Welle ist eine wichtige Stimme Deutschlands in der Welt und muss
5866 dauerhaft und spürbar gestärkt werden. Die von Bund und Ländern im Sommer 2013
5867 vereinbarte grundlegende Verstärkung der Kooperation zwischen Deutscher Welle
5868 und ARD, ZDF und Deutschlandradio muss gerade im Informationsbereich umge-
5869 setzt werden.

5870

5871 Journalistisch-redaktionell verantwortete Medien sind von zentraler Bedeutung für
5872 Demokratie, Informationsfreiheit und Meinungsbildung und zwar unabhängig von der
5873 technologischen Verbreitung. Die Koalition unterstützt eine Initiative der Länder zur
5874 Wiedereinführung des „amtlichen Presseausweises“.

5875

5876 Die vielfältigen und wichtigen Initiativen der Bundeszentrale für politische Bildung ins-
5877 besondere zur Stärkung des (Lokal-)Journalismus werden fortgesetzt und weiterent-
5878 wickelt.

5879

5880 Die Koalition will gemeinsam mit den Verlagen sowie Journalistinnen und Journalis-
5881 ten das Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschrif-
5882 ten als Kulturgut in der Gesellschaft verankern. Wir wollen die Angebotsvielfalt in die-

5883sem Bereich, insbesondere auch auf regionaler Ebene, erhalten. Verlage und Jour-
5884nalisten brauchen verlässliche Rahmenbedingungen von Seiten der Politik.

5885

5886Wir halten das Presse-Grosso als neutralen Vertriebsweg für unverzichtbar. Es darf
5887durch europäische Rechtsentwicklungen nicht beeinträchtigt werden. Wir werden uns
5888bei den Ländern für eine presserechtliche Verankerung des Presse-Grosso einset-
5889zen.

5890

5891Gemeinsam mit den Ländern wird der Bund die Mediendatenbank fortentwickeln und
5892die Fortsetzung der Pressestatistik als Medienstatistik unterstützen.

5893

5894Die Koalition will unabhängige Buchhandlungen in ihrer Funktion als Ort der kulturel-
5895len Vermittlung und Begegnung und angesichts der stetigen Zunahme des durch
5896große Marktakteure geprägten Versandbuchhandels stärken, z. B. durch die Einfüh-
5897rung eines jährlichen Preises für besonders innovative und kulturell ausgerichtete
5898Geschäftsmodelle.

5899

5900Deutschland soll sich zu einem digitalen Kulturland weiterentwickeln. Unser kulturel-
5901les Erbe muss digitalisiert werden, um es für die kommenden Generationen zu si-
5902chern.

5903

5904Eine wichtige Aufgabe zur Sicherung unseres kulturellen Erbes übernimmt die Deut-
5905sche Digitale Bibliothek als deutscher Beitrag zur europäischen digitalen Bibliothek
5906Europeana. Der Bund ist sich der Verantwortung für die digitale Erschließung der kul-
5907turellen und wissenschaftlichen Überlieferungen bewusst und treibt auf dieser Grund-
5908lage mit den Ländern und Kommunen eine abgestimmte Digitalisierungsstrategie
5909voran. Die vom Bund geförderten Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden,
5910ihre Bestände einzubringen.

5911

5912Medienkompetenz ist eine elementare Schlüsselkompetenz in unserer digitalen Ge-
5913sellschaft und grundlegende Voraussetzung für einen selbstbestimmten Umgang mit
5914den Medien und dem Netz für alle Generationen. Sie eröffnet - auch im Zusammen-
5915wirken mit Bürgermedien - Chancen der medialen Teilhabe und des Netzes und sen-
5916sibilisiert den Nutzer für mögliche Risiken. Die bisherigen Initiativen des Bundes sol-
5917len – unter Wahrung der Kompetenzen der Länder und in enger Abstimmung mit die-
5918sen – fortgesetzt und verstetigt werden. Initiativen wie das „Netz für Kinder“ / „Frag
5919Finn“ ermöglichen Kindern einen sachkundigen Umgang mit dem Internet. Die „Na-
5920tionale Initiative Printmedien“ soll weiterentwickelt werden und insbesondere die Me-
5921dienkompetenzvermittlung von Kindern und Jugendlichen in den Blick nehmen.

5922

5923Kinder und Jugendliche sollen die Chancen und Möglichkeiten, die ihnen das Internet
5924bietet, optimal nutzen können, ohne mit für sie schädigenden Inhalten konfrontiert zu
5925werden. Moderner Jugendmedienschutz muss Rahmenbedingungen für eine ge-
5926meinsam getragene Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schaffen.
5927Im Dialog sind neue Instrumente für einen wirksamen Jugendmedienschutz zu entwi-
5928ckeln.

5929

5930**Digitale Medien und Jugendschutz**

5931

5932Die Daten von Kindern und Jugendlichen in den sozialen Medien müssen besonders
5933geschützt werden. Für einen wirksamen gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz ist

5934eine Angleichung der gesetzlichen Regelungen zum Schutz von Kindern unabhängig
5935vom Verbreitungsweg der digitalen Medien anzustreben. Dabei sollten die heute gel-
5936tenden hohen Jugendschutzstandards für Trägermedien als Orientierung dienen. Im
5937Zentrum für Kinderschutz im Internet (I-KiZ) arbeiten die Beteiligten zusammen an ei-
5938ner Gesamtstrategie, die Regulierung, Anbieterverantwortung und die Stärkung der
5939Medienkompetenz miteinander verbindet und internationale Zusammenarbeit sicher-
5940stellt.

5941

5942Digitale Spiele prägen den Alltag vieler, insbesondere jüngerer Menschen in unse-
5943rem Land. Wir erkennen die Vielfalt hochwertiger Angebote, insbesondere pädago-
5944gisch wertvoller Computerspiele, sowie die große kreative Leistung und hohe techni-
5945sche Kompetenz der Spieleentwickler an. Dies wollen wir weiter fördern, beispiels-
5946weise mit dem Deutschen Computerspielpreis. Diesen wollen wir zeitgemäß weiter-
5947entwickeln. Die gemeinsam durch den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung
5948und die Computerspielwirtschaft initiierte und mittlerweile gegründete Stiftung Digi-
5949tale Spielekultur soll gemeinsam mit den Marktteilnehmern weiter ausgebaut werden,
5950um in den Schwerpunkten Wirtschaft und Ausbildung, Bildung und Erziehung, Kunst
5951und Kultur sowie Forschung und Wissenschaft neue Impulse setzen zu können. Wir
5952wollen zudem das digitale Spiel für nachfolgende Generationen erhalten. Es gilt, ge-
5953eignete Archivierungsmöglichkeiten zu prüfen.

5954

5955Unser nationales Filmerbe muss dauerhaft gesichert und auch im digitalen Zeitalter
5956sichtbar bleiben. Es bedarf hierfür neben einer Digitalisierungsförderung des Bundes
5957auch der Beteiligung der Länder und der Filmwirtschaft. Die Stiftung Deutsche Kine-
5958mathek ist als eine der zentralen Einrichtungen zur Bewahrung und Zugänglichma-
5959chung des deutschen Filmerbes zu stärken. Die Koalition wird auch das Bundesar-
5960chiv personell und finanziell stärken.

5961

5962Der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) hat in den vergangenen Jahren maßgeblich
5963zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Filmwirtschaft in
5964Deutschland beigetragen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Produkti-
5965onsstandorts Deutschland nachhaltig verbessert. Um die deutsche Filmwirtschaft zu
5966stärken, werden wir die bisher geltende zeitliche Befristung des DFFF und in begrün-
5967deten Einzelfällen die Kappungsgrenze aufheben und das erfolgreiche Förderpro-
5968gramm auf gleichbleibend hohem Niveau dauerhaft etablieren. Internationale Groß-
5969produktionen brauchen dafür in Deutschland vergleichbare Rahmenbedingungen.

5970

5971Die Koalition wird im Zuge der anstehenden Novellierung des Filmförderungsgeset-
5972zes (FFG) die Wirkung einzelner Instrumente der Filmförderung mit dem Ziel evaluie-
5973ren, das FFG „zukunftsfest“ zu machen.

5974

5975Wir werden bei allen Verantwortlichen dafür werben, die Stärkung des deutschen
5976Kinderfilms zu einer Schwerpunktaufgabe zu machen.

5977

5978Wir wollen unsere vielfältige Kinolandschaft im Ganzen erhalten. Wir wollen in das
5979erfolgreiche Förderprogramm zur Digitalisierung auch solche Kinos einbeziehen, die
5980als Kulturort eine besondere Funktion wahrnehmen und bisher die Mindestfördervor-
5981aussetzungen nicht erfüllen konnten.

5982

5983**Sport**

5984

5985 Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung und stellt die größte
5986 Bürgerbewegung Deutschlands dar. Die Bundesregierung versteht sich als fairer
5987 Partner des organisierten Sports. Wir wollen, dass Deutschland eine erfolgreiche
5988 Sportnation bleibt. Im Spitzensport verbessern wir die Rahmenbedingungen für hoch-
5989 qualifizierte Trainerinnen und Trainer durch gute Arbeitsbedingungen und langfristi-
5990 gere Perspektiven. Wir setzen uns dafür ein, die Sportförderung mit Blick auf die Mit-
5991 telvergabe für alle öffentlich und nachvollziehbar zu gestalten. In einer Sportoffensive
5992 Bildung und Beruf im Sinne der „Dualen Karriere“ setzen wir uns gemeinsam mit den
5993 Bundesländern bei Hochschulen und Arbeitgebern für bessere Bedingungen bei der
5994 Vereinbarkeit von Studium, Ausbildung oder Arbeit mit dem Spitzensport ein. Wir ma-
5995 chen uns dafür stark, dass eine attraktive, ausgewogene und bedarfsorientierte Infra-
5996 struktur für den Spitzen-, Leistungs- und Breitensport erhalten bleibt. Die Interessen
5997 des Sports sind in immissionsschutzrechtlichen Konfliktlagen angemessen zu be-
5998 rücksichtigen. Deshalb werden wir auch eine Änderung der einschlägigen gesetzli-
5999 chen Bestimmungen prüfen.

6000

6001 Wir sorgen auch in Zukunft für eine verlässliche Finanzierung des erfolgreichen Pro-
6002 gramms „Integration durch Sport“. Im Nationalen Aktionsplan Integration muss der
6003 Sport weiterhin eine wichtige Rolle einnehmen und bei der Umsetzung der UN-Be-
6004 hindertenrechtskonvention wird der Inklusionsgedanke bei der Sportförderung des
6005 Bundes konsequent ausgebaut. Sport wollen wir in eine ressortübergreifende, bewe-
6006 gungsförderliche Gesamtpolitik einbinden, weil Sport, Gesundheitsförderung und
6007 Prävention zusammen gehören. Die Fankultur im Fußball soll in Deutschland erhal-
6008 ten bleiben. Gemeinsam mit Verbänden, Vereinen und den friedlichen Fans wollen
6009 wir dafür sorgen, dass Stadionbesuche sicher bleiben. Deshalb begrüßen und unter-
6010 stützen wir alle präventiven Anstrengungen und werden alle gesetzlichen Rahmen-
6011 bedingungen auf das Ziel ausrichten, Straftäter aus den Fußballstadien fernzuhalten.
6012

6013 Doping und Spielmanipulationen zerstören die ethisch-moralischen Werte des
6014 Sports, gefährden die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler, täuschen und
6015 schädigen die Konkurrenten im Wettkampf sowie die Veranstalter. Deshalb werden
6016 wir weitergehende strafrechtliche Regelungen beim Kampf gegen Doping und Spiel-
6017 manipulation schaffen. Dazu kommen auch Vorschriften zur uneingeschränkten Be-
6018 sitzstrafbarkeit von Dopingmitteln zum Zweck des Dopings im Sport sowie zum
6019 Schutz der Integrität des sportlichen Wettbewerbs in Betracht. Dabei müssen die
6020 Grundsätze der Bestimmtheit von Straftatbeständen und die Verhältnismäßigkeit ei-
6021 ner strafrechtlichen Sanktion gewährleistet sein. Eine gesetzliche Regelung darf we-
6022 der die verfassungsrechtlich garantierte Autonomie des Sports unzulässig einschrän-
6023 ken, noch die Funktionsfähigkeit der Sportgerichtsbarkeit beeinträchtigen. Die nach-
6024 haltige Finanzierung der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) stellen wir sicher.
6025 An der Umsetzung der „Berliner Erklärung“ der 5. UNESCO-Welt sport-
6026 ministerkonferenz „MINEPS V“ wirken wir auf nationaler und internationaler Ebene
6027 weiterhin mit Nachdruck. Dazu werden wir unsere internationalen Aktivitäten u. a. an
6028 der Erarbeitung einer entsprechenden Konvention des Europarats fortsetzen und den
6029 organisierten autonomen Sport in Deutschland bei der möglichst flächendeckenden
6030 Einführung von „Good Governance Standards“ unterstützen.

6031

6032 Bei der Vergabe von internationalen Sportgroßveranstaltungen setzen wir uns in Ko-
6033 operation mit dem autonomen Sport für faire und nachhaltige Standards ein.

6034

6035**4.4 Digitale Agenda für Deutschland 2013-2017: Chancen für eine starke**
6036 **Wirtschaft, gerechte Bildung und ein freies und sicheres Internet**

6037

6038Digitales Leben und Arbeiten sind Alltag geworden und wir erleben den Wandel in
6039eine digitale Gesellschaft. Die Nutzung moderner Technologien in Wirtschaft und Ge-
6040sellschaft ist heute selbstverständlich. Die meisten Arbeitsplätze sind durch Einsatz
6041digitaler Technologien geprägt. Die anstehende nächste Phase der Digitalisierung
6042betrifft in besonderem Maße die Infrastrukturen: Erfolgsfaktor der Energiewende ist
6043die Digitalisierung der Energieversorgung. Verkehrsinfrastrukturen werden sowohl im
6044Individualverkehr als auch im öffentlichen Verkehr digitalisiert. Wesentliche Verände-
6045rung im Gesundheitswesen ist der Aufbau der Telematikinfrastuktur.

6046

6047Maßgeblicher Faktor der Digitalisierung ist die Globalisierung der Netze und die inter-
6048nationale Arbeitsteilung im Bereich der Informationstechnik. Das weltweite Netz ist
6049ein globales Freiheitsversprechen. Doch spätestens der NSA-Skandal hat die Ver-
6050letzlichkeit der digitalen Gesellschaft aufgezeigt. IT-Sicherheit wird zu einer wesentli-
6051chen Voraussetzung zur Wahrung der Freiheitsrechte. Die gesellschaftlichen Chan-
6052cen und ökonomischen Potenziale der Digitalisierung dürfen nicht gefährdet werden.

6053

6054Die Koalition wird für das Handeln aller Ressorts eine digitale Agenda 2014-2017 be-
6055schließen und ihre Umsetzung gemeinsam mit Wirtschaft, Tarifpartnern, Zivilgesell-
6056schaft und Wissenschaft begleiten.

6057

6058**Digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa**

6059Wir wollen die die IKT-Strategie für die digitale Wirtschaft weiterentwickeln. Dazu ge-
6060hören für uns Spitzenforschung im nationalen und europäischen Rahmen, die Ent-
6061wicklung und Anwendung von digitalen Technologien und optimale Wachstumsbe-
6062dingungen für Unternehmen aller Branchen. Um den globalen und sicherheitspoliti-
6063schen Herausforderungen zu begegnen, fördern wir die deutsche und europäische
6064IKT-Industrie durch eine Verbesserung der entsprechenden Rahmenbedingungen
6065und den Abbau von Bürokratie.

6066

6067Wir wollen Kernbereiche der Deutschen Wirtschaft wie Fahrzeug- und Maschinen-
6068bau, Logistik und Gesundheitswirtschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Um glo-
6069bale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen wir Unternehmen durch geeignete
6070Rahmenbedingungen stärken.

6071

6072Die Digitalisierung der klassischen Industrie mit dem Zukunftsprojekt Industrie 4.0
6073werden wir vorantreiben und im nächsten Schritt um intelligente Dienstleistungen
6074(„Smart Services“) erweitern, sowie Projekte und Maßnahmen im Bereich der Green
6075IT stärken.

6076

6077Dazu ist es notwendig, Wissen aus der Spitzenforschung in konkrete Anwendungen
6078zu überführen. Mittels Kompetenzzentren, Modellregionen und Pilotprojekten soll der
6079Wissenstransfer in Mittelstand und klassische Industrie initialisiert werden.

6080

6081Wir werden Beratungsangebote zur Digitalisierung von bestehenden Wertschöp-
6082fungsketten in Industrie und Mittelstand im Hinblick u. a. auf Cloud-Computing und
6083Big Data ausbauen. Die Themen IT-Sicherheit und die Abwehr von Wirtschaftsspio-
6084nage sollen darüber hinaus eine besondere Rolle spielen.

6085

6086 Wir werden die Forschungs- und Innovationsförderung für „Big Data“ auf die Entwick-
6087 lung von Methoden und Werkzeugen zur Datenanalyse ausrichten, Kompetenzz-
6088 tren einrichten und disziplinübergreifend strategische Anwendungsprojekte ins Leben
6089 rufen. Wir wollen die deutsche Spitzenposition im Bereich des Höchstleistungsrech-
6090 nens in Abstimmung mit den Ländern und Partnern in Europa weiterhin ausbauen.
6091

6092 Wir möchten einen neuen Gründungsgeist in Deutschland wecken und eine Kultur
6093 der zweiten Chance etablieren. Unser Ziel ist es dabei, die Zahl der Gründungen von
6094 derzeit 10.000 in den nächsten Jahren kontinuierlich auf 15.000 pro Jahr zu steigern.
6095 Dafür sollen Antragsverfahren entbürokratisiert werden. Außerdem werden wir För-
6096 derinstrumente dahingehend überprüfen, dass sie die gesamte Innovationskette in-
6097 klusive der Verwertungsmöglichkeiten berücksichtigen.
6098

6099 Wir wollen das Gründen von Unternehmen leichter machen: Durch eine Vereinfachung
6100 der Prozesse (One-Stop-Agency) soll eine Unternehmensgründung innerhalb
6101 von 72 Stunden möglich sein.
6102

6103 Um Gründungen aus der Beschäftigung auch für Arbeitnehmer zu ermöglichen, die
6104 weder auf ihr Einkommen verzichten noch das Risiko eines Jobverlusts auf sich neh-
6105 men können, werden wir analog dem Modell der Familienpflegezeit die Möglichkeit
6106 einer "Gründungszeit" einführen. Wir wollen ein neues Instrument in Form eines be-
6107 dingt rückzahlbaren Gründungsdarlehens in Zusammenarbeit mit der KfW schaffen.
6108 Die Gewährung des Darlehens kann dabei an die Nutzung von Crowdfunding
6109 („Schwarmfinanzierung“) geknüpft werden. Die Darlehenshöhe soll auch den Le-
6110 bensunterhalt und die soziale Absicherung in der Gründungsphase abdecken. Für
6111 Gründungen aus der Arbeitslosigkeit soll das Instrument des Existenzgründerzu-
6112 schusses fortgeführt werden. **Darüber hinaus werden wir ein Bundesprogramm für**
6113 **den Aufbau von Inkubatoren, die die besten Rahmbedingungen für junge Unterneh-**
6114 **men bereitstellen, aufsetzen und ein deutsches Inkubatoren-Netzwerk mit internatio-**
6115 **naler Vernetzung bilden.** Wir unterstützen die Internationalisierung innovativer Start-
6116 Ups durch Markteintritts- und Austauschprojekte nach dem Vorbild des Modellprojekt
6117 „German Silicon Valley Accelerator“ (GSVA) in Wachstumsregionen weltweit.
6118

6119 Die Entwicklung standardisierter Stock-Options-Modelle als freiwilligen und ergän-
6120 zenden Teil der Entlohnung wollen wir attraktiver gestalten.
6121

6122 Innovative Unternehmen brauchen kluge Köpfe. Deshalb müssen wir im eigenen
6123 Land mit Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen die Zahl der IT-Fachkräfte erhö-
6124 hen. Die Kammern sind aufgefordert, faire Standardverträge für Gründer zu entwi-
6125 ckeln.
6126

6127 Ein wesentlicher Punkt ist die Stärkung der Innovationskräfte der digitalen Wirtschaft.
6128 Was mit dem Beirat „Junge Digitale Wirtschaft“ auf den Weg gebracht wurde, wollen
6129 wir fortsetzen und ausbauen.
6130

6131 Wir werden Deutschland als Investitionsstandort für Wagniskapital international at-
6132 traktiv machen und dafür ein eigenständiges Regelwerk (Venture-Capital-Gesetz) ab-
6133 hängig von den Finanzierungsmöglichkeiten erlassen, das u. a. die Tätigkeit von
6134 Business Angels verbessert. Neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding sollen
6135 rechtssicher gestaltet werden. Außerdem wollen wir es attraktiver machen, in junge
6136 Unternehmen und junge Wachstumsunternehmen zu investieren.

6137

6138Die Förderung von Wagniskapital mit Hilfe von Investitionszuschüssen wird verbes-
6139sert, der High-Tech-Gründerfonds wird auskömmlich fortgesetzt. Die Förder- und Fi-
6140nanzierungsinstrumente von Bund, Ländern und EU sind auf ihre Kompatibilität hin
6141zu evaluieren und ggf. anzupassen.

6142

6143Um Börsengänge für junge, innovative und wachstumsstarke Unternehmen wieder
6144zu beleben, werden wir die Einführung eines neuen Börsensegments „Markt 2.0“ prü-
6145fen.

6146

6147Neben dem Zukunftsprojekt Industrie 4.0 werden wir in den Bereichen intelligente
6148Mobilität, Smart Grid, E-Health und Sicherheit Schwerpunkte setzen und damit die
6149Position der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt festigen.

6150

6151Um das zu erreichen, werden Spitzencluster und Verbundprojekte aus- und aufge-
6152baut. Dabei sind ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit maßgebliche
6153Faktoren.

6154

6155Mit Blick auf die europäischen Interessen und die zugleich immer bedeutsamer wer-
6156denden Sicherheitsaspekte, werden wir industriepolitische Initiativen für Soft- und
6157Hardwareentwicklungen, Netzwerk- und Cloudtechnologien in Deutschland und Eu-
6158ropa, insbesondere bei den Schlüsseltechnologien und in der Netzwerktechnik unter-
6159stützen.

6160

6161**Digitale Bildung und Forschung – gerecht und innovativ**

6162Ein wichtiger Teil der Digitalstrategie ist die Steigerung der Medienkompetenz junger
6163Menschen, um sie zu einem sicheren und verantwortungsbewussten Umgang mit
6164dem Internet zu emanzipieren.

6165

6166Wir sehen die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz als zentrale
6167Maßnahme für den Datenschutz und die Sicherheit im Internet für jede einzelne Nut-
6168zerin und jeden einzelnen Nutzer. Die bestehenden Programme zur Förderung von
6169Medienkompetenz an Kitas und Schulen werden deshalb evaluiert und ausgebaut.
6170Das Leitbild der „digitalen Selbständigkeit“ rückt somit in den Fokus der Medienkom-
6171petenz. Wir befürworten ein „Modellprojekt Freiwilliges Soziales Jahr Digital“, damit
6172junge Menschen ihre technischen Fertigkeiten und Fähigkeiten im Umgang und in
6173der Anwendung von neuen Medien in den Dienst von gemeinnützigen Einrichtungen
6174stellen und diese bei der Umsetzung von digitalen Projekten und der Vermittlung von
6175Medienkompetenz unterstützen. Die Initiative „Ein Netz für Kinder“ wird unterstützt
6176und verbreitert, um in Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Institutionen quali-
6177tätvolle, altersgerechte und interessante digitale Angebote für Kinder zu schaffen.

6178

6179Der Aufbau, der Ausbau und die koordinierte nationale, europäische und internatio-
6180nale Vernetzung von offenen (Forschungs-)Datenbanken, Repositorien und Open-
6181Access-Zeitschriften der Forschungseinrichtungen und der Hochschulen sind im
6182Rahmen eines eigenen Programms zu fördern.

6183

6184Die Grundlagenforschung zu Internet und digitaler Gesellschaft wird durch gezielte
6185Initiativen zur Programmforschung und durch Bereitstellung entsprechender Mittel
6186gestärkt und verstetigt sowie institutionell gefördert. Es ist erforderlich, dass ein auch
6187mit öffentlichen Mitteln finanziertes Internet-Institut, das gleichzeitig als Ausgangs-

6188punkt für ein interdisziplinäres Kompetenznetz dient sich mit den technischen und
6189wirtschaftlichen, aber auch den politischen, rechtlichen und ethischen Aspekten des
6190Internets beschäftigt.

6191

6192**Digitales Leben und Arbeiten – Chancen und Rechte stärken**

6193

6194Die Digitalisierung eröffnet eine Vielzahl von Möglichkeiten, die das Leben der Men-
6195schen einfacher machen und neue Chancen für den Arbeitsalltag bieten. So gibt es
6196durch die Digitalisierung neue Angebote wie z. B. flexible Arbeitszeitmodelle für die
6197Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir fordern die Wirtschaft auf, diese zu fördern.
6198Wir appellieren an die Tarifpartner, Telearbeitsmodelle zu fördern und entsprechend
6199auszubauen, sowie tarifvertragliche Modelle zu finden, die die Rechte von Beschäf-
6200tigten auf selbst zu bestimmende Telearbeitsplätze stärken. Das Angebot an Telear-
6201beitsplätzen im öffentlichen Dienst werden wir weiter ausbauen.

6202

6203Öffentliche Verwaltung und Tarifpartner sind aufgefordert, die Rechte der Beschäftig-
6204ten für eine erweiterte Arbeits-Autonomie und verbesserte Work-Life-Balance für Ar-
6205beitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken (z.B. Regelungen zur Nichterreich-
6206barkeit). Wir begrüßen darüber hinaus betriebsinterne Regelungen dazu.

6207Die Entwicklung neuer digitaler Qualifizierungs- und Weiterbildungswerkzeuge für
6208Unternehmen wie auch für den öffentlichen Dienst ist zielgruppenspezifisch zu för-
6209dern und auszubauen.

6210

6211Immer mehr Unternehmen nutzen Online-Plattformen, um neue Mitarbeiterinnen und
6212Mitarbeiter zu gewinnen (E-Recruiting). Hierbei müssen die Grenzen der Privatsphä-
6213re eingehalten werden. Eine Umgehung von Privatsphäre-Einstellungen in sozialen
6214Netzwerken - oder ähnlichen Plattformen ist nicht zu akzeptieren.

6215

6216Durch die Digitalisierung bieten sich vor allem für junge Mütter und Väter neue Mög-
6217lichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie zum Beispiel neue und fle-
6218xiblere Arbeitszeitmodelle.

6219

6220Im Bereich der Gesundheit nutzen wir die Chancen der Digitalisierung und verstär-
6221ken die Telemedizin, z. B. zur engen Betreuung von Risikopatientinnen und -patien-
6222ten oder chronisch Kranken. Dabei ist ein Höchstmaß an Datenschutz zu gewährleis-
6223ten. Eine unkontrollierte Weitergabe von sensiblen Patientendaten an Dritte muss
6224verhindert werden. Bürokratische und rechtliche Hemmnisse in der Telemedizin sol-
6225len abgebaut werden, um die Anwendung grundsätzlich zu vereinfachen. Wir wollen
6226den Einsatz und die Entwicklung von E-Care-Systemen in sog. Smart-Home-Umge-
6227bungen fördern, die älteren, pflegebedürftigen Menschen oder Menschen mit Behin-
6228derung die technische Unterstützung bieten, um ihnen den Alltag zu erleichtern. Ein
6229weiterer Fokus liegt auf der Elektronischen Gesundheitskarte (eGK). Die eGK soll
6230ausgebaut werden, um den bürokratischen Aufwand für Patientinnen und Patienten
6231zu verringern und die Kommunikation zu verbessern. Höchste Datenschutzstandards
6232sowie eine sichere Verschlüsselung der Daten sind dabei die Grundvoraussetzung.
6233

6234Der digitale Alltag eröffnet neue Möglichkeiten, anderen Menschen zu helfen. Im
6235Netz entstehen neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements über soziale
6236Netzwerke und Nachbarschaftsinitiativen. Wir werden diese Entwicklung unterstützen
6237und „Online Volunteering“-Projekte fördern, z. B. die verbessernde Zusammenarbeit
6238von Bürgerinnen und Bürgern mit der Verwaltung (Mängelmelder, Tausch- und Eh-

6239renamtsbörsen). Wir wollen herausragende Projekte auszeichnen und einen Aus-
6240tausch der besten Beispiele initiieren. Zudem werden wir Projekte ins Leben rufen
6241und fördern, durch die Medienkompetenz vermittelt wird und damit dazu beitragen,
6242die digitale Spaltung zu überwinden (z.B. Seniorinnen und Senioren lernen von
6243Schülerinnen und Schülern).

6244

6245Wir fördern die Entwicklung und den Einsatz von bundesweiten Warn- und Informati-
6246onssystemen, mit denen Bürgerinnen und Bürger per SMS, E-Mail oder über eine
6247App über Unfälle, Gefahren und Katastrophen informiert werden können.

6248

6249Wir führen Systeme ein (z. B. eine zentrale Nummer für SMS-Notrufe oder eine Not-
6250ruf-App) und ändern das TKG so, dass sich Menschen in einer Notsituation bemerk-
6251bar machen und Hilfe anfordern können, ohne zurückgerufen werden zu müssen.

6252

6253Im digitalen Zeitalter hat sich die Art der Kommunikation grundlegend verändert und
6254die Menschen tauschen sich online auf diversen Plattformen aus. Wir sprechen uns
6255gegen einen allgemeinen Klarnamenzwang aus, weil anonyme Kommunikation oft
6256nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig ist.

6257

6258Wir sehen neben den Chancen der Digitalisierung auch die Risiken. So wollen wir
6259Präventions- und Beratungsangebote zu online basiertem Suchtverhalten bundes-
6260weit ausbauen und wissenschaftlich begleiten. Eine weitere negative Entwicklung in
6261unserem Onlineverhalten sind beleidigende und verleumderische Äußerungen im
6262Netz. Wir wollen ein ausgewogenes Aufklärungs- und Schutzkonzept mit rechtlichen,
6263technischen und gesellschaftlichen Mitteln zum Persönlichkeitsschutz umsetzen.

6264

6265In den nächsten vier Jahren können die Weichen gestellt werden, damit Deutschland
6266und Europa eine Führungsrolle bei der konsequenten, sozialverträglichen, vertrau-
6267enswürdigen und sicheren Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft einneh-
6268men. Mit einer ausgewogenen Digitalisierungspolitik können Zukunftschancen unse-
6269res Landes, Potenziale für Demokratie und Teilhabe sowie Innovations- und Wettbe-
6270werbsfähig langfristig gesichert werden. Deutschland wird zu einer echten digitalen
6271Gesellschaft.

62725. Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte

6273

62745.1 Freiheit und Sicherheit

6275

6276Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU- Untersuchungsausschusses

6278

6279Der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zum sogenannten
6280„Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) hat parteiübergreifend zahlreiche Re-
6281formvorschläge für die Bereiche Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, zur parla-
6282mentarischen Kontrolle der Tätigkeit der Nachrichtendienste sowie zur Zukunft der
6283Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Ras-
6284sismus und Antisemitismus erarbeitet. Soweit die Bundesebene betroffen ist, ma-
6285chen wir uns diese Empfehlungen zu Eigen und werden sie zügig umsetzen. So-
6286weit die Länder betroffen sind, werden wir im Dialog mit ihnen Wege für die Um-
6287setzung dieser Empfehlungen erarbeiten, etwa bei der einheitlichen Verfahrens-
6288führung der Staatsanwaltschaften.

6289

6290Wir stärken die Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz
6291(BfV), bauen dessen Koordinierungskompetenz im Verfassungsschutzverbund aus
6292und verbessern die technische Analysefähigkeit des BfV. Der gegenseitige Aus-
6293tausch von Informationen zwischen Bund und Ländern wird gemeinsame Lagebil-
6294der ermöglichen.

6295

6296Wir wollen eine bessere parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. Die
6297Anforderungen an Auswahl und Führung von V-Leuten des Verfassungsschutzes
6298werden wir im Bundesverfassungsschutzgesetz regeln und die parlamentarische
6299Kontrolle ermöglichen. Die Behördenleiter müssen die Einsätze der V-Leute ge-
6300nehmigen. Bund und Länder informieren sich wechselseitig über die eingesetzten
6301V-Leute.

6302

6303Bei Polizei und Justiz stärken wir die interkulturelle Kompetenz und steigern die
6304personelle Vielfalt. Die Möglichkeiten für Opferbetreuung und -beratung stärken
6305wir. Weil Opfer rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverach-
6306tender Straftaten den besonderen Schutz des Staates verdienen, wollen wir si-
6307cherstellen, dass entsprechende Tatmotive bei der konkreten Strafzumessung
6308ausdrücklich berücksichtigt werden.

6309

6310Kriminalität und Terrorismus

6311

6312Prävention

6313Die Extremismusprävention der Bundesregierung bündeln und optimieren wir. An-
6314tisemitismus bekämpfen wir, Radikalisierung, rassistischen und demokratiefeindli-
6315chen Strukturen treten wir entgegen. Wir stärken die Prävention u.a. indem wir
6316Programme wie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ verstetigen. Bei der Bekämpfung
6317von Rechtsextremismus und Rassismus verknüpfen wir die zivilgesellschaftlichen
6318Aktivitäten mit denen im Bildungssektor und bei Polizei und Justiz.

6319

6320Kriminalität in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam bekämpfen

6321Mit Blick auf strafbares Verhalten im Unternehmensbereich bauen wir das Ord-
6322nungswidrigkeitenrecht aus. Wir brauchen konkrete und nachvollziehbare Zumes-

6323sungsregeln für Unternehmensbußen. Wir prüfen ein Unternehmensstrafrecht für
6324multinationale Konzerne. Das Recht der Vermögensabschöpfung werden wir ver-
6325einfachen, die vorläufige Sicherstellung von Vermögenswerten erleichtern und
6326eine nachträgliche Vermögensabschöpfung ermöglichen. Wir regeln, dass bei Ver-
6327mögen unklarer Herkunft verfassungskonform eine Beweislastumkehr gilt, so dass
6328der legale Erwerb der Vermögenswerte nachgewiesen werden muss. Bestechung
6329und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen wollen wir unter Strafe stellen.

6330

6331Wir wollen unsere Unternehmen vor Wirtschafts- und Konkurrenzspionage aus al-
6332ler Welt schützen und eine nationale Strategie für den Wirtschaftsschutz erarbei-
6333ten. An private Sicherheitsdienstleister stellen wir verbindliche Anforderungen an
6334Seriosität und Zuverlässigkeit.

6335

6336Zur besseren Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet werden wir im
6337Strafrecht den veralteten Schriftenbegriff zu einem modernen Medienbegriff erwei-
6338tern. Wir schließen zudem inakzeptable Schutzlücken und beseitigen Wertungswi-
6339dersprüche im Sexualstrafrecht. Zur Aufklärung von Sexual- und Gewaltverbre-
6340chen sollen bei Massen-Gentests auch sogenannte Beinahetreffer verwertet wer-
6341den können, wenn die Teilnehmer vorab über die Verwertbarkeit zulasten von Ver-
6342wandten belehrt worden sind. Zum Schutz der Bevölkerung vor höchstgefährli-
6343chen, psychisch gestörten Gewalt- und Sexualstraftätern, deren besondere Ge-
6344fährlichkeit sich erst während der Strafhaft herausstellt, schaffen wir die Möglich-
6345keit der nachträglichen Therapieunterbringung. Die längerfristige Observation von
6346entlassenen Sicherungsverwahrten stellen wir auf eine gesetzliche Grundlage.

6347

6348Beim Stalking stehen vielen Strafanzeigen auffällig wenige Verurteilungen gegen-
6349über. Im Interesse der Opfer werden wir daher die tatbestandlichen Hürden für
6350eine Verurteilung senken. Zudem werden wir Maßnahmen zur Kontrolle der Ein-
6351haltung von Kontakt- bzw. Näherungsverboten erarbeiten.

6352

6353Einbruchskriminalität verunsichert die Menschen über die materiellen Schäden
6354hinaus. Die Tätergruppen agieren zunehmend grenzüberschreitend. Wir unterstüt-
6355zen nicht nur präventive Maßnahmen der Bürger, sondern bekämpfen diese All-
6356tagskriminalität auch durch bessere Zusammenarbeit der Polizeibehörden auf
6357Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Sicherheitsvereinbarungen zwischen Bund und
6358Ländern können dazu ein Instrument sein.

6359

6360Rocker-Clubs bieten einen Deckmantel für vielfältige Formen der
6361Schwerkriminalität, wie Menschenhandel und Drogengeschäfte. Dieser
6362organisierten Kriminalität kann durch den Entzug der Privilegien des Vereinsrechts
6363entgegen getreten werden. Wir werden dazu das Vereinsrecht verschärfen, die
6364Verbotsfolgen bei Rockergruppierungen verstärken und bei Verboten jegliche
6365Neugründung in den betroffenen Städten und Kreisen ausschließen. Die
6366Kennzeichen verbotener Rockergruppen dürfen von anderen Gruppierungen im
6367Bundesgebiet nicht weiter genutzt werden.

6368

6369*Effektive Strafverfolgung und wirksame Maßnahmen zur Gefahrenabwehr*

6370Wir wollen das allgemeine Strafverfahren und das Jugendstrafverfahren unter
6371Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze effektiver und praxistauglicher ausgestal-
6372ten. Dazu wird eine Expertenkommission bis zur Mitte dieser Wahlperiode Vor-
6373schläge erarbeiten.

6374

6375Durch ein frühzeitiges gemeinsames Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden und
6376der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir kriminalitätsgefährdete Kinder und Jugend-
6377liche vor einem Abgleiten in kriminelle Karrieren bewahren. Wird ein junger
6378Mensch straffällig, soll die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Den Gedanken der
6379Wiedergutmachung gegenüber Kriminalitätsoffern werden wir im Jugendstrafrecht
6380stärken.

6381

6382Um eine Alternative zur Freiheitsstrafe und eine Sanktion bei Personen zu schaf-
6383fen, für die eine Geldstrafe kein fühlbares Übel darstellt, werden wir das Fahrver-
6384bot als eigenständige Sanktion im Erwachsenen- und Jugendstrafrecht einführen.
6385Bei Verkehrsdelikten streben wir an, zur Bestimmung der Blutalkoholkonzentration
6386auf körperliche Eingriffe zugunsten moderner Messmethoden zu verzichten. Eine
6387Blutentnahme wird durchgeführt, wenn der Betroffene sie verlangt.

6388

6389Wir evaluieren die Vorschriften zur Kronzeugenregelung und zur Verständigung im
6390Strafverfahren. Wir prüfen, inwieweit dem öffentlichen Interesse an einem Ge-
6391richtsverfahren durch eine erweiterte Saalöffentlichkeit Rechnung getragen wer-
6392den kann. Im Strafvollzug verbessern wir den Datenaustausch zwischen den be-
6393teiligten Einrichtungen und Institutionen.

6394

6395Wir reformieren das Recht der strafrechtlichen Unterbringung in psychiatrischen
6396Krankenhäusern, indem wir insbesondere dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
6397stärker zur Wirkung verhelfen. Hierzu setzen wir eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe
6398ein.

6399

6400Um die Opfer von Straftaten dabei zu unterstützen, ihre zivilrechtlichen Ersatza-
6401nsprüche gegen den Täter durchzusetzen, fördern wir die Durchsetzung von Scha-
6402densersatzansprüchen in Strafverfahren (Adhäsionsverfahren) und erleichtern es
6403den Opfern, sich im Zivilprozess auf bindende Feststellungen eines Strafgerichts
6404zu berufen. Menschen, die einen nahen Angehörigen durch Verschulden eines
6405Dritten verloren haben, räumen wir als Zeichen der Anerkennung ihres seelischen
6406Leids einen eigenständigen Schmerzensgeldanspruch ein, der sich in das deut-
6407sche System des Schadensersatzrechts einfügt.

6408

6409Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Antiterrordatei werden umge-
6410setzt und die Analysefähigkeit der Datei verbessert. Die Vorschriften über die
6411Quellen-Telekommunikationsüberwachung werden wir rechtsstaatlich präzisieren,
6412um unter anderem das Bundeskriminalamt bei seiner Aufgabenerfüllung zu unter-
6413stützen.

6414

6415 *Vorratsdatenspeicherung*

6416Die EU-Richtlinie über den Abruf und die Nutzung von Telekommunikationsverbin-
6417dungsdaten werden wir umsetzen. Dabei soll ein Zugriff auf die gespeicherten Da-
6418ten nur bei schweren Straftaten und nach Genehmigung durch einen Richter so-
6419wie zur Abwehr akuter Gefahren für Leib und Leben erfolgen. Die Speicherung der
6420deutschen Telekommunikationsverbindungsdaten, die abgerufen und genutzt wer-
6421den sollen, haben die Telekommunikationsunternehmen auf Servern in Deutsch-
6422land vorzunehmen. Auf EU-Ebene werden wir auf eine Verkürzung der Speicher-
6423frist auf drei Monate hinwirken

6424

6425Wir werden das Waffenrecht im Hinblick auf die technische Entwicklung und auf
6426seine Praktikabilität hin anpassen. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat
6427dabei oberste Priorität. Wir streben eine erneute befristete Amnestie an. Zur Erhö-
6428hung der öffentlichen Sicherheit werden wir darüber hinaus gemeinsam mit den
6429Ländern schrittweise das nationale Waffenregister weiterentwickeln. Die Kriminal-
6430und Rechtspflegestatistiken machen wir aussagekräftiger. Die Sicherheitsfor-
6431schung wird besser koordiniert.

6432

6433**Digitale Sicherheit und Datenschutz**

6434

6435Ziel der Koalition ist es, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit auch in der di-
6436gitalen Welt zu schaffen und zu bewahren.

6437

6438*Cyberkriminalität*

6439

6440Das Strafrecht passen wir – auch durch Abschluss internationaler Abkommen – an
6441das digitale Zeitalter an. Wir schließen Schutzlücken und systematisieren die bis-
6442her verstreut geregelten datenbezogenen Strafvorschriften.

6443

6444Wir verbessern den strafrechtlichen Schutz vor Beleidigungen in sozialen Netzwer-
6445ken und Internetforen (Cybermobbing), da die Folgen für die vor einer nahezu unbe-
6446grenzten Öffentlichkeit diffamierten Opfer besonders gravierend sind. Cybermobbing
6447und Cybergrooming in sozialen Netzwerken müssen einfacher gemeldet und ange-
6448zeigt werden können.

6449

6450Eine zentrale Meldestelle für Phishing und ähnliche Delikte soll die Prävention ver-
6451bessern und Ermittlungen erleichtern.

6452

6453*IT-Infrastruktur und digitaler Datenschutz*

6454Wir schaffen ein IT-Sicherheitsgesetz mit verbindlichen Mindestanforderungen an
6455die IT-Sicherheit für die kritischen Infrastrukturen und der Verpflichtung zur Mel-
6456dung erheblicher IT-Sicherheitsvorfälle.

6457

6458Um Freiheit und Sicherheit im Internet zu schützen, stärken und gestalten wir die
6459Internet-Infrastruktur Deutschlands und Europas als Vertrauensraum. Dazu treten
6460wir für eine europäische Cybersicherheitsstrategie ein, ergreifen Maßnahmen zur
6461Rückgewinnung der technologischen Souveränität, unterstützen die Entwicklung
6462vertrauenswürdiger IT- und Netz-Infrastruktur und begrüßen auch Angebote eines
6463nationalen bzw. europäischen Routings.

6464

6465Zur Wahrung der digitalen Souveränität fördern wir den Einsatz national entwickel-
6466ter IT-Sicherheitstechnologien bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wir prüfen, in-
6467wieweit ein Ausverkauf von nationaler Expertise und Know-how in Sicherheits-
6468-Schlüsseltechnologien verhindert werden kann.

6469

6470Die Sicherheit von Kommunikationsinfrastrukturen muss erhöht werden. Dazu muss
6471die Cyber-Sicherheits- und Datenschutzstrategie weiterentwickelt werden. Dafür initi-
6472ieren wir ein Spitzencluster „IT-Sicherheit und kritische IT-Infrastruktur“ und setzen
6473uns für einen branchenübergreifenden Rechtsrahmen für Mindestanforderungen in
6474Deutschland und Europa ein.

6475

6476Der IT-Beauftragte der Bundesregierung (CIO) braucht ein Förderbudget für For-
6477schungs- und Entwicklungsprojekte zur IT-Sicherheit. Bundesbehörden werden ver-
6478pflichtet, zehn Prozent ihrer IT-Budgets für die Sicherheit ihrer Systeme zu verwen-
6479den.

6480

6481Deutschland braucht für sicherheitskritische Komponenten ebenso wie für die Netz-
6482werkinfrastruktur Labore („Innovationslabor Sicherheitselemente“) und Testeinrich-
6483tungen („Testcenter Netzwerkinfrastrukturkomponenten“), [die wir mit einem schlag-
6484kräftigen industrie- und forschungsgestützten Cyber-Sicherheits-Zentrums einrichten
6485und verknüpfen wollen.

6486

6487Wir bauen die Kapazitäten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informations-
6488technik (BSI) und auch des Cyber-Abwehrzentrums aus] [und verbessern die IT-
6489Ausstattung aller anderen deutschen Sicherheitsbehörden.

6490

6491Um Bürgerdaten besser zu schützen und zu sichern, werden wir die Bündelung
6492der IT-Netze des Bundes in einer einheitlichen Plattform „Netze des Bundes“ an-
6493streben. IT- und TK-Sicherheit wollen wir zusammenführen.

6494

6495Wir werden den technikgestützten Datenschutz ("Privacy by Design") und den Daten-
6496schutz durch Voreinstellungen ("Privacy by Default") ausbauen. Um zu gewährleis-
6497ten, dass die Nutzerinnen und Nutzer über die Sicherheitsrisiken ausreichend infor-
6498miert sind, sollen Internetprovider ihren Kunden melden, wenn sie Hinweise auf
6499Schadprogramme oder ähnliches haben. Darüber hinaus streben wir einen sicheren
6500Rechtsrahmen und eine Zertifizierung für Cloud-Infrastrukturen und andere sicher-
6501heitsrelevante Systeme und Dienste an.

6502

6503Vertrauen kann nur durch Transparenz hergestellt werden. Dies betrifft auch die
6504Standardisierung von IT-Sicherheit. Notwendig sind eine Stärkung der Transparenz
6505der Standardisierungsgremien und eine stärkere deutsche Beteiligung in diesen und
6506anderen internationalen Gremien, besonders solchen der Internetarchitektur und In-
6507ternet-Governance.

6508

6509Wir wollen das vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Grundrecht auf Gewähr-
6510leistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme mit Leben
6511füllen. Die Nutzung von Methoden zur Anonymisierung, Pseudonymisierung und Da-
6512tensparsamkeit müssen zu verbindlichen Regelwerken werden.

6513

6514Die Weiterentwicklung und Verbreitung von Chipkartenlesegeräten, Kryptographie,
6515DE-Mail und sicheren Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen sowie vertrauenswürdiger
6516Hard- und Software gilt es erheblich auszubauen. IT-Hersteller und -Diensteanbieter
6517sollen für Datenschutz- und IT-Sicherheitsmängel ihrer Produkte haften.

6518

6519Die Koalition tritt für die europaweite Einführung einer Meldepflicht für Unterneh-
6520men an die EU ein, die Daten ihrer Kundinnen und Kunden ohne deren Einwilli-
6521gung an Behörden in Drittstaaten übermitteln. Wir werden zudem in der EU auf
6522Nachverhandlungen der Safe-Harbor und Swift-Abkommen drängen. Die strengen
6523Standards des Bundesverfassungsgerichts beim bereichsspezifischen Daten-
6524schutz dürfen nicht zum Zwecke eines europaweiten freien Informationsflusses
6525zwischen Behörden geopfert werden.

6526

6527Um die Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und der Bürger auch in der di-
6528gitalen Welt zu wahren und die Chancen für die demokratische Teilhabe der Be-
6529völkerung am weltweiten Kommunikationsnetz zu fördern, setzen wir uns für ein
6530Völkerrecht des Netzes ein, damit die Grundrechte auch in der digitalen Welt gel-
6531ten. Das Recht auf Privatsphäre, das im Internationalen Pakt für bürgerliche und
6532politische Rechte garantiert ist, ist an die Bedürfnisse des digitalen Zeitalters anzu-
6533passen.

6534

6535*EU-Datenschutzgrundverordnung*

6536Die EU-Datenschutzgrundverordnung muss zügig weiter verhandelt und schnell
6537verabschiedet werden, um europaweit ein einheitliches Schutzniveau beim Daten-
6538schutz zu garantieren. Die strengen deutschen Standards beim Datenschutz, ge-
6539rade auch beim Datenaustausch zwischen Bürgern und Behörden wollen wir be-
6540wahren. Europa braucht ein einheitliches Datenschutzrecht für die Wirtschaft, in
6541dem alle Anbieter, die in Europa ihre Dienste anbieten, dem europäischen Daten-
6542schutzrecht unterliegen (Marktortprinzip). Die Grundsätze der Zweckbindung, der
6543Datensparsamkeit und -sicherheit, der Einwilligungsvorbehalt, das Recht auf Lö-
6544schen und das Recht auf Datenportabilität müssen in der Verordnung gewahrt
6545bleiben. Bei den EU-Regelungen zur justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit
6546muss sichergestellt werden, dass das deutsche Datenschutzniveau bei der Über-
6547mittlung von Daten an andere EU-Staaten nicht unterlaufen werden darf.

6548

6549Bei der Ausgestaltung ist auch darauf zu achten, dass Refinanzierungsmöglichkei-
6550ten der medialen Inhalteproduktion und der Stellenwert der Pressefreiheit erhalten
6551bleiben. Die verbliebenen Streitfragen wie die Verantwortlichkeit für Daten in
6552Clouds und bei privaten Accounts sozialer Netzwerke sowie für die Abgrenzung zu
6553bestehenden Gesetzen für die öffentliche Hand sind zu lösen.

6554

6555**Konsequenzen aus der NSA-Affäre**

6556

6557Wir drängen auf weitere Aufklärung, wie und in welchem Umfang ausländische
6558Nachrichtendienste die Bürgerinnen und Bürger und die deutsche Regierung
6559ausspähen. Um Vertrauen wieder herzustellen, werden wir ein rechtlich
6560verbindliches Abkommen zum Schutz vor Spionage verhandeln. Damit sollen die
6561Bürgerinnen und Bürger, die Regierung und die Wirtschaft vor schrankenloser
6562Ausspähung geschützt werden. Wir stärken die Spionageabwehr. Unsere
6563Kommunikation und Kommunikationsinfrastruktur muss sicherer werden. Dafür
6564verpflichten wir die europäischen Telekommunikationsanbieter, ihre
6565Kommunikationsverbindungen mindestens in der EU zu verschlüsseln und stellen
6566sicher, dass europäische Telekommunikationsanbieter ihre Daten nicht an
6567ausländische Nachrichtendienste weiterleiten dürfen.

6568

6569**Zivilschutz und Schutz kritischer Infrastrukturen**

6570

6571Wir werden das fachübergreifende Rahmenkonzept für den Zivilschutz an neuen
6572Herausforderungen orientiert fortentwickeln und das Leistungsspektrum sowie die
6573Aufgaben des Technischen Hilfswerks (THW) unter Berücksichtigung des Schut-
6574zes kritischer Infrastrukturen anpassen. Wir werden das Ehrenamt als Basis des
6575Zivil- und Katastrophenschutzes – insbesondere mit Blick auf die sozialen und de-
6576mografischen Veränderungen – fördern und stärken. Wir stärken das Bundesamt
6577für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als strategischen Knotenpunkt des

6578 Bundes im Beziehungsgeflecht aller Akteure im Bevölkerungsschutz. Vor dem
6579 Hintergrund des durch den Klimawandel veränderten Schadenpotentials werden
6580 wir die Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung prüfen.

6581

6582 Die Betreiber kritischer Infrastrukturen halten wir durch Kooperation und gesetzli-
6583 che Vorgaben dazu an, Widerstandsfähigkeit (Resilienz) und Schutzmaßnahmen
6584 zu verbessern.

6585

6586 **Bundespolizei und Schutz unserer Grenzen**

6587

6588 Die Ergebnisse der Evaluierung der Neuorganisation der Bundespolizei setzen wir
6589 in der jetzt erforderlichen Konsolidierungsphase um. Wir wollen die Bundespolizei
6590 als kompetente und effektive Strafverfolgungsbehörde stärken, gut qualifizierte
6591 und ausgestattete Bereitschaftspolizeien vorhalten und die Einsatzmittel der Bun-
6592 despolizei modernisieren. An Kriminalitätsschwerpunkten im Aufgabenbereich der
6593 Bundespolizei setzen wir mit zusätzlichen Mitteln mehr Videotechnik ein.

6594

6595 Weitere Einreiseerleichterungen nach Europa setzen ein Einreise- und Ausreisere-
6596 gister im europäischen Verbund voraus. Wir treten für einen Ausbau der internatio-
6597 nalen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und ein noch besseres Ineinan-
6598 dergreifen der Arbeit der Sicherheitsbehörden im föderativen Gefüge ein.

6599

6600 **Umgang mit SED-Unrecht**

6601

6602 Der innere Zusammenhalt Deutschlands muss weiter gestärkt werden. Wir wollen
6603 gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West erreichen.

6604

6605 Die monatlichen Zuwendungen für Opfer der politischen Verfolgung in der ehema-
6606 ligen SBZ/DDR (SED-Opferrente) erhöhen wir. Für SED-Opfer, die haftbedingte
6607 Gesundheitsschäden erlitten haben und deshalb Versorgungsleistungen beantra-
6608 gen, werden wir gemeinsam mit den Ländern die medizinische Begutachtung ver-
6609 bessern.

6610

6611 Die Koalition wird eine Expertenkommission einsetzen, die bis zur Mitte der Legisla-
6612 turperiode Vorschläge erarbeitet, wie und in welcher Form die aus dem Stasi-Unter-
6613 lagengesetz (StUG) resultierenden Aufgaben des Bundesbeauftragten für die Unter-
6614 lagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) fortgeführt werden
6615 und wann das geschieht. Die Koalition wird die Fortführung des Pilot-Projektes „Virtu-
6616 elle Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Akten“ sicherstellen.

6617

6618

6619 **Ghettorente, Zwangsarbeiter**

66205.2 **Moderner Staat, lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung**

6621

6622**Wirksam und vorausschauend regieren**

6623

6624Die Koalition macht es sich zur Aufgabe, die Wirksamkeit des Regierungshan-
6625delns gezielt zu erhöhen und erarbeitet dazu eine ressortübergreifende Strategie
6626„Wirksam und vorausschauend regieren“. Koordinierende Stellen bündeln die
6627Maßnahmen innerhalb der Ressorts und bei ressortübergreifenden Zielen und Vor-
6628haben.

6629

6630Wir stärken die Kompetenzen und Kapazitäten der strategischen Vorausschau in
6631den Ministerien, um Chancen, Risiken und Gefahren mittel- und langfristiger Ent-
6632wicklungen besser erkennen zu können. Wir nutzen vermehrt Wirkungsanalysen
6633in der Phase der Entwicklung von politischen Maßnahmen sowie Evaluationen be-
6634stehender Gesetze und Programme, um die Wirksamkeit systematisch zu prüfen.
6635

6636Wir wollen die Zielgenauigkeit und Wirksamkeit politischer Vorhaben dadurch er-
6637höhen, dass wir politische Vorhaben stärker aus Sicht und mit Beteiligung der Bür-
6638gerinnen und Bürger entwickeln. Dazu verbessern wir die Kompetenzen und Ka-
6639pazitäten in der Verwaltung, um neueste Erkenntnisse der Sozialwissenschaften
6640besser zu nutzen.

6641

6642**Bürgerbeteiligung**

6643

6644Parlament, Regierung und Verwaltung werden die Möglichkeiten der Digitalisierung
6645intensiv nutzen und die interaktive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
6646sowie der Wirtschaft auf barrierefreien Websites ausbauen. Wir wollen die Potenziale
6647der Digitalisierung zur Stärkung der Demokratie nutzen. Wir wollen die Informationen
6648über politische Entscheidungen quantitativ und qualitativ verbessern und die Beteili-
6649gungsmöglichkeiten für die Menschen an der politischen Willensbildung ausbauen.
6650Gerade im Vorfeld von Entscheidungen ist früh, offen, umfassend und verständlich
6651zu informieren. Deutschland wird im Rahmen der „Digitalen Agenda“ der EU-Kom-
6652mission einen „Digital Champion“ benennen.

6653

6654Den Sachverstand und die Meinung der Bevölkerung suchen wir auch über digitale
6655Beteiligungsplattformen, so dass konstruktive und frühzeitige Einflussnahme von
6656Bürgerinnen und Bürgern besser gelingt.

6657

6658Die Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltpolitisch relevanten Entscheidungspro-
6659zessen wird gestärkt, ohne die zügige Umsetzung von Planungsvorhaben zu gefähr-
6660den. Wir wollen bessere Partizipationsformen.

6661

6662Verkehrsinfrastrukturprojekte brauchen Akzeptanz und Transparenz. Wir werden
6663deshalb die Bürgerbeteiligung in der Vorphase der Planfeststellung weiter verbes-
6664sern und hierfür verbindliche Qualitätsstandards gesetzlich festschreiben.

6665

6666Wir wollen Bürgerinnen und Bürger und die Akteure der Zivilgesellschaft konsequent
6667in die Diskussion um Zukunftsprojekte und die Ausgestaltung von
6668Forschungsagenden einbinden. Wir wollen neue Formen der Bürgerbeteiligung und
6669der Wissenschaftskommunikation entwickeln und in einem Gesamtkonzept
6670zusammenführen.

6671

6672Wir wollen die Partizipation Jugendlicher stärken. Wir wollen Anreize zur Stärkung
6673partizipationsfördernder Kommunalpolitik legen. Jugendhilfeausschüsse und Jugend-
6674hilfeplanung bieten Ansatzpunkte guter Jugendpolitik. Wir unterstützen das ehren-
6675amtliche und freiwillige Engagement Jugendlicher und wollen für mehr Anerkennung
6676sorgen.

6677

6678**Transparenter Staat**

6679

6680Die digitale Berichterstattung über den Bundestag und seine Sitzungen sowie über
6681öffentliche Ausschusssitzungen und Anhörungen (z.B. in Streams) wollen wir aus-
6682bauen. So bald wie möglich werden wir Bekanntmachungen wie beispielsweise
6683Drucksachen und Protokolle in Open Data tauglichen Formaten unter freien Lizenz-
6684bedingungen bereitstellen.

6685

6686Wir wollen rechtliche Hemmnisse bei der Ausübung des Wahlrechts für Alpha-
6687beten und Betreute abbauen.

6688

6689Wir erhöhen die Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Verwaltung.
6690Um den Anschein von Interessenkonflikten zu vermeiden, streben wir für aus-
6691scheidende Kabinettsmitglieder, Parlamentarische Staatssekretärinnen und
6692Staatssekretäre und politische Beamtinnen und Beamte eine angemessene Rege-
6693lung an.

6694

6695Wir werden die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung neu regeln.

6696

6697**Moderne Verwaltung**

6698

6699Wir wollen ein bürgerfreundliches „digitales Deutschland“. Ein Programm „Digitale
6700Verwaltung 2020“ für verbindliche Standards zur flächendeckenden Digitalisierung
6701der Verwaltung soll dazu auf den Weg gebracht werden. Bei den Beschaffungen
6702des Bundes werden wir die Prozesse standardisieren und nach Möglichkeit digita-
6703lisieren.

6704

6705Durch E-Government ergeben sich umfassende Dienstleistungen für die Bürgerinnen
6706und Bürger und für die Wirtschaft, die die Erledigung von Formalia wie Behördengän-
6707gen wesentlich erleichtern können. Zahlreiche gute und erfolgreiche E-Government-
6708Projekte zeigen, dass es innovative technische Lösungen in Deutschland gibt, die al-
6709lerdings noch nicht flächendeckend und koordiniert umgesetzt sind.

6710

6711Der Bund wird den Ländern vorschlagen, die Programme des E-Governments unter
6712Verantwortung des IT-Planungsrates zu konsolidieren und zu koordinieren. Dabei
6713sind Technologien nach Möglichkeit langfristig so zu planen, dass keine Abhängig-
6714keiten zu intransparenten Protokollen, Software, Hardware oder Herstellern entste-
6715hen.

6716

6717Voraussetzung für die Akzeptanz elektronischer Behördendienste sind Datenschutz
6718und Sicherheit der Kommunikation und Angebote. Die Kommunikation muss daher
6719sicher sein. Wir werden die Weiterentwicklung von DE-Mail dahingehend forcieren,
6720dass bestehende Sicherheitslücken bei der Verschlüsselung geschlossen werden
6721und dieses Angebot damit für die Bürgerinnen und Bürger ein geeignetes Mittel der

6722Datenübertragung wird. Die Identifizierungsfunktion des neuen Personalausweises
6723und die Nutzung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen sind grundsätzlich anzuwen-
6724den.

6725

6726Eine bundesweite laufend aktualisierte Landkarte aller öffentlich angebotenen
6727Dienstleistungen schafft Transparenz, Koordinierung, Verbindlichkeit, Priorisierung
6728und Fokussierung und gibt den Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über die
6729entsprechenden Angebote. Die Idee der einheitlichen Behördennummer 115 wollen
6730wir ins Internet übertragen (www.115.de) und zumindest die 100 wichtigsten und am
6731häufigsten genutzten Verwaltungsleistungen innerhalb der nächsten vier Jahre bun-
6732desweit einheitlich online anbieten.

6733

6734Wir erleichtern den Kommunen die Realisierung, indem wir die besten Umsetzungs-
6735lösungen häufig genutzter Verwaltungsleistungen anbieten und dadurch eine besse-
6736re Vereinheitlichung mit niedrigeren Folgekosten erreichen.

6737

6738Die Bürgerinnen und Bürger sollen auf Wunsch die Möglichkeit haben, einen einheit-
6739lichen Stammdaten-Account, ein sogenanntes Bürgerkonto zu verwenden, um die
6740Kommunikation mit der Verwaltung zusätzlich zu vereinfachen. Zur elektronischen
6741Identifizierung soll der neue elektronische Personalausweis genutzt werden. Das
6742Bürgerkonto kann zum digitalen Dokumentenpostfach erweitert werden.

6743

6744Eine Systematisierung der bislang nebeneinanderstehenden Rechtsregelungen zum
6745Internet (Internetgesetzbuch) wird geprüft und in diesem Zusammenhang das Leis-
6746tungsschutzrecht hinsichtlich der Erreichung seiner Ziele evaluiert.

6747

6748Erste Open-Data-Projekte in Deutschland zeigen das Potential offener Daten. Die
6749Bundesverwaltung muss auf der Basis eines Gesetzes mit allen ihren Behörden Vor-
6750reiter für die Bereitstellung offener Daten in einheitlichen maschinenlesbaren Forma-
6751ten und unter freien Lizenzbedingungen sein. Wir wollen für Bund, Länder und Kom-
6752munen ein Open-Data-Portal bereitstellen. Die Koalition strebt einen Beitritt Deutsch-
6753lands zur internationalen Initiative Open Government Partnership an.

6754

6755Wir werden das Informationsfreiheitsrecht überarbeiten und hierbei die Vorschläge
6756der Evaluation des Informationsfreiheitsgesetzes aufgreifen.

6757

6758Die IT der Bundesverwaltung werden wir bei einem gemeinsamen IT-Dienstleister
6759zusammenführen. Wir werden die gemeinsamen IT-Dienstleistungen im Bereich der
6760IT-Systeme, Netze und Anwendungen behördenübergreifend organisieren. Wir wer-
6761den prüfen, für welche staatlichen Leistungen in welchen Lebenslagen die Abwick-
6762lung gesetzlich vereinheitlicht und zusammengelegt werden sollte, z. B. zu einer nur
6763einmaligen Prüfung von Anspruchsberechtigungen.

6764

6765**Öffentlicher Dienst**

6766

6767Der öffentliche Dienst ist Grundlage einer funktionierenden staatlichen Infrastruk-
6768tur und Daseinsvorsorge. Das Berufsbeamtentum ist dabei Garant einer leistungs-
6769fähigen und unabhängigen Verwaltung. Zur Sicherung der Fachkräftebasis und
6770zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses brauchen wir eine demografievorsor-
6771gende Stellen- und Personalpolitik, moderne, attraktive und familienfreundliche Ar-
6772beitsbedingungen sowie partnerschaftliche Personalvertretungen.

6773

6774Wir wollen die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes weiterhin sicherstellen, in-
6775dem wir die Zugangsvoraussetzungen künftig auch stärker an gewonnenen berufs-
6776praktischen Erfahrungen oder besonderen wissenschaftlichen Qualifikationen orien-
6777tieren und beispielsweise den Zugang zum höheren Dienst des Bundes auch für Ba-
6778chelor-Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung öffnen.

6779

6780Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zen-
6781trum.

6782

6783**Moderne Justiz**

6784

6785Wir wollen einen bürgernahen und effizienten Zivilprozess. So werden wir den
6786Ländern die Möglichkeit einräumen, bei den Landgerichten spezialisierte Spruch-
6787körper einzurichten. Wir wollen außerdem die Neutralität gerichtlich beigezogener
6788Sachverständiger gewährleisten und in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden
6789die Qualität von Gutachten insbesondere im familiengerichtlichen Bereich verbes-
6790sern. Die Rechtsgrundlagen für den elektronischen Rechtsverkehr und die elektro-
6791nische Akte in der Justiz werden wir weiterentwickeln und die praktische Umset-
6792zung begleiten.

6793

6794Damit die Bürger einfacher Ersatz für die Schäden erhalten, die sie durch fehler-
6795haftes Verhalten staatlicher Stellen erlitten haben, fassen wir das zersplitterte
6796Staatshaftungsrecht zusammen.

6797

6798Wir wollen das Betreuungsrecht in struktureller Hinsicht verbessern und damit das
6799Selbstbestimmungsrecht hilfebedürftiger Erwachsener bedarfsgerecht stärken. Wir
6800werden das Vormundschaftsrecht modernisieren.

6801

6802Wir wollen das Rechtssprechungsmonopol des Staates stärken. Illegale Parallel-
6803justiz werden wir nicht dulden. Wir sind überzeugt, dass Recht und Rechtsordnung
6804eine völkerverbindende und friedentiftende Wirkung entfalten. Wir werden zudem
6805die Initiative „Law – Made in Germany“ fortführen und weiterentwickeln.

6806

6807Wir werden deshalb mit Nachdruck die bilateralen Rechtsstaatsdialoge fördern
6808und die Bestrebungen unterstützen, in Nürnberg ein Institut zur Durchsetzung der
6809Nürnberger Prinzipien zum Völkerstrafrecht auf Dauer einzurichten.

6810

6811**Für Toleranz und Demokratie**

6812

6813Im Interesse der Lebendigkeit unserer Demokratie und unserer freiheitlich-demokrati-
6814schen Grundordnung ist es erforderlich, ziviles Engagement und demokratisches
6815Verhalten sowie den Einsatz für Vielfalt und Toleranz bei Kindern und Jugendlichen
6816auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene zu fördern und zu stärken. Wir motivie-
6817ren und unterstützen Vereine, Projekte und Initiativen, die sich der Förderung von
6818Demokratie und Toleranz widmen und gegen Gewalt und Hass, Fremdenfeindlichkeit
6819und Antisemitismus wenden.

6820

6821Der Einsatz für Demokratie und gegen Extremismus ist eine und bedarf einer ressort-
6822übergreifenden Gesamtstrategie.

6823

6824Die Extremismusprävention der Bundesregierung bündeln und optimieren wir. Anti-
6825semitismus bekämpfen wir, Radikalisierung treten wir entgegen. Wir stärken die Prä-
6826vention durch Verstetigung von Programmen.

6827

6828Die Umsetzung der einmütig beschlossenen Empfehlungen des NSU-Untersu-
6829chungsausschusses ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer Bemühungen zur Bekämp-
6830fung des Rechtsextremismus in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit und die
6831Überwindung von Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und anderer For-
6832men gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine Aufgabe von Bund, Ländern
6833und Kommunen sowie der Zivilgesellschaft gleichermaßen.

6834

6835Die bestehenden Programme werden langfristig finanziell sichergestellt und auf bun-
6836desgesetzlicher Grundlage, soweit Gesetzgebungskompetenz vorliegt, weiterentwi-
6837ckelt sowie neue Strukturformen entsprechend des Abschlussberichtes des Untersu-
6838chungsausschusses des Deutschen Bundestages zur NSU etabliert. Die Haushalts-
6839mittel stocken wir auf. Wir treten rassistischen und demokratiefeindlichen Strukturen
6840mit der Stärkung von Forschung und politischer Bildung entgegen.

6841

6842Die Bundeszentrale für politische Bildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die
6843Demokratieförderung. Ihre Arbeit wollen wir stärken.

68446. Starkes Europa

6845

6846Europapolitische Verantwortung Deutschlands

6847

6848Das europäische Einigungswerk bleibt die wichtigste Aufgabe Deutschlands. Die Er-
6849wartungen unserer europäischen Partner an Deutschland haben sich im Laufe der
6850letzten Jahre gewandelt. Die Europäische Union (EU) durchläuft eine historisch ein-
6851zigartige Periode wirtschaftlicher, sozialer und institutioneller Veränderungen und
6852Neuerungen. In dieser Umbruchphase ist Deutschland als wirtschaftlich starker Mit-
6853gliedstaat und Stabilitätsanker in eine gestiegene Verantwortung hineingewachsen
6854und besonderen Erwartungen seiner Partner ausgesetzt.

6855

6856Unser Land muss in dieser Situation als Gründungsmitglied der EU und vertrauens-
6857voller Partner eine verantwortungsvolle und integrationsfördernde Rolle in Europa
6858wahrnehmen. Deutschland wird alle seine Möglichkeiten nutzen und ausschöpfen,
6859das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des europäischen Einigungswerkes wieder zu
6860stärken und auszubauen. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Krise
6861in Europa zu überwinden und einen neuen Aufbruch für ein politisch und wirtschaft-
6862lich starkes, sozial gerechtes Europa zu schaffen. Solide und nachhaltig tragfähige
6863Finanzen müssen mit Wachstum und Beschäftigung sowie notwendige Eigen-
6864verantwortung der Staaten mit europäischer Solidarität und Demokratie zu-
6865sammengebracht werden. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, braucht die EU
6866handlungsfähige Gemeinschaftsinstitutionen.

6867

6868Demokratisches Europa

6869

6870Europapolitische Entscheidungen greifen oft tief in die Lebensbedingungen unserer
6871Bürger ein. Für das Vertrauen in Europa und die EU ist es daher wichtig, die demo-
6872kratische Legitimation zu stärken und Entscheidungen der EU nachvollziehbarer zu
6873gestalten. Hierfür ist eine starke Rolle des Europäischen Parlamentes ebenso not-
6874wendig wie eine enge Einbindung der nationalen Parlamente. Die Kommission
6875braucht ein stringentes und effizientes Kollegium mit klaren Zuständigkeiten der
6876Kommissare.

6877

6878Gerade auch für die Akzeptanz des Krisenmanagements im Euroraum ist es wichtig,
6879dass dieses in die demokratischen Strukturen der EU und das bewährte Zusammen-
6880wirken aus Kommission, Rat, Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten einge-
6881bettet ist. Die Gemeinschaftsmethode steht im Zentrum der europäischen Einigung.
6882Dort wo einige Staaten in der Integration voranschreiten, sollte es das Ziel sein, die-
6883se Politikbereiche unter Einschluss aller EU-Mitglieder so rasch wie möglich unter
6884das Dach der europäischen Verträge zu führen.

6885

6886Die Bundesregierung unterstützt die Einführung eines einheitlichen europäischen
6887Wahlrechts, um verlässliche Mehrheiten im Europäischen Parlament für die Stabilität
6888der Legislativverfahren der Union sicherzustellen. In diesem Zusammenhang sollte
6889eine angemessene Mindestschwelle für die Zuteilung der Sitze festgelegt werden.

6890

6891Die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft ist eine essentielle Vo-
6892raussetzung für eine lebendige europäische Demokratie. Besonders wichtig ist es,
6893dafür auch die Jugendpolitik weiterzuentwickeln. Europaschulen, Jugendwerke und
6894eine erhöhte Jugendmobilität können hierzu beitragen. In diesem Zusammenhang

6895setzen wir uns beispielsweise für die Errichtung eines deutsch-griechischen Jugend-
6896werks ein. Die Reformbestrebungen in Griechenland werden weiterhin partnerschaft-
6897lich unterstützt, insbesondere wird die Deutsch-Griechische Versammlung fortgeführt
6898und weiterentwickelt.

6899

6900Damit die Bürger eine vertiefte Integration Europas stärker akzeptieren, ist es uner-
6901lässlich, das Subsidiaritätsprinzip strikt einzuhalten. Danach wird die EU nur tätig,
6902wenn und soweit ein Handeln der Mitgliedstaaten nicht ausreichend wäre. Aufgaben
6903müssen dort verortet werden, wo sie am besten gelöst werden können, europäisch,
6904national, regional oder lokal. Außerdem müssen sich Rechtsakte der EU am Verhält-
6905nismäßigkeitsgrundsatz messen lassen.

6906

6907Wir wollen ein bürgernahes Europa verwirklichen, das die kommunale Selbstver-
6908waltung achtet. Die Sprachen und Kulturen in den Kommunen und Regionen tragen
6909wesentlich zur Vielfalt Europas bei, mit der sich die Menschen identifizieren. Wir tre-
6910ten dafür ein, dass die EU die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen aller
6911Mitgliedstaaten bewahrt. Die EU muss sich vor allem auf die großen Zukunftsaufga-
6912ben konzentrieren; in diesen Bereichen brauchen wir eine starke, demokratische und
6913geschlossen handelnde EU.

6914

6915Der Umgang mit der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen muss ihre
6916rechtliche Stellung und ihren tatsächlichen Gebrauch in der EU widerspiegeln.

6917Deutsch muss auch in der Praxis den anderen beiden Verfahrenssprachen Englisch
6918und Französisch gleichgestellt werden.

6919

6920Herausforderungen – Europas Weg aus der Krise

6921

6922Wir wollen alles dafür tun, dass Europa gestärkt aus der gegenwärtigen Krise her-
6923vorgeht. Wir sind der festen Überzeugung, dass dies möglich ist, wenn Europa zu-
6924sammenhält und eine umfassende politische Antwort auf die Herausforderungen im
6925Euroraum gibt. Die Ursachen der Krise sind vielfältig: Sie reichen von einer übermä-
6926ßigen Verschuldung einzelner europäischer Staaten über Defizite in der Wett-
6927bewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Ungleichgewichte und Konstruktionsmängel in der
6928Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bis zu Fehlentwicklungen auf den Fi-
6929nanzmärkten.

6930

6931Die Wachstumsaussichten haben sich jüngst aufgehellt. Doch die Krise hat tiefe
6932Wunden geschlagen und ist noch längst nicht überwunden. Die Arbeitslosigkeit ist in
6933vielen Mitgliedstaaten weiter unerträglich hoch, insbesondere unter Jugendlichen.
6934Viele kleine und mittlere Unternehmen können Investitionen nicht finanzieren. Und
6935die Kombination aus hohen Schuldenständen und schwachem Wachstum machen
6936Europas Volkswirtschaften weiterhin anfällig.

6937

6938Damit Europa dauerhaft einen Weg aus der Krise findet, ist ein umfassender poli-
6939tischer Ansatz erforderlich, der Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und
6940eine strikte, nachhaltige Haushaltskonsolidierung mit Zukunftsinvestitionen in Wachs-
6941tum und Beschäftigung in sozial ausgewogener Weise verbindet.

6942

6943Ziel beim weiteren europäischen Krisenmanagement muss es sein, die wechselseiti-
6944ge Abhängigkeit zwischen privater Verschuldung von Banken und öffentlicher Ver-
6945schuldung von Staaten zu überwinden ebenso wie sicherzustellen, dass künftig in

6946erster Linie die Banken selbst für ihre Risiken haften und nicht die Steuerzahler.

6947Auch müssen die Regeln für Banken und Finanzmärkte so weiter verändert werden,
6948dass Akteure der Finanzmärkte künftig nie wieder den Wohlstand von Staaten und
6949Gesellschaften gefährden können. Die Finanzmärkte müssen an den Kosten der Kri-
6950se beteiligt werden und letztlich auf ihre dienende Funktion gegenüber der Realwirt-
6951schaft zurückgeführt werden.

6952

6953Hinzukommen müssen weitere Reformschritte zur Stärkung der wirtschaftspoliti-
6954schen Koordinierung besonders in der Wirtschafts- und Währungsunion. Die bewähr-
6955ten Regeln der Sozialen Marktwirtschaft müssen das Grundgerüst für die Wirt-
6956schafts- und Währungsunion der Zukunft sein.

6957

6958**Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion**

6959

6960Die Krise im Euroraum hat Konstruktionsmängel in der europäischen Wirtschafts-
6961und Währungsunion offen gelegt. Vor allem ist deutlich geworden, dass die Wirt-
6962schafts- und Währungsunion eine bessere und verbindlichere Koordinierung ihrer
6963Wirtschaftspolitik und eine effektivere Haushaltspolitik braucht, um Wettbewerbsfä-
6964higkeit, Finanzstabilität, die Möglichkeit zu Zukunftsinvestitionen und sozialen Aus-
6965gleich dauerhaft erfolgreich zu verbinden. Deutschland wird im Austausch mit seinen
6966europäischen Partnern dafür eintreten, dass die Wirtschafts- und Währungsunion in
6967diesem Sinne weiter entwickelt wird. Die Gemeinschaftsinstitutionen sollten im Rah-
6968men ihrer institutionellen Rolle an der wirtschaftlichen Koordinierung beteiligt werden.
6969

6970Deutschland steht zur gemeinsamen Währung. Unser Ziel ist und bleibt es, Europa
6971gestärkt aus der Krise zu führen – für ein Europa der Stabilität und des Wachstums.
6972Unser Grundsatz ist dabei: Solidarität und Eigenverantwortung gehören zusammen.
6973Wir Europäer müssen auch durch eine leistungsfähigere Wirtschaft im globalen Wett-
6974bewerb bestehen.

6975

6976Eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen und nachhaltige Zu-
6977kunftsinvestitionen sind der Schlüssel Europas zum Wachstum. Nationale und euro-
6978päische Anstrengungen müssen Hand in Hand gehen. Wir bekennen uns zu den Re-
6979geln des gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakts. Dessen glaubwürdige Anwen-
6980dung ist das Fundament für eine dauerhaft stabile gemeinsame Währung.

6981

6982Die Glaubwürdigkeit unseres Handelns erfordert eine an Nachhaltigkeitskriterien aus-
6983gerichtete Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Die hohen Staatsschuldenquoten der
6984Euroländer müssen daher zurückgeführt werden. Das ist eine der Lehren aus der ak-
6985tuellen Krise. Die Politik der Haushaltskonsolidierung muss fortgesetzt werden und
6986mit Reformen für strukturelles Wachstum und nachhaltigen Zukunftsinvestitionen
6987kombiniert werden. Deutschland ist weiterhin bereit, solidarische Unterstützung bei-
6988spielsweise in Form von Hilfskrediten und technischer Hilfe zu leisten, um Reformpo-
6989litiken in den Empfängerländern zur Rückgewinnung von Wettbewerbsfähigkeit und
6990zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen.

6991

6992Das Prinzip, dass jeder Mitgliedstaat für seine Verbindlichkeiten selbst haftet, muss
6993aber erhalten werden. Jede Form der Vergemeinschaftung von Staatsschulden wür-
6994de die notwendige Ausrichtung der nationalen Politiken in jedem einzelnen Mitglied-
6995staat gefährden. Nationale Budgetverantwortung und supranationale, gemeinsame
6996Haftung sind unvereinbar. Hilfskredite aus europäischen Rettungsprogrammen dür-

6997fen nur als Ultima Ratio gewährt werden, wenn die Stabilität der Eurozone als Gan-
6998zes gefährdet ist. Wir wollen, dass Krisenstaaten eine starke Eigenbeteiligung an der
6999Krisenbewältigung leisten und eigene Mittel einsetzen, bevor sie Hilfskredite erhal-
7000ten. Diese dürfen nur im Gegenzug zu strikten Auflagen bzw. Reformen und Kon-
7001solidierungsmaßnahmen der Empfängerländer gewährt werden. Sie setzen einen
7002klaren Plan voraus, wie die Schuldentragfähigkeit gesichert werden kann. Darüber
7003hinaus ist die demokratische Kontrolle aller Hilfen von herausragender Bedeutung:
7004ESM-Mittel werden weiterhin nur nach Zustimmung des Bundestages bewilligt.

7005

7006Die Krise hat gezeigt, dass europäische Korrekturen oftmals zu spät greifen. Zur Ver-
7007meidung von künftigen Verwerfungen in der Währungsunion müssen deshalb Haus-
7008haltspolitiken und Schuldenentwicklung besser überwacht und wirtschaftliche Un-
7009gleichgewichte in der Eurozone durch koordinierte Anstrengungen aller Euro-Mit-
7010gliedstaaten verringert werden. Dafür müssen wir den gestärkten Stabilitäts- und
7011Wachstumspakt und das Ungleichgewichteverfahren konsequent nutzen.

7012

7013Die neuen Regeln können nur dann glaubwürdig sein, wenn sie konsequent an-
7014gewendet und überwacht werden. Die Verwendung eines EU-Fortschrittsanzeigers
7015(Score Board) für Beschäftigung und soziale Entwicklungen und von Beschäftigungs-
7016und Sozialindikatoren sollte weiterverfolgt werden, damit diese neuen Instrumente
7017bereits für das Europäische Semester 2014 genutzt werden können. Mit dieser grö-
7018ßeren Bandbreite von Indikatoren soll EU-weit ein breiteres Verständnis sozialer Ent-
7019wicklungen erlangt werden. Die bereits im sogenannten Two-Pack eingeführte Über-
7020wachung der nationalen Haushaltsplanung durch die EU-Kommission wollen wir zu
7021einem effektiven Instrument ausbauen, das bei klaren Verstößen gegen EU-Regeln
7022einem nationalen Haushaltsgesetzgeber ermöglicht, frühzeitig selbst gegenzusteu-
7023ern. Das bezieht auch Ziele für Wachstum, Innovation und Beschäftigung mit ein.

7024

7025Wir setzen uns dafür ein, dass die Eurostaaten verbindliche und durchsetzbare, de-
7026mokratisch legitimierte vertragliche Reformvereinbarungen mit der europäischen
7027Ebene schließen, die auf die Erreichung der Ziele Wettbewerbsfähigkeit, solide und
7028nachhaltig tragfähige Finanzen, Wachstum und Beschäftigung verbunden mit Solida-
7029rität gerichtet sind.

7030

7031Wir werden die vertraglichen Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion an-
7032passen.

7033

7034Die in den von der Krise besonders betroffenen Staaten der Eurozone eingeleiteten
7035Reformen sind eine wichtige Grundlage, um vor Ort und für Europa als Ganzes nach-
7036haltiges Wachstum zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es auch nötig, die
7037Möglichkeiten der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des EU-Haushalts ein-
7038schließlich der EU-Strukturfondsmittel gezielt zum Aufbau der nötigen Infrastruktur
7039einzusetzen. Außerdem sollten die Möglichkeiten des Kreditzugangs für kleine und
7040mittlere Unternehmen wirksam verbessert werden. Auch hier kann die EIB in Zusam-
7041menarbeit mit nationalen Förderbanken helfen. Mit diesem Instrumentenkasten sol-
7042len die wirtschaftliche Entwicklung gestärkt, die Beschäftigung erhöht und die Frag-
7043mentierung der Finanzmärkte in Europa reduziert werden.

7044

7045**Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung**

7046

7047 Der Binnenmarkt ist ein Eckpfeiler für die Sicherung des Wachstums und der Wett-
7048 bewerbsfähigkeit Europas; er muss seine Wirkung voll entfalten und weiter vertieft
7049 werden. Die Vollendung des Binnenmarkts, die Schaffung geeigneter Regelungs-
7050 rahmen, aber auch die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen und
7051 Qualifikationen sowie die Übertragbarkeit von sozialer Absicherung in der Europäi-
7052 schen Union können bedeutende Wachstumsimpulse setzen.

7053

7054 Vor allem mit Wettbewerbsfähigkeit, robustem strukturellem Wirtschaftswachstum
7055 und Zukunftsinvestitionen gelingt es, neue Arbeitsplätze dauerhaft zu schaffen und
7056 den Wohlstand zu sichern. Dies gilt insbesondere in den Krisenländern des Eu-
7057 ro-Währungsgebietes, wo die Arbeitslosigkeit viel zu hoch ist und die Menschen in
7058 der Krise oft schmerzhaft Einschnitte beim Einkommen erfahren haben, in vielen
7059 Fällen verbunden mit dem Verlust des Arbeitsplatzes.

7060

7061 Wir werden uns dafür einsetzen, die Politik der haushaltspolitischen Konsolidierung
7062 und Strukturreformen unter Berücksichtigung der sozialen Verträglichkeit konsequent
7063 weiterzuentwickeln und dabei durch verstärkte Zukunftsinvestitionen für Innovation
7064 und Wachstum zu ergänzen.

7065

7066 Wir werden das wirtschaftliche Klima weiter verbessern, so dass hochwertige Pro-
7067 duktion und Beschäftigung mit guten Einkommen entstehen. In kluger Zu-
7068 sammenarbeit tragen der private Sektor mit seiner Dynamik und Leistungsfähigkeit
7069 und der Staat durch den regulatorischen Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft,
7070 durch Bildung und durch Infrastruktur zur Erreichung dieses Zieles bei. Das gilt je
7071 nach Verantwortlichkeit auf nationaler und europäischer Ebene.

7072

7073 Um Europa zukunftsfest zu machen, brauchen wir höhere Investitionen etwa in Infra-
7074 struktur, erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Verkehr, transeuropäische Netze,
7075 digitale Medien oder Breitbandversorgung, Bildung sowie Forschung und Entwick-
7076 lung ebenso wie notwendige Strukturreformen.

7077

7078 Wir werden darauf dringen, dass der im Sommer 2012 geschlossene Pakt für
7079 Wachstum und Beschäftigung (120 Mrd. Euro) mit Nachdruck umgesetzt wird.
7080 Wachstumspakt und Fiskalpakt sind gleichermaßen wichtige Bestandteile einer Poli-
7081 tik für nachhaltiges Wachstum und solide öffentliche Haushalte. Von besonderer Be-
7082 deutung für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung sind Maßnahmen, die
7083 kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern. Hierzu
7084 gehören die erhöhte Darlehensvergabe seitens der EIB sowie die verstärkte Nutzung
7085 revolvingender Fonds zum Einsatz der Mittel aus den Struktur- und Investitionsfonds.

7086

7087 Die Bundesregierung wird darauf achten, dass die EIB effektiv und umfassend von
7088 den ihr zusätzlich zugewiesenen Mitteln Gebrauch macht. Das in den Vereinbarun-
7089 gen zur mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Flexibilisierungsinstrument sollte
7090 für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung genutzt werden.

7091

7092 Im Rahmen einer sparsamen EU-Haushaltsführung setzen wir uns für eine aufga-
7093 bengerechtere Gestaltung des EU-Haushaltes ein. Mit Blick auf die Revision des
7094 Mehrjährigen Finanzrahmens in 2016 müssen weitere Schritte hin zu einer klaren
7095 Prioritätensetzung des europäischen Haushaltes für Wachstum, Beschäftigung und
7096 Innovation auf den Weg gebracht werden.

7097

7098Die Bundesregierung wird sich auf europäischer Ebene für eine möglichst frühzeitige
7099Evaluierung der Pilotphase zu europäischen Projektanleihen einsetzen. Mit einer Ab-
7100sicherung von Projektanleihen aus dem Haushalt der Europäischen Union können
7101zusätzliche wachstumsfördernde Investitionen angeregt werden.

7102

7103Europa ist die Wiege der modernen Industriegesellschaft. In weiten Teilen Europas
7104hat die Industrie aber an Kraft verloren. Die EU hat die Bedeutung der Industrie für
7105nachhaltiges Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität und Beschäftigung sowie das
7106Problem der Deindustrialisierung Europas mittlerweile erkannt. Es ist aber noch nicht
7107gelingen, den negativen Trend umzukehren. Wegen der großen Bedeutung einer
7108starken europäischen Industrie werden wir gemeinsam mit den europäischen Institu-
7109tionen und Partnern darauf hinarbeiten, dass die EU künftig wieder die Heimat einer
7110starken und modernen Industrie wird. Hierzu müssen und werden wir ressort-
7111übergreifend die Standortbedingungen der Industrie verbessern, die internationale
7112Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bei den politischen Entscheidungen in Berlin und
7113Brüssel mitberücksichtigen und verstärkt auf die Kosteneffizienz unserer industriepo-
7114litischen Entscheidungen achten.

7115

7116Besonders wichtig in Europa sind auch höhere private und öffentliche Investitionen in
7117Forschung, Entwicklung und Innovation, in gute Ausbildungssysteme, eine verbes-
7118serte Exportförderung besonders in Ländern mit niedriger Exportquote, eine moder-
7119ne, auf den industriellen Bedarf ausgerichtete Infrastruktur und ein förderlicher ord-
7120nungspolitischer Rahmen im europäischen Binnenmarkt.

7121

7122Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist ein verringerter Regelungsauf-
7123wand auf Ebene der EU erforderlich. Die EU-Kommission muss Regelungsbereiche
7124identifizieren, die das größte Potenzial zur Vereinfachung und zur Verringerung der
7125Regulierungskosten bieten, vor allem soweit sie für kleine und mittlere Unternehmen
7126besonders relevant sind. Für diese Bereiche fordern wir konkrete Abbauziele. Dem
7127Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz muss dabei Rechnung getragen
7128werden. EU-Vorgaben wollen wir grundsätzlich „eins zu eins“ umsetzen – das sichert
7129auch Chancengleichheit im europäischen Binnenmarkt.

7130

7131Auch die Energiewende muss im europäischen Zusammenhang gedacht werden.
7132Nur ein integrierter Energiebinnenmarkt und eine enge Koordinierung zwischen den
7133Mitgliedstaaten z. B. beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Transportnet-
7134ze sichern eine zuverlässige, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung,
7135damit Deutschland auch langfristig Motor eines wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und
7136Industriestandorts Europa bleibt.

7137

7138Die Rolle, die Europa im 21. Jahrhundert spielen wird, hängt auch entscheidend da-
7139von ab, ob es uns gelingt, im Bereich der digitalen Welt Anschluss zu halten, euro-
7140päische Standards zu setzen und damit unser europäisches Gesellschaftsmodell zu
7141bewahren. Deshalb treten wir für eine umfassende digitale europäische Agenda ein,
7142die Verbraucherschutz, Datenschutz, Innovation, Netz und Informationssicherheit zu-
7143sammen bringen.

7144

7145Nötig ist zudem ein neuer internationaler Rechtsrahmen für den Umgang mit unseren
7146Daten. Unser Ziel ist eine internationale Konvention für den weltweiten Schutz der
7147Freiheit und der persönlichen Integrität im Internet. Die derzeit laufende Verbesse-
7148rung der europäischen Datenschutzbestimmungen muss entschlossen vorangetrie-

7149ben werden. Auf dieser Grundlage wollen wir auch das Datenschutzabkommen mit
7150den USA zügig verhandeln.

7151

7152Bei der Koordinierung unserer Wirtschaftspolitik im europäischen Rahmen behalten
7153wir auch die globale Dimension fest im Blick. So werden wir beispielsweise den Ab-
7154schluss eines Freihandelsabkommen mit den USA vorantreiben. Wir werden die Her-
7155ausforderung der zunehmenden globalen Konkurrenz zwischen Unternehmen und
7156Standorten meistern, indem wir uns an den bewährten Grundlinien unserer Sozialen
7157Marktwirtschaft orientieren und der Sicherung der internationalen Wettbewerbs-
7158fähigkeit unserer – d. h. der deutschen und der europäischen – Wirtschaft hohe Prio-
7159rität einräumen. In einer sich rasch verändernden Welt kann nur ein starkes Europa
7160weiterhin seinen Einfluss behalten – auch dafür brauchen wir nachhaltiges Wirtschaf-
7161ten und hohe ökonomische und soziale Stabilität.

7162

7163Dem besonderen Schutzbedürfnis von Kultur und Medien wird in der deutschen Eu-
7164ropa-Politik Rechnung getragen, insbesondere im Rahmen der europäischen Recht-
7165setzung, bei EU-Beihilfefragen oder bei Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. Dies
7166muss auch bei den Verhandlungen über ein EU-USA-Freihandelsabkommen durch
7167Ausnahmeregelungen berücksichtigt und gesichert werden.

7168

**7169Soziale Dimension stärken, Beschäftigung schaffen, Jugendarbeitslosigkeit
7170bekämpfen**

7171

7172Die Erfahrung der Krise lehrt einmal mehr, dass die größte Bedrohung für die Men-
7173schen und den sozialen Frieden in Europa der Verlust des Arbeitsplatzes ist. Deswe-
7174gen ist der beste und auf Dauer einzig erfolgreiche Weg zur Sicherheit von Einkom-
7175men, persönlicher Teilhabe und gesellschaftlicher Integration und Stabilität, die Ar-
7176beitslosigkeit zu überwinden und genügend qualifizierte, dauerhaft wettbewerbs-
7177fähige Arbeitsplätze zu schaffen. Eigenverantwortung und die private Initiative, zu ar-
7178beiten und unternehmerisch Arbeit zu schaffen, müssen flankiert werden durch soli-
7179darische Unterstützung. Dies spiegelt sich auch in der europäischen Strategie aus
7180Solidarität und Solidität wieder: Strukturreformen der Mitgliedstaaten und Haushalts-
7181konsolidierung sind ebenso wie Zukunftsinvestitionen eine wichtige Grundlage für
7182Wachstum und Beschäftigung und damit auch die soziale Integration der Bürger.

7183

7184Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen ist in vielen europäischen Ländern in-
7185folge der Krise dramatisch angestiegen. Diese jungen Menschen, die vielfach gut
7186ausgebildet sind, darf Europa nicht im Stich lassen. Die Bekämpfung der Jugendar-
7187beitslosigkeit muss deshalb eine Priorität europäischer Politik sein.

7188

7189Deutschland wird bei der Umsetzung der vereinbarten Europäischen Jugendgarantie
7190mit gutem Beispiel vorangehen. Eine erfolgreiche Umsetzung in allen Mitgliedstaaten
7191bedarf ausreichender finanzieller Unterlegung, um den Aufbau notwendiger Struktu-
7192ren in den am stärksten betroffenen Ländern zu ermöglichen und die Jugendgarantie
7193zügig zum Erfolg zu führen. Wir begrüßen einen Qualitätsrahmen für Praktika. Die
7194Bundesregierung wird sich für überprüfbare Ziele zur Bekämpfung der Jugendar-
7195beitslosigkeit im Europäischen Semester einsetzen. Dabei sollten die nationalen Par-
7196lamente und das Europäische Parlament ihre Rolle wahrnehmen.

7197

7198Die Mittel, die im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im nächs-
7199ten europäischen Haushalt vorgesehen sind, müssen schnellstmöglich, in jedem Fall

7200in den ersten zwei Jahren der kommenden Finanzperiode eingesetzt werden. Eine
7201Aufstockung der finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit kann
7202falls notwendig im Rahmen der bereits vereinbarten Re-Programmierung der euro-
7203päischen Strukturfonds sowie durch eine Bündelung noch verfügbarer Haus-
7204haltungsmittel erfolgen. Wir unterstützen Initiativen zur technischen Hilfe bei Abruf und
7205Einsatz der Mittel. Die Finanzierung von Investitionen in Bildung und Ausbildung und
7206befristeten Lohnkostenzuschüssen durch Kredite und Garantien der EIB begrüßen
7207wir ausdrücklich und setzen uns für eine verstärkte Kombination von EIB-Krediten
7208und europäischen Fondsmitteln ein. Die Möglichkeiten, die das Programm „Erasmus
7209für alle“ für duale Ausbildung bietet, sollten besser ausgeschöpft werden.

7210

7211Auch werden wir einen gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt fördern, durch die
7212bessere Vermittlung von Sprachen sowie eine bessere Übertragbarkeit von Bildungs-
7213abschlüssen und sozialer Absicherung.

7214

7215Wir setzen uns dafür ein, dass die Mobilität und Durchlässigkeit in einem gemein-
7216samen europäischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich gestärkt werden. Wir
7217ergreifen gezielte Maßnahmen, die es qualifizierten Jugendlichen aus anderen Mit-
7218gliedstaaten erleichtern, ihre Berufsausbildung in Deutschland zu absolvieren bzw.
7219eine Beschäftigung in Deutschland aufzunehmen.

7220

7221Wir wollen – unter Einbeziehung der Kammerorganisationen – außerdem anderen
7222Mitgliedstaaten bei der Einführung des erfolgreichen deutschen Systems der dualen
7223Ausbildung einschließlich des Großen Befähigungsnachweises behilflich sein und zur
7224erfolgreichen Umsetzung der europäischen Ausbildungsallianz beitragen.

7225

7226Zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze setzen wir uns für eine
7227Gemeinschaftsaktion von Unternehmen, Gewerkschaften und den Mitgliedstaaten
7228der Europäischen Union ein. Die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit dem „Aus-
7229bildungspakt“ gemacht haben, bringen wir in die Zusammenarbeit ein. Es sollten
7230auch Programme für Existenzgründer – ähnlich dem deutschen Gründungszuschuss
7231– ausgebaut werden. Diese Programme sind durch eine umfassende Beratung zu
7232begleiten.

7233

7234Mit Blick auf die primäre Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für Sozialpolitik respektiert
7235die EU nationalstaatliche Traditionen. Im Rahmen des europäischen Wirtschafts- und
7236Sozialmodells unterstützen wir die Entwicklung gemeinsamer Prinzipien und Kriterien
7237zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, um Wettbewerbsverzerrungen auch
7238zum Schaden von Unternehmen und Arbeitnehmern im Binnenmarkt entgegen zu
7239treten.

7240

7241Die Beschäftigten in Europa müssen effizienter vor Ausbeutung und sittenwidrigen
7242Arbeitsbedingungen geschützt werden. Dort, wo wirtschaftliche Aktivität grenz-
7243überschreitend ist, dürfen Arbeitnehmerrechte nicht an den Grenzen Halt machen.
7244Wir treten dafür ein, die Einführung von Standards für Mindestlöhne zu prüfen, die
7245national zu organisieren und zu definieren sind und die einen hohen Beschäftigungs-
7246stand und faire Löhne garantieren würden – wobei die Wahl zwischen Gesetzgebung
7247und Tarifvereinbarungen besteht.

7248

7249Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Gleichrangigkeit sozialer Grundrechte
7250aus der Charta der Grundrechte der Europäischen Union gegenüber den Marktfrei-

7251heiten im europäischen Binnenmarkt durchgesetzt wird. Der soziale Dialog der Tarif-
7252partner hat auch auf europäischer Ebene eine wichtige Funktion, die weiter gestärkt
7253werden sollte ebenso wie die europäischen Betriebsräte und die Mitbestimmung in
7254europäischen Unternehmen.

7255

7256Bei den derzeit laufenden Verhandlungen über die Durchsetzungsrichtlinie zur Ent-
7257senderichtlinie setzen wir uns für das in Deutschland geltende hohe Niveau mit kla-
7258ren Haftungsregeln, umfassenden Informationsrechten der Behörden sowie effizien-
7259ten Kontrollrechten der Mitgliedstaaten ein. Die Bekämpfung von möglichem Miss-
7260brauch darf nicht durch die Aufweichung von Kontrollbefugnissen erschwert werden.
7261Der Missbrauch zum Beispiel durch Briefkastenfirmen und Scheinentsendungen
7262muss entschlossen bekämpft werden. Das europäische Entsenderecht sollte so wei-
7263ter entwickelt werden, dass das Lohnniveau, d. h. gleiche Entlohnung für gleiche Tä-
7264tigkeit, und die Arbeitsbedingungen des jeweiligen Ziellandes gelten. Die öffentliche
7265Daseinsvorsorge, insbesondere die Daseinsvorsorge auf regionaler und kommunaler
7266Ebene (z. B. die Wasserversorgung) gehört zum Kernbestand staatlicher Aufgaben.
7267Der demographische Wandel und der Bevölkerungsschwund in vielen ländlichen Ge-
7268bieten verschärfen die Handlungsnotwendigkeiten auf diesem Gebiet.

7269

7270Das Wettbewerbsprinzip des EU-Binnenmarktes, ein funktionierendes Gemeinwesen
7271und sozialer Ausgleich müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen; nur so
7272wird eine Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erreicht. Die Gestaltungsmöglich-
7273keiten der Mitgliedstaaten, ihrer Regionen und Kommunen für ihre im öffentlichen In-
7274teresse liegenden Aufgaben müssen erhalten bleiben. Wir werden jeder weiteren
7275Einschränkung der Daseinsvorsorge durch EU-Politiken offensiv entgegenzutreten. Na-
7276tionale, regionale und lokale Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge dür-
7277fen durch europäische Politik nicht ausgehebelt werden.

7278

7279Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

7280

7281Wir wollen eine starke und selbstbewusste Europäische Union, die den Globalisie-
7282rungsprozess maßgeblich mitgestaltet und dabei entschlossen für die Sicherung von
7283Frieden, Freiheit und Wohlstand eintritt. Deutschland wird aktiv dazu beitragen, das
7284Vertrauen in das europäische Einigungswerk zu stärken. Eine vertrauensvolle Zu-
7285sammenarbeit zwischen den Partnern ist für den gemeinsamen Erfolg unerlässlich.
7286Die Berücksichtigung der Interessen der kleinen und mittleren Mitgliedstaaten ist
7287konstitutiver Bestandteil unserer Europapolitik.

7288

7289Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union in ihrem internationalen Einsatz für
7290Menschenrechte hängt maßgeblich davon ab, wie konsequent sie ihre Werte lebt
7291und deren Verletzung im Innern ahndet. Die Bundesregierung setzt sich auf Grundla-
7292ge von Artikel 7 EUV für einen wirksamen Mechanismus zur Einhaltung rechtsstaatli-
7293cher und demokratischer Standards in Europa ein, um den Schutz der Werte, wie sie
7294in Artikel 2 EUV verankert sind, zu gewährleisten.

7295

7296Die deutsch-französische Partnerschaft ist in ihrer Breite und Tiefe einzigartig. Unse-
7297re Länder haben als starke Wirtschaftsnationen ein besonderes Interesse, aber auch
7298besondere Möglichkeiten, die europäische Einigung maßgeblich zu fördern und
7299Wohlstand, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Wir werden die
7300am 22. Januar 2013 beschlossene deutsch-französische Agenda Schritt für Schritt
7301weiter umsetzen. Unsere Partnerschaft mit Polen weiter vertiefen und die vielfältigen

7302nachbarschaftlichen Beziehungen weiterentwickeln. Die Arbeitsmöglichkeiten des
7303Deutsch-Polnischen Jugendwerks werden wir ausweiten und den Jugendbegeg-
7304nungsstätten in Kreisau und Auschwitz eine langfristige Perspektive geben. Wir wer-
7305den die Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen im Weimarer Dreieck intensivie-
7306ren. Bilaterale Initiativen mit unseren mitteleuropäischen Partnern wollen wir ausbau-
7307en. Dem deutsch-tschechischen Zukunftsforum und dem deutsch-tschechischen Zu-
7308kunftsfonds sichern wir eine Perspektive über 2017 hinaus.

7309

7310*Erweiterungen und östliche Nachbarschaft*

7311Die Erweiterung der EU ist aktive europäische Friedenspolitik. Die bisherigen EU-Er-
7312weiterungen sind im Interesse Deutschlands und Europas. Wir stehen dazu, dass
7313dieser Prozess unter strikter Beachtung der Beitrittskriterien fortgesetzt wird und die
7314Staaten des Westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive haben. Sowohl Serbien als
7315auch Kosovo müssen ihre eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Wir wollen KFOR
7316im Einklang mit der Sicherheitsentwicklung schrittweise reduzieren und zum Ab-
7317schluss führen. Gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten werden wir die
7318Heranführung der Länder des Westlichen Balkans an EU und NATO aktiv vorantrei-
7319ben. Für die EU-Erweiterung sind die Anwendung strenger Kriterien und klar über-
7320prüfbarer Fortschritte wichtig. Maßgeblich sind sowohl die Beitrittsfähigkeit der Kandi-
7321daten als auch die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union.

7322

7323Die Türkei hat für Europa strategische und wirtschaftliche Bedeutung. Wir sind dar-
7324über hinaus mit der Türkei durch vielfältige Beziehungen zwischen den Menschen in
7325unseren beiden Ländern eng verbunden. Wir möchten die Beziehungen zwischen
7326der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen, einschließlich einer engen
7327strategischen Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Wir se-
7328hen nicht nur die eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, sondern be-
7329grüßen vor allem die mit Blick auf die Beitrittsverhandlungen unternommenen Re-
7330formanstrengungen. Der Verhandlungsprozess läuft mit der Eröffnung neuer Ver-
7331handlungskapitel weiter. Die unbedingte Achtung der Werte, auf denen auch die EU
7332fußt, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Religions- und Meinungsfreiheit, und
7333deren innerstaatliche Durchsetzung sind Voraussetzung für weitere Fortschritte. Die
73342005 aufgenommenen Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit
7335offenem Ende, der keinen Automatismus begründet und dessen Ausgang sich nicht
7336im Vorhinein garantieren lässt. Auch in der Türkei wird eine Diskussion über die Fra-
7337ge der EU-Mitgliedschaft geführt. Sollte die EU nicht aufnahmefähig oder die Türkei
7338nicht in der Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll
7339und ganz einzuhalten, muss die Türkei in einer Weise, die ihr privilegiertes Verhältnis
7340zur EU und zu Deutschland weiter entwickelt, möglichst eng an die europäischen
7341Strukturen angebunden werden.

7342

7343Es liegt im vitalen Interesse Deutschlands und der EU, Stabilität, Demokratie,
7344Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung auch in den anderen angrenzen-
7345den Regionen zu fördern. In diesem Zusammenhang hat sich die Europäische Nach-
7346barschaftspolitik bewährt. Für die Östliche Partnerschaft bleiben Assoziierungs-, Frei-
7347handels- und Visaerleichterungs-Abkommen die besten Instrumente.

7348

7349Die Nachbarländer an der südlichen und östlichen Küste des Mittelmeers sind von
7350strategischer Bedeutung für Europa. Eine engere Anbindung dieser Staaten an die
7351EU kann zu einer Stabilisierung der Region beitragen.

7352

7353 *Ein starkes Europa in der Welt*

7354 Wir wollen, dass die Europäische Union ihrer Verantwortung als Trägerin des Frie-
7355 densnobelpreises auch künftig gerecht wird. Sie muss in der globalisierten Welt des
7356 21. Jahrhunderts die internationale Politik mitgestalten und hierfür eine starke eigen-
7357 ständige Rolle wahrnehmen. Die Bundesregierung wird anknüpfend an den EU-Gip-
7358 fel im Dezember 2013 neue politische Initiativen zur Stärkung und Vertiefung der Ge-
7359 meinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ergreifen. Der Europäische Rat sollte sich
7360 auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in der Regel einmal im Jahr mit Au-
7361 ßen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik befassen.

7362

7363 Wir setzen uns dafür ein, das Amt des/der Hohen Beauftragten für die Außen- und
7364 Sicherheitspolitik, zu stärken. Die Handlungsfähigkeit des Europäischen Auswärtigen
7365 Dienstes (EAD) für ein präventives Krisenmanagement und für eine schnelle Krisen-
7366 reaktion muss verbessert werden. Ein schlanker EAD hat eine funktionale und keine
7367 überwiegend repräsentative Aufgabe. Außenpolitische Fragen, Handelspolitik sowie
7368 Entwicklungszusammenarbeit müssen zwischen EU-Kommission und EAD besser
7369 verknüpft und enger abgestimmt werden.

7370

7371 Die Europäische Union braucht mehr denn je eine strategische Diskussion, was sie
7372 mit vorrangig zivilen Mitteln oder gegebenenfalls auch militärischen Einsätzen errei-
7373 chen kann und will. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten können wertvolle
7374 Hilfe beim Aufbau von Demokratie, rechtsstaatlichen Systemen und einer leistungs-
7375 fähigen Verwaltung in Drittländern leisten. Das gilt insbesondere für die Bereiche der
7376 Polizei und Justiz.

7377

7378 Wir setzen uns dafür ein, die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen
7379 Union weiter miteinander zu verknüpfen und Europas zivile sowie militärische Fähig-
7380 keiten zur Krisenprävention und Konfliktbeilegung zu verbessern. Die Streitkräftepla-
7381 nung in Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz ist enger aufeinander abzu-
7382 stimmen. Dopplungen sind zu vermeiden. NATO- und EU-Fähigkeiten müssen kom-
7383 plementär zueinander sein.

7384

7385 Wir wollen, dass gemeinsame europäische Einsätze zur Wahrung und Stärkung der
7386 Sicherheit Europas vorrangig in unserer geographischen Nachbarschaft durchgeführt
7387 werden. Einsätze jenseits dieser Nachbarschaft sollten vermehrt regionalen Partnern
7388 und Organisationen übertragen werden, beispielsweise der Afrikanischen Union
7389 (AU), der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) oder dem Golf-Ko-
7390 operationsrat (GCC). Diese und weitere regionale Organisationen sowie verlässliche
7391 Partner vor Ort müssen bei der Übernahme von Verantwortung unterstützt werden.

7392

7393 *OSZE und Europarat*

7394 Wir wollen die OSZE stärken. Die Bundesregierung erklärt sich in Absprache mit den
7395 OSZE-Partnernationen, insbesondere Polen und Frankreich, dazu bereit, mehr Ver-
7396 antwortung in der OSZE zu tragen. Wir wollen, dass der Europarat und seine Organe
7397 sich auf ihre Kernkompetenz als Hüter und Bewahrer elementarer Grund- und Men-
7398 schenrechte besinnen. Darauf wollen wir intensiv hinarbeiten.

73997. Verantwortung in der Welt

7400

7401Verlässlicher Partner in der Welt

7402

7403Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale
7404Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten un-
7405seres Landes leiten. Deutschland setzt sich weltweit für Frieden, Freiheit und Sicher-
7406heit, für eine gerechte Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und die
7407Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung
7408ein.

7409

7410Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Kon-
7411flikten erwartet werden. Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen
7412Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund.

7413Wir stehen für Verlässlichkeit und Bündnistreue. Wir wollen ein guter Partner bei der
7414Gestaltung einer gerechten Weltordnung sein.

7415

7416Transatlantische Partnerschaft und NATO stärken

7417

7418Die transatlantische Zusammenarbeit ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika
7419von grundlegender Bedeutung. Die transatlantische Partnerschaft basiert auf einem
7420Fundament gemeinsamer Werte und Interessen und ist deshalb auch heute der
7421Schlüssel zu Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle. Dort, wo in jüngster Zeit Ver-
7422trauen in Frage gestellt wurde, muss es wiederhergestellt werden. Dazu erwarten wir
7423ein deutliches Bekenntnis und entsprechende Maßnahmen der US-Administration.
7424Wir wollen die Regeln, die für den Umgang zwischen Partnern gelten, klarer definie-
7425ren und streben glaubhafte und überprüfbare Vereinbarungen an, um die Privatsphä-
7426re unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

7427

7428Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ist eines der zentralen Projekte
7429zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen. Wir wollen, dass die Verhandlung-
7430gen erfolgreich zum Abschluss geführt werden, ohne im Vertrag parlamentarische
7431Kontrolle und gerichtlichen Schutz in Frage zu stellen. Unser Ziel ist dabei, bestehen-
7432de Hindernisse in den transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen so
7433umfassend wie möglich abzubauen. Die Zulassung begründeter Ausnahmen muss
7434für jede Vertragspartei Teil des Abkommens sein. Wir werden auf die Sicherung der
7435Schutzstandards der Europäischen Union insbesondere im Bereich des Datenschut-
7436zes, der europäischen Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards sowie auf den
7437Schutz von Verbraucherrechten und öffentlicher Daseinsvorsorge sowie von Kultur
7438und Medien Wert legen.

7439

7440Wir bekennen uns zur NATO und zu ihrem neuen strategischen Konzept. Die trans-
7441atlantische Allianz ist und bleibt das zentrale Fundament unserer Sicherheits- und
7442Verteidigungspolitik angesichts neuer Risiken und Bedrohungen einer globalisierten
7443Welt. Sie ist die Organisation, in der die transatlantischen Partner ihre strategischen
7444sicherheitspolitischen Vorstellungen gleichberechtigt konsultieren und koordinieren.
7445Wir wirken im Bündnis aktiv mit und setzen uns auch auf diese Weise dafür ein, dass
7446die Bindungen zwischen Nordamerika und Europa tragfähig bleiben und vertieft wer-
7447den. Deutschland wird auch künftig seinen angemessenen Teil der Lasten im Bünd-
7448nis verlässlich leisten. Gemeinsam mit unseren NATO-Partnern setzen wir konse-
7449quent die Beschlüsse von Chicago zur strategischen Neuausrichtung der Allianz um.

7450

7451Wir unterstützen die Verteidigungskooperation auf Grundlage der Smart-Defence In-
7452itiative, militärische Fähigkeiten gemeinsam zu planen, zu beschaffen und bereitzu-
7453stellen und die Interoperabilität der Streitkräfte im Bündnis zu erhalten. Deutschland
7454ist bereit, als Rahmennation dazu beizutragen, zusammen mit anderen NATO-Part-
7455nern Fähigkeiten für das Bündnis zu erbringen.

7456

7457Das Instrument des NATO-Russland-Rates wollen wir weiterhin nutzen und den stra-
7458tegischen Wert dieses Gremiums stärken. Gerade beim Abzug der ISAF-Truppen
7459aus Afghanistan hat sich gezeigt, dass die Kooperation zwischen NATO und Russ-
7460land möglich und im gegenseitigen Interesse ist. Diese positiven Erfahrungen sollten
7461auch für andere sicherheitspolitische Herausforderungen, wie die Gespräche über
7462den Aufbau der NATO-Raketenabwehr, genutzt werden. Die Bundesregierung be-
7463kennt sich zu ihren bündnispolitischen Zusagen und wird ihren Beitrag zum Aufbau
7464der NATO-Raketenabwehr leisten, die wir für den effektiven Schutz vor der Bedro-
7465hung durch Raketen in den Händen von Risikostaat benötigen. Die Bundesregie-
7466rung wird dabei mit ihren NATO-Partnern gemeinsame und kooperative Lösungen
7467suchen, die nicht zu neuen Spannungen und Rüstungswettläufen führen.

7468

7469**Offener Dialog und breitere Zusammenarbeit mit Russland**

7470

7471Deutschland und Russland sind durch eine wechselvolle Geschichte eng miteinander
7472verbunden. Russland ist der größte und wichtigste Nachbar der Europäischen Union.
7473Ein modernes, wirtschaftlich starkes und demokratisches Russland liegt in deut-
7474schem wie europäischem Interesse. Wir wollen die Modernisierungspartnerschaft auf
7475weitere Bereiche ausdehnen, um gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich zu Fort-
7476schritten zu kommen. Wir werden dazu mit der russischen Führung offen über unter-
7477schiedliche Vorstellungen einer Modernisierungspartnerschaft sprechen.

7478

7479Wir begrüßen und unterstützen die vielfältigen Bemühungen um eine Verbreiterung
7480und Vertiefung der Beziehungen auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene. Wir
7481streben die Weiterentwicklung des Petersburger Dialogs an. Darüber hinaus wollen
7482wir neue Formen des gesellschaftlichen Dialogs mit Russland ins Leben rufen und
7483die bilateralen Kontakte zu Vertretern der neuen russischen Mittelschicht und Zivilge-
7484sellschaft intensivieren. Russland ist gefordert, rechtsstaatliche und demokratische
7485Standards einzuhalten, zu denen sich Russland auch international verpflichtet hat.
7486Das gilt auch für die Einhaltung der WTO-Verpflichtungen.

7487

7488Wir streben eine weitere Liberalisierung der Visaregelungen für Unternehmer, Wis-
7489senschaftler, zivilgesellschaftliche Akteure und Studenten an. Wir wollen die Russ-
7490land- und Osteuropa-Kompetenz in Deutschland auf eine solide Grundlage stellen.
7491Dazu wollen wir die wissenschaftlich-analytische Expertise über diese Region stär-
7492ken.

7493

7494Wir werden uns in der Europäischen Union für mehr Kohärenz in der Russland-Poli-
7495tik einsetzen. Wir verfolgen auch weiterhin die Ziele eines neuen Partnerschaftsab-
7496kommens zwischen der Europäischen Union und Russland, des Ausbaus der Ost-
7497seezusammenarbeit sowie der Verstärkung der Zusammenarbeit in der Außen- und
7498Sicherheitspolitik. Dabei kommt der Vertiefung des trilateralen Dialogs zwischen
7499Deutschland, Polen und Russland eine Schlüsselrolle zu. Bei der Gestaltung unserer

7500Beziehungen zu Russland wollen wir die berechtigten Interessen unserer gemeinsa-
7501men Nachbarn berücksichtigen.

7502

7503Sicherheit in und für Europa lässt sich nur mit und nicht gegen Russland erreichen.

7504Dabei wollen wir gemeinsam mit Russland vor allem die Regelung von Konflikten in

7505der gemeinsamen Nachbarschaft voran bringen und erwarten insbesondere in der

7506Transnistrienfrage Fortschritte.

7507

7508**Neue Dynamik für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

7509

7510Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik sind ein bedeutsames Element deutscher

7511Außen- und Sicherheitspolitik. Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung

7512tragen wesentlich zum Frieden sowie zu unserer Sicherheit und Stabilität bei. Wir tre-

7513ten für allgemeine und weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle sowohl von kon-

7514ventionellen als auch von Massenvernichtungswaffen ein.

7515

7516Gemeinsam mit unseren NATO-Partnern haben wir uns auf dem Gipfel von Chicago

7517zum Ziel gesetzt, die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen und

7518bis dahin die Rolle von Nuklearwaffen zu reduzieren. Solange Kernwaffen als Instru-

7519ment der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat

7520Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungs-

7521prozessen teilzuhaben.

7522

7523Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass zwischen den USA und Russ-

7524land Verhandlungen zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen

7525Bereich beginnen, und entsprechende Schritte beider Partner engagiert unterstützen.

7526Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der

7527in Deutschland und Europa stationierten taktischen Atomwaffen.

7528

7529Gleichzeitig braucht die konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa

7530neue politische Impulse. Wir werden uns über das KSE-Vertragswerk hinaus für die

7531Modernisierung der Rüstungskontrollarchitektur in Europa auf Grundlage verifizierba-

7532rer Transparenz einsetzen. Wir wollen das Open-Sky-Abkommen durch eine deut-

7533sche Beobachtungsplattform unterstützen.

7534

7535Wir werden uns international für die vollständige Implementierung des VN-Kleinwaf-

7536fenabkommens einsetzen und die Umsetzung in adäquate nationale Kontrollmecha-

7537nismen unterstützen. Alle im nichtstaatlichen Bereich in Deutschland gehandelten

7538und geführten sowie für den Export vorgesehenen und vom VN-Kleinwaffenaktions-

7539programm erfassten Klein- und Leichtwaffen sollten in Zukunft mit einer möglichst

7540unauslöschlichen Markierung versehen werden, um deren Nachverfolgbarkeit zu er-

7541möglichlichen. Auch die weltweite Umsetzung des internationalen Waffenhandelsver-

7542trags (ATT) wollen wir energisch vorantreiben.

7543

7544Deutschland wird regionale Abmachungen zu massenvernichtungswaffenfreien Zo-

7545nen unterstützen. Mit einem gemeinsamen EU-Standpunkt wollen wir zum Gelingen

7546der bevorstehenden Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag im Jahr

75472015 beitragen.

7548

7549Der Einsatz von Chemiewaffen in Syrien hat deutlich gemacht, dass es weiterer An-

7550strengungen bedarf, um die globale Gültigkeit des Chemiewaffenübereinkommens

7551(CWÜ) mit neuen Initiativen voranzutreiben. Exporte dual-use-fähiger chemischer
7552Substanzen und Anlagen in Nicht-CWÜ-Staaten müssen einer besonders strikten
7553Kontrolle unterzogen werden.

7554

7555 **Vereinte Nationen, globaler Dialog und strategische Partnerschaften**

7556

7557Den Vereinten Nationen kommt eine Schlüsselrolle für die Wahrung des Friedens
7558und zur Bewältigung von globalen Herausforderungen zu. Mit neuen Initiativen, die
7559wir mit unseren europäischen Partnern abstimmen, wollen wir unseren Beitrag zur
7560Erneuerung und Weiterentwicklung der Strukturen der Vereinten Nationen leisten,
7561einschließlich einer Reform und Erweiterung des Sicherheitsrates. Deutschland bleibt
7562bereit, mehr Verantwortung auf Ebene der Vereinten Nationen zu übernehmen, auch
7563mit der Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Wir streben für die Zu-
7564kunft einen ständigen Sitz der Europäischen Union an.

7565

7566Zur Erfüllung ihrer friedenswahrenden Aufgaben benötigen die Vereinten Nationen
7567eine angemessene Ausstattung für ihre Friedensmissionen (Peacekeeping) und der
7568politischen Missionen der Weltorganisation, damit effektive multilaterale Friedenspoli-
7569tik betrieben werden kann.

7570

7571Zur Besetzung von Führungspositionen in den Vereinten Nationen streben wir ein ef-
7572fektives Personalkonzept an. Dafür werden wir auch die ressortübergreifende Koordi-
7573nierung der VN-Politik aufwerten. Wir werden den VN-Standort Bonn stärken.

7574Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts muss dazu beitragen, dass die Vereinten
7575Nationen einen wirksameren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und
7576Menschenrechten leisten. Das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to
7577Protect) bedarf der weiteren Ausgestaltung und einer völkerrechtlich legitimierten Im-
7578plementierung. Dabei gilt es vor allem die präventive Säule der Schutzverantwortung
7579international zu stärken.

7580

7581Die Koalition erkennt die Schlüsselrolle von Frauen sowohl bei der Prävention als
7582auch bei der Regelung von Konflikten an. Sie wird den Nationalen Aktionsplan zur
7583VN-Resolution 1325 in enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft schrittweise um-
7584setzen.

7585

7586Wir wollen unser Engagement für Sicherheit und Frieden auch im außereuropäi-
7587schen Raum durch strategische Partnerschaften konsequent fortentwickeln.

7588

7589Deutschland wird im Jahr 2015 erneut die G8-Präsidentschaft übernehmen. Wir wer-
7590den darüber hinaus die Kooperation mit den Partnern der G20 engagiert fortsetzen.

7591Wir werden das „Internationale Deutschlandforum“ fortführen.

7592

7593 *Naher Osten und arabische Welt*

7594Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel
7595als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das Existenzrecht
7596und die Sicherheit Israels sind für uns nicht verhandelbar. Deutschland und Europa
7597haben ein hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten.
7598Unser Ziel ist eine Zweistaaten-Lösung mit einem Staat Israel in anerkannten und
7599dauerhaft sicheren Grenzen sowie einem unabhängigen, demokratischen und le-
7600bensfähigen palästinensischen Staat, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit le-
7601ben.

7602

7603Wir unterstützen die Transformationsprozesse derjenigen arabischen Staaten, in de-
7604nen sich eine positive Entwicklung zur Demokratie und zum gesellschaftlichen Plura-
7605lismus abzeichnet. Die begonnenen Transformationspartnerschaften wollen wir fort-
7606führen. Der Umgang mit der jeweiligen Opposition, die Gewährung elementarer
7607Grund- und Freiheitsrechte einschließlich des Rechts auf Religionsfreiheit sowie die
7608Existenz einer freien Presse- und Medienlandschaft sind für uns ausschlaggebende
7609Kriterien für die Unterstützung dieser Staaten. Religiöse Minderheiten müssen ihren
7610Glauben frei ausüben können und vor Gewalt geschützt werden. **Das Urteil gegen**
7611**Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und die mehrjährigen Haftstrafen dürfen**
7612**keinen Bestand haben. Die deutsch-ägyptische Erklärung vom Januar 2013 muss**
7613**Gültigkeit haben. Die deutschen politischen Stiftungen müssen in Ägypten frei arbei-**
7614**ten dürfen.**

7615

7616Wir beobachten mit großer Sorge, dass die Lage der Christen und anderer religiöser
7617und ethnischer Minderheiten in Nordafrika, dem Nahen oder Mittleren Osten nach
7618dem Sturz der autoritären Regime sich zum Schlechteren entwickelt. Auch deshalb
7619werden wir die Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften, in denen Religions-
7620freiheit garantiert und umgesetzt wird, dort mit aller Kraft unterstützen. Christen müs-
7621sen in dieser Region eine Zukunft haben.

7622

7623Deutschland wird sich gemeinsam mit seinen Partnern aktiv an der Suche nach einer
7624politischen Lösung des Syrienkonflikts beteiligen. Gemeinsam mit der internationalen
7625Staatengemeinschaft werden wir den Druck auf das Regime in Damaskus aufrecht
7626erhalten, die gemachten Zusagen vollständig einzuhalten. Den wachsenden Einfluss
7627islamistischer Kräfte betrachten wir mit Sorge. Wir wollen das Leiden der syrischen
7628Flüchtlinge und Vertriebenen in den Anrainerstaaten lindern helfen und setzen uns
7629für einen humanitären Zugang von Hilfsorganisationen innerhalb Syriens ein. Wir
7630werden uns gemeinsam mit dem UNHCR gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten für
7631eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einset-
7632zen.

7633

7634Wir fordern den Iran auf, alle Zweifel am ausschließlich friedlichen Charakter seines
7635Atomprogramms auszuräumen. Ein nuklear bewaffneter Iran stellte eine Gefahr für
7636die gesamte Region und darüber hinaus dar und würde den weltweiten Bemühungen
7637um Abrüstung und Nonproliferation schweren Schaden zufügen. Um die Gefahr ab-
7638zuwenden, dass der Iran die Fähigkeit hat, Nuklearwaffen herzustellen, unterstützen
7639wir im Rahmen der Verhandlungsgruppe von Großbritannien, Frankreich, Deutsch-
7640land USA, Russland und China, (E 3 plus 3) alle Anstrengungen für eine diplomati-
7641sche Lösung des Irankonflikts. Dabei halten wir am „doppelten Ansatz“ fest. Die Poli-
7642tik der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem Iran, die auf Kooperationsange-
7643bote und gezielte Sanktionen setzt, hat zu Bewegung in den zuvor festgefahre-
7644nen Verhandlungen geführt. Unser Ziel ist die Rückgewinnung des Iran als vertrauensvol-
7645ler Partner auf der internationalen Bühne.

7646

7647*Asien*

7648Wir wollen die Beziehungen mit den Staaten Asiens auf der Basis universeller Werte
7649weiter intensivieren. Wir wollen die stärkere Orientierung der amerikanischen Außen-
7650politik auf den asiatisch-pazifischen Raum auch als Chance nutzen und dazu beitra-
7651gen, dass auch in dieser Region die Politik der Kooperation und des Interessensaus-
7652gleichs Vorrang bekommt vor einer Politik der Konfrontation.

7653Die Freundschaft mit Japan ist ein wichtiger Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik.
7654Wir begrüßen die laufenden Verhandlungen zum Abschluss eines Freihandelsab-
7655kommens zwischen der Europäischen Union und Japan.

7656

7657China ist aufgrund einer Vielzahl gemeinsamer Interessen strategischer Partner
7658Deutschlands und der EU. Wir werden unsere vielfältige politische und wirtschaftliche
7659Zusammenarbeit auch im Rahmen unserer regelmäßigen Regierungskonsultationen
7660weiter intensivieren. Wir setzen uns dafür ein, dass in China die in der Verfassung
7661garantierten Rechte wie die Gewährleistung der universellen Menschenrechte für alle
7662Bürger respektiert werden. Der Schutz des geistigen Eigentums und unsere Cyber-
7663Sicherheit sollen gestärkt werden. China ist aufgefordert, im Rahmen der Vereinten
7664Nationen einen Beitrag zur internationalen Konfliktlösung zu erbringen, der seiner
7665wirtschaftlichen und politischen Bedeutung entspricht.

7666

7667Indien ist unser strategischer Partner. Die politische, wirtschaftliche und zivilgesell-
7668schaftliche Zusammenarbeit wollen wir ausbauen. Dem dienen auch unsere regel-
7669mäßigen Regierungskonsultationen. Wir unterstützen die Verhandlungen der EU mit
7670Indien für ein Freihandelsabkommen.

7671

7672*Afghanistan*

7673Nach über 10 Jahren wird sich unser sicherheitspolitisches Engagement in Afghanis-
7674tan verändern. Mit einem ressortübergreifenden Engagement streben wir eine gefes-
7675tigte Zukunft Afghanistans an. Der Kampfeinsatz ISAF in Afghanistan ist bis Ende
76762014 abzuschließen und die militärische Handlungsfähigkeit zur Sicherung des Ab-
7677zuges bis zu diesem Zeitpunkt zu erhalten. Die Menschen in Afghanistan und die in-
7678ternationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren Zusa-
7679gen stehen – gerade auch mit Blick auf die zivile Hilfe, die Schwerpunkt unseres Af-
7680ghanistan-Engagements wird. Dabei wollen wir auch den bestmöglichen Schutz un-
7681serer zivilen Kräfte erreichen. Afghanische Ortskräfte, die für uns in Afghanistan ge-
7682arbeitet haben und deren Sicherheit und Leben nach Beendigung des Einsatzes be-
7683droht sind, sollen zusammen mit ihren Familien in Deutschland eine Aufnahme ange-
7684boten bekommen.

7685

7686Die Koalition steht zu einer angemessenen Beteiligung Deutschlands im Rahmen ei-
7687ner Beratungsmission unter NATO-Führung, für den Fall, dass die völkerrechtlichen
7688Voraussetzungen und die Beteiligung unserer Partner sichergestellt sind.

7689

7690*Afrika und Lateinamerika*

7691Der wachsenden Bedeutung Afrikas und seiner zunehmenden Eigenverantwortung
7692wollen wir verstärkt Rechnung tragen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit
7693ausbauen. Deutschland hat ein besonderes Interesse, dass die Staaten Afrikas re-
7694gionale Probleme selbst lösen können. Deshalb werden wir die Bemühungen zur
7695Stärkung sub- und interregionaler Zusammenarbeit unterstützen. Wir setzen auf Ko-
7696operation und partnerschaftlichen Umgang auf Augenhöhe, indem wir die Institutio-
7697nen unserer afrikanischen Partnerländer stärken, den Privatsektor fördern und gute
7698Regierungsführung verstärkt in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Die Bemühun-
7699gen zur Schaffung einer Sicherheitsstruktur im Rahmen der Afrikanischen Union wer-
7700den wir weiter unterstützen und uns im Rahmen der Vereinten Nationen und der Eu-
7701ropäischen Union an Friedensinitiativen beteiligen.

7702

7703Die starke Partnerschaft zwischen Deutschland, der EU und Lateinamerika basiert
7704auf gewachsenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, die von
7705gemeinsamen Werten und Interessen geprägt sind. Diese traditionellen Gemeinsam-
7706keiten und Bindungen wollen wir vertiefen. Unsere strategische Partnerschaft mit
7707Brasilien wollen wir ausbauen.

7708

7709Gemeinsam mit allen Staaten Lateinamerikas wollen wir Fortschritte bei den drän-
7710genden globalen Herausforderungen erzielen. Wir wollen die Wirtschaftschancen
7711zum beiderseitigen Vorteil nutzen und dafür die wirtschaftlichen Beziehungen weiter
7712ausbauen und Investitionen und Handel fördern.

7713

7714Wir werden unseren Beitrag zur Stärkung der grenzüberschreitenden Vernetzung
7715von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur leisten. Dabei wollen wir uns insbe-
7716sondere auf die Länder konzentrieren, die unsere Werte teilen.

7717

7718**Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik**

7719

7720Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bleibt die dritte Säule der deutschen Au-
7721ßenpolitik. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen für die Förderung des Dialoges
7722der Kulturen und zur Krisenprävention im weiteren Sinn sowie für die Vermittlung von
7723Werten der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eingesetzt werden. Der kultu-
7724relle Austausch und deutsche Kultureinrichtungen wie das Deutsche Archäologische
7725Institut, die Goethe-Institute, der DAAD, die Humboldt-Stiftung sowie die deutschen
7726Auslandsschulen und Wissenschaftskooperationen übernehmen dabei wichtige
7727Brückenfunktionen. Das Goethe-Institut wird insbesondere für die Programm- und
7728Spracharbeit adäquat ausgestattet und bleibt - wie die deutschen Auslandsschulen -
7729fester Bestandteil der Auslandsaktivitäten der Bundesregierung.

7730

7731Mit unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wollen wir ein positives und wirk-
7732lichkeitsgetreues Bild unseres Landes im Ausland vermitteln, Interesse an der deut-
7733schen Sprache und Kultur wecken und für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und In-
7734novationsstandort Deutschland werben. Die Vermittlung und Förderung der deut-
7735schen Sprache im Ausland ist eine herausragende Aufgabe der auswärtigen Kultur-
7736und Bildungspolitik. Wir werden die internationalen Bildungsk Kooperationen im schuli-
7737schen und universitären Bereich ausbauen, die erfolgreichen Stipendienprogramme
7738stärken und dem im Ausland gestiegenen Interesse am dualen Ausbildungssystem
7739Rechnung tragen, auch durch berufsbildende Angebote an den deutschen Auslands-
7740schulen, die weiterhin gemeinwohlorientiert arbeiten.

7741

7742Dem Dialog mit der islamischen Welt messen wir in unserer Auswärtigen Kultur- und
7743Bildungspolitik eine besondere Bedeutung zu. Dabei ist es in unserem Interesse, die
7744moderaten Kräfte in ihrem Streben nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu un-
7745terstützen. Das entschiedene Eintreten gegen jede Form von Antisemitismus ist auch
7746ein Kennzeichen unserer Außenpolitik.

7747

7748Europa ist auch ein kulturelles Projekt. Deutschland mit seinen Mittlerorganisationen
7749trägt eine besondere Verantwortung für einen gemeinsamen europäischen Kultur-
7750raum.

7751

7752Die Koalition bekennt sich zu der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt und zu
7753der UNESCO-Konvention zum Kulturgüterschutz. Sie wird die Initiative ergreifen,

7754auch dem UNESCO-Übereinkommen zum Schutz des kulturellen Erbes unter Was-
7755ser beizutreten.

7756

7757*Politische Stiftungen*

7758Die politischen Stiftungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum internationalen
7759Dialog und stärken damit auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland. Wir
7760wollen die internationale Arbeit der politischen Stiftungen auch in Zukunft unterstüt-
7761zen und rechtlich sichern. Dabei wollen wir neue regionale Schwerpunkte durch die
7762Bereitstellung entsprechender Ressourcen stärken.

7763

7764**Außen- und Sicherheitspolitik ressortübergreifend gestalten**

7765

7766Die Koalition bekennt sich zur Stärkung einer ressortübergreifenden Zusammenar-
7767beit im Verständnis einer effektiven Außen- und Sicherheitspolitik, für deren Erfolg
7768sich zivile und militärische Instrumente ergänzen müssen. In der Außen- und Sicher-
7769heitspolitik denken und handeln wir vernetzt. Im Konzept von Krisenfrüherkennung,
7770Krisenprävention, Ursachenbekämpfung und Konfliktbewältigung ist die Entwick-
7771lungszusammenarbeit integraler Bestandteil. Eine besondere Bedeutung kommt der
7772zivilen Krisenprävention zu, deren Strukturen wir stärken und weiterentwickeln wer-
7773den.

7774

7775Wir werden die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in den kommenden
7776vier Jahren ausweiten. Die bestehenden deutschen Institutionen der
7777Friedensförderung und Friedensforschung wie das Zentrum für Internationale
7778Friedenseinsätze (ZIF), der Zivile Friedensdienst, die Bundesakademie für
7779Sicherheitspolitik und die Deutsche Stiftung Friedensforschung haben sich bewährt
7780und sollen stärker in die Politikberatung einbezogen werden.

7781

7782Wir werden durch gezielte Maßnahmen deutsche Beamte, Richter und Staatsanwälte
7783ermutigen, an Auslandseinsätzen teilzunehmen. Wir wollen die rechtlichen, organisa-
7784torischen und finanziellen Voraussetzungen für den Einsatz von Polizistinnen und
7785Polizisten in Friedensmissionen verbessern. Hierzu wird die Bundesregierung in der
7786nächsten Legislaturperiode mit den Bundesländern eine umfassende Bund-Länder-
7787Vereinbarung verhandeln, die der gemeinsamen Verantwortung gerecht wird.

7788

7789Unseren Soldaten, Polizisten, Diplomaten, Entwicklungs- und Aufbauhelfern gebüh-
7790ren unser Dank und unsere Anerkennung. Ihnen gilt unsere besondere Fürsorge.

7791

7792**Neuausrichtung der Bundeswehr**

7793

7794Wir bekennen uns zu einer starken Verteidigung mit modernen und leistungsfähigen
7795Streitkräften. Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die De-
7796mokratie bewährt. Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als
7797Staatsbürgers in Uniform prägt auch weiterhin den Dienst in der Bundeswehr und
7798den Einsatz der Bundeswehr für Frieden und Freiheit weltweit. Die Bundeswehr ist
7799eine Armee im Einsatz. Mit ihrer Neuausrichtung wird sie auf die veränderten sicher-
7800heitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet. Wir werden
7801diese Neuausrichtung konsequent fortsetzen und zum Erfolg führen.

7802

7803Die Umsetzung ist mit erheblichen Anpassungsprozessen für die gesamte Bundes-
7804wehr verbunden. Die Angehörigen der Bundeswehr und ihre Familien brauchen Be-

7805rechenbarkeit und Planungssicherheit. Die bestehende mittelfristige Finanzplanung
7806bildet dafür die Grundlage. An den getroffenen Entscheidungen halten wir besonders
7807im Sinne der Planungssicherheit für die Soldatinnen und Soldaten, Mitarbeiterinnen
7808und Mitarbeiter grundsätzlich fest. Wo sich im Rahmen der bis spätestens Ende 2014
7809laufenden Evaluierung der Neuausrichtung Änderungsbedarf ergibt, werden wir ent-
7810sprechend nachsteuern.

7811

7812Auch bei der Umsetzung der nächsten Schritte werden wir streng auf Wirtschaftlich-
7813keit, Funktionalität, Attraktivität und Präsenz in der Fläche achten. Der festgelegte
7814militärische Personalumfang von bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten entspricht
7815dem Bedarf einer leistungsfähigen aufgaben- und einsatzorientierten Bundeswehr
7816und der Rolle Deutschlands im Vergleich zu unseren europäischen Partnern. Den
7817Bereich der Zivilbeschäftigten wollen wir aufgabenbezogen evaluieren. Eine weitere
7818Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr ist keine Perspektive.

7819

7820Attraktivität

7821Wichtig ist es, dass der Dienst in der Bundeswehr attraktiv bleibt. Wir werden eine
7822Attraktivitätsoffensive voranbringen: Wir setzen uns für mehr Familienfreundlichkeit
7823ein, insbesondere für den Aufbau der Kinderbetreuung, bei Bedarf in Absprache mit
7824den Kommunen. Mit Blick auf die hohen Pendlerzahlen streben wir eine möglichst
7825heimatnahe Verwendung an. Darüber hinaus werden wir die Wahlmöglichkeit zwi-
7826schen der Gewährung von Trennungsgeld und Zusage der Umzugskostenvergütung
7827dauerhaft schaffen. Durch die Neuausrichtung sind Dienststellen, in denen militäri-
7828sches und ziviles Personal gemeinsam arbeiten, die Regel. Das Soldatenbeteili-
7829gungsgesetz werden wir entsprechend anpassen. Wir streben Regelungen an, die
7830die Besonderheiten des Soldatenberufes und die Sicherstellung der Einsatzbereit-
7831schaft mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Einklang bringen. Wir wollen die
7832Nachversicherung für Zeitsoldaten nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst
7833so gestalten, dass sie hinsichtlich ihrer sozialen Absicherung keine Nachteile erfah-
7834ren. Die Koalition wird die geltenden Beschränkungen des Hinzuverdienstes für aus-
7835geschiedene Soldaten bei späteren Verwendungen in der Wirtschaft aufheben.

7836

7837In der Mitte der Gesellschaft

7838Wir treten dafür ein, das Verständnis für die Besonderheiten des Soldatenberufes zu
7839erweitern und so die breite Anerkennung für den Dienst in den Streitkräften
7840sicherzustellen. Feierliche Gelöbnisse etwa sind Ausdruck der Verankerung der
7841Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft. Die Koalition unterstützt den
7842fortgesetzten Dialog der Bundeswehr in und mit der Gesellschaft. Die Verantwortung
7843für unsere Veteranen wollen wir gemeinsam tragen. Dies gilt auch für die Fürsorge
7844für Verwundete und Versehrte und die würdige Gestaltung der Erinnerung an unsere
7845Gefallenen und Toten. Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der
7846Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst
7847viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der
7848Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist
7849für uns selbstverständlich.

7850

7851Der neue Freiwillige Wehrdienst hat sich bewährt. Die gegenwärtig möglichen Ver-
7852pflichtungszeiten des Freiwilligen Wehrdienstes werden überprüft und gegebenen-
7853falls angepasst. Die Koalition erkennt den Wert der Reserve für die Auftragserfüllung
7854der Bundeswehr und als Bindeglied und Mittler zwischen Bundeswehr und Gesell-
7855schaft an. Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte werden für ihre Auf-

7856gaben im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit angemessen ausgestattet.
7857Zur Steigerung der Attraktivität des Reservistendienstes prüfen wir die Anpassung
7858und Vereinfachung der Vergütung wie der rentenrechtlichen Absicherung. Wir wer-
7859den die Vereinbarkeit von Reservistendienst und zivilberuflichem Fortkommen gezielt
7860fördern. Dafür kommt dem öffentlichen Dienst eine Vorbildfunktion zu.

7861

7862*Auf die Einsätze der Zukunft vorbereitet sein*

7863Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein
7864breites militärisches Fähigkeitsspektrum voraus. Wir setzen uns, so weit sinnvoll und
7865möglich, für eine gemeinsame Nutzung nationaler militärischer Kapazitäten im Rah-
7866men der EU (pooling and sharing) ebenso ein wie für eine stärkere Aufgabenteilung.
7867Das gilt auch für die entsprechenden Aktivitäten der NATO (smart defence). Der An-
7868satz hierzu könnte die Anlehnungspartnerschaft bzw. das Konzept der Rahmennati-
7869on sein, bei der sich Staaten zu Gruppen wechselseitiger Unterstützung zusammen-
7870finden. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern wollen wir zu schwach ausgebilde-
7871te Fähigkeiten stärken und die Durchhaltefähigkeit erhöhen. Wir streben einen immer
7872engeren Verbund der europäischen Streitkräfte an, der sich zu einer parlamentarisch
7873kontrollierten europäischen Armee weiterentwickeln kann.

7874

7875Die Bundeswehr bleibt auch in Zukunft Parlamentsarmee. Die parlamentarische Be-
7876teiligung an der Entscheidung über den Einsatz der Bundeswehr hat sich bewährt.
7877Sie ist eine Grundlage für die breite Verankerung der Bundeswehr und ihrer Einsätze
7878in der Gesellschaft. Der Parlamentsvorbehalt ist keine Schwäche Deutschlands, son-
7879dern eine Stärke. Wir wollen die Beteiligung des Parlaments an der Entscheidung
7880über den Einsatz deutscher Soldaten auch angesichts vermehrter Zusammenarbeit
7881und Arbeitsteilung mit unseren Partnern sicherstellen. Eine zunehmende Mitwirkung
7882deutscher Soldaten in integrierten Strukturen und Stäben auf NATO- und EU-Ebene
7883muss mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sein. Deshalb wollen wir eine Kommis-
7884sion einsetzen, die binnen Jahresfrist prüft, wie auf dem Weg fortschreitender Bünd-
7885nisintegration und trotz Auffächerung von Aufgaben die Parlamentsrechte gesichert
7886werden können. Die Kommission wird darauf aufbauend Handlungsoptionen formu-
7887lieren.

7888

7889Einsätze des Kommandos Spezialkräfte (KSK) sind immer mit einer hohen Gefähr-
7890dung unserer Spezialkräfte verbunden und unterliegen der Geheimhaltung. Wir wer-
7891den die Unterrichtung des Parlaments über KSK-Einsätze in der bewährten Form si-
7892cherstellen.

7893

7894*Ausrüstung, Beschaffung und Nutzung*

7895Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen die bestmögliche Ausrüstung. Dabei
7896steht ihre Sicherheit im Mittelpunkt. Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und
7897nicht, was ihr angeboten wird. Der Staat kann erwarten, dass bestellte militärische
7898Ausrüstungsgüter vertragsgerecht, pünktlich und unter Einhaltung der verabredeten
7899Preise und Qualität geliefert werden. Die Vertragsbeziehungen mit der Industrie
7900müssen klar und deutlich sein. Die jüngsten Erfahrungen mit Großgeräten zeigen,
7901dass Projektbegleitung und Controlling auf allen Ebenen verbessert werden müssen.
7902Die mit der Neuausrichtung begonnene Neustrukturierung des
7903Beschaffungsprozesses muss konsequent umgesetzt werden. Die Information des
7904Verteidigungs- und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags über den

7905jeweiligen Sachstand bei der Entwicklung und Beschaffung von Gerät und Material
7906wird verbessert.

7907

7908Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und
7909wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Wir setzen
7910uns für den Erhalt ausgewählter Schlüsseltechnologien und industrieller Fähigkeiten,
7911insbesondere auch bei mittelständischen Unternehmen, ein. Wir setzen auf eine
7912verstärkte europäische und euroatlantische Rüstungskooperation, die konkrete
7913gemeinsame Ausrüstungs- und Beschaffungsvorhaben nach den gleichen Standards
7914für alle Nationen umsetzt. Hierbei spielt die Europäische Verteidigungsagentur eine
7915Schlüsselrolle.

7916

7917Eine Voraussetzung für die Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit in der
7918EU und in der NATO sind einheitliche Standards bei Zertifizierung und Zulassung
7919militärischer Geräte. Dies gilt in besonderer Weise für die militärische Luftfahrt.
7920Deutschland wird hier mit gutem Beispiel vorangehen: Vom Frühjahr 2014 an wird
7921eine einheitliche militärische Luftfahrtbehörde aufgebaut.

7922

7923Unbemannte Luftfahrzeuge spielen bereits heute beim Bundeswehr-Einsatz in
7924Afghanistan bei der Aufklärung und dem Schutz unserer Soldaten eine wichtige
7925Rolle. Auch künftig wird die Bundeswehr auf derartige Fähigkeiten angewiesen sein.
7926Die Koalition wird eine europäische Entwicklung für unbemannte Luftfahrzeuge
7927voranbringen. Europa braucht schnell ein gemeinsames Regelwerk für ihre
7928Zulassung und Teilnahme am europäischen Luftverkehr. Die Koalition wird die
7929entsprechenden Initiativen hierzu weiterführen.

7930

7931Extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen mit bewaffneten Drohnen lehnen wir
7932kategorisch ab. Deutschland wird für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter
7933Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintreten
7934und sich für eine völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme
7935einsetzen, die dem Menschen die Entscheidung über den Waffeneinsatz entziehen.
7936Vor einer Entscheidung über die Beschaffung qualitativ neuer Waffensysteme
7937werden wir alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und
7938verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig
7939prüfen. Dies gilt insbesondere für neue Generationen von unbemannten
7940Luftfahrzeugen, die über Aufklärung hinaus auch weitergehende Kampffähigkeiten
7941haben.

7942

7943*Staatliches Gewaltmonopol schützen*

7944Die in internationalen Auslandseinsätzen vermehrt zu beobachtende Auslagerung
7945von militärischen Aufgaben auf private Unternehmen kommt für uns nicht in Frage.
7946Der Bundestag erteilt der Bundeswehr das Mandat für Auslandseinsätze,
7947einschließlich der Anwendung von militärischen Mitteln im Bedarfsfall. Militärische
7948Aufgaben dürfen nicht auf private Unternehmen übertragen werden.

7949Die Bundesregierung wird sich in der OSZE dafür einsetzen, dass im Rahmen des
7950OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit private
7951militärische Sicherheitsfirmen in die nationale Berichterstattung einbezogen werden.

7952

7953**Schutz und Förderung der Menschenrechte**

7954

7955Menschenrechte sind unteilbar und universell gültig. Wir setzen uns für ihren Schutz
7956und ihre Förderung ein, sowohl innerstaatlich als auch in den auswärtigen Beziehun-
7957gen. Verstöße gegen die Menschenrechte verletzen nicht nur die Würde der jeweils
7958Betroffenen, sondern sie können auch den Frieden und die internationale Sicherheit
7959bedrohen. Unser Ziel ist eine menschenrechtlich konsequente und kohärente Politik.
7960Die Basis bilden das Grundgesetz, die europäischen und internationalen Menschen-
7961rechtskonventionen sowie das humanitäre Völkerrecht. Wir unterstützen die neue
7962Strategie der EU-Menschenrechtspolitik.

7963

7964Wir engagieren uns weiterhin konsequent für die weltweite Abschaffung der Todess-
7965trafe sowie für das Verbot von Folter. Gemeinsam mit den Ländern unterstützen wir
7966die Arbeit der Nationalen Anti-Folter-Stelle.

7967

7968Die Menschenrechte von Frauen und Kindern sind besonders gefährdet. Wir be-
7969kämpfen alle Formen von Menschenhandel, Sklaverei, Organhandel, Zwangsprosti-
7970tution und -verheiratung, Genitalverstümmelung, Anschläge im Namen der „Ehre“ so-
7971wie andere menschenverachtende Praktiken. Die Chancen von Kindern auf ein Le-
7972ben in Würde wollen wir verbessern. Kinder brauchen Nahrung, Bildung und medizi-
7973nische Versorgung. Wir unterstützen alle Bemühungen, dass sie nicht als Arbeits-
7974und Sexsklaven oder als Soldaten missbraucht werden.

7975

7976Wir treten für die Religionsfreiheit als elementares Menschenrecht ein. Dies gilt auch
7977für das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören und die Religion zu wech-
7978seln. Die Solidarität mit benachteiligten und unterdrückten religiösen Minderheiten ist
7979uns ein besonderes Anliegen. In vielen Ländern der Welt werden besonders Christen
7980wegen ihres Glaubens bedrängt, verfolgt und vertrieben. Religiöse Konflikte vermi-
7981schen sich oftmals mit sozialen und wirtschaftlichen Spannungen.

7982

7983Wir treten international für Presse- und Meinungsfreiheit als wesentliches Fundament
7984einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft ein. Wir stützen und schützen
7985mutige Menschenrechtsverteidiger und fördern zivilgesellschaftliche Kräfte, die unse-
7986re Hilfe brauchen.

7987

7988Wir verurteilen homophobe Tendenzen und fördern tolerante lebendige Zivilgesell-
7989schaften.

7990

7991Wir setzen uns bei den Vereinten Nationen für die weltweite Ächtung von Vertreibung
7992sowie für die Erweiterung des Weltflüchtlingstages um das Gedenken an die Opfer
7993von Vertreibungen ein. Die Mehrheit der Flüchtlinge auf der Welt sind Vertriebene in-
7994nerhalb der Grenzen ihres Landes. Deshalb fördern wir die Verbreitung und Umset-
7995zung der UN-Leitlinien für Binnenflüchtlinge, damit auch diese Menschen Schutz und
7996humanitäre Hilfe erhalten.

7997

7998Wir setzen uns für einen höheren Stellenwert des Menschenrechtsschutzes und für
7999die Stärkung seiner Instrumente bei den Vereinten Nationen ein. Wir wollen, dass der
8000VN-Menschenrechtsrat weltweit glaubwürdig gegen Menschenrechtsverletzungen
8001vorgeht. Für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) machen wir
8002uns stark und unterstützen seine Funktion als unabhängiges Organ der Weltstrafjus-
8003tiz. Bestrebungen, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu schwä-
8004chen, treten wir entschlossen entgegen. Die Bundesregierung wird sich aktiv an der
8005Weiterentwicklung der humanitären Völkerrechts beteiligen.

8006

8007Wir werden darauf dringen, dass transnationale Unternehmen soziale, ökologische
8008und menschenrechtliche Standards einhalten. Die ILO-Erklärung über multinationale
8009Unternehmen und Sozialpolitik, die OECD-Leitsätze und die UN-Leitprinzipien über
8010Wirtschaft und Menschenrechte stecken hierfür den Rahmen ab. Wir werden die UN-
8011Leitprinzipien auf nationaler Ebene umsetzen.

8012

8013Die Bundesregierung fördert institutionell das Institut zur Umsetzung der Nürnberger
8014Prinzipien im Völkerstrafrecht in Nürnberg. Das Deutsche Institut für Menschenrechte
8015soll eine stabile Grundlage auf der Basis der „Pariser Prinzipien“ erhalten.

8016

8017Humanitäre Hilfe

8018

8019Wir werden der Humanitären Hilfe gemäß ihrer größer gewordenen Bedeutung ein
8020höheres Gewicht einräumen. Wir werden die internationalen humanitären Prinzipien
8021stärken, u. a. durch die Umsetzung des „Europäischen Konsens über die humanitäre
8022Hilfe“. Wir werden uns auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass die für Humanitäre Hilfe
8023zuständigen Organisationen unabhängig bleiben. Wir wollen unsere Humanitäre Hilfe
8024an der Bedürftigkeit ausrichten und uns auch um die Menschen in den Krisengebie-
8025ten kümmern, die aus dem öffentlichen Blickfeld geraten sind.

8026

8027Wir werden zur Prävention von Naturkatastrophen starkes Gewicht auf Frühwarnsys-
8028teme, Katastrophenvorsorge und Reduzierung von Katastrophenrisiken legen und
8029uns für die Entwicklung internationaler Instrumente bei dem zunehmend wichtigen
8030Thema der Klimaflüchtlinge engagieren.

8031

8032Wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung

8033

8034Ziel unserer Entwicklungspolitik ist es, auf der Grundlage unserer Werte und Interes-
8035sen weltweit Hunger und Armut zu überwinden und Demokratie und Rechtsstaatlich-
8036keit zu stärken. Wir setzen uns ein für Frieden, Freiheit und Sicherheit, die Achtung
8037und Verwirklichung der politischen und sozialen Menschenrechte sowie die Bewah-
8038rung der Schöpfung. Wir fördern den Aufbau einer sozial und ökologisch ausgerichte-
8039ten Marktwirtschaft, gute Regierungsführung und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft.
8040Unsere Entwicklungspolitik leistet Hilfe zur Selbsthilfe. Wir verstehen Entwicklungs-
8041politik auch als globale Strukturpolitik und wollen die Globalisierung nachhaltig und
8042gerecht für alle Menschen gestalten. Entwicklungspolitik hat präventiven Charakter
8043und ist damit auch vorausschauende Friedenspolitik. Wir richten uns an den Millenni-
8044umszielen und an deren Weiterentwicklung im Rahmen der Post-2015-Entwicklungs-
8045agenda aus.

8046

8047Gestaltung der Rahmenbedingungen

8048Wir setzen uns ein für den Schutz globaler öffentlicher Güter und für gerechte Welt-
8049handelsbedingungen. Deshalb streben wir insbesondere einen entwicklungsorientier-
8050ten Abschluss der WTO-Welthandelsrunde und einen fairen Interessenausgleich mit
8051den Entwicklungsländern an. Das muss auch für den weltweiten Agrarhandel gelten.
8052Wir wollen die Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern verbessern. Wir set-
8053zen uns für verbindlich festgeschriebene, international anerkannte menschenrechtli-
8054che, ökologische und soziale Mindeststandards wie der ILO-Kernarbeitsnormen ein.
8055Wir setzen uns deshalb für die Aufnahme dieser Standards in allen Handelsabkom-
8056men der EU ein.

8057

8058 Wir streben für die Zeit nach 2015 Nachhaltigkeitsziele (SDG) an, die auf breitenwirk-
8059 same, inklusives, ressourcenschonendes und kohlenstoffarmes Wachstum ausge-
8060 legt sind. Wir wollen eine aktive Rolle dabei spielen, dass die Weiterentwicklung der
8061 Millenniumsziele zu universellen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen führt.

8062

8063 Entwicklungspolitik soll prominent auf den Tagesordnungen der G8- und G20-Gipfel
8064 behandelt werden. Wir werden dafür sorgen, dass entwicklungspolitische Gipfel-Zu-
8065 sagen in Zukunft schneller umgesetzt werden können.

8066

8067 Die Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir im Sinne
8068 des Effizienzgedankens weiter verbessern. Die Zusammenarbeit zwischen GIZ und
8069 KfW soll intensiviert werden. Die entwicklungsorientierte ressortübergreifende Zu-
8070 sammenarbeit wollen wir verbessern. Unsere Beiträge an multilaterale Entwicklungs-
8071 organisationen richten wir an deren Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit aus, die wir
8072 bewerten wollen. In diesem Sinne werden wir die bilateralen und multilateralen In-
8073 strumente entsprechend ihrer komparativen Vorteile flexibel einsetzen. Wo die Rah-
8074 menbedingungen wie eine effektive und transparente Kontrolle der Mittelverwendung
8075 sichergestellt sind, kann Budgethilfe ein Instrument zur Steigerung der Eigenverant-
8076 wortung sein.

8077

8078 *Nachhaltige Finanzierung*

8079 Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentli-
8080 che Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns diesem
8081 Ziel durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Rah-
8082 men des Bundeshaushalts annähern. Wir wollen Deutschland auf einen konkreten,
8083 realistischen Finanzierungspfad zum 0,7-ODA-Ziel führen und streben an, diese Ziel-
8084 marke mittelfristig durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusam-
8085 menarbeit in Höhe von zusätzlich je einer Milliarde Euro zu erreichen. Dafür wollen
8086 wir auch innovative Finanzierungsinstrumente einschließlic neuer Formen zur Be-
8087 steuerung der internationalen Finanzmärkte nutzen.

8088

8089 Deutschland wird für international gegebene Zusagen ein verlässlicher Partner in der
8090 Welt sein. Wir werden mit internationalen Partnern und mit wissenschaftlicher Unter-
8091 stützung Vorschläge für eine Weiterentwicklung des ODA-Konzepts entwickeln. Wir
8092 wollen eine zweckentsprechende Verwendung der ODA-Mittel sicherstellen. Wir ste-
8093 hen zu den in Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen. Die damit verbundenen
8094 Ausgaben sollen in fairer Weise zwischen den Ressorts verteilt werden.

8095

8096 *Thematische Schwerpunkte*

8097 Im Rahmen der grundsätzlichen Ausrichtung unserer Entwicklungszusammenarbeit
8098 fördern wir insbesondere die ländliche Entwicklung. Unverantwortlicher Spekulation
8099 mit Nahrungsmitteln treten wir entgegen und wollen die Freiwilligen Leitlinien der Er-
8100 nährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zur verant-
8101 wortungsvollen Landnutzung umsetzen. Für uns ist das internationale Engagement
8102 für die Sicherung der Welternährung und für das Recht auf Nahrung von zentraler
8103 Bedeutung. Deshalb wird die Bundesregierung als verlässlicher Partner in internatio-
8104 nalen Organisationen wie der FAO fachlich mitwirken.

8105

8106Gesundheit bildet die Grundlage für nachhaltige Entwicklung. Der Globale Fonds
8107spielt hierbei eine wichtige Rolle, die sich in der Politik der Bundesregierung wider-
8108spiegeln soll. Zur besseren Absicherung gegen Lebensrisiken wollen wir beim Auf-
8109bau grundlegender sozialer Sicherungssysteme helfen. Dazu gehört auch der Aufbau
8110funktionierender und gerechter Steuersysteme.

8111

8112Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Durchsetzung der
8113Rechte von Mädchen und Frauen zu einer Querschnittsaufgabe deutscher Entwick-
8114lungszusammenarbeit machen.

8115

8116Bildung ist der Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung. Wir wollen für Frauen
8117und Männer, Mädchen und Jungen gleichermaßen gute Bildungs- und Ausbildungs-
8118möglichkeiten schaffen. Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen soll in
8119der Entwicklungszusammenarbeit stärker verankert und systematischer ausgestaltet
8120werden.

8121

8122Wir werden unseren Fokus auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wie
8123auf Maßnahmen des Klimaschutzes einschließlich einer effizienten und erneuerbaren
8124Energieversorgung, des Schutzes der Wälder und der biologischen Vielfalt richten.
8125Entwicklungsländer müssen bei der Anpassung an den Klimawandel und dessen Fol-
8126gen unterstützt werden.

8127

8128Wir unterstützen Maßnahmen der zivilen Krisenprävention, der gewaltfreien Konflikt-
8129bearbeitung und der Post-Konfliktbewältigung.

8130

8131*Regionale Schwerpunkte und Kooperationspartner*

8132Um noch nicht erreichte Millenniumsziele und die Überwindung von Hunger und Ar-
8133mut zu erreichen, werden wir künftig unsere Anstrengungen in den ärmsten Ländern
8134stärken. In fragilen Staaten wollen wir einen besonderen Schwerpunkt setzen.

8135

8136Zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit Ländern, in denen das Regierungshandeln
8137systematisch im Widerspruch zu unseren Werten steht, soll nur erfolgen, wenn unse-
8138re Unterstützungsmaßnahmen zu Veränderung beitragen können, wenn dies aus hu-
8139manitären Gründen geboten ist oder wenn es Frieden und Sicherheit dient.

8140

8141Die bilaterale staatliche Zusammenarbeit mit Schwellenländern muss deren höhere
8142Leistungsfähigkeit und gewachsene internationale Verantwortung berücksichtigen.
8143Von den Schwellenländern muss die eigenverantwortliche Verwirklichung der Men-
8144schenrechte auf Nahrung, Gesundheit und Bildung für die eigene Bevölkerung einge-
8145fordert werden. Wir konzentrieren uns auf den Schutz globaler öffentlicher Güter, die
8146Suche nach rohstoffschonenden nachhaltigen Entwicklungspfaden sowie fallweise
8147auch auf Dreieckskooperationen zugunsten armer Entwicklungsländer. Die Förde-
8148rung der Zivilgesellschaft in diesen Ländern sowie der zivilgesellschaftlichen Zusam-
8149menarbeit ist besonders wichtig.

8150

8151Unsere Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Transformationsprozesse im
8152südlichen und östlichen Mittelmeerraum sowie in den Mitgliedstaaten der Östlichen
8153Partnerschaft. Diese Regionen sind neben Subsahara-Afrika ein besonderer Schwer-
8154punkt unserer Entwicklungspolitik.

8155

8156Die Bundesregierung wird das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und die
8157Wahrnehmung entwicklungspolitischer Verantwortung von Kirchen, Nichtregierungs-
8158organisationen, politischen und privaten Stiftungen und der Wirtschaft sowie von
8159Kommunen stärken. Dies gilt bei uns hierzulande ebenso wie in den Partnerländern.
8160Intensive Kooperationen wie Kammer- und Verbandspartnerschaften sowie Berufsbil-
8161dungspartnerschaften sollen weiter gestärkt werden. Wir wollen die entwicklungspoli-
8162tische Bildungsarbeit stärken und den fairen Handel unterstützen. In der Zusammen-
8163arbeit mit der deutschen Wirtschaft (PPP) unterstützen wir auf der Basis einer ausge-
8164glichenen Rollenverteilung von Staat und Privatwirtschaft den Auf- und Ausbau des
8165privaten Sektors in den Entwicklungsländern, sofern dies einer nachhaltigen, sozia-
8166len und ökologischen Entwicklung dient.

8167

8168

8169 **8. Arbeitsweise der Koalition**